

Stenographisches Protokoll

108. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 22. Mai 1974

Tagesordnung

Debatte über den Bericht des Bundeskanzlers zur Lage und den Bericht des Bundesministers für Finanzen über die wirtschaftliche Lage

Dr. Broesigke (S. 10575), Ing. Sallinger (S. 10578), Erich Hofstetter (S. 10582), Peter (S. 10586), Dr. Heindl (S. 10593), Fachleutner (S. 10596), Pfeifer (S. 10602) und Dr. Mock (S. 10603)

Inhalt

Personalien

Krankmeldung (S. 10506)

Geschäftsbehandlung

Antrag Robert Weisz auf Fristsetzung für den Verfassungsausschuß zur Berichterstattung über die Regierungsvorlage 933 d. B. (S. 10519)

Debatte: Peter (S. 10519), Dr. Koren (S. 10522), Blecha (S. 10523), Dr. Broesigke (S. 10526), Dr. Kohlmaier (S. 10528), Dr. Heinz Fischer (S. 10530) und Graf (S. 10531)

Annahme (S. 10532)

Fragestunde (61.)

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten Anneliese Albrecht (1525/M), Dipl.-Ing. Hanreich (1504/M), Hietl (1554/M), Dr. Schranz (1524/M), Lehr (1522/M), Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (1546/M), Dr. Reinhart (1519/M), Fachleutner (1548/M), Dr. Broesigke (1508/M), Dkfm. Gorton (1529/M), Wuganigg (1517/M), Dr. Schmidt (1510/M) und Dr. Ermacora (1563/M) (S. 10506)

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 10517)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 10517 und S. 10518)

Fristsetzung (S. 10532)

Verhandlungen

Debatte über den Bericht des Bundeskanzlers und den Bericht des Bundesministers für Finanzen über die wirtschaftliche Lage

Redner: Dr. Koren (S. 10532), Bundesminister Dr. Androsch (S. 10538), Robert Weisz (S. 10539), Zeillinger (S. 10544), Dr. Tull (10554), Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer (S. 10560), Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 10567, S. 10574 und 10609), Dr. Heinz Fischer (S. 10568), DDr. König (S. 10574),

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Melter, Dr. Stix und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Ausgestaltung von Postämtern (1715/J)

Haberl und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik wegen Ausbau der Pyhrn-Autobahn zwischen Selzthal und Trieben (1716/J)

Stohs, Hagspiel, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Gleichstellung der steuerlichen Behandlung der Grenzgänger mit inländischen Arbeitnehmern in bezug auf Leistungen aus den Kranken- und Unfallversicherungsanstalten der Länder, in denen sie beschäftigt sind (1717/J)

Dr. Fiedler, Ofenböck und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend „positives Vorrangzeichen“ (1718/J)

Dr. Pelikan, Dr. Kaufmann, Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Vermögensverhandlungen mit der CSSR (1719/J)

Dr. Stix und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Inseratenaktion im Zusammenhang mit der beabsichtigten Telephongebührenerhöhung (1720/J)

Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Bau der A 22 im Bereich der Gemeinde Langenzersdorf (1721/J)

Dr. Blenk, Hagspiel, Stohs und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend die landwirtschaftliche Unfallversicherung (1722/J)

Kern, Ing. Schmitzer und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Ausbau der Traisental-Schnellstraße (1723/J)

Dr. Gruber und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Kompetenzstreitigkeiten mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung über den Entwurf eines Hochschullehrer-Dienstgesetzes (1724/J)

Dr. Gruber und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bundeskanzleramt und Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung über das Hochschullehrer-Dienstgesetz (1725/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Dr. Maleta, Dritter Präsident Probst.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet ist der Herr Abgeordnete Samwald.

Fragestunde

Präsident: Wir beginnen mit der Fragestunde.

Bundesministerium für Verkehr

Präsident: Die 1. Anfrage ist die der Frau Abgeordneten Anneliese Albrecht (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Verkehr.

1525/M

Besteht eine Möglichkeit, die Vorortelinie in das Verkehrsnetz der U-Bahn einzubeziehen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Verkehr Lanc: Sehr verehrte Frau Abgeordnete! Es besteht die Möglichkeit, die Vorortelinie, das heißt die Verbindung zwischen Westbahn und Heiligenstadt im Westen Wiens, in das Verkehrsnetz und in die Verkehrsplanung der Stadt Wien einzubeziehen.

Der Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen steht jedoch auf dem Standpunkt, daß eine solche Lösung verbunden sein muß mit der Aufrechterhaltung der auf dieser Strecke unbedingt notwendigen Güterverkehrsabwicklung. Es erscheint ihm ein gemischter Güter- und U-Bahnverkehr nicht praktikabel.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordnete Anneliese Albrecht: Wurde bei den Überlegungen, ob man die Vorortelinie auch für den Personenverkehr benützbar machen könnte, nicht nur die derzeitige Dichte der Wohnbevölkerung in die Betrachtungen einbezogen, sondern auch die zukünftige, nämlich wie einmal die Dichte der Wohnbevölkerung dort in etlichen Jahren sein wird? Es wäre in diesem Zusammenhang ganz interessant zu erfahren, ob diese Gebiete Absiedlungs- oder Zusiedlungsgebiete sind oder ob sie stagnieren.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister für Verkehr Lanc: Frau Abgeordnete! Nach meinen Informationen hat die dafür zuständige Verkehrsplanung der Stadt Wien zu zwei verschiedenen Zeitpunkten —

ich glaube richtig informiert zu sein —, Anfang der sechziger Jahre und ein zweites Mal erst vor kurzem, Erhebungen angestellt, die beide darauf hinausgegangen sind, daß für eine schnell- oder U-bahnähnliche Bedienung dieses Querverkehrs im Westen Wiens keine genügende Frequenz zu erwarten wäre.

Damit will ich mich persönlich nicht identifizieren, ich will es nur feststellen. Man müßte dieser Sache im Einvernehmen zwischen der Stadt Wien und den Bundesbahnen noch auf den Grund gehen.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordnete Anneliese Albrecht: Es wird vielfach behauptet, daß die Vorortelinie eine Bedeutung hat beziehungsweise, wenn sie ausgebaut werden würde, eine Bedeutung hätte für die Gebiete, durch die die Bahn fährt.

Ich möchte, Herr Minister, an Sie die Frage richten, ob im Zusammenhang mit der geplanten Elektrifizierung der Vorortelinie auch daran gedacht ist, diese Linie zweigleisig auszubauen; derzeit fährt sie ja eingleisig.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister für Verkehr Lanc: Die Österreichischen Bundesbahnen haben im Zuge der Elektrifizierung ihrer Güterverkehrsstrecken im Raum Wien—Niederösterreich die Vorortelinie in dieses Programm einbezogen, weil sie einen wesentlichen Bestandteil darstellt.

Im Zuge dieser Aufgabe wurde auch die Frage aufgerollt, ob ein Personenverkehr auf dieser Linie eingerichtet werden soll. Entscheidet man sich zu letzterem, dann müßte eine entsprechende Ausweitung der Trasse erfolgen, das heißt, sie müßte zumindest durchgehend zweigleisig und in verschiedenen Streckenabschnitten darüber hinaus sogar dreigleisig ausgebaut werden. Außerdem müßten die beiden Tunnels auf dieser Strecke in ihren Dimensionen entsprechend erweitert werden, was sicherlich nicht ohne erhebliche finanzielle Aufwände erfolgen könnte.

Eine Lösung dieses Problems kann ich mir daher nur im Einvernehmen mit der Stadt Wien und ihrem städtischen Verkehrskonzept und dem Verkehrskonzept der Bundesbahnen vorstellen, was ja im Verband des Verkehrskonzepts Wien—Niederösterreich—Burgenland vonstatten gehen soll.

Präsident: Anfrage 2: Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich (FPO) an den Herrn Minister.

1504/M

Ist im Zuge der Überlegungen betreffend den Ausbau des Schnellbahnnetzes um Wien auch eine Einbeziehung der Verkehrsverbindungen mit Krems geplant?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Nach Mitteilung des Vorstandes der Österreichischen Bundesbahnen liegen derzeit noch keine konkreten Überlegungen für eine Einbeziehung des Eisenbahnverkehrs Wien—Krems in ein Schnellbahnnetz der Region Wien vor. Solche Überlegungen werden erst dann konkret gefaßt werden können, wenn der in Vorbereitung stehende Verkehrsverbund das Gebiet des Zentralraumes Wien—Niederösterreich—Burgenland abgegrenzt hat und die möglichen beziehungsweise notwendigen Anschlußverbindungen zu den übrigen Verkehrsräumen mit zentraler Funktion in Niederösterreich, zum Beispiel St. Pölten, Krems, Wiener Neustadt, konzipiert werden können.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich: Herr Minister! Sie haben vom Verkehrsverbund gesprochen, der wirksam werden soll, und haben einige Schwerpunktträume aufgezählt. Nun ist beabsichtigt, durch eine zweite Piste im Raum Schwechat die notwendige Dichte des Flugverkehrs zu erhöhen. Damit ist auch die Notwendigkeit einer stärkeren Verbindung zwischen Wien und Schwechat gegeben.

Ist beabsichtigt, hier eine solche Regelung zu treffen, die eine Schnellbahnverbindung in diesem Bereich ins Auge faßt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Diese Absicht wurde schon vor mehr als zehn Jahren im Grundsatz konzipiert. Es gibt darüber hinaus ein ebenso altes Projekt zum Ausbau eines Flughafenbahnhofes der Österreichischen Bundesbahnen. Gegenwärtig wird dieses Projekt im Hinblick auf die mittlerweile aufgetretenen Frequenzänderungen des Flughafens Wien-Schwechat überarbeitet. Selbstverständlich ist daran gedacht — ich kenne auch das diesbezügliche Interesse des Bundeslandes Niederösterreich —, hier eine leistungsfähige schnellbahnähnliche Bedienung einzurichten.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich: Im Zusammenhang mit dem Projekt Schwechat habe ich gehört und auch gesehen, daß jetzt das Gutachten über die zweite Piste in Schwechat, erstellt vom eidgenössischen Luftfahrtamt und ausgefertigt von Vizedirektor Dipl.-Ing. Weibl, vorliegt.

Ich möchte Sie fragen, Herr Verkehrsminister, ob damit das von Bürgermeister Gratz versprochene Paket der Neubewertung der Gutachten im Sinne von Gesundheit und Umweltschutz in diesem Gutachten enthalten ist oder ob Sie als Verantwortlicher und Vermittler dieses Gutachtens und als Verantwortlicher für die Erteilung der Konzession und Einhaltung der damit verbundenen Auflagen dafür sorgen werden, daß eine solche Prüfung und Neubewertung durchgeführt wird.

Präsident: Herr Kollege! Diese Zusatzfrage weicht aber vollkommen von der gestellten ab. — Herr Minister, bitte, vielleicht wollen Sie dazu etwas sagen.

Bundesminister Lanc: Die Betriebs- und die Baukonzession ist bereits Ende 1972 beziehungsweise Mitte 1973 für die Piste 16/34 erteilt worden und mittlerweile in Rechtskraft erwachsen, zumal auch alle höchstgerichtlichen Beschwerden dagegen inzwischen abschlägig beschieden worden sind.

Das von Ihnen erwähnte Gutachten ist nicht vom Bundesministerium für Verkehr, sondern vom seinerzeitigen Konzessionswerber, der Flughafen-Wien-Betriebsgesellschaft, angefordert worden. Diese Gesellschaft setzt sich aus 50 Prozent Kapital des Bundes, vertreten durch das Bundesministerium für Finanzen, und je 25 Prozent des Landes Wien und des Landes Niederösterreich zusammen. Alle Wertungen und Bewertungen dieses von dort in Auftrag gegebenen Gutachtens obliegen daher jenen, die dieses Gutachten angefordert haben, und nicht dem Bundesministerium für Verkehr.

Präsident: 3. Anfrage: Herr Abgeordneter Hietl (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Verkehr.

1554/M

Bis wann ist mit dem Anschluß der Bahnstrecke Tulln—Krems beziehungsweise Stockerau—Absdorf—Krems an das Schnellbahnnetz zu rechnen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Verkehrsverbundes Wien—Niederösterreich—Burgenland ist bei der in Ausarbeitung befindlichen Abgrenzung des in der ersten Phase absehbaren Verbundraumes ein schnellbahnähnlicher Verkehr auf den genannten Streckenabschnitten zunächst nicht vorgesehen.

Für eine solche Ausweitung des Schnellbahnverkehrs müßten im Rahmen des genannten Verkehrsverbundes die entsprechenden Initiativen vom Land Niederösterreich ausgehen. Eine solche liegt hinsichtlich der Strecke

10508

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Bundesminister Lanc

Tulln—Krems an der Donau nicht vor. Ein Schnellbahnverkehr auf der Strecke Stockerau—Krems an der Donau ist hingegen in dem uns bekannten Arbeits- und Forderungsprogramm des Bundeslandes Niederösterreich vom 14. Juli 1970 vorgeschlagen worden, allerdings in der Dringlichkeitsstufe III.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Hietl: Herr Bundesminister! Sie haben bereits in der Beantwortung meiner schriftlichen Anfrage vom 18. März erklärt, daß sich eine Umstellung der übrigen Franz-Josefs-Bahnstrecke — nach Ihren Aussagen ist damit die Bahnstrecke Tulln—Krems gemeint — auf elektrischen Betrieb derzeit nicht wirtschaftlich sinnvoll gestalten läßt.

Ich darf hier mitteilen, daß sich 14 Gemeinden, von Krems beginnend in Richtung Wien, mit einem Bevölkerungsaufkommen von rund 100.000 Einwohnern bereits in einer Resolution, die Ihnen sicherlich bekannt ist, an Sie gewendet haben, dafür Sorge zu tragen, daß nicht nur die Strecke Wien—Tulln, sondern auch die Strecke Wien—Krems in Einbindung der Strecke Absdorf—Krems an das Schnellbahnnetz angeschlossen werden soll. Diese Gemeinden liegen an einer Strecke, wo zweifellos ein großes Verkehrsaufkommen da ist und es auch bevölkerungspolitisch notwendig wäre, diese Leute wirtschaftspolitisch auch richtig einzugliedern. Diese Schnellbahnstrecke muß daher so rasch als möglich ins Auge gefaßt werden.

Ich darf somit noch einmal die konkrete Frage stellen: Wäre es Ihrer Meinung nach nicht denkbar, im Anschluß an die Elektrifizierung der Strecke Wien—Tulln—Krems eine Fortsetzung des Schnellbahnnetzes Tulln—Krems zu bewirken?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe sowohl von der Stadtorganisation der SPÖ Krems als auch von den von Ihnen erwähnten Gemeinden dieses Raumes diesbezügliche Vorschläge erhalten und sie unverzüglich an den Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen zur Prüfung der Frequenzerwartungen weitergegeben, weil ich mit Ihnen zumindest soweit übereinstimme, daß man nicht auf Grund schon jahrelang zurückliegender Frequenzerwartungen und -betrachtungen eine Entscheidung für die Zukunft fällen kann.

Ich muß allerdings die konkrete Beantwortung auf diese Frage seriöserweise so lange aufschieben, bis ich die diesbezüglichen Auskünfte des zuständigen Organs habe. Ich darf Ihnen aber zusagen, daß ich mich persön-

lich sehr darum kümmern werde, daß hier wirtschaftlich und bevölkerungsmäßig berechtigte Wünsche nicht etwa schematisch zurückgeschoben beziehungsweise zurückgestellt werden.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Hietl: Herr Bundesminister! Ihrer Aussage ist zu entnehmen, daß in nächster Zeit nicht damit zu rechnen ist, daß eine Verbindung auf Schnellbahnwege ermöglicht wird.

Darf ich in meiner zweiten Frage auf Ihre Anfragebeantwortung vom 18. März zurückkommen, die die Möglichkeit, eine bessere Bahnverbindung Krems—Wien zu schaffen, betraf. Sie haben in der Beantwortung erklärt, daß die Entlastungszüge mit derzeit 200 Sitzplätzen den gestiegenen Platzbedarf decken. Auch hier wurden Initiativen seitens der Pendler gesetzt. Es sind rund 300 Menschen, die täglich den Weg Krems—Wien zurücklegen müssen und die darüber Beschwerde führen. Ich konnte mich als gelegentlicher Bahnfahrer selbst davon überzeugen, daß die minimalen Ansprüche, die hier von den Reisenden gestellt werden, zweifellos nicht immer erfüllt werden können.

Ich möchte fragen: Wann werden die Österreichischen Bundesbahnen letzten Endes auch jenen Reisenden und Pendlern, die täglich auf der Strecke Krems—Wien zu ihrem Arbeitsplatz müssen, die Möglichkeit schaffen, eine Bahnfahrt zu machen, die menschlich halbwegs angenehm ist? Denn es ist für die Reisenden zweifellos nicht sehr erfreulich, wenn sie auf dieser Strecke täglich einen Zug benützen müssen, der alles andere als angenehm ist.

Wie gedenken Sie für diese Strecke Krems—Wien doch etwas bessere Verkehrsmöglichkeiten zu schaffen, bis zu der Zeit, da sie an ein Schnellbahnnetz angeschlossen ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Auf Grund von Ermächtigungen war der Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen imstande, erst vor kurzem den Auftrag zum Bau weiterer 70 Inlandsreisezugwagen zu geben. Wir hoffen, damit die komfortmäßige Bedienung unseres Reisepublikums auf den Nahverkehrsstrecken, und nicht zuletzt auf einer so wichtigen wie der von Wien nach Krems, in absehbarer Zeit in dem Ausmaß, als diese Waggons ausgeliefert werden, verbessern zu können.

Vielleicht noch einen Nachsatz zu Ihrer einleitenden Feststellung in Ihrer zweiten Frage, daß in absehbarer Zeit mit einem Ausbau der Strecke zwischen Tulln und Krems nicht

Bundesminister Lanc

gerechnet werden kann. Ich bitte hier zu berücksichtigen, daß zuerst die Elektrifizierung Wien—Tulln vonstatten gehen muß und erst darauf aufbauend eine Erweiterung überhaupt vorgenommen werden kann. Ich meine, es ist auch knapp vor Landtagswahlen nicht sinnvoll, etwas so darzustellen, wie es nicht ist, sondern gerade dann ist es notwendig, es so darzustellen, wie es ist.

Präsident: Anfrage 4: Abgeordneter Doktor Schranz (SPÖ) an den Herrn Minister.

1524/M

Welche Verbesserungen der Seniorenaktion der Österreichischen Bundesbahnen sind für die nächste Zeit geplant?

Präsident: Ich bitte, Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Rahmen der Seniorenermäßigung auf den öffentlichen Verkehrsmitteln des Bundes haben wir mit 15. Dezember des vergangenen Jahres vor allem für jene Alterspensionisten, die nicht in einem Gebiet wohnen, das durch das Strecken- oder Kraftwagennetz der Bundesbahnen bedient wird, eine Erweiterung der Seniorenermäßigung auf die Postautobuslinien und vor allem eine Beziehbarkeit der Ausweise bei Postämtern eingeführt und damit eine gewisse Gleichheit für die Pensionisten in der gesamten Republik hergestellt.

Was die Frage einer Erweiterung von Ermäßigungen auf neue Personenkreise von Pensionisten betrifft, so steht, gesetzlich durch das Bundesbahngesetz gedeckt, der Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen auf dem Standpunkt, daß, wenn solche Erweiterungen ins Auge gefaßt werden sollen, worüber gegenwärtig Überlegungen im Gange sind, die daraus entstehenden Einnahmenausfälle nach § 18 des Bundesbahngesetzes über Beschuß der Bundesregierung abgegolten werden müßten.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Schranz: Es ist außerordentlich erfreulich, daß die Seniorenaktion der Bundesbahnen in der letzten Zeit zum Nutzen der älteren Generation so stark ausgedehnt wurde. Besteht nun die Absicht, während der Sommermonate auch die laufende Seniorenaktion 1973/74 zu verlängern, sodaß die Besitzer der Berechtigungsscheine die ermäßigten Fahrten auf gewissen Zügen und Autobussen auch während der Sommermonate in Anspruch nehmen können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Absicht besteht meiner-

seits, und ich werde den Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen ersuchen, so wie in den vergangenen Jahren im Sommer sozusagen als Treueprämie für unsere Fahrgäste aus dem Kreise der Pensionisten diese an sich im Sommer ausgesetzte Ermäßigung fortzuführen, und zwar mit jenen Karten und Wertmarken, die für das laufende Jahr gelten.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Schranz: Herr Bundesminister! Neben dieser weiteren, erfreulichen Verbesserung der Seniorenaktion ergibt sich die Frage, ob nicht die Chance besteht, in einiger Zeit die Seniorenaktion unabhängig von einer Altersgrenze auf die Bezieher von Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen auszudehnen. Bekanntlich können die Seniorenaktion jetzt 65jährige Männer und 60jährige Frauen ausnützen. Es wäre aber sicherlich gerecht fertigt zu prüfen, ob nicht auch Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionisten in den Genuss der Seniorenaktion kommen könnten. Sehen Sie Chancen, daß das in absehbarer Zeit der Fall sein könnte?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ähnliche, durchaus verständliche Vorschläge werden beispielsweise auch von der Kriegsopferorganisation und von anderen Organisationen, die solche Personengruppen vertreten, gemacht. Die Lösung dieses Problems ist praktisch ein Akt der Sozialpolitik. Da es aber die gesetzlichen Auflagen der Bundesbahn nicht erlauben, selbständig Sozialpolitik zu machen, ist das ein Problem, das nur im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen, der dann für die Abgeltung zu sorgen hätte, zu lösen ist.

Präsident: Anfrage 5: Herr Abgeordneter Lehr (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

1522/M

Inwieweit wird die sogenannte Pottendorfer Eisenbahnlinie bei der Neugestaltung des Massenverkehrs südlich von Wien eine Rolle spielen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Verkehrsverbundes Wien—Niederösterreich—Burgenland ist bei der in Ausarbeitung befindlichen Abgrenzung des in erster Phase absehbaren Verbundraumes die Pottendorfer Linie für eine direkte Einbeziehung in den Personenverkehr nicht in Erwägung gezogen. Sie wird jedoch im Rahmen ihrer noch freien Kapazität als Entlastungsstrecke für den Güterverkehr benutzt werden

10510

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Bundesminister Lanc

und dadurch indirekt neue Kapazität auf der Südbahnstrecke für den Personenverkehr freimachen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Lehr: Herr Bundesminister! Wie Sie soeben mitgeteilt haben, soll die Pottendorfer Linie den verstärkten Verkehr auf der Südbahnlinie entlasten. Durch die Energiekrise ist es aber offenbar geworden, daß infolge der vielen Industrie-Neugründungen südlich von Wien, so zum Beispiel in Mödling und Baden, auch im Raum längs der Pottendorfer Linie sehr viele Arbeitskräfte dort einströmen. Es wäre für diese Arbeitnehmer sehr wünschenswert, wenn man versuchen würde, doch rascher zu einem stärkeren Verkehr auch auf dieser Linie für die Arbeitnehmer zu kommen.

Ich möchte Sie daher fragen, ob vielleicht auf Grund dieser neuen Situation nicht doch eine Überprüfung in dieser Richtung möglich wäre.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Solche Überlegungen sind bei den Österreichischen Bundesbahnen angestellt worden. Es ist ein Ausbau in drei Etappen auf der Strecke Wien—Wiener Neustadt vorgesehen. Es gibt jedoch im ersten, im stadt-nächsten Streckenabschnitt nicht unerhebliche Schwierigkeiten, weil eine schnellbahnähnliche Bedienung des gesamten Raumes plus Güterverkehr und internationaler Reiseverkehr nur durchführbar ist, wenn im ersten Streckenabschnitt bis Liesing eine viergleisige Trassierung erfolgt. Das bedingt wiederum Grundstückskäufe zur Erweiterung der Basis für die Errichtung des breiteren Bahndamms und aller sonstigen damit zusammenhängenden Anlagen. Das ist sowohl eine Frage der Abwicklung als auch der Finanzierung. Wie gesagt, das Problem ist erkannt und wird verfolgt.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Präsident: Anfrage 6: Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (OVP) an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

1546/M

Was werden Sie unternehmen, um der österreichischen Viehwirtschaft die Konkurrenzfähigkeit auf dem italienischen Markt zu sichern?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs: Herr Abgeordneter Dr. Zittmayr! Der Export von Vieh ist in den letzten Jahren wiederholt auf

Schwierigkeiten gestoßen, die wir aber alle gemeistert haben. Ich glaube daher, daß es auch jetzt und in der Zukunft möglich sein wird, mit den bisherigen Methoden die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Viehwirtschaft auf den italienischen Märkten zu sichern. Man kann aber erst dann entsprechende zielführende Maßnahmen ins Auge fassen, wenn man genau weiß, welche Auswirkungen die Verordnung der italienischen Regierung hat. Am Samstag mußte ich in Rom feststellen, daß ein Großteil der italienischen Viehimporteure nicht genau gewußt haben, wie sie die Verordnung der italienischen Regierung handhaben sollen, können oder dürfen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Herr Bundesminister! Die Situation beim Vielexport nach Italien ist gerade durch diese Entwicklung in der letzten Zeit auf besondere Schwierigkeiten gestoßen. Der Erlag eines Bardepots in der Höhe von 50 Prozent des Exportwertes auf die Dauer von sechs Monaten ist selbstverständlich für alle, die Vieh exportieren, eine arge Belastung. Bei den gegenwärtigen Kreditbeschränkungen sowohl bei uns als auch in Italien ist die Finanzierung eines solchen Bardepots äußerst schwierig. Dazu kommt noch, daß die österreichischen Viehexporte sehr lange auf die Verwertungszuschüsse des Ministeriums warten müssen. Daher ist auch die Liquidität gerade dieser Firmen sehr schwer aufrechtzuerhalten. Dazu kommt ferner, daß die Situation hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit durch Maßnahmen der Deutschen und der Dänen auf dem italienischen Markt für die österreichischen Viehimporteure sehr schwierig wird. Es wurde ein Memorandum verfaßt, das Ihnen und dem Handelsminister unterbreitet wurde, wonach die Regierung gebeten wird, Ausgleichsmaßnahmen für diese Bardepotmaßnahmen der Italiener zu suchen und zu geben.

Nun haben Sie zugesichert, daß das in den Ministerrat kommen wird. Ist eine solche Maßnahme im Ministerrat beschlossen worden, Herr Minister?

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs: Herr Abgeordneter Zittmayr! Die Exporte österreichischer landwirtschaftlicher Produkte hängen mit allen österreichischen Exporten nach Italien, die der Bardepotpflicht unterworfen werden, zusammen. Wenn eine Regelung auf diesem Sektor erfolgt, wird sie automatisch auch auf dem Sektor der agrarischen Erzeugnisse erfolgen.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Zittmayr**: Meine Frage war dahin gerichtet, ob im Ministerrat eine diesbezügliche Regelung oder Beschußfassung erfolgte, denn es geht immerhin um einen Betrag von 500 Millionen Schilling. Die Finanzierung eines solchen Betrages ist gewaltig und sehr schwierig, und auf der anderen Seite sind ja auch die Käseexporte betroffen. Die österreichischen Bauern fragen: Wenn die Italiener solche Maßnahmen treffen, warum können wir nicht bei Importen aus Italien, zum Beispiel auf dem Obst-, Gemüse- und Weinsktor, ähnliche Maßnahmen ergreifen? Die Bauern würden es sehr schwer verstehen, wenn die Regierung einerseits keine Maßnahmen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Viehexportes und des Käseexportes auf dem italienischen Markt treffen würde und auf der anderen Seite keine entsprechenden Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Dazu kommt in den letzten Tagen noch die De-facto-Schillingaufwertung. Auch das bedeutet für die österreichischen Bauern wieder eine Belastung beim Export.

Herr Minister! Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um diese Belastungen der Bauern zu mildern?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weihns**: Herr Abgeordneter Dr. Zittmayr! Wir sind diesmal nicht als Drittstaat behandelt, sondern die Bardepotpflicht ist für alle EG-Staaten verbindlich geworden. Das trifft genauso die Bundesrepublik wie Frankreich, die beide darüber nicht sehr glücklich sind, und deshalb wurde am vergangenen Samstag der EG-Kommissar Lardinois nach Rom geschickt, um dort Verhandlungen mit der italienischen Regierung zu führen. Das Ergebnis ist noch nicht bekannt, weil es erst dem EG-Ministerrat, Agrarministerrat, der am Montag in Brüssel tagen wird, bekanntgegeben wird, und eventuell auch eine Zustimmung der italienischen Regierung.

Es wurde der italienischen Regierung, wenn sie die Bardepotpflicht vor allem für Fleisch- und Rinderexporte aufhebt, eine Abwertung der Grünen Lira und eine Aufhebung des Währungsausgleiches angeboten; beides Maßnahmen, die natürlich den österreichischen Export treffen werden.

Das Ausmaß kann man erst dann feststellen, wenn man weiß, wie hoch die Grüne Lira abgewertet wird und ob der Währungsausgleich an der Grenze zur Gänze eingestellt wird oder nur zu einem Teil.

Nach Beendigung des Agrarministerrates werden wir genau wissen, welche Belastungen auf uns zukommen, und sind dann in der

Lage, entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen.

Präsident: Anfrage 7: Herr Abgeordneter Dr. Reinhart (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

1519/M

Welche Maßnahmen beabsichtigt das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, um das immer akuter werdende Problem der Wildschäden einer zeitgemäßen Regelung zuzuführen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weihns**: Herr Abgeordneter Dr. Reinhart! Die einzige Möglichkeit, das Überhandnehmen von Wildschäden zu verhindern, liegt in einer entsprechenden Wildstandsregulierung. Eine solche ist nur möglich, wenn von den Jagdbehörden angemessene Abschußquoten festgesetzt werden. Die Jagdbehörden sind allerdings Landesbehörden, deren Tätigkeit sich meiner Einflußnahme entzieht.

Ich habe daher mit Schreiben vom 18. Februar 1974 an die Herren Landeshauptleute die Bitte gerichtet, mir mitzuteilen, ob in den Jagdgesetzen Bestimmungen über die Wildschadensabwehr aufgenommen wurden oder ob legistische Maßnahmen beabsichtigt sind.

Der Herr Landeshauptmann von Tirol teilte mir mit, daß in Tirol der Landesjagdbeirat schon in den letzten Jahren in bestimmten Gebieten erhöhte Abschüsse erwirkt hat. Diese Frage wird auch im Jahre 1974 besonderes Augenmerk verdienen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Reinhart**: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sind Jagdimperien von 10.000 und mehr Hektar bei den Österreichischen Bundesforsten angesichts der Zunahme der Jagdkartenbesitzer ohne Jagdmöglichkeit heute überhaupt noch vertretbar? (Abg. *Minkowitsch*: Gehört das zu Ihrer Frage?)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weihns**: Bei den Österreichischen Bundesforsten wird bei einer Verpachtung der Jagd im besonderen auf den Wildstand Rücksicht genommen, und es wird verlangt, daß auf 100 Hektar nicht mehr als 2 bis maximal 3 Stück Rotwild sein dürfen. Damit verpflichten sich die Jagdpächter, eine entsprechende Abschußquote zu erstellen, wenn der Bestand überhöht ist.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Reinhart**: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Würde eine Demokratisierung der Jagdausübung zu einem Absinken

10512

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dr. Reinhart

der Wildschäden und damit auch zu einer Verminderung der den Bergbauern durch Wildschäden erwachsenden wirtschaftlichen Nachteile führen? (Abg. *Fachleutner*: *Was ist das?* — Abg. *Dr. Bauer*: *Was ist eine Demokratisierung der Jagd?* — Abg. *Fachleutner*: *Was ist das wieder für ein Schmäh?* — Abg. *Gräf*: „*Demokratisierung*“ der Jagd ist ein ganz neuer Begriff!)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs: Der Wildstand hängt, wie ich schon sagte, von den Abschüßquoten ab. Wenn die Gesetze in den einzelnen Ländern wohl die Möglichkeit dazu bieten, dann kommt es in erster Linie darauf an, daß diese auch genutzt wird und daß somit auch die Abschüßquoten eingehalten werden.

Deshalb werden in verschiedenen Bundesländern die Jagdabschüßzeiten verlängert, damit es ermöglicht werden kann, diesen Abschüßplan, der auf Grund der Wildstände von der Jagdbehörde festgesetzt wird, auch tatsächlich zu effektuieren. (Abg. *Tödling*: *Herr Bundesminister, was meint er mit „Demokratisierung“?* — Abg. *Dr. Tull*: *Das kann der Minister nicht wissen! Das müssen Sie ihn fragen! Der Minister ist kein Hellseher!*)

Präsident: Anfrage 8: Herr Abgeordneter *Fachleutner (ÖVP)* an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

1548/M

Bis wann ist mit der Erledigung der Getreidepreisanträge zu rechnen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs: Herr Abgeordneter *Fachleutner*! Nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1973 ist für Angelegenheiten der Preisregelung der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie zuständig. Die Beantwortung Ihrer Anfrage fällt daher nicht in meinen Vollziehungsbereich.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter *Fachleutner*: Herr Bundesminister! Das ist mir bekannt. Aber Sie sind ja innerhalb der Bundesregierung der gesetzliche Vertreter für die Land- und Forstwirtschaft. Ich frage Sie daher: Was haben Sie als der Vertreter der Land- und Forstwirtschaft bis jetzt getan, damit diese Verhandlungen vorangetrieben werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs: Mein Ressort ist bei den Verhandlungen natürlich vertreten und hat alle gewünschten Unterlagen

der Preiskommission zur Verfügung gestellt, damit eine zügige Fortsetzung der Verhandlungen ermöglicht werden kann.

Bundeskanzleramt

Präsident: Die Anfrage 9 wurde zurückgezogen.

Wir kommen zur Anfrage 10: Herr Abgeordneter *Dr. Broesigke (FPÖ)* an den Herrn Bundeskanzler.

1508/M

Welche Gründe waren für die Suspendierung des Generaldirektors der Österreichischen Staatsdruckerei Dr. Helmuth Fichtenthal maßgebend?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Abgeordneter *Dr. Broesigke*! Ich habe den von Ihnen genannten Beamten vorläufig vom Dienst suspendiert, da der Verdacht besteht, daß er aus Anlaß der Vergabe eines Auftrages zur Lieferung von Plastikhüllen für Reisepässe

a) eine Firma begünstigt und dadurch die wirtschaftlichen Interessen des Bundes gefährdet hat — das zumindest —,

b) daß er meine Weisung vom 14. Jänner 1972, vor Eingehen finanzieller Verpflichtungen von mehr als 1 Million Schilling die Zustimmung des Bundeskanzleramtes einzuholen, nicht befolgt und

c) das Präsidium des Bundeskanzleramtes in dieser Angelegenheit — der Verdacht liegt nahe — wissentlich falsch informiert hat.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Broesigke: Herr Bundeskanzler! Ich habe in der Fragestunde vom 23. Jänner 1974 an Sie eine Anfrage wegen Telefonbüchern gerichtet. Es handelte sich damals darum, daß das Binden von Telefonbüchern von der Staatsdruckerei nicht dem Bestbieter übertragen wurde, also ein Vorgang, der dem parallel ist, dessentwegen nunmehr die Suspendierung erfolgte.

Herr Bundeskanzler! Sie haben damals erklärt, daß Sie diese Vorgänge noch überprüfen werden. Ich darf daher fragen, ob damals eine solche Überprüfung stattgefunden hat und was sie ergeben hat.

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Auf Grund meines Ersuchens prüft der Rechnungshof zurzeit alle Umstände, die mit dieser Angelegenheit in Zusammenhang stehen. Das Ergebnis dieser Prüfung liegt nach den mir zugekommenen Mitteilungen noch nicht vor.

Präsident: Anfrage 11: Herr Abgeordneter Dkfm. Gorton (ÖVP) an den Herrn Bundeskanzler.

1529/M

Wird die OIAG ihre durch die beschlossene 500 Millionen Schilling-Anleihe erwachsenden Verpflichtungen für die gesamte Laufzeit der selben aus der Bedienung der damit zu finanzierenden Kapitalaufstockung des VOEST-Alpine-Konzerns decken können?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Es ist daran gedacht, daß seitens der VOEST-Alpine jene Maßnahmen getroffen werden, die die Bedienung dieser Anleihe durch die OIAG während ihrer ganzen Laufzeit gewährleisten sollen. Es hat darüber Verhandlungen zwischen der Firmenleitung und der OIAG gegeben, die abgeschlossen werden konnten.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. Gorton: Herr Bundeskanzler! Sie haben mir unlängst in einer schriftlichen Beantwortung mitgeteilt, daß keine Meinungsverschiedenheiten zwischen OIAG und VOEST-Alpine hinsichtlich der künftigen Bedienung der Kapitalzufuhr bestehen würden. Anscheinend waren solche doch vorhanden, da ja seit Monaten hier noch immer keine fixen Zusagen vorliegen.

Sie haben jetzt zwar gesagt, daß diese Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, aber zweifellos gibt es hinsichtlich der systemwidrigen Vorgangsweise, daß eine festverzinsliche Anleihe seitens der OIAG aufgenommen wurde und auf der anderen Seite diese festverzinsliche Anleihe in Form von Kapitalzufuhr an die VOEST-Alpine weitergegeben werden soll, doch sehr große Meinungsverschiedenheiten.

Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler: Würde nach Ihrer Meinung dann, wenn die VOEST-Alpine für diese Kapitalaufstockung nicht genügend Dividenden bezahlen sollte, die OIAG die für die Bedienung der Anleihe erforderlichen Mittel, soweit sie daraus nicht gedeckt sind, durch eine Zuführung vom Bund bekommen?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Erstens einmal, Herr Abgeordneter, glaube ich nicht, daß es sich hier um eine systemwidrige Vorgangsweise handelt, denn im OIAG-Gesetz gibt es ja Vorkehrungen dagegen, daß derartiges geschehen kann, und zwar durch die Haftungen, die vorgesehen sind. Ich betrachte das also keineswegs als systemwidrig.

Zwischen der Unternehmensleitung des Konzerns VOEST-Alpine und der OIAG hat es sicherlich zu Beginn Auffassungsverschiedenheiten darüber gegeben, in welcher Weise das Unternehmen die erste Tranche von 500 Millionen bekommen soll; so etwas wird es in allen Konzernen gegenüber Holdings geben.

Man hat sich schließlich aber darauf geeinigt, es als Unternehmungsziel zu betrachten, daß im langjährigen, im mehrjährigen Durchschnitt eine Dividende von 3 Prozent angestrebt werden soll. Da man auf Grund aller Erfahrungen, die man bisher gemacht hat, davon ausgehen kann, daß die VOEST-Alpine im mehrjährigen Durchschnitt zu einer solchen Dividendenleistung in der Lage sein wird, besteht also offenbar keine Sorge, daß hier für das Budget Belastungen entstehen werden.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. Gorton: Ich möchte nochmals sagen: Die Systemwidrigkeit besteht darin, daß auf der einen Seite für die OIAG durch die Anleiheaufnahme fixe Verpflichtungen entstehen und auf der anderen Seite, wie Sie ja selbst sagen, Herr Bundeskanzler, angestrebt werden soll, daß die VOEST-Alpine durch Dividendenleistungen das abdeckt. Also auf der einen Seite eine fixe Verpflichtung, auf der anderen Seite, ich möchte sagen, eine Hoffnung, daß das aufgebracht wird.

Herr Bundeskanzler! Sie haben bei der Fusion des VOEST-Alpine-Konzerns 2 Milliarden Schilling an Eigenkapitalaufstockung versprochen. Da schon jetzt durch die Art und Weise der Aufbringung der ersten 500 Millionen Schilling infolge dieser Systemwidrigkeit so relativ große Schwierigkeiten entstanden sind, richte ich an Sie die Frage: Wie gedenken Sie die weiteren 1,5 Milliarden Schilling an Kapitalzufuhr für die VOEST-Alpine aufzubringen?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Abgeordneter Gorton! Ich muß noch einmal sagen, daß ich das nicht für eine Systemwidrigkeit halte. In einer solchen Situation befindet sich jeder Eigentümer und jede Holding gegenüber einer Tochtergesellschaft, wenn sie Geld hingibt, Kapital zur Verfügung stellt. Jede Holding gibt Kapital, stellt Kapital zur Verfügung in der Absicht, dafür jedenfalls eine Kompensation zu erhalten. Das ist ein durchaus wirtschaftlicher Vorgang, und die Verschiedenartigkeit, daß hier die Anleihe bedient werden muß, daß hierfür Zinsen, die Amortisation bezahlt werden müssen, andererseits die Schwierigkeit, der VOEST-Alpine eine feststehende Dividende ein für allemal vorzuschreiben — das ist ja gesellschaftsrecht-

10514

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Bundeskanzler Dr. Kreisky

lich gar nicht möglich —, bedeutet keinen Gegensatz, wie es derartiges ja auch immer wieder in der Wirtschaft geben kann.

Ich glaube auch, daß die Meinungsverschiedenheiten und Auffassungsverschiedenheiten, die es zwischen der Unternehmensleitung der **VOEST-Alpine** und der **ÖIAG-Führung** gegeben hat, in einer relativ kurzen Zeit überwunden wurden, was im Hinblick auf die gigantischen Ausmaße dieser Transaktion, nämlich der Zusammenführung der vier großen Eisen- und Stahlwerke, geradezu bemerkenswert kurz war.

Ich bin daher der Meinung, daß hier kein Anlaß zu irgendeiner Besorgnis besteht. (Abg. **DkfM. Gorto n:** Sie haben nicht beantwortet die Frage bezüglich der restlichen 1,5 Milliarden Schilling!) Das wird jeweils festzustellen sein, aber nicht unähnlich der ersten.

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Präsident: Anfrage 12: Abgeordneter **Wuganigg (SPO)** an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung.

1517/M

Inwieweit wurde der EDV-Bedarf, wie er sich im Lehr- und Forschungsbetrieb der Studienrichtung Informatik ergibt, in dem vorhandenen EDV-Konzept des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung berücksichtigt?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha Firnberg: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie Sie wissen, hat das beim Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung eingerichtete Expertenkomitee bereits in seinem ersten Prognosebericht auf den künftigen EDV-Bedarf der Informatik hingewiesen. Ich habe schon 1973 eine Untergruppe des Expertenkomitees, der drei Professoren aus Linz und drei Professoren der Technischen Hochschule Wien angehören — alle mit Informatik befaßt —, beauftragt, eine Ausarbeitung eines entsprechenden Detailkonzeptes für EDV-Bedarfinformatik vorzulegen.

Wie Sie wissen, wird im Raume Wien durch die Installierung des Computerverbundes mit seinen zwei ganz modernen hochkomplexen Anlagen ein Betriebssystem vorhanden sein, das auch ein reiches Betätigungsgebiet für die Informatiker, also im Bereich der Lehre und Forschung der Informatik, eröffnet.

Zusätzlich verfügt die Technische Hochschule Wien noch über andere hochspezialisierte Rechner, zum Beispiel Prozeßrechner und Hybridrechner, die gleichfalls für Informatik eingesetzt werden können.

In Linz ist die Situation etwas anders, dort wird an einer Lösung noch gearbeitet. Es wird zwar die Anlage, die derzeit an der Universität Wien steht, mit Jahreswende nach Linz versetzt werden, aber es wird zweifellos noch notwendig sein, für Informatik eine eigene Anlage vorzusehen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Wuganigg: Frau Bundesminister! Darf ich Sie nunmehr fragen: Wurde in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit einer Kooperation auf dem Gebiete der Informatik zwischen der Hochschule Linz und bayrischen Hochschulen in Erwägung gezogen?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Ich würde sagen, Herr Abgeordneter, nicht in diesem Zusammenhang, sondern der Zusammenhang besteht darin, daß in Passau eine Hochschule gegründet wird, in Linz die Hochschule im Ausbau ist und von beiden Seiten der Wunsch geäußert wurde, zu einer Abstimmung der Programmatik der beiden Hochschulen zu kommen. Nun sind wir dadurch, daß wir ausgebauten Informatikstudien in Linz haben, in der Lage, Informatik anzubieten. Die künftige Hochschule Passau wird uns andere Studienrichtungen für österreichische Studenten anbieten können. Der Zusammenhang besteht also nicht mit der Anschaffung der Anlagen, sondern damit, daß Informatik in Linz eingerichtet ist.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Wuganigg: Frau Bundesminister! Welcher Bedarf an ausgebildeten Informatikern ist in den nächsten Jahren in Österreich zu erwarten, und auf welche internationale Erfahrungen können wir uns hier stützen?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Es ist sehr schwierig, internationale Erfahrungen, die ja auf sehr differenzierte Bedürfnisse zurückgehen, direkt auf Österreich zu übertragen. Wir haben daher versucht, eigene Prognosen im Hinblick auf den Bedarf an Informatikern zu stellen. Jedenfalls ist die Kapazität für die Ausbildung von Informatikern in Österreich gesichert.

Präsident: Anfrage 13: Herr Abgeordneter **Dr. Schmidt (FPO)** an die Frau Bundesminister.

1510/M

Sind seitens Ihres Ressorts konkrete Maßnahmen zur Erhaltung und Revitalisierung des denkmalgeschützten Ensembles Freyung 1 und 2 — Herrengasse 14 in der Wiener Innenstadt beabsichtigt?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ihre Frage, ob seitens des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung Maßnahmen zur Erhaltung und Revitalisierung des denkmalgeschützten Objektes Freyung 1 und 2 — Herrengasse in der Wiener Innenstadt beabsichtigt sind, beantwortete ich mit Ja. Unbeschadet des Umstandes, daß sowohl dem Bundesdenkmalamt in erster Instanz als auch dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung in zweiter Instanz dem Gesetz nach bloß eine Feststellungskompetenz zukommt, keineswegs eine Verpflichtung zur Erhaltung und Revitalisierung von denkmalgeschützten Objekten, habe ich im Hinblick auf die große Bedeutung der genannten Objekte für die gesamte Wiener Innenstadt mit Zustimmung des Eigentümers und des Bürgermeisters von Wien einen Auftrag erteilt, Überlegungen anzustellen, welche die Erhaltung und vor allem die echte Revitalisierung dieser Objekte zum Ziel haben.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Schmidt:** Sehr geehrte Frau Bundesminister! Es handelt sich bekanntlich um zwei Objekte. Das eine, Freyung 2, ist das sogenannte Ferstl-Palais, und das andere, Freyung 1, ist das sogenannte Hardegghaus.

Es dürfte unbestritten sein, daß das Ferstl-Palais erhalten werden soll. Nun heißt es aber nach Meldungen, daß eine solche Erhaltung des Ferstl-Palais finanziell nur vertretbar wäre, wenn das Hardegghaus, also Freyung 1, abgerissen und an seiner Stelle ein Bürohaus errichtet werden würde. In diesem Sinne soll es Zeitungsmeldungen zufolge zu Arrangementgesprächen zwischen Ihrem Ressort und dem Eigentümer des Hauses, der Creditanstalt, gekommen sein. Ist das richtig?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Es handelt sich um das Ensemble Harrach — Hardegg — Ferstl, also um den ganzen Komplex. Derzeit steht dieser Komplex unter Denkmalschutz, aber wie Sie sich selber überzeugen können, genügt die Unterschutzstellung keineswegs für eine Revitalisierung.

Mit Hinblick auf die ganz besonders große Bedeutung dieses Platzes und dieses Ensembles habe ich mich in Absprachen mit dem Bürgermeister eben entschlossen, hier selber Lösungen zu suchen. Es ist selbstverständlich, daß man dazu mit dem Eigentümer des Objektes ins Gespräch kommen muß.

Dieses Gespräch findet derzeit nicht zwischen dem Ressort und den Eigentümern statt, sondern ich habe hier direkt eingegriffen und die Gespräche selber, die ganz abgerissen waren, wieder neu eröffnet.

Der Auftrag, der gemeinsam mit dem Bürgermeister erteilt wurde, ging dahin, daß unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes, der Erhaltung der historisch wertvollen Bausubstanz und unter Einbeziehung der für die Innenstadt formulierten Zielsetzungen einer verkehrsarmen Zone genau in dieser Gegend, also Schottengasse — Freyung — Herrengasse — Strauchgasse — Am Hof, städtebauliche und verkehrstechnische Vorschläge gemacht werden sollen unter Berücksichtigung — ich betone das — des Denkmalschutzes, und zwar Vorschlägen für eine echte Revitalisierung dieser historischen Bauten.

Es ist ein Architekten-Team mit der Ausarbeitung solcher Vorschläge beauftragt worden.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Schmidt:** Sehr geehrte Frau Bundesminister! Darf ich das auch so verstehen, daß sich Ihre Schutzgespräche hinsichtlich des Ensembles Freyung auch darauf beziehen und dazu dienen, etwaige Pläne, die hinsichtlich einer Tiefgarage unter dem Austria-Brunnen bestehen, hintanzuhalten?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Jawohl, Herr Abgeordneter, das können Sie so verstehen. Eine Tiefgarage kommt schon nach den vorläufigen Zielsetzungen und Plänen keinesfalls in Frage.

Präsident: 14. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP) an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung.

1563/M

Wie stehen die Verhandlungen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung um die Besetzung des Lehrstuhles für Staats- und Verwaltungsrecht an der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Es handelt sich bei den Verhandlungen um die Besetzung der Lehrkanzel — nach § 58 des Hochschul-Organisationsgesetzes „Lehrkanzel“, nicht „Lehrstuhl“, wie ich bishertoweise bemerken darf — für Verwaltungsrecht I an der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien. Der Vorschlag des Professorenkollegiums der Fakultät zur Besetzung dieser Lehr-

10516

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

kanzel Verwaltungsrecht I — freigeworden durch die Emeritierung des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes Dr. Antonioli — wurde im Juni 1973 dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung übermittelt. Dieser Besetzungsvorschlag wurde auf Grund einer Ausschreibung, wie sie das Gesetz aufträgt, im Februar 1973, nachdem 19 Bewerbungen eingegangen waren, erstellt.

Die erste Verhandlung wurde mit Universitätsprofessor Dr. Hans Spanner geführt, der derzeit in München ist. Leider haben sich diese Verhandlungen zerschlagen. Professor Spanner hat nach einiger Zeit erklärt, daß er „nach reiflicher Überlegung“ dem verlockenden Ruf nach Wien nicht Folge leisten kann.

Es wurden dann mit Universitätsprofessor Dr. Pernthaler, Innsbruck, Verhandlungen aufgenommen, und zwar Anfang März 1974. Er hat am 24. April 1974 abgesagt.

Es wird jetzt zu überlegen sein, ob mit dem dritten im Besetzungsvorschlag genannten Kandidaten, mit einem Professor, der derzeit in Linz tätig ist — erst seit 1972 —, Verhandlungen aufgenommen werden sollen oder ob sich die Fakultät nicht doch entschließt, zusätzliche Vorschläge zu machen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Ermacora: Frau Bundesminister! Dieser formale Vorgang der Berufungsverhandlungen ist mir natürlich bekannt.

Meine Zusatzfrage: Warum haben sich diese Berufungsverhandlungen mit dem Zweitplatzierten zerschlagen? Man hat gehört, daß seitens des Ministeriums weder auf Gehaltswünsche eingegangen wurde, obwohl diese Person doch ein gewisses Renommee im Wissenschaftsbereich hat, noch hat man irgendwelche Hilfeleistungen auf dem Gebiete der Wohnungssuche und so weiter zugesagt. Hingegen sei man bei dem deutschen Herrn, wie das so üblich ist, auf erhebliche Gehaltsforderungsansprüche eingegangen. Es ist überhaupt ein typisch österreichisches Problem, daß derjenige, der vom Ausland kommt, gehaltsmäßig geradezu „verhätschelt“ wird — so würde ich sagen —, und der Österreicher, der schon zwei oder drei Berufungen hat, wird finanziell überhaupt nicht berücksichtigt.

Das ist meine zweite Frage, die eine berufungspolitische Frage Ihres Ministeriums ist.

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Herr Professor Ermacora! Es dürfte Ihnen doch bekannt sein, da Sie der gleichen Fakultät angehören, daß Professor Spanner keineswegs ein „deutscher Herr“ ist, sondern ein Österreicher, der in Deutschland lehrt. Die Verhand-

lungen mit Professor Spanner wurden auf Grund eines ganz besonders und nachdrücklich geäußerten Wunsches aufgenommen, obwohl er bereits 66 Jahre alt war. Es war der besondere Wunsch der Fakultät. Es ist kein deutscher Herr, sondern ein Österreicher, den man nach Österreich zurückhaben wollte.

Was nun Professor Pernthaler betrifft: Es gibt die generelle Weisung, die „generelle Weisung“ — wir können anderes auch weder beim Bundeskanzleramt noch beim Finanzministerium durchsetzen; ich darf hinzufügen, daß es auch gar nicht mein Wunsch wäre, mehr durchzusetzen —, daß bei Berufungen innerhalb Österreichs keine finanziellen Verbesserungen — keine finanziellen Verbesserungen! — erfolgen. Bisher waren wir immer der Meinung, daß ein Ruf von Innsbruck nach Wien unter Umständen für junge Professoren doch sehr wünschenswert ist.

Professor Pernthaler hat Wünsche geäußert, obwohl er wußte, daß diese Wünsche nicht erfüllbar sein können. Es besteht eine gewisse Vermutung — auch seine Äußerungen, die informell getan wurden, die aber natürlich doch bis zum Ministerium dringen, zielen in diese Richtung —, daß sein Wunsch, nach Wien zu kommen eigentlich nicht besonders stark war, sondern daß er im Gegenteil in Innsbruck bleiben wollte.

Nun zu Professor Pernthaler. Professor Pernthaler ist nicht einmal 40 Jahre alt, also noch ein relativ sehr junger Herr. (Abg. *Deutschmann: Ist das ein Fehler?*) Das ist kein Fehler, aber bei einem Bundesbedienten spielt es in der Regel für seine Gehaltsbezüge doch eine gewisse Rolle, ob er ein sehr junger Herr ist, der noch nicht allzu lange im Bundesdienst steht, oder ob er doch schon sagen wir 20 oder 25 Jahre dem Bund gedient hat. Deswegen betone ich das. Seine Gehaltsbezüge sind jetzt jährlich brutto 406.900 S; sie werden ab Juli 440.900 S sein, also nicht allzu niedrig. Es besteht wie gesagt die generelle Weisung, daß finanzielle Besserstellungen bei Berufungen innerhalb Österreichs nicht möglich sind. Soweit seine Gehaltsforderungen.

Zum zweiten: Bei den Übersiedlungskosten besteht kein Verhandlungsspielraum, sondern da sind die gesetzlichen Bestimmungen anzuwenden.

Darlehen für Wohnzwecke: Herr Professor Pernthaler hat seinerzeit 150.000 S BUWOG-Darlehen für Innsbruck erhalten, die noch größtenteils aushalten. Für eine Wiener Wohnung wurden 100.000 S geboten. Das entspricht unseren Vorschriften. Wir können ja über gewisse Beträge nicht hinausgehen, weil

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

andere Professoren auch Vorschüsse wollen und unser Vorschußvolumen begrenzt ist. 200.000 S waren daher nicht erfüllbar.

Professor Pernthaler verlangte vier Assistentenposten, weil er neben den von Professor Antonioli her bestehenden zwei Assistenten aus Innsbruck mitnehmen wollte, die im Habilitationsstadium sind. Die Lehrkanzeln ist mit drei Assistentenposten ausgestattet. Professor Antonioli — auch ein renommierter Gelehrter — ist mit drei Assistentenposten durchaus ausgekommen. Ein Posten ist von Professor Antonioli her besetzt, zwei Assistentenposten sind frei. Professor Pernthaler hätte also seine beiden Habilitanten durchaus nach Wien auf die zwei Assistentenposten mitnehmen können. Ein vierter Assistentenposten konnte nicht genehmigt werden, weil kein Assistentenposten da ist und weil auch der Nachweis für seine Notwendigkeit nicht erbracht ist.

Die Raumfrage: Hier konnte keine Zusage gemacht werden, weil bekanntlich der Raum im autonomen Bereich der Hochschule verteilt wird.

Eine außerordentliche Dotation von 300.000 S für Bücher wäre sicher erfüllbar gewesen. Nur habe ich generell die Weisung erteilt, daß hinsichtlich Buchwünschen ein solcher Wunsch doch nicht nur bei einer Wiederbesetzung einer Lehrkanzeln geäußert werden kann — es ist ja ein Bibliotheksbestand vorhanden, auch Antonioli ist nicht ohne Buchbestand ausgekommen —, sondern daß hier näher spezifiziert werden muß, was man für die Handbibliothek tatsächlich braucht.

Eine Differenz bestand noch über das Forschungssemester. Wir geben es in der Regel — nebenbei: ohne gesetzliche Grundlage — im neunten Semester, also nach dem achten Semester. Professor Pernthaler wollte es ein Semester früher. Aber das war sicherlich kein Grund, die Verhandlungen nach einer einzigen Verhandlung bereits abzubrechen.

Wie Sie sehen, Herr Professor, sind hier gar keine besonderen Praktiken des Ministeriums angewendet worden, sondern im Gegenteil, es war der Wunsch, Professor Pernthaler in Wien zu haben. Wir sind, soweit wir können, im Rahmen des Möglichen immer bereit, Wünsche zu erfüllen. Auch hier wären die Wünsche zweifellos erfüllt worden, aber unmögliche Wünsche können nicht erfüllt werden.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Ermacora: Ich verspreche, mich ganz kurz zu halten. Ich danke für diese Aufklärung, wozu aber zu bemerken ist, daß

Professor Pernthaler eine achtköpfige Familie zu erhalten hat und daher Ihre Hinweise auf die Gehaltslage in dieser Hinsicht doch erhellt werden müßten.

Aber meine ganz grundsätzliche Frage, Frau Bundesminister: Wenden Sie sich im Hinblick auf die Berufungspraxis bei der Behandlung der 27. Gehaltsgesetz-Novelle dafür einsetzen, daß man mit der Weisung des Bundesministeriums für Finanzen, wonach Österreichern bei der zweiten oder dritten Berufung im österreichischen Bereich auch finanziell etwas geboten wird, bricht?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Nein, Herr Professor! Dafür werde ich mich nicht einsetzen, weil wir jetzt schon bei Berufsabwerbeverhandlungen ins Ausland und bei Verhandlungen mit Bewerbern aus dem Ausland große Schwierigkeiten haben. Ich bin jetzt in Gesprächen mit der Deutschen Kultusministerkonferenz darüber, daß wir hier gewisse Einschränkungen machen können, um das Hochlizitieren von Lehrkanzeln ein wenig zu verhindern. Ich werde dieses Spiel nicht auch noch bei österreichischen Lehrkanzeln einsetzen lassen.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

Antrag 118/A der Abgeordneten Heinz, Stöhs, Melter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Glücksspielgesetz neuerlich geändert wird, dem Finanz- und Budgetausschuß;

Antrag 119/A der Abgeordneten Erich Hofstetter, Melter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Mitwirkung von Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat der „Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft“ (Verbundgesellschaft) dem Ausschuß für soziale Verwaltung und

Antrag 120/A der Abgeordneten Sallinger, Mühlbacher und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Handelskammergesetz abgeändert wird (5. Handelskammergesetznovelle), dem Handelsausschuß.

Ich ersuche die Frau Schriftührer Dr. Erika Seda um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftührerin Dr. Erika Seda:

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates.

In meiner Eigenschaft als der gemäß Artikel 64 Abs. 1 B-VG die Funktionen des Bundespräsidenten ausübende Bundeskanzler

10518

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Schriftführer

habe ich über Vorschlag des Vizekanzlers für den Zeitraum, in dem ich die Funktionen des Bundespräsidenten ausübe,

a) für den Fall der zeitweiligen Verhinderung des Vizekanzlers gemäß Artikel 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 den Bundesminister für Justiz Doktor Christian Broda mit seiner Vertretung in der Funktion als Vizekanzler,

b) für den Fall der gleichzeitigen Verhinderung des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß Artikel 69 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 den Bundesminister für Justiz Dr. Christian Broda mit meiner Vertretung in meiner Funktion als Bundeskanzler

betraut.

Hievon beehre ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Kreisky"

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich der Niederlande über Soziale Sicherheit samt Schlußprotokoll (1099 der Beilagen);

dem Verfassungsausschuß:

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über das Verfahren zur Untersuchung von Vorfällen an der gemeinsamen Staatsgrenze (1102 der Beilagen),

Notenwechsel über die Außerkraftsetzung des Notenwechsels zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg vom 13. November 1957, betreffend die Aufhebung des Paßzwanges zwischen Österreich und Luxemburg, in der Fassung der Zusatzabkommen vom 20. Juni 1959 und vom 8. Juli 1960 (1112 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Preisregelungsgesetz 1957 geändert wird (1123 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Preisbestimmungsgesetz 1972 geändert wird (1124 der Beilagen);

dem Zollausschuß:

Neunte Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum

Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (1113 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Zollgesetz 1955, das Bundesgesetz betreffend die Übertragung der durch Sicherheitsorgane zu versehenden Grenzüberwachung und Grenzkontrolle auf Bedienstete der Zollämter und der Zollwache und das Grenzkontrollgesetz 1969 geändert werden (1125 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Präferenzzollgesetz geändert wird (Präferenzzollgesetznovelle 1974) (1128 der Beilagen);

dem Landesverteidigungsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Heeresgebühren gesetz geändert wird (1118 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Ansprüche aus der Ableistung freiwilliger Waffenübungen geändert wird (1119 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz, mit dem Überschreitungen der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1974 genehmigt werden (1. Budgetüberschreitungsgesetz 1974) (1126 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Pensionsgesetz 1965 geändert wird (5. Pensionsgesetz-Novelle) (1127 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen (1129 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Finanzstrafgesetz und im Zusammenhang damit das Mineralölsteuergesetz 1959, das Gasöl-Steuerbegünstigungsgesetz, das Tabaksteuergesetz 1962, das Tabakmonopolgesetz 1968 und das Einkommensteuergesetz 1972 geändert werden (Finanzstrafgesetznovelle 1974) (1130 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 geändert wird (27. Gehaltsgesetz-Novelle) (1151 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem die Bundesforste-Dienstordnung geändert wird (6. Novelle zur Bundesforste-Dienstordnung) (1152 der Beilagen),

Bundesgesetz über Geldleistungen an öffentlich Bedienstete während des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft (1153 der Beilagen);

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Bundesgesetz, mit dem das Agrarbehörden gesetz 1950 geändert wird (Agrarbehörden gesetznovelle 1974) (1131 der Beilagen);

Präsident

dem Unterrichtsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Schulzeitgesetz geändert wird (1132 der Beilagen);

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen (1146 der Beilagen),

Bundesgesetz über eine Änderung des Bundesgesetzes über technische Studienrichtungen (1147 der Beilagen),

Bundesgesetz über eine Änderung des Bundesgesetzes über montanistische Studienrichtungen (1148 der Beilagen),

Bundesgesetz über eine Änderung des Bundesgesetzes über Studienrichtungen der Bodenkultur (1149 der Beilagen),

Bundesgesetz über eine Änderung des Bundesgesetzes über geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Studienrichtungen (1150 der Beilagen);

dem Handelsausschuß:

Abkommen über den internationalen Handel mit Textilien (1154 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Außenhandelsgesetz 1968 geändert wird (Außenhandelsgesetznovelle 1974) (1155 der Beilagen).

Fristsetzung

Präsident: Vor Eingang in die Tagesordnung gebe ich gemäß § 42 der Geschäftsordnung bekannt, daß der Herr Abgeordnete Robert Weisz den Antrag eingebracht hat, dem Verfassungsausschuß zur Berichterstattung über die Regierungsvorlage 933 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Rundfunkgesetz geändert wird, eine Frist bis 8. Juli 1974 zu stellen.

Zur Geschäftsbehandlung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Koren gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Koren (ÖVP): Herr Präsident! Ich stelle den geschäftsordnungsmäßigen Antrag, über diesen Antrag unmittelbar eine Debatte abzuführen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich lasse darüber abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag auf Durchführung einer Debatte zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Wir gehen somit in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordneter Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Antrag der sozialistischen Mehrheitsfraktion, dem Verfassungsausschuß eine Frist zur Behandlung des Rundfunkgesetzes zu setzen, betrachte ich persönlich als einen Akt der Torschlußpanik, der bis in den Bereich der politischen Hysterie geht.

Die Österreichische Volkspartei drückte das in der Zeit ihrer Alleinregierung klipp und klar mit dem Antrag auf „Schluß der Debatte“ aus. Dieser Antrag wurde seinerzeit vom Abgeordneten Kern gestellt, abgestimmt, und die Diskussion zum Mietengesetz 1967 wurde auf diese Art und Weise beendet.

Die sozialistische Mehrheitsfraktion tut heute das gleiche, bedient sich aber verfeinert Methoden. Der Antrag auf Fristsetzung, der jetzt zur Diskussion steht, ist nichts anderes, als die Debatte zum Rundfunkgesetz abzuwürgen und zu beenden. Meine Damen und Herren! Hinter diesem Antrag der sozialistischen Mehrheitsfraktion verbirgt sich die „Fratze des autoritären Faschismus“. (Beifall bei der FPO und bei Abgeordneten der ÖVP. — Heiterkeit bei der SPÖ.)

Das stammt nicht von mir, meine Damen und Herren. Dieses Zitat stammt von einem sozialistischen Abgeordneten. Es wurde von diesem sozialistischen Abgeordneten 1967 von diesem Platz aus gesprochen, als er noch nicht Bundesminister war. (Abg. Dr. Gräfenegger: Gerade Sie sollten das nicht zitieren! — Heiterkeit bei der FPO.) Ha! Ha! Ha! Soweit kommt es noch in der österreichischen Demokratie, daß ein Sozialist der ÖVP autoritären Faschismus vorwerfen darf, wenn sie Antrag auf „Schluß der Debatte“ stellt, und Sie verwehnen dann einem Freiheitlichen in einer freien Demokratie, daß er denselben sozialistischen Abgeordneten zitiert! Eine schöne Demokratie ist das, die Sie meinen! (Beifall bei FPO und ÖVP. — Rufe bei der ÖVP: Das hat er vom Sima gelernt!)

Die parlamentarische Fristsetzung ist die verfeinerte Form auf „Schluß der Debatte“, und nichts anderes will die sozialistische Mehrheitsfraktion!

Jener sozialistische Abgeordnete, den ich eben meinte, ist der heutige Bautenminister Moser. (Ruf bei der ÖVP: Das ist der größte Hetzer gewesen!) Er führte zum Antrag des ÖVP-Abgeordneten Kern auf „Schluß der Debatte“ am 30. Juni 1967 wörtlich aus:

„Hinter diesem Antrag, der zwar die Stimme von rund 2 Millionen Österreichern in diesem Haus seit 1945 erstmals in einem Ausschuß

10520

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Peter

mundtot gemacht hat, zeigt sich für uns alle in einer geradezu schlaglichtartigen Beleuchtung die Fratze des autoritären Faschismus!"

Wählerisch, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, sind Sie bei solchen Anlässen bisher nie gewesen. Wie wehleidig Sie aber inzwischen geworden sind, hat der Zwischenruf des Abgeordneten Gradenegger eben zum Ausdruck gebracht. (Beifall bei FPÖ und ÖVP.)

Diese Mimosenhaftigkeit der Abgeordneten der Mehrheitsfraktion offenbart doch nichts anderes als die Unsicherheit, die sich immer mehr in den Reihen der sozialistischen Abgeordneten bemerkbar macht.

Der SPÖ-Antrag auf Fristsetzung ist ein Akt, der den Eindruck zu erwecken versucht, daß die Abgeordneten der Oppositionsparteien in der Behandlung der Rundfunkreform säumig oder gar arbeitsunwillig wären.

Mit dem SPÖ-Antrag auf Fristsetzung für den Verfassungsausschuß zur Rundfunkreform verfolgt die Mehrheitsfraktion die Absicht, die Abgeordneten der Oppositionsparteien als faul und arbeitsunwillig vor der Öffentlichkeit hinzustellen, um den Eindruck zu erwecken, wie fleißig die Abgeordneten der sozialistischen Fraktion sind.

Oder was bezwecken Sie sonst, meine Damen und Herren, wenn Sie ohne Zwang und ohne Notwendigkeit die ORF-Reform unter die Geißel des Zeitdrucks stellen?

Oder ist das eine Vorbereitung für einen Absprung zu vorzeitigen Nationalratsneuwahlen im Herbst 1974? Gelten die Beteuerungen des Bundeskanzlers nichts mehr, daß am ersten Oktobersonntag 1975 gewählt wird? (Abg. F a c h l e u t n e r: Es brandelt schon!) Ja, bei der SPÖ, nicht bei Ihnen, Herr Fachleutner! Soll dieser Antrag auf Fristsetzung also auch eine von mehreren Maßnahmen zu einem vorzeitigen Absprung der Sozialisten zu Neuwahlen darstellen?

Die freiheitlichen Abgeordneten werden in der Frage der Rundfunkreform nach wie vor arbeitswillig, reformorientiert und kooperationsbereit sein. Ihr Ziel ist dabei, die Unabhängigkeit des Österreichischen Rundfunks weiter zu gewährleisten und zudem eine qualitative Verbesserung des Instrumentariums zu erreichen, um den mündigen Staatsbürger noch funktionsfähiger und von Machtapparaten unabhängiger zu machen.

Im Gegensatz zu Inhalt und Form des Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes streben wir Freiheitlichen mit der ORF-Reform eine solide parlamentarische Arbeit an. Daß diese Arbeit bis jetzt solide war,

beweisen die inzwischen durchgeführten zwölf Sitzungen des Unterausschusses des Verfassungsausschusses. Die sozialistische Mehrheitsfraktion kann uns Freiheitlichen keinesfalls vorwerfen, wir wären nicht arbeits- und kooperationsbereit gewesen.

Und nun kommt der Antrag auf Fristsetzung. Er ist sicher ein Ausdruck der Schwäche, der Nervosität und der Unsicherheit, die sich in der Mehrheitsfraktion der Sozialisten breitgemacht haben. Bis jetzt hat die Besonnenheit Dr. Kreisks eine Fristsetzung des Verfassungsausschusses verhindert. Soll jetzt das Feld der Rundfunkreform der Radikalisierung überlassen werden? Zu einer sozialistischen Gesellschaftspolitik, Herr Abgeordneter Doktor Fischer, sagen wir Freiheitlichen nein, zu einem soliden Reformwerk des Österreichischen Rundfunks werden Sie nach wie vor unsere Mitarbeit finden.

Aber dieser Antrag zur Fristsetzung an den Verfassungsausschuß ist ja nichts anderes als einer der weiteren Beweise dafür, meine Damen und Herren, daß jede Mehrheitsregierung früher oder später die gleichen Fehler macht. Interessanterweise macht die sozialistische Mehrheitsregierung diese Fehler viel früher, als sie seinerzeit die ÖVP-Alleinregierung gemacht hat.

Aber Dr. Klaus und Dr. Kreisky tragen anscheinend ein gemeinsames Schicksal, wobei der jeweilige Kanzler der jeweiligen Mehrheitspartei stets der Getriebene der radikalen Kräfte in seiner Partei ist. (Abg. Dr. K o h l m a i e r: Er ist der Geriebene, nicht der Getriebene!)

Seinerzeit war Abgeordneter Kern der „Treiber“ in der ÖVP-Alleinregierung. Daß nun sogar der Klubobmann der sozialistischen Fraktion, Herr Abgeordneter Weisz, diese radikale Antreiberfunktion übernommen hat, ist mir allerdings neu und stellt für mich eine Überraschung dar, denn der Abgeordnete Weisz war bis jetzt ein sehr besonnener Gewerkschafter. Es wundert mich, daß er sich heute zu diesem radikalen Schritt entschließen konnte. (Abg. Dr. F i e d l e r: Er hat die Faust des Fischer im Nacken!)

Meine Damen und Herren! Ich kann nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß schwarze Kanzlerworte immer wieder auf Minister passen, ganz gleich, ob sie von schwarzer oder von roter Seite gestellt werden. Daher möchte ich ein schwarzes Kanzlerwort — allerdings nicht von einem österreichischen Schwarzen, sondern von einem bundesdeutschen Schwarzen — zitieren, nämlich von Konrad Adenauer, der einmal sagte: „Es ist sehr merkwürdig, welche Veränderungen in einem Menschen

Peter

vorgehen, wenn er auf einem Ministersessel sitzt.“ (Abg. Graf: *Stellen Sie sich vor, was Ihnen erspart bleibt! — Allgemeine Heiterkeit.*)

Sehen Sie, Herr Kollege, das ist mein Vorteil, der Ihnen vorenthalten bleibt. (Abg. Graf: *Ich glaube nicht, aber stellen Sie sich vor, es wäre nicht schlecht!*)

Wenn also ein Minister dieser oder jener Couleur die Bank oder den Sitz wechselt, dann benimmt er sich da oben auf der Ministerbank anders.

Drei Beispiele aus der linken Reichshälfte führe ich an: Wenn ich mich dessen erinnere, was die einstigen Abgeordneten Androsch, Lanc und Moser zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung als Oppositionsvertreter „produzierten“ und wie sie sich heute da oben auf der Regierungsbank verhalten, dann wäre das allein schon wert, einige Zitate zum besten zu geben, die meine Mitarbeiter heute Nacht ausgehoben haben. Aber ich erspare dies den genannten Ministern. Aus wortgewaltigen oppositionellen Sozialisten, die einstmals sehr ausgeprägte Prügler früherer ÖVP-Minister gewesen sind, sind inzwischen etablierte sozialistische Regierungsmitglieder geworden.

Meine Damen und Herren! Der Übermut der ÖVP-Alleinregierung vollzog sich am Anfang der Gesetzgebungsperiode bei einer Preissteigerung von 3 Prozent.

Der Übermut der sozialistischen Alleinregierung offenbart sich in der zu Ende gehenden Gesetzgebungsperiode bei einer Inflationsrate von 10 Prozent. Das ist der Unterschied. Darum erscheint uns die Vorgangsweise der sozialistischen Mehrheit heute so bedenklich. Das ist auch ein Ausdruck dafür, daß dem Bundeskanzler Dr. Kreisky mehr und mehr das politische Fingerspitzengefühl verlorenginge. Oder ist er wirklich — und die Frage ist berechtigt — nunmehr der Getriebene der radikalen Kräfte in der sozialistischen Fraktion?

Der Übermut zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung vollzog sich in wirtschaftlich geordneten Verhältnissen.

Der Übermut der SPÖ-Alleinregierung vollzieht sich in einer angespannten wirtschaftlichen Situation.

Darf ich die Sozialisten daran erinnern, daß Bundeskanzler Dr. Klaus diesen Übermut mit harter Münze und in harter politischer Währung bezahlen mußte, und es wird Dr. Kreisky und der Sozialistischen Partei noch teurer zu stehen kommen, als es seinerzeit Dr. Klaus zu stehen kam.

So reiht sich Schritt an Schritt. Gestern haben wir über den Willkürakt diskutiert, den die sozialistische Mehrheitsregierung im Bereich der Österreichischen Bundesbahnen gesetzt hat.

Heute beschäftigen wir uns mit dem Willkürakt gegenüber dem Österreichischen Rundfunk.

Und die Fristsetzung ist ein Willkürakt der sozialistischen Mehrheit. Aber diese Fristsetzung ist auch ein Beweis dafür, daß Doktor Kreisky seine Minister nicht im Griff hat, gestern nicht den Verkehrsminister Lanc. Aber Bundeskanzler Dr. Kreisky hat auch in seiner Eigenschaft als Klubobmann der sozialistischen Fraktion den Klub und die Abgeordneten des sozialistischen Klubs nicht mehr im Griff. Gestern stand der Radikalisierer Ulrich am Rednerpult, und heute übernimmt bedauerlicherweise der Klubobmann der sozialistischen Fraktion selbst diese Funktion.

Ich werte die gestrige und heutige Vorgangsweise der sozialistischen Fraktion auch als einen nachhaltigen Beweis dafür, daß Herr Dr. Kreisky nicht mehr der stärkste Mann in der Sozialistischen Partei ist. Dreimal dürfen Sie raten, wer heute der mächtigste Mann in der Sozialistischen Partei ist. (Ruf bei der ÖVP: *Wo ist er denn?* — Abg. Graf: *Kirchschläger vermutlich!* — Abg. Skriek: *Der Withalm!* Aber Sie haben schon originellere Zwischenrufe gehabt!)

Daß Sie als Sozialpartner in Richtung Kirchschläger abzulenken versuchen, ist mir verständlich. Ich sehe den mächtigsten Mann der SPÖ und in dieser Demokratie woanders. Und gerade auf diesen mächtigsten Mann der Sozialistischen Partei und Österreichs paßt ein Wort, das André Malraux folgendermaßen formuliert hat: „Mit der Macht kann man nicht flirten, man muß sie heiraten.“

Dabei schrekt man auch vor einer „politischen Bigamie“ nicht zurück. Und eben die Macht ist das heimliche Evangelium dieses Mannes. Diese Tatsache muß von diesem Rednerpult auch einmal in aller Klarheit und Sachlichkeit ausgesprochen werden.

Was bedeutet der Antrag der sozialistischen Mehrheit auf Fristsetzung für den Verfassungsausschuß zur Rundfunkreform?

Ist er die Machtanwendung der sozialistischen Mehrheit,

stellt er die Machtausübung der sozialistischen Mehrheit dar,

reicht diese Maßnahme an den Mißbrauch dieser Macht heran,

10522

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Peter

will man mit dieser Fristsetzung den ersten, aber entscheidenden Schritt zur Ohnmacht des unabhängigen ORF setzen,

soll mit diesem Schritt die Entmündigung des unabhängigen Österreichischen Rundfunks eingeleitet werden oder — auch diese Frage ist klar von der freiheitlichen Fraktion auszusprechen —

soll das rot-schwarze Proporztheater beim Österreichischen Rundfunk neu inszeniert werden?

Diese Fragen, meine Damen und Herren, sind offen und unbeantwortet. Sie werden durch die sozialistische Mehrheit zu beantworten und vom Staatsbürger zum gegebenen Zeitpunkt ernsthaft zu beurteilen sein.

Die freiheitlichen Abgeordneten sagen ja zur weiteren Zusammenarbeit bei der ORF-Reform, die freiheitlichen Abgeordneten sagen ja zum demokratischen Kompromiß auf der Grundlage der Anstalt des öffentlichen Rechtes unter Einbeziehung der Unabhängigkeit dieses Massenmediums.

Die freiheitlichen Abgeordneten sagen nein zu einem Diktat der Mehrheitspartei und die freiheitlichen Abgeordneten sagen ebenso nein zur Eredigung der Rundfunkreform innerhalb einer bestimmten Frist. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Nächster Redner ist Abgeordneter Dr. Koren.

Abgeordneter Dr. Koren (OVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die sozialistische Fraktion zeigt wieder einmal, daß ihr Prestigefragen über die Sache gehen. Wir haben solche Anlässe schon mehrfach hier in diesem Haus diskutiert. Es begann vor zwei Jahren, eigentlich hätten Sie aus dieser Erfahrung lernen sollen. Damals haben Sie innerhalb von acht Tagen den Beschuß eines Gesetzes erzwungen, zu dem wir Ihnen unsere Kooperationsbereitschaft sehr deutlich und klar zum Ausdruck gebracht haben. Sie haben damals nicht den geringsten Wert auf diese Kooperationsbereitschaft gelegt, sondern im Selbstbewußtsein Ihrer Mehrheit von zwei Mandaten in diesem Haus erklärt, daß Fristsetzung, Durchziehen und Beschußfassung für Sie unabdingbar sind, daß dieses Gesetz keine vier Wochen Zeit habe. Heute, Herr Bundeskanzler, nach der Pleite mit diesem Alleingang, Sie wissen genau, welchen ich meine, appellieren Sie mit fast beschwörender Stimme an die Kooperationsbereitschaft der großen Oppositionspartei, um in dieser Frage die Scherben wieder zu kitten, die Sie mutwillig angerichtet haben. (Beifall bei der OVP.)

Ein anderes Mal haben Sie die Strafrechtsreform unter den Druck von Fristsetzungen gestellt, und Sie mußten dann selbst im Laufe der Verhandlungen einsehen, daß Sie sich hier selbst überfordert haben, und Sie setzten neue und verlängerte Termine. Mit dem heutigen Fristsetzungsantrag wird einmal mehr — das kommt überdeutlich zum Ausdruck — Prestigebürfnis, ohne Rücksicht auf die Sache, ja, wie ich glaube, zum Schaden der Sache, vorangestellt. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich bedaure es, Herr Präsident, daß ich zu einem Zeitpunkt zum Wort gekommen bin, da Sie den Vorsitz führen. Ich kann mir aber meine Redezeit leider nicht aussuchen. Ich muß hier auf einen Zusammenhang hinweisen, der gerade in der Frage der von Ihnen betriebenen Rundfunkreform eindeutig da ist, weil niemand übersehen kann und könnte, daß es hier für Sie, Herr Präsident, um eine Prestigefrage geht. Sie haben seinerzeit die Bundesregierung gezwungen, nach wiederholten Erklärungen, daß die Bundesregierung an keine Änderung des Rundfunkgesetzes denke, dieses Thema zu ihrem eigenen zu machen. Ich höre noch den Herrn Bundeskanzler vor zwei Jahren von der Regierungsbank aus auf die Frage, wieso er sich nun plötzlich zur Aufnahme des Themas Reform des Rundfunks entschlossen habe, antworten: Ja wenn das eine so große Organisation wie der Österreichische Gewerkschaftsbund verlangt, dann ist das etwas anderes.

Herr Präsident! Sie haben zwar niemals in der Sache selbst eine Meinung geäußert, aber immer wieder die Peitsche der Mehrheit angedroht und Termine für die Beschußfassung dieses Gesetzes schon zu einem Zeitpunkt genannt, als die Vorlage der Regierung noch lange nicht im Parlament gewesen ist. Seither erleben wir es immer wieder, daß die Peitsche der Terminsetzung gerade von Ihnen in der Öffentlichkeit immer wieder genannt und geschwungen wird. Es geht also hier, wie mir scheint, nicht um den Inhalt, sondern es geht nur um das Tempo, und es geht nur um das Prestige.

Hohes Haus! Ich möchte hier etwas festhalten: Wir sind in die Verhandlungen im Unterausschuß eingetreten, weil wir die gerade vom Herrn Bundeskanzler immer wieder betriebene Verunsicherung des Unternehmens Rundfunk nicht mehr länger fortgesetzt sehen wollten, weil wir glaubten, durch Verhandlungen und durch unsere Mitwirkung diese Phase der allmählichen Zerstörung und Aushöhlung des Rundfunks beenden zu können. Wir sind selbstverständlich in diese Verhandlungen eingetreten unter der Voraussetzung,

Dr. Koren

daß die Unabhängigkeit und die Integrität, daß der Erfolg der Rundfunkreform von 1967 nicht gefährdet werden darf.

Hohes Haus! Wir haben die bisherigen Verhandlungen nicht verzögert. Die Novelle ist am 6. November im Haus eingebracht worden, am 3. Dezember wurde der Unterausschuß konstituiert. Er hat seit dem 30. Jänner nach der Fortführung der Herbstsession im neuen Jahr insgesamt zwölf, zum Teil ganztägige Sitzungen abgehalten. Den Herrn Bundeskanzler konnten wir leider nur in einer Sitzung begrüßen.

Das Klima bei diesen Verhandlungen war wechselnd: polare Kälte bis treibhausartige Wärme. Am vergangenen Montag hatten wir fast den Eindruck einer euphorischen Kooperationsbereitschaft der sozialistischen Fraktion. Wenige Tage später kam die kalte Dusche mit der Ankündigung, daß nun, und unter allen Umständen, ohne Rücksicht auf Termine, ohne Rücksicht auf die Sache, ohne Rücksicht auf den Inhalt durchgezogen werden müßte.

Sie wissen genauso gut wie ich, daß noch eine ganze Reihe wichtiger Fragen bei den Verhandlungen offengeblieben sind, daß Sie erst in der letzten Sitzung am vergangenen Donnerstag den Rumpf einer neuen Vorlage eingebracht haben, daß wir den vollen Umfang ihrer Neufassung als Anstalt des öffentlichen Rechts noch gar nicht kennen. In dieser Phase ist Ihnen Prestige wichtiger als weitere Gespräche.

Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, daß wir sicher weiterverhandeln werden. Unsere Grundsätze bleiben dabei unverändert. Sie aber tragen die Verantwortung, wenn durch Ihre Vorgangsweise diese Gespräche nicht leiditer werden. (Zustimmung bei der ÖVP.) Herr Bundeskanzler! Ich fürchte, Sie waren nicht gut beraten, als Sie sich entschlossen haben, in dieser Frage mit dem Kopf durch die Wand zu gehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Nächster Sprecher ist Herr Abgeordneter Blecha.

Abgeordneter Blecha (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Antrag der sozialistischen Fraktion bedeutet nichts anderes, als daß die parlamentarischen Fraktionen ihre Arbeit so einteilen sollen, daß nach einem halben Jahr Vorberatung der Rundfunkgesetz-Novelle im Juli dem Plenum Bericht erstattet werden kann. Dieser Antrag entspricht den Forderungen der österreichischen Öffentlichkeit, die endlich wissen möchte, wie die Rundfunkreform fortgesetzt wird. Dieser Antrag entspricht dem Bedürfnis der Mitarbeiter des Österreichischen Rundfunks, endlich stichhal-

tige Informationen über die Entwicklung ihres Unternehmens zu erhalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Dieser Antrag, der, meine Herren von der Opposition, der Fortsetzung und der Intensivierung der Debatte dient, unterscheidet sich grundsätzlich von jener Praxis, die die ÖVP-Mehrheit in der Zeit, in der sie in diesem Haus bestimmen konnte, praktiziert hat, nämlich Schluß der Debatte zu verlangen. (Zwischenruf des Abg. Peter.) Dieser Antrag, Kollege Peter, hat nichts mit einem Abwürgen, sondern mit einem Intensivieren der Debatte zu tun. (Beifall bei der SPÖ.) Er ist nicht Ausdruck der Schwäche, wie hier von den beiden Vorrednern betont worden ist, sondern Ausdruck der Verantwortung gegenüber Volk und Rundfunkgesellschaft. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Rundfunkgesetzuntermanschuss hat im Jänner seine Arbeit aufgenommen. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß zügig verhandelt werden sollte und daß unabhängig von der Problemlösung eine rasche Verabschiedung anzustreben ist.

Die sozialistische Fraktion hat in den ersten Unterausschußberatungen eine Beschlusfasung über die Rundfunkgesetz-Novelle im April für günstig gehalten. Die Unterhändler der Österreichischen Volkspartei lehnten diesen Termin nicht ab. Sie haben ihm nicht ausdrücklich zugestimmt, sondern erklärt, daß sie alles tun werden, damit es zu keiner Verschleppung der Verhandlungen kommt und eine rasche Verabschiedung, weil sie auch im Interesse des ORF selbst liegt, möglich gemacht werden kann.

Man war sich darüber einig, und zwar in den ersten Unterausschußsitzungen des Jänner und erst recht bei einer Unterausschußsitzung im Februar, daß auf jeden Fall eine Beschlusfasung über die Rundfunkgesetz-Novelle am Ende der Frühjahrssession 1974 erfolgen solle.

Nun, nach zwölf, zum Teil ganztägigen Sitzungen des Unterausschusses, nach 562 Wortmeldungen, nach Aussprachen mit dem Generalintendanten des Österreichischen Rundfunks und mit dem Vertreter der Redakteure, Dr. Ziesel, ist der heute gestellte Antrag die logische Konsequenz dieser vor fünf Monaten im Unterausschuß erzielten Übereinstimmung. Der heute gestellte Antrag ist aber auch — ich möchte das nicht verhehlen — die Konsequenz nicht eingehaltener Zusagen.

Das Verhandlungsklima im Unterausschuß war, so würde ich das, Herr Professor Koren, beurteilen, vom ersten Tag an gut, und es wurde von Sitzung zu Sitzung besser.

10524

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Blecha

Es ist diesem Unterausschuß gelungen, gemeinsame Verbesserungen und neue Formulierungen zu finden, beispielsweise Formulierungen für die Verfassungsbestimmung oder für den gesetzlichen Programmauftrag. Es wurden Mißverständnisse beseitigt, es wurde Mißtrauen abgebaut.

Der Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei, Kollege Dr. Kohlmaier, hat im März erklärt, daß eine Beschußfassung über die Rundfunkgesetz-Novelle im April, sofern wir auf einen breiten Konsens Wert legen, kaum möglich sein werde und daß eine Fristsetzung für den April eine Änderung des Verhandlungsklimas, wenn nicht die Zerstörung der Verhandlungsbereitschaft bedeuten würde.

Gleichzeitig aber erklärte der Generalsekretär der ÖVP auch gegenüber Pressevertretern, daß die ÖVP nicht an einer Verschleppung der Verhandlungen interessiert sei, im Gegenteil, im Interesse des Österreichischen Rundfunks soll, auch nach Auffassung der ÖVP, die ORF-Gesetznovelle noch vor dem Sommer beschlossen werden.

Am 13. Mai wurde die erste Verhandlungs runde im Unterausschuß abgeschlossen. Alle Paragraphen der Regierungsvorlage sind durchdiskutiert worden; die erste Lesung, wie man sagt, war beendet. Die drei Fraktionen des Hauses konnten in einer ganzen Reihe von strittigen Punkten gemeinsame Lösungen finden, und es gab keinen einzigen Punkt, um in der Terminologie des ÖVP-Generalsekretärs bleiben zu können, bei dem „Land nicht in Sicht“ wäre.

Im Grundsätzlichen war man sich darüber einig, nach welchen Prinzipien diese Reform des Österreichischen Rundfunks gestaltet werden soll.

Aber dann kam etwas, wofür wir überhaupt nichts können: Herr Maurer in Niederösterreich meinte, er müsse die Landtagswahl auf den 9. Juni vorverlegen. Allein durch diese Vorverlegung verliert das Parlament eine Ausschußwoche. Die Bundespräsidentenwahl am 23. Juni kostet ebenfalls Ausschußtermine, weil es nicht üblich ist, in den letzten Tagen vor einer Präsidentenwahl Ausschußberatungen durchzuführen.

Wir waren davon überzeugt, daß es jetzt galt, mit Hilfe eines Verhandlungskomitees die Beratungen über die Rundfunkreform fortzusetzen. Ein Verhandlungskomitee sollte die noch strittigen Fragen klären, den endgültigen Text formulieren und dem Unterausschuß Bericht erstatten. Ein Vorschlag übrigens, den der Generalsekretär der ÖVP, Dr. Kohlmaier, gemacht hat. Noch am 20. März 1974 erklärte

er in einem „Wochenpresse“-Interview, nach Schluß der Verhandlungs runde — das war der 13. Mai 1974 — müsse „auch außerhalb des Unterausschusses dann eine politische Entscheidung in Parteienverhandlungen gesucht werden“.

Mitte Mai fanden diese Parteiengespräche auf Parteiobmännerebene statt, und jetzt galt es zu verwirklichen, was vorgesehen war. Wir schlugen folgende Vorgangsweise vor: Der ORF-Unterausschuß soll die Einsetzung eines Verhandlungskomitees beschließen, um die noch offengebliebenen Fragen zu klären. Dieses Verhandlungskomitee hätte am 28. Juni dem Unterausschuß zu berichten, und für die darauffolgende Woche sollte ein Verfassungsausschuß in Aussicht genommen werden, auf dessen Tagesordnung der Bericht des Unterausschusses stehen müßte. Dieser Verfassungsausschuß sollte auch den Bericht an das Plenum des Nationalrates fertigstellen.

Wir haben gleichzeitig betont, daß durch diesen Operationskalender das Verhandlungs ergebnis in inhaltlicher Hinsicht in keiner Weise präjudiziert wird. Professor Koren aber war im Unterausschuß nicht imstande, das, was uns Dr. Kohlmaier zugesagt hat, einzulösen. So ergibt sich dieser Antrag auch auf Grund einer — ich darf das ganz offen sagen — Folge der Verhandlungstaktik des Generalsekretärs der ÖVP.

Wenn sich eine Mehrheitspartei von einer Minderheitspartei aus guten Gründen das Verhandlungstempo vorschreiben läßt, so ist es absurd, anzunehmen, daß sie sich durch Drohungen von der Einhaltung eines bei Beginn der Verhandlungen gemeinsam festgelegten Terminplanes abhalten läßt.

Der Vorwurf, wir würden hier nicht demokratisch handeln, scheint mir aus dem Munde des Klubobmannes der ÖVP-Fraktion unglaublich und daher entschieden zurückzuweisen zu sein.

Denn gerade Sie haben uns in der Zeit von 1966 bis 1970 Beispiele dafür geliefert, wie man es eben nicht machen darf. Sie haben damals, am 30. März — wenn ich Ihrem Gedächtnis nachhelfen darf —, einen Initiativantrag zum Rundfunkgesetz eingebracht. Dieser Initiativantrag der ÖVP wurde einem Sonderausschuß zugewiesen, der nach sieben Sitzungen eine ganz, ganz kurze Feststellung getroffen hat, nämlich die, daß die ÖVP-Fraktion des Sonderausschusses zur Meinung gelangt ist, weitere Verhandlungen wären nicht sinnvoll, es müsse abgestimmt werden. Das ist geschehen am 22. Juni, wenige Wochen nach der Einreichung des Initiativantrages, und schon am 8. Juli ... (Abg. Dr. Fiedler:

Blecha

Lesen Sie nach, wie lange wir 1965 über das Volksbegehren verhandelt haben! Lesen Sie im Protokoll nach! Herr Kollege Dr. Fiedler! Die Initiatoren des Volksbegehrens haben am 14. April 1966 gegen Ihren Initiativantrag protestiert, weil er eben dem Volksbegehren nicht entsprochen hat. Auf das Volksbegehren können Sie sich bei diesem Initiativantrag in den wesentlichen Punkten nicht berufen! (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Fiedler: Das stimmt doch gar nicht! Alles abgeklärt gewesen! Das ist unwahr!)

Am 14. April haben die Initiatoren des Volksbegehrens einen Protest eingelegt. — Das ist keine Unwahrheit; wenn Sie das leugnen, dann haben Sie jetzt eine Unwahrheit gesagt! (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Fiedler: Lesen Sie nach!)

Nach acht Sitzungen wurde im Plenum abgestimmt. Zwischen Einreichung des Initiativantrages und Beschußfassung sind 1966 etwa 15 Wochen vergangen. Zwischen Zuweisung der Regierungsvorlage 1973 an den Nationalrat und dieser heutigen Debatte sind 30 Wochen vergangen. In der Zeit, die zur Verfügung steht für Beratungen, steht es jetzt schon 30 : 15 Wochen. In der Zahl der Beratungen steht es jetzt schon 12 : 8 Sitzungen. Hier noch von einem Abwürgen der Diskussion zu sprechen, glaube ich, muß als Ungeheuerlichkeit zurückgewiesen werden! (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Fiedler: Der Antrag ist eine Ungeheuerlichkeit der SPÖ! — Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)

Ich glaube, daß wir heute auch feststellen konnten, daß sowohl der Sprecher der Freiheitlichen Partei, der Bundesparteibmann Peter, als auch der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, Professor Koren, hier eine Verhandlungsbereitschaft deutlich gemacht haben. (Abg. Ing. Häuser: Ihr glaubt, ihr könnt diktieren: Ihr seid nicht mehr die Mehrheit! — Abg. Dr. Fiedler: Bald wieder!)

Wir halten es jedoch für unmöglich, daß man von ÖVP-Seite — als es um nichts anderes ging, als etwas durch einen Beschuß hier im Hause zu fixieren, was vor einem halben Jahr in Wirklichkeit von allen Fraktionen übereinstimmend verlangt worden ist — Erklärungen abgibt, in denen es etwa heißt, daß an dem Tag, an dem die SPÖ uns eine Frist setzt, es mit den Verhandlungen aus wäre. Wir halten es nicht mit den Gesetzen des „fair play“ vereinbar, daß man die Verhandlungsbereitschaft aufkündigt, wenn man noch im April der Meinung war, wie Presseberichte, die ich zitieren könnte, es nachweisen, daß im Sommer eine Beschußfassung erfolgen kann. Es ist unfair, Herr Generalsekretär Kohl-

maier, wenn man gestern in Zeitungen lesen mußte, daß der Verhandlungsstil der ÖVP sich völlig ändern wird, wenn der vereinbarte Beschußfassungstermin eingehalten wird. Sie sagten: „Wir werden uns dann eben nicht mehr die Mühe nehmen, gemeinsam mit der Regierungspartei nach Lösungen und Kompromissen zu suchen.“ — Was soll denn das heißen? Eine Dreiparteienlösung ja, aber nur dann, wenn sie nicht heuer beschlossen wird? Das wird die österreichische Öffentlichkeit nicht verstehen können. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Wenn sie nicht erpreßt wird, Herr Blecha! Das ist der Unterschied!)

Trotzdem, trotz einer nicht eingehaltenen Zusage und der damit verbundenen tiefen Enttäuschung, die gerade ich empfinde, der ich mich wirklich, wie ich glaube, sehr bemüht habe, daß dieses oft gerühmte Verhandlungsklima zustande kommen konnte, strecken wir Ihnen die Hand zu weiteren Verhandlungen entgegen. Denn wir wollen sicherstellen, daß diese Reform des wichtigsten Mediums, des wichtigsten Informationsmittlers, eine Reform von längerer Dauer ist, daß diese Reform eine grundsätzliche Reform ist, zu der sich die Mehrheit der Österreicher bekennen kann.

Wir wissen, daß in der Demokratie jeder Staatsbürger die Möglichkeit haben muß, an den politischen Entscheidungen mitzuwirken. Wir wissen aber, daß er dieses Mitwirkungsrecht nur dann hat, wenn er über die notwendige Information verfügt. Heute ist jedem klar, daß diese umfassende Information in der modernen Industriegesellschaft durch Vermittlungsinstitutionen zu erreichen ist, an deren erster Stelle Hörfunk und Fernsehen zu nennen sind.

Der mündige Staatsbürger, der der Informationsauswahl bedarf, um selbst ein Urteil fällen zu können, dieser mündige Staatsbürger wird in zunehmendem Maß ein Abhängiger der Massenmedien. Und so, wie sich unsere demokratische Gesellschaft ändert, verändert, einem Prozeß permanenter Reform unterworfen ist, so muß gerade diese wichtigste Informationsvermittlungsinstitution, der Rundfunk, einer permanenten Reform unterworfen sein.

Hörfunk, Fernsehen und auch Kabelfunk, der uns in Österreich nicht erspart bleiben wird, werden überregional und werden regional immer Monopolunternehmen sein. Sie sind daher durch entsprechende gesetzliche Vorsorgen nicht nur zu schützen ... (Abg. Doktor Kohlmaier: Steht nicht in der Regierungsvorlage: Kein Wort!) Genau das steht drinnen! Daher haben wir doch auch eine Verfassungsbestimmung, die die Unabhängigkeit dieses Unternehmens absichern soll, Kollege Doktor

10526

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Blecha

Kohlmaier! (Abg. Dr. Fiedler: Ihr Gesetz ist ein Dolchstoß gegen die Unabhängigkeit! — Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.) Die werden wir eben herstellen durch diese Reform. Nehmen Sie das zur Kenntnis! Mit Ihnen oder auch, wenn es notwendig ist, gegen Sie! (Beifall bei der SPÖ.)

Wir sind der Auffassung, daß es notwendig ist, so ein Medium zur Neutralität zu verpflichten, daß es dem Objektivitätsgebot bei der Auswahl der Informationen unterliegt und daß es einen Gesetzesauftrag zur Wiedergabe der Meinungsvielfalt zu erfüllen hat.

Wir dulden keinen schwarzen Rundfunk, und wir schaffen keinen roten Rundfunk. Wir wollen einen neutralen, einen unabhängigen, einen österreichischen Rundfunk, der auf Grund einer neuen Rechtsform auch den zu erwartenden Veränderungen im elektronischen Medienbereich entsprechen kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir wollen — und daher haben wir uns auch bei den Beratungen einem Vorschlag, der von der FPÖ gekommen ist, angeschlossen — eine Neuregelung, die dem größten Kulturbetrieb der Republik Österreich Sicherheit gibt und die den Rundfunkmitarbeitern Entscheidungsfreude und neue Entwicklungschancen einräumt.

Jetzt bietet sich die Chance dazu, jetzt bietet sich die Chance, diesen rot-weiß-roten Rundfunk zu schaffen. Ich glaube, wir sollten sie nicht ausschlagen. Wir sollten die sechs Wochen, in denen ein Verhandlungskomitee nach Vorschlägen, die wir eingereicht haben, diesen Gesetzesentwurf fertigstellen könnte, nutzen. Käme es zu keiner Neuregelung jetzt, in guter Zeit, so werden wir überrollt werden von einer Welle technologischer Brisanz, von der sich viele von uns heute noch keine Vorstellung machen. Dann werden wir unter Umständen gar nicht mehr als Volksvertretung die Möglichkeit haben, auf die Zukunft des Medienwesens entscheidenden Einfluß zu nehmen. Schaffen wir jetzt die Rundfunkreform, bevor der Zwang der technischen Verhältnisse das Maß des Möglichen bestimmt. (Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.)

Einem gesamtgesellschaftlichen Interesse entsprechend, treten wir Sozialisten für eine Berichterstattung des Verfassungsausschusses über die Beratung zur Rundfunkgesetz-Novelle im Juli vor der Sommerpause hier im Plenum des Nationalrates ein. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Broesigke. Ich ertheile es ihm.

Abgeordneter Dr. Broesigke (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann bei dem anschließen, was mein Vorredner gesagt hat, wenn er darauf hinweist, daß die technische Entwicklung erfordert, daß eine Neuregelung stattfindet. Gerade das ist aber das entscheidende Argument gegen den Antrag, der heute zur Diskussion steht.

Denn was haben wir auf dem Gebiete des Medienrechtes in Österreich? Wir haben ein Pressegesetz aus der Zeit der Ersten Republik, wir haben ein Rundfunkgesetz aus dem Jahre 1966, und wir haben nichts bezüglich jener neuen technischen Entwicklungen, die auf uns zukommen. Es wäre daher logisch gewesen, daß man zuerst dort vorsorgt, wo überhaupt nichts vorhanden ist, daß man dann das überholte Presserecht reformiert und an dritter Stelle oder gleichzeitig damit das, was das relativ modernste ist, nämlich die Regelung auf dem Gebiet des Österreichischen Rundfunks. Sie aber wollen es gerade umgekehrt haben, denn die Regelung für all das Neue, das auf uns zukommt — ich möchte nur als Beispiel das Kabelfernsehen nennen —, steht ja in der Regierungsvorlage nicht drinnen. Wenn Sie heute eine Fristsetzung beschließen, so leisten Sie ja keinen Dienst dazu, daß das stattfindet. (Abg. Blecha: Das ist ja auch eine Rundfunkveranstaltung! Wenn wir die Bestimmung gemeinsam beschließen, gilt sie auch für diesen Komplex!) Sie werden aber zugeben, daß über die Frage, wer ein Kabelfernsehen machen kann, in welcher Form, unter welchen Voraussetzungen, in diesem Gesetz nichts enthalten ist. Es wäre ein Fortschritt der im Unterausschuß gefundenen Formulierung, wenn die Verfassungsbestimmung auch auf das Kabelfernsehen eindeutig zugeschnitten würde.

Ich will damit nur sagen: Den ganzen Rechtsbereich dessen, was dringend zu regeln wäre, weil es überhaupt keine Regelung gibt, lassen Sie offen, und bei dem, was ohnehin geregelt ist, streben Sie, wenn man will, Verbesserungen an. Das ist die verkehrte Reihenfolge. Sie werden niemandem, der diese Fragen objektiv betrachtet, einreden können, daß von den Gebieten Kabelfernsehen, Pressegesetz, Rundfunk gerade der Rundfunk das dringlichste gewesen wäre. Wie lange liegt denn schon die Novelle zum Pressegesetz hier im Parlament? Wie lange beschäftigt sich denn schon der Bundesminister für Justiz samt seiner Medienkommission mit der Frage des neuen Medienrechtes? Es wäre ja viel dringender, daß das stattfände. Aber auf das zielt es nicht ab, und gerade das zeigt die Unglaublichkeit dessen, was hier zur Begründung der Eile vorgebracht wird. Denn in Wirklichkeit ist es etwas völlig anderes.

Dr. Broesigke

Sie haben gesagt, es besteht die Forderung der Öffentlichkeit. Ich darf Ihnen sagen, diese Forderung der Öffentlichkeit ist das Echo Ihrer eigenen Erklärungen. Sie haben so lange die Öffentlichkeit aufgefordert, daß von der Öffentlichkeit das zurückgekommen ist, was Sie gesagt haben. Sie dürfen aber nicht Ihr eigenes Wollen auf diesem Gebiet mit der Öffentlichkeit identifizieren.

Das zweite ist das Bedürfnis der Mitarbeiter. Das unterschreibe ich vollkommen. Es haben die Mitarbeiter dieses Unternehmens ein Recht darauf, endlich einmal zu wissen, woran sie sind. In dieser Beziehung sind wir uns einig.

Wenn Sie das aber feststellen, dann ist es nur die halbe Wahrheit. Denn diese Situation, daß die Mitarbeiter nicht wissen, woran sie sind, haben Sie ja selber herbeigeführt. Sie sind es ja gewesen, die eine solche Unsicherheit geschaffen haben. Und nun sagen Sie: Die Unsicherheit, die wir geschaffen haben, muß endlich einmal beendet werden! — Wir meinen, daß sie beendet werden muß, wir können Sie aber aus der Verantwortung nicht entlassen, daß Sie diese Situation herbeigeführt haben, und zwar bewußt herbeigeführt haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Nun zum Antrag auf Schluß der Debatte, wollte ich fast sagen, also auf Fristsetzung. (Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist sowieso das-selbe!) Die Fristsetzung und der Schluß der Debatte haben eigentlich nur einen Unterschied. Die Fristsetzung sagt nämlich, daß die Debatte innerhalb einer bestimmten Frist beendet wird. Der Antrag auf Schluß der Debatte bedeutet, daß sie sofort beendet wird. Das ist der einzige Unterschied. (Abg. Dr. Tull: Ein großer Unterschied!) Es ist ein großer Unterschied, meinen Sie. Aber der Kern, der Kern, Herr Kollege Dr. Tull ... (Abg. Dr. Tull: Der ist für Schluß der Debatte! — Heiterkeit. — Abg. Dr. Tull: 6 Wochen kann man noch verhandeln!) Ich meine jetzt nicht den Abgeordneten Kern, sondern ich meine den Kern der Sache. Der Kern ist genau derselbe. Es handelt sich nämlich darum, daß die demokratische Auseinandersetzung zu einem bestimmten Zeitpunkt beendet werden soll. Um das kommen Sie nicht herum. Ob das nun der Abgeordnete Kern mit einem Antrag auf Schluß der Debatte macht oder der Klubobmann Weisz mit einem Antrag auf Befristung der Sache, kommt im Endergebnis genau auf dasselbe heraus. (Abg. Dr. Tull: Herr Kollege, wenn es nach dem Ermacora ginge, könnten wir vier Jahre verhandeln!) Ja gut; ich komme gleich darauf zu sprechen.

Wenn Sie nun behaupten könnten — das konnte aber nicht einmal mein Vorredner jetzt behaupten (Abg. Dr. Kohlmaier: Das will

etwas heißen!) —, daß hier ein fauler Ausschuß war, der nicht einberufen wird, wo es keine Termine gibt, der sich mit der Sache nicht beschäftigt, der nichts weiterbringt, dann könnte ich den Antrag verstehen. Das ist ja der Zweck, warum das in der Geschäftsordnung steht: Wenn man sieht, daß keine neuen Argumente — Herr Kollege Tull, jetzt passen Sie auf, denn Sie sind ja nicht bei dem Ausschuß — mehr kommen, sondern immer das-selbe gesprochen wird, für diesen Fall ist der Antrag auf Fristsetzung bestimmt.

Im vorliegenden Fall kann aber doch niemand behaupten, daß nichts Neues gekommen wäre. In der letzten Sitzung, in der der Terminplan erörtert wurde, ist ja noch etwas Neues gekommen, und zwar von Ihrer eigenen Fraktion, wie ich glaube, in vielen Punkten sehr gut und sehr berechtigt. Aber da kann man dann doch nicht sagen, es ist etwas, was unendlich weitergedeutet wird, immer das-selbe, und das muß man terminisieren.

Terminisieren wollen Sie aus einem ganz anderen Grund: Weil Sie schon so oft unvor-sichtigerweise immer wieder in der Öffentlichkeit davon gesprochen haben. Die verschiedensten Personen haben sich hier betätigt, zum Teil gar nicht zugehörig zu diesem Unter-ausschuß, der sich mit der Sache beschäftigt hat, und haben erklärt: Noch in der Frühjahrs-session ist eine Beslußfassung notwendig. Weil Sie das gesagt haben, glauben Sie nun, muß es auch stattfinden.

Ich halte es für zweckmäßig, das sage ich ganz offen, daß dieses Gesetz noch in der Frühjahrsession beschlossen wird. Darüber sind wir uns völlig einig, und zwar im Interesse der Dienstnehmer des Unternehmens, aber nicht deswegen, weil der eine oder der andere aus Ihren Reihen immer gesagt hat, in der Frühjahrsession hält er eine Beslußfassung für nötig. Die Opposition hat ja nicht zu apportieren, was die Regierung gerne haben möchte. (Beifall bei der FPÖ.)

Es ist auch auf das entschiedenste zu be-streiten, daß ein Antrag auf Fristsetzung der Intensivierung der Debatte dient. Er dient letzten Endes nur der schlampigen parlamentarischen Arbeit, die uns sehr oft in der Öffentlichkeit vorgehalten wird. Es sind nun einmal die Dinge sehr kompliziert, vor allem, was das Rundfunkgesetz anlangt. Es spielen sehr viele Bereiche hinein, die berücksichtigt werden müssen. Das hat gerade die Arbeit des Unter-ausschusses gezeigt, und da ist das Wichtigste nicht die Einhaltung irgendwelcher Termine, sondern das Wichtigste ist die gute Arbeit des Gesetzgebers. Und daher muß man fol-gendes feststellen:

10528

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dr. Broesigke

Wie ich schon hervorgehoben habe, scheint es auch uns notwendig zu sein, daß der Unsicherheitszustand, der von sozialistischer Seite herbeigeführt wurde, endlich einmal beendet wird. Das halten wir für notwendig, das halten wir für gut. Das kann aber nicht geschehen um den Preis schlechter gesetzgeberischer Arbeit.

Wir Freiheitlichen werden trotz der von Ihnen hier für gut befundenen Fristsetzung die Arbeit an diesem Gesetz weiterführen. Die Fristsetzung wird auf uns aber nicht den mindesten Eindruck machen. Denn wir werden deswegen, weil Sie eine Fristsetzung für gut befunden haben, nicht darauf verzichten, dieses Gesetz genau vom ersten bis zum letzten Paragraphen durchzuarbeiten. Sie dürfen sich nicht in der Hoffnung wiegen, daß die absurden Vorstellungen, die zum Teil in der Regierungsvorlage vorhanden sind, übernommen werden, damit man eine Frist erfüllt, die Sie heute für gut befinden, sondern Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß, wenn es zu einer Beschußfassung über dieses Gesetz kommt, es zu dieser Beschußfassung kommen wird, trotz der Fristsetzung, die Sie heute für gut befinden.

Sie haben zweifellos durch diesen Ihren Antrag erhebliche Zweifel daran aufkommen lassen, daß es Ihnen mit der Reform des Rundfunks, von der Sie immer sprechen, wirklich ernst ist. Denn wenn es Ihnen mit der Reform ernst wäre, dann würde Ihnen das Zeitmoment gar keine Rolle spielen. Ihnen ist aber offenbar der Zeitgewinn wichtiger als die Reform, der Prestigeerfolg wichtiger als die Qualität des Gesetzes. Und aus diesem Grunde wird die freiheitliche Fraktion gegen diesen Fristsetzungsantrag stimmen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Kohlmaier. Ich erteile es ihm. (Ruf bei der SPÖ: Denken Sie an Ihren Vorschlag Withalm!)

Abgeordneter Dr. Kohlmaier (OVP): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben mich mit einem Zwischenruf begrüßt, der offenbar originell sein sollte, aber eigentlich für Sie eher peinlich und beschämend ist. Denn in meinen Augen ist, meine Damen und Herren, eine Partei, die in ihren Reihen niemand findet, den sie wagt, der Bevölkerung als Präsidentschaftskandidaten zu präsentieren, zu bedauern, und eine Partei, die mehrere solche Persönlichkeiten hat, zu beneiden. (Beifall bei der OVP. — Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der OVP. — Präsident Dr. Maleta gibt wiederholt das Glockenzeichen.) Sie kommen nicht darum herum: Sie haben niemanden gehabt, den Sie hier aus Ihren eigenen Reihen präsen-

tieren könnten. Ich sage Ihnen noch einmal: Eine Partei, die in ihren eigenen Reihen niemand für ein solches Amt hat, ist zutiefst zu bedauern. (Weitere Zwischenrufe.) Ich weise sehr offen auf den Umstand hin: Wir haben mehrere solche Persönlichkeiten. Und wir sind stolz darauf, meine Damen und Herren! (Beifall bei der OVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Ruf bei der SPÖ: Withalm!)

Aber jetzt zum Thema: Die Befristung dieses Gesetzes oder die Verabschiedung dieses Gesetzes ist in unseren Augen nicht nur eine Frage der parlamentarischen Prozedur, wir glauben auch, daß diese Befristung im höchsten Maß unvernünftig und dem sachlichen Anliegen, das wir doch gemeinsam haben sollten, schädlich ist. Diese Befristung ist leider auch bezeichnend für den Arbeitsstil der Bundesregierung.

Meine Damen und Herren! Es ist heute noch nicht gesagt worden, aber wir müssen wieder darauf hinweisen: Es gibt nachweislich mehrere Aussagen des Herrn Bundeskanzlers, daß das Rundfunkgesetz nicht geändert wird. Es gibt nachweislich mehrere Aussagen des Herrn Bundeskanzlers, daß er den Wählerauftrag des Jahres 1971 nur als einen Auftrag ansieht, das, was in den Wahlprogrammen stand, zu verwirklichen, aber nicht den Sozialismus in Österreich einzuführen. Hier liegt ein klarer Fall vor, wo Sie eine parlamentarische Initiative entfaltet haben, die Sie vor der Wahl nicht angekündigt, sondern sogar ausdrücklich bestritten haben. Und damit mißbrauchen Sie das Mandat, das Sie von den Wählern bekommen haben, meine Damen und Herren! (Beifall bei der OVP.)

Im Zusammenhang mit dieser Frage muß ich auch darauf hinweisen, daß dieser Schritt, der demokratisch so anfechtbar ist, wiederum — wie bei früheren parallelen Anlässen — durch das Einsetzen einer sogenannten Kommission beschönigt werden sollte.

Der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky hat zu Jahresende 1972 erklärt, noch im Jänner — gemeint war Jänner 1973 — werde eine Kommission eingesetzt. Sie habe bis im Sommer Zeit, über neue Vorschläge nachzudenken. Und dann berichtet „Die Presse“ vom 13. Jänner 1973, daß der Herr Bundeskanzler zu dieser Kommission gesagt hat: „Es soll rasch, es soll gründlich vor sich gehen, aber eine Guillotine für die Kommission halte ich für falsch. „Meine Damen und Herren! Hier zeigt sich, daß das Problem des Herrn Bundeskanzlers zunehmend ein Gedächtnisproblem wird, weil er, je länger er regiert, immer mehr in die Gefahr kommt, auf das zu vergessen, was er früher einmal gesagt hat. Es ist nämlich einem Regierungschef nicht möglich, zu einer Kommission,

Dr. Kohlmaier

die er abseits vom Parlament und anderen Parteien einsetzt, zu sagen, der darf man keine Guillotine zumuten, aber dem Parlament, das zum Gesetzesbeschuß allein nach Verfassung und Recht berechtigt ist, diese Guillotine vorzusetzen. Das ist entweder ein Problem Ihres Gedächtnisses, Herr Bundeskanzler, oder Ihrer schlechten Einstellung zum Parlament; eines von beiden! (Beifall bei der ÖVP.)

Kreisky betonte laut „Sozialistischer Korrespondenz“ vom 28. Feber 1973: Für die Kommission gibt es keine Zeitbeschränkung. „Sie soll in aller Ruhe arbeiten können.“ Herr Bundeskanzler! Das ist das, was wir von diesem Rundfunkunterausschuß wollen: daß wir dasselbe Recht bekommen, das Sie Ihrer eigenen Kommission aus eigener Macht zugestellt haben. Wir wollen hier in Ruhe arbeiten, aber nicht die Guillotine in Gang gesetzt bekommen, Herr Bundeskanzler! Das Wort „Guillotine“ hätten Sie lieber nicht aussprechen sollen.

Obwohl wir prinzipiell gegen eine Rundfunkreform, wie sie von Ihnen motiviert war, eingestellt sind, hat sich die Arbeit im Unterausschuß doch sachlich gestaltet. Alles, was der Kollege Blecha hier in dem Zusammenhang berichtet hat, es ginge ja etwas weiter, daher schade die Fristsetzung nicht, ist umgekehrt zu betrachten: Gerade die Tatsache, daß er hier berichten konnte, daß die Arbeiten dort ohne Leerlauf waren, ist ja ein Argument gegen die Befristung, so wie es Kollege Broesigke jetzt auch zutreffend ausgeführt hat. Die Befristung ist ja nur dann sinnvoll, wenn eben nicht das eintritt, was sich im Unterausschuß abgespielt hat, nämlich das Zustandekommen von sachlichen und doch produktiven Beratungen über die Materie.

Im Unterausschuß hat sich gezeigt, daß die Chance für eine Außerstreitstellung dieser Materie, für eine Dreiparteieinigung gegeben ist. Allerdings hat sich auch herausgestellt, daß es noch einige Bereiche gibt, wo ein Konsens erst gesucht werden muß, möglicherweise in Form eines Kompromisses.

Die dortige Arbeit ist — das muß ich jetzt besonders betonen — ja nicht so vor sich gegangen, daß wir die Regierungsvorlage zur Hand genommen, Punkt für Punkt durchdiskutiert und zugestimmt oder abgelehnt beziehungsweise geändert haben, sondern dort hat eine Grundsatzdebatte neu begonnen, wobei wir uns von der Regierungsvorlage zunehmend entfernt haben.

Heute stehen wir an einem Punkt, wo im Unterausschuß die öffentlich-rechtliche Anstalt aktuell wird, die bekanntlich nicht Gegenstand

der Regierungsvorlage ist. Erst in den letzten Tagen hat — allerdings noch vollkommen unzulässig — der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes versucht, hiefür eine neue Form zu finden.

Damit entsteht eine völlig groteske Situation: Die Sozialistische Partei wirft ihr eigenes Konzept über Bord, geht von der Ges. m. b. H. weg, unterbreitet ein völlig neues Konzept in einem Unterausschuß und sagt wenige Tage später: Aber das muß binnen einiger Wochen abgeschlossen werden! Einerseits Unsicherheit, Erneuerung, Erkennen von Mängeln und Fehlern während einer Debatte, die produktiv und konstruktiv vor sich geht, andererseits die Guillotine des Herrn Bundeskanzlers, die eigentlich vom Herrn Parlamentspräsidenten und Gewerkschaftsbundpräsidenten ausgelöst wurde. Das ist eine groteske Situation, mit der wir uns nicht abfinden können, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Es gibt zwei Wege, die vor uns liegen:

Der eine Weg ist, daß die Sozialistische Partei jetzt irgendein Konzept macht und es in wenigen Wochen in diesem Unterausschuß durchboxt.

Der zweite Weg besteht darin, daß wir in unseren gemeinsamen Bemühungen fortfahren und uns dort bemühen, neue Wege zu finden und einen Konsens herzustellen, in einem gemeinsamen Denkprozeß, bei dem wir alle versuchen, einen Weg zu ebnen, um die Außerstreitstellung zu bewältigen.

Die Befristung ist eigentlich schon die Entscheidung für den ersten Weg, und unter dem Druck der Befristung wird der Prozeß der Willensbildung, wie er sich bisher abgezeichnet hat, nicht mehr stattfinden können. (Abg. Robert Weisz: „ÖVP-Pressedienst“: Kohlmaier: Keine weiteren Verhandlungen! — 15. Mai 1974!)

Herr Klubobmann Weisz! Die Verhandlungen, die es in den letzten Wochen gab, waren so, daß wir von der Opposition uns oft bemüht haben, uns eine Alternative einzufallen zu lassen, die Ihnen und uns recht sein kann. Wir haben versucht, die Vorlage nicht nur zu kritisieren, sondern gemeinsam Wege zu suchen beziehungsweise zu erarbeiten, die weder in der Vorlage noch sonst irgendwo standen. Ein solcher Stil ist aber nicht möglich, wenn die erwähnte Guillotine vom Herrn Bundeskanzler aufgerichtet wurde. Solche Verhandlungen wie bisher kann ich mir nach der Befristung nicht mehr vorstellen. Ich fürchte sehr, meine Damen und Herren, daß die heutige Entscheidung einen Weg verbaut, der möglich gewesen wäre.

10530

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dr. Kohlmaier

Ich bin der Auffassung, so wie es auch heute schon zum Ausdruck gekommen ist und wie es der Generalintendant auch im Unterausschuß gesagt hat: Es wäre im Sinne des Unternehmens ORF gewesen, wenn wir eine solche Auferstehung erreicht hätten, die das Rundfunkgesetz unberührt läßt von kommenden Nationalratswahlausgängen. Wenn wir diesen Weg nicht finden — die Befristung wird das überaus erschweren und den Stil der Verhandlungen sehr, sehr verschlechtern; davon bin ich überzeugt —, dann werden Sie vor den Wählern die Verantwortung dafür zu tragen haben. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Heinz Fischer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Heinz Fischer (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich werde mich jetzt nicht mit dem Herrn Generalsekretär Doktor Kohlmaier in eine Debatte darüber einlassen, wer im Zusammenhang mit der Aufstellung von Präsidentschaftskandidaten zu bedauern ist; dies umso weniger, als derjenige, der primär zu bedauern ist, heute an dieser Sitzung gar nicht teilnimmt. Aber wir werden ja Gelegenheit haben, uns über diese Frage und über das Organisationsgenie der ÖVP-Parteileitung noch zu unterhalten. (*Beifall bei der SPO.*)

Zur Frage selbst möchte ich nur drei oder vier Klarstellungen und Informationen zu Punkten bringen, die noch nicht gebracht wurden und die das Ganze vielleicht noch in einem anderen Licht erscheinen lassen.

Erstens: Dr. Withalm hat unter dem Beifall Ihrer Fraktion in der Zeit zwischen 1966 und 1970 immer wieder wörtlich erklärt: Das Tempo bestimmen wir! — Das ist ein Faktum. Daß Sie auch jetzt, wo Sie von den Wählern auf den Platz der Minderheitspartei beziehungsweise Oppositionspartei (*Rufe bei der ÖVP: Noch!*) gesetzt wurden, das Tempo bestimmen wollen, ist Ihr frommer Wunsch. Aber, meine Damen und Herren, Sie werden sich damit abfinden müssen, daß Sie zwar als Mehrheitspartei das Tempo bestimmen könnten, nicht aber auch als Minderheitspartei (*Beifall bei der SPO.*)

Zweitens: Die Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP tun so, als würden sie den Unterschied zwischen „Fristsetzung“ und „Schluß der Debatte“ nicht begreifen oder nicht erkennen. Ich möchte fast sagen: Ich möchte mir den Unterschied in Ihrer Tonart anhören, wenn wir heute „Schluß der Debatte“ beschlossen hätten. Es wäre interessant, ob Sie da gesagt hätten: Das ist dasselbe wie eine Frist-

setzung. — Denn es liegt natürlich ein ganz erheblicher Unterschied zwischen der Vorgangsweise, die Sie seinerzeit gewählt haben: Schluß der Debatte, abstimmen, niemand mehr zu Wort kommen lassen, nichts mehr reden lassen, und der heutigen Beschlusfassung, daß eine Arbeit in einem bestimmten Zeitraum, noch dazu in einem Zeitraum, der an sich unbestritten war, zu Ende geführt werden soll. Da besteht ein großer Unterschied!

Drittens: Kollege Peter hat gleichfalls mit großer Lautstärke so getan, als ob zwischen „Schluß der Debatte“ und „Fristsetzung“ kein Unterschied wäre und als ob eine Fristsetzung etwas sehr Undemokratisches wäre.

Kollege Peter! Die Auseinandersetzung mit Ihnen wäre um eine Nuance schwieriger, wenn nicht die FPO gemeinsam mit der Regierungspartei — was Ihnen niemand zum Vorwurf macht, was wir für eine sinnvolle, nützliche und, wie sich herausstellt hat, auch fruchtbare Maßnahme halten — bei einer anderen Materie ebenfalls einen Fristsetzungsantrag mitbeschlossen hätte.

Ich glaube, wenn man bei der Strafgesetzgebung sagte: Wir wollen uns das so einteilen, daß wir in eineinhalb Jahren mit dieser großen Materie fertig werden, weil es im Justizausschuß noch andere Dinge zu beraten gibt, wie sich ja jetzt in diesem Ausschuß herausstellt, dann ist es legitim, auch im Verfassungsausschuß nach ausführlich geführten Verhandlungen und zu einem Zeitpunkt, wo das Ende dieser Verhandlungen bereits absehbar ist, zu sagen: Bis zu diesem Zeitpunkt soll der Verfassungsausschuß dem Plenum des Nationalrats Bericht erstatten. Nichts anderes ist geschehen. (*Abg. Peter: Wenn Sie so wie wir fertig werden wollen und wir sagen: Sie müssen!, dann macht es Ihnen auch keinen Spaß!*)

Herr Kollege Peter! Sie waren im Unterausschuß nicht dabei. Ich wollte das nun folgende am Schluß sagen, aber ich ziehe es vor und bespreche es jetzt im Haus: Nachdem alle Fraktionen erklärt hatten, daß sie bis zum Sommer fertig werden wollen, hat sich herausgestellt, daß von der Österreichischen Volkspartei immer wieder auf Imponderabilien verwiesen wurde, die man noch nicht absehen könne, und daher könnte man doch nicht sicher sein, ob man wirklich bis zum Sommer fertig werden kann. Uns ist der Grund hiefür völlig klar, meine Damen und Herren, und wir haben es auch im Unterausschuß völlig offen ausgesprochen: Sie wollen bis zum Sommer hin verhandeln. Dann werden Sie als Minderheitspartei die Mehrheitspartei vor die Alternative stellen: Entweder ihr gebt in den noch offenen Punkten nach, dann kriegt ihr das Gesetz

Dr. Heinz Fischer

vor dem Sommer, oder ihr gebt in den offenen Punkten als Mehrheit nicht nach, dann kriegt ihr das Gesetz nicht vor dem Sommer, dann müßt ihr halt suchen, für wann ihr einen Termin für die Beschußfassung bekommt.

Bei Ihrer Verhandlungstaktik konnte man ja förmlich spüren, daß es Kollege Kohlmaier oder die ÖVP darauf angelegt hat. (Abg. Dr. Kohlmaier: Ihre Phantasie ist bewundernswert!) Wir sagen: Verhandeln ja, fair verhandeln, so wie bisher fair verhandeln. Aber es geht nicht an, daß man die Regierungspartei im letzten Augenblick unter eine Terminerpressung setzt, unter die Erpressung mit einer einzigen Alternative. Denn darauf wäre es hinausgelaufen, und dagegen wehren wir uns. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben, Herr Klubobmann Peter, in langen Diskussionen den Kollegen der ÖVP vorgeschlagen — und wir sind bis an die Grenzen dessen gegangen, was hier zu verantworten war —, daß der ORF-Unterausschuß die Einsetzung eines Verhandlungskomitees beschließen soll, um die noch offengebliebenen Fragen zu klären. Dieses Verhandlungskomitee soll dann bis 28. Juni — und nicht bis Mai, wie manche Zeitungen geschrieben haben — dem Unterausschuß berichten. Für die darauffolgende Woche ist ein Verfassungsausschuß in Aussicht genommen, auf dessen Tagesordnung der Bericht des Unterausschusses stehen soll und der den Bericht an das Plenum des Nationalrates fertigstellen soll. Durch diesen Fahrplan wäre das Verhandlungsergebnis in inhaltlicher Hinsicht in keiner Weise präjudiziert worden.

Das haben wir Ihnen vorgeschlagen. Entweder, meine Damen und Herren, ist es Ihnen wirklich ernst damit, bis zum Sommer die Materie fertig zu beraten, dann können Sie niemandem erklären, warum Sie diesen Operationskalender, so haben wir es genannt, nicht akzeptiert haben. Oder es ist Ihnen nicht ernst bis zum Sommer, dann verstehe ich Ihren Zorn über die Fristsetzung. Aber dann haben Sie eben nicht ehrlich spielen wollen, sondern dann hätten Sie weiter verzögern und uns weiter trösten wollen, und damit waren wir nicht einverstanden. (Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt, Hohes Haus, noch ein Allerletztes zum Problem der Fristsetzung, damit da nicht völlig falsche Eindrücke entstehen. Ich glaube, ich darf das berichten, es wird ja darüber öffentlich diskutiert, daß wir bei den Geschäftsordnungsverhandlungen schon Übereinstimmung darüber erzielt haben, daß, wenn ein Volksbegehren dem Parlament zugewiesen wird, automatisch nach sechs Monaten dem Plenum des Nationalrates ein Bericht zu erstatten ist. In der Sprache der ÖVP von heute

würde das heißen: brutale Fristsetzung für das Volksbegehren, quasi Schluß der Debatte für jedes Volksbegehren; in Wirklichkeit heißt das nur, daß ein Volksbegehren, von dem man annehmen kann, daß es eine wichtige Materie ist, nach einer angemessenen Frist hier im Parlament zur Sprache kommt.

Und noch etwas anderes: Die Kollegen der ÖVP schlagen uns vor, und wir diskutieren darüber, daß über jeden Initiativantrag automatisch nach sechs Monaten eine Berichterstattung an das Plenum des Nationalrates erfolgen soll. Also automatische Fristsetzung für alle Initiativanträge. Ist das undemokratisch? Ist das Schluß der Debatte? Wenn wir Ihren Vorschlägen, Ihren eigenen Vorschlägen folgen würden und wir hätten das Rundfunkgesetz als Initiativantrag eingebracht, hätte es Ihren Vorstellungen zufolge automatisch nach sechs Monaten eine Berichterstattung an das Plenum des Nationalrates gegeben.

Und jetzt sage ich: Entweder machen Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, undemokratische Vorschläge, die Bestandteil der Geschäftsordnung des Nationalrates werden sollen, oder Sie spielen uns heute, verzeihen Sie, ein Theater insofern vor, als Sie etwas als undemokratisch und brutal bezeichnen, wo nur sichergestellt werden soll, daß ein im Prinzip vereinbarter Terminfahrplan auch tatsächlich eingehalten werden kann.

Darum sagen wir auch: Wir trennen zwischen dem Inhalt der Beratungen, dem Inhalt des Problems und der Absicht, diese Beratungen in angemessener Frist zu Ende zu führen. Unsere Bereitschaft, die Verhandlungen im bisherigen Geist weiterzuführen, bleibt selbstverständlich aufrecht, und wir glauben, daß eigentlich — ich will es niemandem unterstellen — für irgendwelche Justamentreaktionen bei den Betroffenen und bei der Öffentlichkeit wenig Verständnis vorhanden wäre. Sie drohen uns: Wenn die Regierungspartei das ernst nimmt, was ursprünglich in Aussicht genommen wurde, nämlich bis zum Sommer fertig zu werden, dann werden wir — die ÖVP — uns auch in inhaltlicher Hinsicht ändern. Überlegen Sie das gut: Sie haben zu entscheiden, ob Sie an einer sachlichen Fortsetzung der Beratungen interessiert sind oder nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maletz: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Robert Graf. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Graf (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nur einige grundsätzliche Feststellungen meiner Fraktion seien mir noch ermöglicht, nicht zur Sache, sondern zur Vorgangsweise.

10532

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Graf

Sie haben hier — der Herr Dr. Fischer und der Herr Kollege Blecha — sehr wortreich unter Beweis zu stellen versucht, welch edle Motive Sie veranlassen, zur Fristsetzung zu kommen, quasi als Ausfluß parlamentarischer Reife zur Beschleunigung und Versachlichung eines Prozesses. Man muß dazu, glaube ich, grundsätzlich etwas sagen.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Ihre absolute Mehrheit und die in der Zwischenzeit aufgetretenen Niederlagen, die Sie hinnehmen mußten, haben Ihnen das demokratische Gefühl abhanden kommen lassen, daß man eine Diskussion ausdiskutieren läßt, ohne Frist. Sie suchen aus einer politischen Nervosität bewußt den Dissens, wo Sie als Demokraten um den Konsens zu ringen hätten; auch mit Ihrer Mehrheit, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist der wahre Grund, warum Sie sich in die Fristsetzung flüchten. Dort, wo Sie nicht mehr reden müssen mit der parlamentarischen Minderheit, dort verzichten Sie auf das Gespräch, wenn es eine Wendung nimmt, die Ihnen politisch nicht mehr paßt. Dort benutzen Sie Ihre Mehrheit und versuchen, das parlamentarisch zu verbrämen.

Meine Damen und Herren! In der Frage der Rundfunkreform haben Sie keine Sachlichkeitsappelle an uns zu richten. Richten Sie die Sachlichkeitsappelle an Ihre Partei. Es gab in keiner Materie der letzten zwei Jahre größere politische Kapriolen in der Ansicht zur Sache als gerade in Ihrer Partei in der Rundfunksache, meine Damen und Herren. Nur das ist der Grund.

Und jetzt appellieren Sie an uns, Sie bieten uns die Hand zu weiteren Verhandlungen? Sie brauchen uns die Hand nicht hinzustrecken, Sie hatten ja unsere Bereitschaft. Sie stellen uns unter einen zeitlichen Druck, weil Ihnen die ganze Entwicklung nicht paßt, weil Sie nicht ertragen können, daß auch absolute Mehrheiten erschüttert werden können. Das, meine Damen und Herren, macht Sie nervös und unparlamentarisch. Der gestrige Tag mit dem Verkehrsminister und die heutige Fristsetzung sind ein Signal, daß Sie nicht verlieren können und es Gott sei Dank trotzdem tun. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist daher geschlossen.

Im Sinne des § 42 Geschäftsordnung lasse ich über den Antrag des Abgeordneten Robert Weisz, dem Verfassungsausschuß zur Berichterstattung über die Regierungsvorlage 933 der

Beilagen, Bundesgesetz, mit dem das Rundfunkgesetz geändert wird, eine Frist bis 8. Juli 1974 zu stellen, sofort abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzten zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Debatte über den Bericht des Bundeskanzlers und den Bericht des Bundesministers für Finanzen über die wirtschaftliche Lage

Präsident Dr. Maleta: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Gegenstand ist die Debatte über den Bericht des Bundeskanzlers und über den Bericht des Bundesministers für Finanzen über die wirtschaftliche Lage.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Koren. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Koren (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! „Die österreichische Währungs- und Wirtschaftspolitik steht weiterhin im Zeichen der Illusionen.“ Mit diesem Satz begann der Leitartikel eines österreichischen Wirtschaftspublizisten am vergangenen Wochenende. In diesem Artikel wurden Stil und Inhalt der Währungs- und der Wirtschaftspolitik der letzten Wochen so treffend charakterisiert.

Ich fürchte, Illusionen waren in den letzten vier Jahren das wichtigste Beiwerk Ihrer Politik. Mit diesem Beiwerk haben Sie die österreichische Bevölkerung von den Fehlern und Schwächen und den Folgen Ihrer Politik abgelenkt. Illusionen, mit welchen Sie die erschreckend zunehmende Diskrepanz zwischen den Schlagworten, mit denen Sie vor vier Jahren angetreten sind, und der rauen Wirklichkeit vergessen machen wollten. Es war im ganzen gesehen die Illusion einer „heilen Welt“, einer „Insel der Seligen“, einer Wirtschaft und Gesellschaft, in der Wachstum Triumpf ist und die unvermeidlichen Folgen zunehmender Inflation nicht existieren durften.

Diese Politik des Illusionierens haben Sie — das muß neidlos anerkannt werden — in den ersten Jahren, begünstigt durch die Flutwelle der internationalen Konjunktur, beinahe meisterhaft beherrscht. Aber schon anlässlich der ersten Lesung des Budgets im Herbst des Vorjahres habe ich Ihnen, Herr Finanzminister, gesagt, daß Sie nun — mit diesem Budget 1974 — von der Sonnenseite in die Schattenseite der Inflationskonjunktur eintreten werden und daß Sie vom Begünstigten zum Getriebenen der Inflation wechseln werden. Und Sie selbst dürften in der Zwischenzeit gemerkt haben, daß Ihr Kurswert an der Börse der

Dr. Koren

politischen Gunst von der Hause- in die Baissephase eingetreten ist. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Der Grund ist nicht schwer zu erraten. Weil Sie so lange mit ihrem Illusionsstil, mit Ankündigen, Ablenken, Versprechen und Verneinlichen die beabsichtigte Wirkung erzielen konnten, haben Sie das Gefühl dafür verloren, wann diese Illusionen anfangen, als schal und unernst empfunden zu werden. Sie haben das Gefühl dafür verloren, daß politische Equilibristik dann nicht mehr den gewohnten Applaus einbringt, wenn die Sorge und die Besorgnis der Betroffenen größer zu werden beginnt als die Freude an dem Gebotenen.

Sie haben nicht zur Kenntnis genommen, daß die österreichische Bevölkerung besonders seit dem Schock der Ölkrise vom Herbst des Vorjahres und seit der Eskalation der Teuerung im heurigen Frühjahr die wirtschaftliche Entwicklung mit weniger Illusionen, aber mit wachsender Besorgnis sieht, weil nun allzuvielen Probleme und Schwierigkeiten sichtbar werden, die als Bedrohung der Zukunft und als Ungewißheit auf dem weiteren Weg empfunden werden.

Der Inhalt der Informationsflut, der auf unsere Bevölkerung einströmt, hat sich in der letzten Zeit wesentlich verändert. Die Inflation bordet über, der Steuerdruck wird stärker und unerträglich, Sparer und Investoren sind verunsichert, die Regierung selbst provoziert die Spekulation gegen die eigene Währung, und die Nachrichten über Spannungen und Störungen draußen in der Welt sind sicher nicht dazu angetan, ein sanftes Ruhekissen für den Wohlfahrtsbürger abzugeben.

Wir sind damit, Hohes Haus, in eine Phase der nationalen und internationalen Entwicklung eingetreten, in der vieles mehr und mehr in Frage gestellt wird, was bisher selbstverständliche und unumstrittene Grundlage des Wachstums-, Wohlstands- und Sicherheitsglaubens der Bevölkerung war. In einer solchen Zeit will der verängstigte und unsicher gewordene Bürger nicht schönfärberische Reden hören und nicht stabilitätspolitische Schaumschlägerei, wie eine Zeitung heute wieder eine Qualifizierung für den gestrigen Bericht gibt, er will nicht den illusionären Schilderungen vergangener Großtaten lauschen und ungläubwürdigen Optimismus vorgesetzt bekommen. Die Bevölkerung erwartet vielmehr, daß die Verantwortlichen, die Regierung und die Politiker den Eindruck der Sicherheit, des Vertrauens und der Glaubwürdigkeit vermitteln, daß sie zum Ausdruck bringen, daß sie die Probleme erfaßt haben und kennen und mit Ernst und Verantwortungsbewußtsein zu lösen bereit sind.

Herr Bundeskanzler! In Deutschland ist Ihr Freund Willy Brandt nicht an einem Guilleaume, sondern an diesen Problemen gescheitert, die ich eben erwähnt habe, daran, daß er die veränderte Wirklichkeit nicht mehr zur Kenntnis nehmen konnte. Sein Nachfolger hat in seiner Regierungserklärung in der vergangenen Woche diese veränderte Wirklichkeit zumindest teilweise zur Kenntnis genommen und mit der Ankündigung von politischen Zieländerungen reagiert.

Ich habe noch bis gestern fast mit Sicherheit angenommen, daß Sie, Herr Bundeskanzler, in einer groß angekündigten Erklärung vor dem Nationalrat zumindest den Versuch einer nüchternen und ehrlichen Analyse unserer Lage und ihrer Probleme abgeben werden und daß Sie daraus vielleicht ein paar Ansatzpunkte für eine glaubwürdigere Politik für die nächste Zukunft anbieten würden.

Ich wollte ehrlich gestanden nicht annehmen, daß der Chef einer Partei, die das Wort „planen“ einmal als ihr ureigenstes Eigentum betrachtet hat und die seinerzeit ausgezogen ist, um — wie Sie selbst, Herr Bundeskanzler, damals sagten — die „Zukunft“ zu gestalten (Ruf bei der ÖVP: O je, o je!), daß eine solche Partei wirklich nur mehr darauf eingestellt ist, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen und in ihr einzuhügeln.

Herr Bundeskanzler! Ich muß gestehen, ich habe Sie überschätzt. Vielleicht waren Sie in den letzten Tagen zu sehr in die verworrenen Schlingen der politischen Vergangenheitsdeutung Österreichs verfangen, um die Zeit zu erübrigen, die für die Vorbereitung eines diskussionswürdigen Berichtes notwendig gewesen wäre. Was Sie uns gestern präsentiert haben, war kein ernsthafter Versuch, unsere wirtschaftliche Lage und die Politik der Bundesregierung darzustellen, sondern ein zusammenhangloser Brei mit krampfhaften Versuchen der Schönfärberei, die manchmal — leider, Herr Bundeskanzler! — bis zur Irreführung geht. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Die ersten vier Seiten Ihres Berichtes mit dem Streifzug von der EWG bis in die Sahel-Zone darf ich hier übergehen. Dann, Herr Bundeskanzler, folgt abrupt die Börsenmitteilung, daß der Dollarkurs von gestern 17,63 S gewesen sein soll, mit der euphorischen Feststellung, daß — und das darf ich aus Ihrer Rede zitieren — „niemals vorher in der Geschichte unserer Währung derart günstige Austauschrelationen aufzuweisen waren“. Herr Bundeskanzler! Gerade diese gewaltige Abwertung des amerikanischen Dollars in den letzten Jahren ist, wie ich fürchte, für Europa

10534

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dr. Koren

alles anderes als ein Grund zur Freude. Denn diese Änderung der Währungsparitäten signalisiert nicht eine Änderung der Austauschrelationen zu unseren, sondern zu amerikanischen Gunsten! (Zustimmung des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Schleiner.) Es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, daß alle namhaften Fachleute in Europa die vollen Auswirkungen dieser Währungsänderungen in den nächsten Jahren in der Form eines neuen und bedeutenden und gewaltigen Export-drive der Vereinigten Staaten erwarten.

Daß weder Sie noch der Finanzminister auf die trostlose Situation des internationalen Währungssystems oder gar auf die Hintergründe der durch provozierte Spekulation erzwungenen Währungsmanipulation der vorigen Woche eingegangen sind, wirft nur ein weiteres bezeichnendes Licht auf Ihren Propagandabericht.

Im Anschluß daran kommen dann in Ihrem Bericht, Herr Bundeskanzler, die Rohwarenpreise für Produkte dran, die von 1970 bis 1974 nach Ihren Angaben für einzelne Produkte um 100 Prozent bis 500 Prozent gestiegen sind, und daran schließt sich die Feststellung — ich darf Sie wieder wörtlich zitieren —, daß „jedermann, der sich um eine objektive Beurteilung der Situation bemüht, ermessen kann, welches Ausmaß die Rohstoffverteuerung gehabt hat!“

Was damit bezeichnet werden soll, ist klar, Herr Bundeskanzler: Damit soll wieder einmal die „gewaltige importierte Inflation“, gegen die Sie so hilflos und ohnmächtig sind, als Ausrede bemüht und untermauert werden. Ich frage mich, Herr Bundeskanzler, warum haben Sie eigentlich nicht Ihr eigenes Statistisches Zentralamt bemüht? Dort rechnet man seit vielen Jahren Monat für Monat einen Preisindex der Einfuhr nach Österreich aus. Der dort errechnete Preisindex der gesamten Einfuhr, also aller Importprodukte — ein Preisindex, der also alle Importwaren erfaßt, Herr Bundeskanzler —, ist von 1970 bis 1973 nicht um 500 Prozent und nicht um 100 Prozent, ja nicht einmal um 19 Prozent wie die inländischen Verbraucherpreise, sondern um nicht ganz 7 Prozent gestiegen. Das, Herr Bundeskanzler, wäre in diesem Zusammenhang auch eine interessante Feststellung gewesen, denn sie hätte gezeigt, daß der inländische Preisauftrieb stärker ist als der, der über die Importe nach Österreich hereingetragen wird! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich darf zu einem anderen Punkt Ihrer Rede kommen, Herr Bundeskanzler. Auf Seite 8 stellen Sie fest, daß Österreich, was das Wachstum des Sozialproduktes betrifft, an der Spitze aller europäischen Industrienationen

liegt. Ich darf eine Tabelle zur Hand nehmen, die im nächsten Monatsbericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes enthalten sein wird und wofür die Daten dazu den OECD-Statistiken entnommen sind. Aus dieser Tabelle ergibt sich eindeutig, daß das Bruttonationalprodukt in Österreich im Jahre 1973 um 5,5 Prozent gestiegen ist. Mit diesen 5,5 Prozent liegt Österreich keineswegs an der Spitze, sondern — von den USA, von Kanada und von Japan abgesehen — hinter Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden und so weiter. Von einer Spitze, Herr Bundeskanzler, kann in diesem Zusammenhang keine Rede sein!

Im nächsten Satz Ihrer Erklärung, Herr Bundeskanzler, heißt es: „Motor der Wirtschaftsexpansion war vor allem die Sachgüterproduktion.“ Ich nehme die zweite Tabelle dazu her, die Aufschluß darüber gibt, daß die Industrieproduktion in Österreich im Jahre 1973 um 5,1 Prozent expandiert hat. Das ist unter den westeuropäischen Industrieländern einer der letzten Ränge, denn es ergeben sich folgende Prozentzahlen: USA 9 Prozent, Kanada 8,3 Prozent, Japan 18 Prozent, Belgien 5,5 Prozent, Bundesrepublik Deutschland 7,5 Prozent, Frankreich 7,9 Prozent, Großbritannien 8,8 Prozent, Niederlande 7,8 Prozent, Schweden 6,7 Prozent, Schweiz 5,8 Prozent, dann kommt Österreich mit 5,1 Prozent.

Ich sage das nicht, Herr Bundeskanzler, um damit überhaupt eine Qualifizierung der Produktionsentwicklung zu treffen, sondern nur um zu qualifizieren, was Sie in Ihrem Bericht gesagt und geschrieben haben.

Nun zu einem weiteren Punkt auf Seite 10 Ihrer Erklärung, Herr Bundeskanzler. Dort stellen Sie fest, daß Sie im Bereich der UNO-City Änderungen vornehmen werden. Sie haben sich auf alle unsere Vorbehalte hin zwei Jahre geweigert, dort die Gigantomanie etwas einzubremsen. Ich könnte jetzt sagen, es sei dem Druck der Opposition zu danken, daß Sie diese Kursänderung vornehmen. Allerdings wäre es dazu notwendig aufzuklären, warum gestern der Herr Bürgermeister Gratz, der offenbar von Ihrer Initiative noch nichts wußte, im ORF erklärt hat, es sei von keiner Einschränkung die Rede, weder nach dem Text noch nach der Absprache mit Kreisky. (Hört! Hört! - Rufe und Beifall bei der ÖVP.)

Herr Bundeskanzler! Auf Seite 12 Ihres Berichtes beschäftigen Sie sich mit Familienpolitik. Ich muß ganz offen sagen: Offenbar dient diese Passage wieder einmal dazu, um der notorischen Familienfeindlichkeit Ihrer Politik, die Sie bei der letzten und auch bei den kommenden Steuerreformen an die Fahnen

Dr. Koren

geschrieben haben, entgegenzuwirken. Was tun Sie hier? — Sie feiern es als eine große Leistung, daß Sie die Budgetzahlen für das Jahr 1974 beim Familienlastenausgleichsfonds nennen, und dann — jetzt kommt etwas sehr Merkwürdiges — rechnen Sie noch 6,6 Milliarden Schilling dazu, die Sie als Einnahmenausfall bei der Lohn- und Einkommenssteuer bezeichnen und die auch „den Familien“ zur Verfügung stünden.

Wenn, meine Damen und Herren — ich darf mich besonders an die Herren des Gewerkschaftsbundes wenden —, seinerzeit ein ÖVP-Minister die Unverfrorenheit gehabt hätte, eine im Steuergesetz verankerte Begünstigung als etwas zu demonstrieren oder als etwas hinzu stellen, das er, der Finanzminister, den Betroffenen gäbe, dann hätte es eine mittlere Revolution gegeben! Heute aber lassen Sie sich solche Dinge ohne weiteres gefallen.

Ich würde vorschlagen, Herr Finanzminister: Vielleicht nehmen Sie in Ihrem nächsten Bericht auf, daß etwa das Existenzminimum, das ja bekanntlich 4000 S pro Nase ausmacht, eine Größenordnung von mindestens 10 Milliarden Schilling Steuerersparnis bedeute, sodaß also den untersten Einkommensschichten vom Finanzminister auch noch 10 Milliarden Schilling geschenkt werden. Ich halte so etwas einfach für nicht mehr vertretbar! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Etwas anderes, Herr Bundeskanzler: Auf Seite 13 stellen Sie fest, daß der Ausgleichszulagenrichtsatz 979 S im Jahre 1966 betragen hat, dann 1333 S und ab kommendem Juli 2060 S betragen wird. Sie stellen weiter fest, daß das gegenüber 1970, also in der Zeit Ihrer Regierung, eine Steigerung von 54,5 Prozent sei.

Nur ein kleiner Hinweis: Der Herr Finanzminister nennt in seinem Bericht auf Seite 5 eine etwas andere Zahl, nämlich 60,6 Prozent. (Finanzminister Dr. Androsch: Zu einem genauen Zeitpunkt!) Sie schreiben genauso: 1970 bis 1974. (Finanzminister Dr. Androsch: Genaues Datum!) Dann schreiben Sie bitte dazu, was Sie meinen. — Aber um das geht es eigentlich gar nicht. Um 5 Prozent streiten wir mit dieser Regierung gar nicht mehr! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Was Sie aber hinzuzufügen vergessen haben, Herr Bundeskanzler: diese 54 Prozent, die von 1970 bis 1974 zu den Ausgleichszulagen hinzugekommen sind, sind real erheblich weniger als die 40 Prozent, die zwischen 1966 und 1970 dazugekommen sind. (Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist es ja! — Zustimmung bei der ÖVP.)

Sie sollten den Aspekt nicht immer vergessen, daß mehr sehr oft weniger sein kann. In Ihrem Fall ist leider Gottes das Mehr sehr oft ein Weniger. (Abg. Dr. Kohlmaier: Mehr Regierungsmitsglieder ist dasselbe!)

Auf der gleichen Seite ein anderer Punkt, Herr Bundeskanzler. Sie führen den Bundesbeitrag für die Pensionen an. Natürlich ist er beträchtlich gestiegen. In den vier Jahren von 1970 bis 1974 auf 46 Milliarden Schilling gegenüber 24,4 Milliarden Schilling in den vorhergehenden vier Jahren. Auch diesbezüglich haben Sie, Herr Bundeskanzler, vergessen hinzuzufügen, daß es in diesen vier Jahren Ihrer Regierung zwar höhere Pensionsanpassungsfaktoren gegeben hat, aber geringere reale Pensionssteigerungen als in den vier Jahren vorher, weil eben die Inflation, wie Sie selbst noch vor 1970 gesagt haben, letzten Endes eine Geisel der Armen ist. Nur haben Sie das seither etwas verdrängt. Und deshalb muß man Sie zeitweilig wieder daran erinnern.

Herr Bundeskanzler! Ich möchte nur noch eine kleine Feststellung zu Seite 17 treffen, wo Sie wieder einmal ein bißchen Zuckerbrot für die Bauern übrig haben, allerdings nur Verbales. Wer einmal, so wie es mir zugefallen ist, an Verhandlungen über Landwirtschaftsfragen mit Ihnen teilgenommen hat — ich tat das x-mal im Zusammenhang mit den EWG-Verträgen —, der weiß, wie „konziliant“ Sie diese Verhandlungen geführt haben: Daß wir über ein Jahr brauchten, um von Ihnen das zu bekommen, was vertraglich zugesichert war, was die Unterschriften von Politikern beider Parteien getragen hat! Und ich fürchte, Herr Bundeskanzler: Die österreichischen Bauern wissen längst, was sie von Ihrer Politik zu halten haben!

Was ich in Ihrer Rede vergeblich gesucht habe, war die Spur eines Zusammenhangs und Antwort auf die Frage, wie Sie die Probleme von heute sehen und wie Sie sich die Lösungen vorstellen. Wo ist ein Rückbezug auf die Schlagworte, mit denen Sie seinerzeit angetreten sind? Auf das Kaufen, das wieder Freude machen soll, auf das Sparen, das im Staatshaushalt wieder in den Vordergrund treten soll, die 5000 Wohnungen, die Sie versprochen haben? Wo ist der Kampf gegen die Armut? In Wirklichkeit kämpfen Sie vergebens gegen die Hydra der Inflation!

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, Herr Bundeskanzler, daß Ihnen in den letzten Monaten bewußt geworden ist, daß Sie die Gunst der österreichischen Bevölkerung überfordert haben und daß Sie erkennen mußten, daß die Zeit Ihrer Fortüne vorbei ist. Brandt

10536

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dr. Koren

war nicht nur Ihr Freund, ich fürchte, Sie teilen auch das gleiche Schicksal. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Vom Herrn Finanzminister hätten wir eine klarere Aussage erwartet, durch welche Kursänderungen seiner Wirtschaftspolitik — und das bringen ja auch die Kommentare der heutigen Zeitungen zum Ausdruck — er eine eindeutige Absage an die Inflationspolitik erteilen will. Es blieb auch bei Ihnen, Herr Finanzminister, beim Berühmen mit der Vergangenheit; für die Gegenwart hatten Sie leider Gottes nur ein paar schon wiederholt gebrauchte Pläritüden übrig. Denn was soll ich auf Seite 10 mit der Feststellung anfangen: „Die Preissteigerungen sind ein internationales Problem“ — no na — „das nur durch Zusammenarbeit der Staaten gelöst werden kann“? Weil die internationale Politik nicht funktioniert, gibt es natürlich dieses Problem. Aber was haben Sie dazu zu sagen?

Sie sagen weiter: „Was wir brauchen, ist eine Allianz für Stabilität.“ Ja was stellen Sie sich unter dieser Allianz vor? (Zwischenrufe.) Was für konkrete Maßnahmen sollen ergripen werden?

Sie stellen am Ende der Seite weiter fest: „... unsere Währung ist stark und die Staatsfinanzen sind in Ordnung ...“ Vielleicht zuerst zur starken Währung.

Ich werde Ihnen jetzt, Herr Finanzminister, nicht vorlesen, was Sie vor fünfseinhalb Jahren in einer Debatte über Währungsfragen gesagt haben, denn heute hat sich Ihre Meinung offensichtlich grundlegend geändert. Im Gegensatz zu damals haben wir heute ein eindeutiges Zahlungsbilanzdefizit, einen Abstrom ausländischer Zahlungsmittel und auch der Tendenz nach eine strukturelle Verschlechterung der Zahlungsbilanz. Die Zahlungsmittelreserven der Notenbank nehmen trotz Ihrer rapiden Auslandskreditaufnahmen laufend ab. Das heißt, der Abfluß ist weit, weit stärker als der von Ihnen herbeigeführte Zufluß durch Dollarkredite.

Damals haben Sie zum Ausdruck gebracht, der österreichische Schilling sei abwertungsverdächtig. Heute, fünfseinhalb Jahre später, in der entgegengesetzten Situation, die man üblicherweise wohl nicht als eine besonders glückliche bezeichnet, nämlich ein strukturelles Zahlungsbilanzdefizit, in der, wie Sie selbst in Ihrem dickeren Bericht und in dem vorliegenden Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts feststellen, daß der Tendenz nach eine wesentliche Verschlechterung der Zahlungsbilanz eingetreten ist, in der Zeit führen Sie durch eine unverantwortliche Ver-

haltensweise in der Währungspolitik die internationale Spekulation geradezu mit Gewalt und an der Hand nach Österreich.

Herr Finanzminister! Mir ist kein Fall geäufig, in dem ein Verantwortlicher der Währungspolitik Wochen vorher ganz offen über die Absicht der Regierung, eine Aufwertung herbeizuführen, spricht. Vielleicht war das einzige, was Sie überrascht hat, daß sich die internationale Spekulation 14 Tage überhaupt nicht gerührt hat — das wirft höchstens ein Schlaglicht auf die Bedeutung Österreichs als Währungs- und Finanzplatz.

Aber als dann in gehäufter Form am Wochenende und am Beginn der vorigen Woche wiederum Erklärungen über Aufwertungsabsichten gekommen sind, da hatten Sie Ihr Ziel endlich erreicht. Ein paar Spekulanten sind aufgewacht und haben durch große Schillingkäufe und entsprechenden Dollarzustrom zur Notenbank bewirkt, daß die Notenbank den Handel einstellen mußte und sozusagen von außen durch die Spekulation gezwungen wurde, das durchzuführen, was Sie beabsichtigten, was Sie aber doch nicht so ohne weiteres machen wollten, weil Sie dann mit den verschiedenen Gruppen in diesem Land vielleicht doch hätten reden sollen.

Herr Finanzminister! Ich fürchte, daß das eine Vorgangsweise ist, die von wenig Verantwortungsbewußtsein in solchen Fragen zeugt. Denn Spekulation mit der eigenen Währung, das ist etwas, was Ihnen vorbehalten geblieben ist! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Sie, Herr Finanzminister, sprechen im selben Satz von den Staatsfinanzen. Damit zerplatzt eines Ihrer letzten Schlagworte, nämlich das Schlagwort, das seinerzeit von Ihnen so gerne gebraucht wurde und das „Schuldenpolitik“ hieß. Ende 1969 betrug der Gesamtstand der Staatsverschuldung 43 Milliarden Schilling; er beträgt im Augenblick rund 58 Milliarden Schilling, nicht eingerechnet die 4 Milliarden Schilling, die 1977 für die Finanzierung der Mehrwertsteuerentlastung fällig werden und nicht enthaltend die 2 oder 3 Milliarden Schilling, die Sie in der Zwischenzeit durch Gesetz — nicht durch Zahlung, sondern durch Gesetz! — vom Bund auf die Notenbank übertragen haben. Und fraglos wird im Laufe des heutigen Jahres dazu noch einiges kommen.

Es wird daher Ihnen vorbehalten gewesen sein, die stärkste Ausweitung des Staatsverschuldens herbeigeführt zu haben, die jemals in einer Legislaturperiode passiert ist. Und das, Herr Finanzminister, ist die Leistung in Zeiten einer ungebrochenen und ununterbrochen anhaltenden Konjunktur, in der von

Dr. Koren

der Budgetpolitik ein restriktiver und nicht ein expansiver Effekt hätte ausgehen sollen, es aber nicht getan hat.

Bei dieser Gelegenheit, Herr Finanzminister, eine weitere Feststellung. In den ersten Monaten dieses Jahres mußten Sie noch mit einem anderen Schlagwort aufhören, nämlich dem der Auslandsverschuldung. Nachdem Ihr Freund Kienzl vor wenigen Wochen festgestellt hatte — er ist Generaldirektor der Nationalbank und muß es wissen —, daß der österreichische Kapitalmarkt zusammengebrochen ist — das seine wörtliche Feststellung —, mußten auch Sie erfahren (Abg. Mitterer: *Da lachen Sie noch dazu! Das ist für Sie zum Lachen, Herr Finanzminister!*), daß Neuemissionen in diesem Frühjahr nicht mehr plazierbar sind. Seit diesem Zeitpunkt müssen Sie Ihre Löcher im Budget aus dem Ausland finanzieren.

Auch das lese ich Ihnen jetzt wieder nicht vor, was Sie vor fünf Jahren zu diesem Thema hier im Hohen Haus etwa über die Höhe der Zinsen und über die Problematik der Auslandsverschuldung schlechthin gesagt haben.

Bisher haben Sie 3 Milliarden Schilling in Dollars auf dem Euro-Dollarmarkt herein genommen, wie ich höre zu Zinssätzen, die so um die 9 Prozent herum liegen. Sie bemühen sich derzeit um die zweite Tranche in annähernd gleicher Höhe, bei der Sie die 10 Prozent-Marke beträchtlich überschreiten werden. Auch auf diesem Gebiet sollten Sie aufhören, jemals wieder von der Vergangenheit zu reden, und vielleicht könnte im Sinne Orwell'scher Prägung das stenographische Protokoll der Jahre 1967 und 1968 umgeschrieben werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Nur ein paar Worte zur Budgetpolitik. Hier, glaube ich, herscht die größte Diskrepanz. Vor vier Jahren sind Sie angetreten mit der Forderung nach langfristiger Budgetpolitik, nach Finanzplanung, kurzum nach allem, was damals als Oppositionspartei für Sie gut und teuer war.

In dieser Budgetrede beschränkt sich Ihre budgetpolitische Äußerung auf die Feststellung — und die hören wir bei jeder Ihrer Reden hier in diesem Hause —, daß der Bund seine stabilitätsorientierte Budgetpolitik unverändert fortsetzen werde. Diese Budgetpolitik besteht jedes Jahr, Herr Finanzminister, aus dem gleichen Ablauf. Im ersten Halbjahr erklären Sie, daß aus stabilitäts politischen Gründen Aufträge in das zweite Halbjahr verlagert werden sollen, und im zweiten Halbjahr werden dann nicht nur diese Aufträge und diese Mittel freigegeben, son-

dern darüber hinaus in der Regel erhebliche Budgetüberschreitungen vorgenommen, im Vorjahr insgesamt 5 Milliarden Schilling.

Leider, Herr Finanzminister, macht Ihnen die Konjunktur nicht die Freude, im Halbjahresrhythmus in Österreich zu verlaufen, sondern erheblich anders.

Voriges Jahr haben Sie eine neue Technik begonnen. Sie haben Ihr Budget dreigeteilt: in das Grundbudget, von dem Sie sagten, das seien die Ausgaben, die unter allen Umständen getätigt werden müssen, in eine sogenannte Stabilisierungsquote, die nur dann freigegeben werden soll, wenn es die Konjunktur erfordert, das heißt, wenn es zu Konjunkturdämpfungserscheinungen kommt, und schließlich noch in einen dritten Part, das Konjunkturausgleichsbudget, wenn es also ganz arg kommt und der Bund besonders stark expandieren muß.

Wir haben Ihnen schon im Vorjahr gesagt, daß wir diese Dreiteilung nicht ernst nehmen, weil eindeutig festzustellen war, daß Sie diese Dreiteilung nur gewählt haben, um die Steigerung in Ihrem sogenannten Grundbudget in engeren Grenzen zu halten und ein Teil der unbedingt notwendigen Ausgaben eben in der Stabilisierungsquote Platz finden mußte.

Herr Finanzminister! Das hat sich inzwischen als richtig herausgestellt. Denn eben bekommen wir Ihr Budgetüberschreitungsgesetz, das vorerst einmal einen Rahmen von 1,7 Milliarden Schilling hat, dem aber sicher weitere folgen werden. Von diesen 1,7 Milliarden Schilling, die jetzt schon als zusätzliche Budgetüberschreitung festgelegt werden, stammen 1,1 Milliarden Schilling aus Ihrer sogenannten Stabilisierungsquote.

Sie geben also nicht die Stabilisierungsquote frei, um nicht sagen zu müssen, daß Sie die Konjunktur für so ankurbelungswürdig halten, daß die Stabilisierungsquote freigegeben werden muß, sondern Sie treffen einfach Überschreitungen im Grundbudget nur bei den gleichen Ansätzen und bei den gleichen Ausgabenpositionen, für die die Stabilisierungsquote vorgesehen war. Deutlicher, Herr Finanzminister, konnte man unsere Kritik vom vorigen Jahr gar nicht bestätigen.

Jetzt, Herr Finanzminister, sind Sie einfach ein Gefangener Ihrer bisherigen Politik. Es ist kein Wunder, daß Sie sich bisher herhaft geweigert haben, eine auch nur einigermaßen fundierte Vorschau für die nächsten Jahre vorzulegen.

Ich glaube aber, daß noch auf einem anderen Sektor ein großes Problem, dem Sie sich nicht gestellt haben, besteht, und das ist die Sparneigung in unserem Land.

10538

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dr. Koren

Ich erinnere mich noch, daß ich vor zwei Jahren einmal in einer Debatte auf den Zusammenhang zwischen Inflationsentwicklung und Sparneigung hingewiesen und Sie kritisiert habe, daß diese fortschreitende Inflation allmählich die Sparneigung beeinträchtigen werde, weil die Inflationsrate den Grundzinsatz des Sparsen schon überschreitet.

Ich erinnere mich noch, wie Sie mir damals von der Regierungsbank gesagt haben, das sei typisch Opposition, das könne nur zu einer gewollten Beeinträchtigung der Sparneigung in Österreich führen.

Vor sechs Wochen, Herr Finanzminister, nach einer wesentlichen Verschärfung der Situation gegenüber damals, hat ein anderer Sie darauf hingewiesen, daß zwischen Sparen und Verzinsung auf der einen Seite und der Inflationsrate eine beträchtliche Diskrepanz bestehe. Ich nehme nicht an, daß Sie ihn deswegen zur Ordnung gerufen haben, weil es sich um einen Mächtigeren als Sie gehandelt hat.

Nur eines: In einer Zeit, in der ein Doktor Kienzl feststellt, daß der Kapitalmarkt zusammengebrochen ist, in der ein Präsident des Gewerkschaftsbundes feststellt, daß 3,5 Prozent Sparzinssatz bei 10 Prozent Inflation untragbar seien, weiß auch der letzte Österreicher, daß Inflation die Sparneigung beeinträchtigt. Ich fürchte, daß mit den Maßnahmen, die getroffen worden sind, eine gestörte Sparneigung nicht mehr belebbar ist.

Vielleicht, Herr Finanzminister, werden Sie in der nächsten Zeit noch zu der Erkenntnis kommen, daß die einzige mögliche Art der Sparförderung die ist, eine stabile Politik zu betreiben. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich kann mich, Hohes Haus, des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Bundesregierung überfordert ist, ihre Fehlleistungen nehmen täglich zu, und die Österreicher merken es.

Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister! Sie haben den Schilling aufgewertet, aber Ihr Kurswert verfällt. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Finanzminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf feststellen, daß niemand erwartet hat, die Opposition werde die Regierung loben, aber ich muß doch einige Zahlen, mit denen die Kritik hervorgebracht wurde, korrigieren.

Zunächst einmal Importpreise: Sie haben davon gesprochen, Herr Abgeordneter Koren, daß sie nur um 7 Prozent gestiegen seien.

Ich habe vor mir die statistische Übersicht der Monatsberichte 4/1974 des Instituts für Wirtschaftsforschung, Seite 39: Preisindex bei Einfuhr: 1970 102 und 1974 126; das ist eine Differenz von 37 Prozent und nicht von 7 Prozent, wie Sie gesagt haben. (Abg. Doktor Koren: Ich habe 1973 gesagt!)

Nach einer letzten Berechnung des Statistischen Zentralamtes hat das Preisniveau der Importe nach Österreich im ersten Quartal 1974 um 17,6 Prozent gegenüber dem ersten Quartal 1973 zugenommen. Ich bitte, bei der Kritik doch die tatsächlichen Zahlen und nicht irgendwelche fiktiven zu nehmen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Koren: Herr Finanzminister! Sie ziehen ganz andere Jahre zum Vergleich heran!)

Zweitens. Was nun das Wachstum betrifft, so kennen Sie die Zahlen ganz genau. Ich könnte jetzt von 1970 bis 1973 den OECD-Schnitt in Europa, den Gesamt-OECD-Schnitt der kleinen Industrieländer und der großen Industrieländer nehmen. Wir liegen im Spitzensfeld, und das trifft auch für die Prognose 1974 zu, die Sie sehr genau kennen.

Zur Familienpolitik eine Feststellung. Völlig richtig: Das sind nicht Geschenke, die ein Regierungsmitglied machen kann, sondern die aus den Einnahmen gespeist werden können. Aber der wesentliche Unterschied, Herr Abgeordneter, zwischen Ihnen und mir als Finanzminister ist doch der, daß Sie diese für Kinder zweckgewidmeten Mittel für etwas anderes verwendet haben, während wir sie den Kindern zur Verfügung stellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie wissen, daß 1973 der Zuwachs der Spareinlagen größer war als 1972 und der Zuwachs in den ersten Monaten 1974 weiter gestiegen ist, nämlich auf über 17 Prozent.

Zur Währung möchte ich sagen: Herr Abgeordneter Dr. Koren! Sie wissen ganz genau, daß vor fünfeinhalb Jahren das System fester Wechselkurse nach Bretton Woods bestanden hat und seit 1971 nicht mehr besteht. (Abg. Dr. Koren: Was ändert das an der Zahlungsbilanzsituation?) Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Was die Zahlungsbilanz betrifft, wissen Sie genauso wie ich, daß wegen der höheren Zinsen in Deutschland rund 6 Milliarden Schilling ausarbitriert wurden. Das ist der Grund für den Währungsabfluß. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Koren: Nicht die Handelsbilanz und nicht der Fremdenverkehr?)

Was die Finanzschulden anlangt, so sind sie von 1966 bis 1969 um 50 Prozent gestiegen. Das ist eine Steigerungsrate, die wir

Bundesminister Dr. Androsch

sicherlich nicht erreicht haben und nicht erreichen. (Abg. Dr. K o r e n: O ja, leicht!) Die Auslandsschuld ist in unserer Zeit von 12 Milliarden auf knapp unter 10 Milliarden zurückgegangen. Auch das bitte ich zu berücksichtigen.

Eine abschließende Bemerkung. Natürlich, angesichts dieser internationalen Situation: Währungsunruhen, Energieschock, haben wir das Problem des Kostendruckes. Aber ich frage: Sind Sie in der Lage, Erdöl um einen Cent billiger von einem Scheich zu kaufen? Wenn ja, dann gebe ich gerne zu, daß Sie eine Alternative dazu haben. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. K e r n: Aber die Mehrwertsteuer braucht man nicht draufzuschlagen!)

Wären wir Ihren Vorschlägen auf Mehrausgaben, auf Mindereinnahmen, auf all die Lizitationsvorschläge und wären wir Ihren währungspolitischen Überlegungen des vergangenen Jahres gefolgt, dann wäre sicherlich eines der Fall gewesen: daß wir nicht im untersten Bereich des Inflationsgeleitzuges zu liegen gekommen wären, sondern im Spitzenfeld. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Robert Weisz. Ich erteile es ihm. (Abg. Mitterer: Einen neuen Staatssekretär zum Koordinieren der anderen Staatssekretäre! — Abg. Libal zu Abg. Mitterer: Sie waren einer der „erfolgreichsten“ Minister! — Abg. Mitterer: Mit Ihnen nehme ich es auf! — Abg. Libal: Am Stubenring Akten verbrennen, da waren Sie Meister! — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen.)

Am Wort ist der Abgeordnete Robert Weisz.

Abgeordneter Robert Weisz (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Tageszeitung von heute beschäftigt sich mit der Wirtschaftslage in Österreich. Es ist ganz interessant, einige Stellen vorzulesen: „Wenn man jedoch die Klagen der Kammerfunktionäre ... (Abg. Dr. Mussil: Das haben wir schon gelesen! Wenn ich das in der Früh gewußt hätte, hätte ich es nicht gelesen!) Aber Sie können es nicht oft genug hören, weil der Artikel nämlich besonders an Sie gerichtet ist. (Abg. Doktor Mussil: Das nächstmal werde ich es nicht lesen!)

„Wenn man jedoch die Klagen der Kammerfunktionäre und Wirtschaftsbündler, der Kaufleute und Industriellen, der Gastwirte und Handwerker hört, die angesichts eines von niemandem erwarteten Exportbooms und Rekordzahlen im Fremdenverkehr von Krise und Pleite sprechen, dann scheint einiges verrückt — aus dem Leim gegangen. Dann schei-

nen manche Herren der Wirtschaft die graue Brille aufzusetzen, bevor sie sich über Wirtschaftspolitik äußern.“ Der Artikel endet mit dem Satz: „Sonst könnte man nämlich glauben, hier gehe es gar nicht um wirkliche Sorgen, sondern um eine Suppe, die in der ÖVP-Zentrale gekocht wird und die allzu scharf gewürzt ist.“ (Abg. Dr. Mussil: Wann haben Sie den Artikel bestellt, Herr Weisz? — Bundeskanzler Dr. K r e i s k y: Ist das der Respekt vor der Pressefreiheit? — Abg. Doktor Heinz Fischer: Wie der Schelm ist, so denkt er!) So schaut die Pressefreiheit aus, die anscheinend bei Ihnen, Herr Abgeordneter Mussil, nur das schreiben soll, was Ihnen, dem Wirtschaftsbund und der ÖVP, genehm ist. So scheint das zu sein! (Abg. Mitterer: Die Suppe werden Sie selber auslößeln! Das ist der Unterschied!)

Es geht allen so „schlecht“, daß ich glaube, daß man mit dieser ganzen Miesmacherei endlich einmal aufhören sollte. (Abg. Mitterer: Lesen Sie die Rede vom Bundeskanzler Schmidt! Der ist doch hoffentlich unverdächtig! Dort können Sie lesen, wie „großartig“ das alles war! — Bundeskanzler Doktor K r e i s k y: Was sollen wir denn dort lesen?) Was sollen wir denn dort lesen? Sie haben ja bis jetzt immer gesagt, wir reden von Österreich. (Abg. Mitterer: Ah, jetzt auf einmal! Wir hören doch immer: vom Ausland!) Das war nämlich immer Ihre Argumentation. Mit dem Ausland muß man gewisse Vergleiche ziehen. Das ist sicherlich notwendig, das werde ich auch machen. (Abg. Mitterer: Sie sagen immer, vom Ausland kommt das alles! Warum heute auf einmal nicht?)

Wenn heute der Bericht zur wirtschaftlichen Lage zur Debatte steht, so bietet sich uns eine zum Teil ganz veränderte Ausgangslage als zur Jahreswende. Wir sehen uns einer Weltkonjunktur gegenüber, die keineswegs die befürchteten depressiven Tendenzen zeigt, sondern, inflationär angeheizt, einen sehr starken Sog auf unsere Volkswirtschaft ausübt.

In diesem Zusammenhang muß man Sie aber immer wieder daran erinnern, daß all das an wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Krankheiten, ja ich möchte sagen an drohenden Gespenstern, die Sie uns immer wieder voraussagten, nicht eingetreten ist. Selbst bei einer vorsichtigen Bilanz können wir feststellen, daß die Prinzipien, von denen sich die Regierungspartei bei Überwindung der vergangenen weltweiten Krise hat leiten lassen, die richtigen waren.

Es ist dieser Regierung dank ihrer flexiblen Politik zu verdanken, daß in unserem Lande die berüchtigte und befürchtete Verknappung bei Produktion und Energie, die von Ihnen

10540

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Robert Weisz

immer wieder angeführt wurde, nicht eingetreten ist. Wir haben keine Arbeitslosigkeit und werden auch in Zukunft alles daransetzen, daß wir keine Arbeitslosigkeit haben. Sie müssen zugeben, daß wir heute nicht schlechter, sondern besser dran sind als alle anderen westlichen Demokratien. (Beifall bei der SPÖ.)

Während die Weltpolitik in Richtung auf Entspannung verlief, ist in der Weltwirtschaft eine umgekehrte Tendenz sichtbar geworden. Hier sind die drei Haupterscheinungen das faktische Ende des Währungssystems von Bretton Woods, die anhaltende Inflation in den westlichen Industriestaaten und schließlich die Erdölkrisse, die eine Weltenergiokrise heraufbeschworen, hinter der sich aber auch eine allgemeine Rohstoffkrise ankündigte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Tatsache, daß das mit marktwirtschaftlichen Mitteln erreicht worden ist, die Tatsache, daß dieses Land mit seiner marktwirtschaftlichen, sozial gebundenen Wirtschaftsordnung in der Lage war, mit all den Schwierigkeiten anlässlich der Rohstoffverknappung so gut fertig zu werden, spricht für diese Bundesregierung, aber auch für alle Österreicherinnen und Österreicher.

Wenn Sie sich heute die Rohstofflage und die Rohstoffpreise auf der Welt und ihre Entwicklung anschauen, dann erkennen Sie, daß wir eine solche Dynamik in der Weltwirtschaft wie heute, was die nominelle Aufblähung anlangt, noch niemals erlebt haben. Das heißt, daß nicht nur die Preise für Öl, Ölprodukte, Kautschuk und Gold, sondern auch für Eisen, für Leichtmetalle, für Wolle und was immer Sie auch wollen gestiegen sind.

Und dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, schaut man sich das Teuerungsplakat der Österreichischen Volkspartei an und fragt sich: Wenn nach diesem Plakat die Österreichische Volkspartei oder der grimmig lächelnde Karl die beste Antwort auf die Teuerung sein soll, was hat dann die ehemalige konservative Regierung in London getan? Was tun heute Ihre konservativen Parteifreunde in Italien? Was tut man in Washington? Was tut man in Paris? Was tut man in Ottawa? Man könnte beliebig fortfahren.

Wir werden es uns aber nicht so leicht machen wie Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. Denn zuerst müssen Sie den Menschen in unserem Lande zeigen, auf wessen Kosten Sie es besser machen wollen. Wir haben es in den letzten vier Jahren besser gemacht als die anderen und besser gemacht als Sie in der Zeit der ÖVP-Regierung von 1966 bis 1970. (Beifall

bei der SPÖ.) Dafür sprechen alle Statistiken und der Lebensstandard in unserem Lande.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft hängt nicht zuletzt davon ab, wie wir mit unseren gesellschaftspolitischen Problemen fertig werden. Die Staaten um uns herum geben uns Anschauungsunterricht, daß keineswegs jene Länder, die international wettbewerbsfähig sind, ihre gesellschaftspolitischen Probleme unerledigt lassen.

Wir Sozialdemokraten haben in diesem Hause immer für eine fortschrittliche Politik gekämpft. Heute können wir sehen, daß von unserer Sozialordnung eine stabilisierende Kraft in alle Richtungen ausgeht. Unsere erklärte Politik ist es daher, soviel Stabilität wie möglich zu erreichen, zugleich aber den Beschäftigungsrisiken Rechnung zu tragen und die Probleme von Branchen und Regionen nicht zu übersehen. (Abg. Peter: Das ist die Formulierung von Schmidt! Sie haben schon etwas dazugelernt!)

Mit Antritt der sozialistischen Bundesregierung wurde für die österreichische Arbeitnehmerschaft die Garantie für Vollbeschäftigung gegeben. Für die Menschen in unserem Lande ist der Arbeitsplatz jenes Kapital, aus dem sie ihre Existenz bestreiten. Die Position der Arbeitnehmer ist in den letzten Jahren erheblich gestärkt worden. Das gilt vor allem für den Bereich der sozialen Sicherung. Wachsender Wohlstand, wachsende Löhne und Gehälter sind ein Zeichen unserer Regierungszeit. Eine Gesellschaft, die von wachsendem Wohlstand gekennzeichnet ist, ist gleichzeitig geprägt von tiefgreifenden technischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen. Der Aufbau der sozialen Sicherung sorgt dafür, daß diese Veränderungen nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen. Gerade der Wohlstand und die Lebensqualität der breiten Schichten unseres Volkes hängen zunehmend davon ab, was die Bundesregierung für die Bewahrung und Erneuerung unserer Umwelt tut und was wir miteinander tun, damit die erforderlichen Gemeinschaftseinrichtungen geschaffen werden. Mehr Lebensqualität ist nur zu erreichen, wenn wir gemeinsam bereit sind, mehr Mittel für Schulen, Krankenhäuser, öffentliche Verkehrsmittel, Erholungsflächen usw. einzusetzen.

Von nichts kommt nichts! Das gilt für den öffentlichen wie für den privaten Bereich. Ich weiß, daß in unserem Lande das Verständnis für diese Zusammenhänge wächst. Man erwartet dann allerdings auch zu Recht, daß mehr Steuergerechtigkeit geschaffen wird. Diese Erwartungen der österreichischen Bevölkerung sind wir nachgekommen.

Robert Weisz

Es gibt keinen Zeitabschnitt in unserer Republik, in dem eine Regierung so oft bereit war, Steuersenkungen vorzunehmen, wie jetzt unter der sozialistischen Alleinregierung in den letzten drei Jahren. Wir senkten die Steuern zum ersten Mal am 1. Jänner 1971. Am 1. Jänner 1973 führten wir eine grundlegende Reform des Einkommensteuersystems durch, die mit einer starken Steuersenkung verbunden war. Beide Steuersenkungen trugen zu einer Verminderung des Steueraufkommens um mehr als 10 Milliarden Schilling bei.

Im krassen Gegensatz dazu steht die Steuerpolitik der Österreichischen Volkspartei in der Zeit von 1966 bis 1970. Damals wurden sechs Steuern erhöht und zwei neue eingeführt. Das führte damals allein im Jahre der Einführung zu einer Mehrbelastung von rund 5 Milliarden Schilling.

Diese Bundesregierung senkt aber bereits wieder zum 1. Jänner 1975 mit einem Einnahmenentfall von rund 10,6 Milliarden Schilling die Einkommensteuer. Hier, glaube ich, kann man feststellen, welche Auswirkungen diese Steuerreform mit 1. Jänner 1975 haben wird.

Das Existenzminimum ist von 4000 S auf 4400 S angehoben worden; der Alleinverdienerfreibetrag von 1500 S auf derzeit 2400 S, das heißt um 60 Prozent. Der Arbeitnehmerfreibetrag ist von 1100 S auf 2000 S angehoben worden, das bedeutet eine Erhöhung um 82 Prozent. Der Kinderabsetzbetrag wurde von 3200 S auf 4200 S, also um 33 Prozent, erhöht. Für Pensionisten gab es eine Erhöhung von 1500 S auf 2000 S, eine Erhöhung ebenfalls um 33 Prozent. (Abg. Dr. Leitner: Aber nur für das erste Kind!)

Gleichzeitig mit dieser Steuerreform wird die Abschaffung der Differenz zwischen den Steuergruppen A und B durchgeführt werden. Das Werbekostenpauschale von 3276 S wird auf 4914 S, also um 50 Prozent, erhöht, und das Sonderausgabenpauschale von 2184 S auf 3276 S, eine Erhöhung ebenfalls um 50 Prozent. Das sind die Steuerreformen, die wir zum Unterschied von Ihrer Steuerpolitik in den Jahren 1966 bis 1970 durchführen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, niemand wird heute ernsthaft behaupten können, es gehe uns schlechter als vor vier Jahren. Das Gegenteil ist der Fall. Für die Arbeitnehmer bleibt festzuhalten: Die Reallöhne, also die Löhne nach Abzug der Preissteigerungen, sind wesentlich gestiegen. Dabei wird niemand bestreiten wollen, daß Preissteigerungen eine schlechte Sache sind. Ich will gar nichts beschönigen, aber Sie,

meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten nicht so tun, als hätten Sie ein Patentrezept. Denn die Ausführungen, auch die des Herrn Abgeordneten Professor Koren, haben keinen Weg gezeigt, sondern waren nur ein Lamento, wie schlecht es angeblich die sozialistische Regierung macht. Aber einen wirklichen Beweis, wie man es besser machen kann, konnten wir leider nicht hören.

Wir wissen heute besser denn je, daß die Preise kein isoliert österreichisches Problem sind. Die Bundesregierung hat in den letzten drei Jahren das ihr mögliche getan, um den Preissteigerungen entgegenzutreten. Deshalb konnte der Preisanstieg bei uns trotz allem immer noch niedriger gehalten werden als in vielen anderen Staaten. Gemessen an den anderen Währungen ist unsere österreichische Währung, der Schilling, heute nicht weniger, sondern beträchtlich mehr wert als vor vier Jahren.

Ich darf hier sagen — der Herr Kollege Müsill ist nicht im Haus, es wäre aber sicherlich für ihn als Wirtschaftskammersekretär von besonderer Bedeutung —: Die Österreichische Volkspartei hat vor kurzem in einer Zeitung ein Inserat über Preiserhöhungen aufgegeben. Nur muß man eines einmal feststellen: Die Erhöhungen der Preise werden nicht von der Regierung gemacht. In dem Inserat steht zum Beispiel: Der Preis von Rindfleisch wurde von 69 S auf 91,62 S erhöht; der Preis von Kalbschnitzeln — besonders saftig, nach dem Inseratentext — von 93 S auf 136 S. Eßt Obst: 41,2 Prozent teurer. Honig 61,4 Prozent teurer. Installateurarbeiten: die Stunde 231 S. Damenpullover: von 198 S auf 248 S erhöht. Kabeljau: von 31,50 S auf 58 S. — Dieses Inserat ist ganz interessant!

Nachdem Herr Professor Koren heute auch gefragt hat, was der Gewerkschaftsbund überhaupt zu diesen ganzen Preisfragen sagt, möchte ich antworten: Der Gewerkschaftsbund hat sich mit diesem Plakat auch beschäftigt und erwartet nunmehr, daß auch von Seiten der Wirtschaftskammer und von den Landwirtschaftskammern die entsprechenden Beschlüsse gefaßt werden. Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat zu allen Fragen Stellung genommen. Auch er stellt fest, daß die Preiserhöhungen in der letzten Zeit nicht gerechtfertigt sind. Er schließt sich der Ansicht der Österreichischen Volkspartei an. Die Österreichische Volkspartei zeigt auf, daß sich die Preise für Installateurarbeiten in den letzten vier Jahren mehr als verdoppelt haben.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat in der Paritätischen Kommission bereits zweimal die Anwendung des § 3 a Preisregelungs-

10542

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Robert Weisz

gesetz beantragt. Bisher fehlt die Zustimmung der Bundeswirtschaftskammer.

Der derzeitige Preis für Dieselöl ist in der amtlichen Preiskommission nach langem und anhaltendem Widerstand der Bundeswirtschaftskammer in dieser Höhe festgesetzt worden. Namhafte Vertreter der Bundeswirtschaftskammer haben anschließend erklärt, daß dieser Preis viel zu niedrig sei. (Abg. *P a n s i: Mussil hat das gesagt!*) Dennoch, glaube ich, darf auf Grund der Feststellung der Österreichischen Volkspartei der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß die Bundeswirtschaftskammer nunmehr einen Antrag auf Senkung des Dieselölpreises stellen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Was die angeführten Preissteigerungen bei Gemüse, Obst, Emmentaler und Honig betrifft: Auch wir sind der Ansicht, daß die Preise zu hoch sind. Wir schließen uns ebenfalls der Ansicht der Österreichischen Volkspartei und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes an. Wir erwarten nur, daß diese Preiserhöhungen mit Zustimmung der Bundeswirtschaftskammer und der Landwirtschaftskammern zurückgeführt werden.

Wir sind für alle diese Vorschläge, die Sie hier auf diesem Plakat gemacht haben. Es wird ja doch niemanden in der sozialistischen Regierung, noch weniger in Kreisen des Gewerkschaftsbundes geben, der gegen solche Vorschläge wäre.

Sie schreiben über den Apfelsaft. Dabei ist ganz interessant: Der Geschäftsführer einer der größten Apfelsaftproduzenten ist ein ÖVP-Abgeordneter. (Rufe bei der SPÖ: *Der Töd-ling!*) Er hätte es in der Hand, er könnte sofort vorgehen als erster Wegbereiter für eine Senkung des Preises bei Apfelsaft.

Sie haben alles in der Hand. Sie müssen es nur durchführen! Sie schreiben: Mit besonderem Interesse wird vermerkt, daß die ÖVP gegen die Preise für Rindfleisch, Kalbfleisch und Wurst ist. — Sie erscheinen Ihnen zu hoch.

Ich glaube, es gibt in verschiedenen Bundesländern die Möglichkeit, daß die Preise eingedämmt werden. Ja was geschieht denn in den Bundesländern? — Überhaupt nichts! Es werden allerdings ständig Anträge gestellt, die Preise für Landwirtschaftsprodukte, auch für Fleisch, zu erhöhen. Es ist immer zuwenig! Ich glaube, hier liegt es nur an Ihnen und an der Österreichischen Volkspartei, Herr Generalsekretär Mussil ... (Abg. Dr. *Pr a d e r: Das ist sehr primitiv!*)

Kollege Prader! Dann müssen Sie sich solche Inserate ersparen, die nur auf Demagogie, Verdrehung und Mache aufgebaut sind, um

die Leute in einer Situation aufzuhetzen, die gar nicht vorhanden ist. (Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. *Pr a d e r: Nein!* Wenn Sie die Preise zur Explosion bringen, dann sind nicht die schuld, die sagen, sie sind explodiert, sondern Ihre Wirtschaftspolitik! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) An den Preisen von 136 S pro Kilogramm Kalbschnitzel ist die Regierung schuld? An den Honig-, Fisch- und Apfelsaftpreisen ist die Regierung natürlich auch schuld? (Abg. *L i b a l: Am Apfelsaftpreis ist Tödling schuld!*)

Präsident Dr. **Maleta**: Wer ist jetzt schuld an der Zwischenrufsteigerung, wenn wir schon über die Preissteigerung debattieren? (Abg. *F a c h l e u t e r: Preistreiber seid ihr!* — Abg. Dr. *Le i t n e r: Im Konsum ist es so furchtbar billig!* Kollege Weisz kauft doch im Konsum ein! — Weitere Zwischenrufe.) Bitte können jetzt die tiefshürfenden Zwischenrufe etwas verstummen! Ich bitte, dem Redner wieder das Wort zu lassen!

Abgeordneter Robert **Weisz** (fortsetzend): Bei allen unseren Anstrengungen um mehr Geldwertstabilität scheidet ein Instrument allerdings aus: Wir dürfen nicht bereit sein, die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land radikal zu bremsen und mit einer Rezession zu spielen oder zu drohen. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes für jeden muß ein vorrangiges Ziel unserer Politik sein, denn eine moderne Politik muß dem einzelnen Menschen nicht nur die Gewißheit vermitteln, daß er sicher arbeiten kann, sondern auch die Überzeugung vermitteln, daß er in seinem Beruf aufsteigen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der großen wirtschaftlichen Leistungen in den letzten Jahren kann man es nur zutiefst bedauern, daß manche Vertreter der Opposition immer wieder das betreiben, was unserer österreichischen Wirtschaft zutiefst schadet. In aller Deutlichkeit muß hier gesagt werden, daß Demagogie, Übertreibung und Unsachlichkeit nicht die Instrumente und keine Hilfe für unsere österreichische Wirtschaft sind. (Beifall bei der SPÖ.) Denn gerade solche Aussendungen sind ein Schaden für unser Land und für unsere gesamte Wirtschaft. Gewiß, auch wir stehen ebenso wie die anderen Länder in einer sehr schwierigen Phase. Aber verglichen mit vielen anderen Ländern ist Österreich wirtschaftlich und sozialpolitisch stabil. Daran werden auch Sie letzten Endes nichts ändern, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei (Beifall bei der SPÖ.)

Weil Herr Professor Koren heute eine Unmenge Zahlen gebracht hat, will auch ich mir

Robert Weisz

gestatten, einige Zahlen aus der OECD-Statistik zu bringen, und zwar über die Preissteigerungen in den anderen Ländern:

So hatte Großbritannien vom Februar 1973 bis Februar 1974 ein Ansteigen der Preise um 14,3 Prozent zu verzeichnen, Frankreich um 10,3, die Vereinigten Staaten um 10 Prozent, Japan um 25,2, die Schweiz um 10 Prozent, Italien um 12,3 Prozent, Kanada um 9,6 Prozent und Österreich um 8,4 Prozent. Meine Damen und Herren! Auch das muß man einmal hier sagen!

Unser Land nimmt für die Jahre 1970 bis 1973 unter 16 europäischen Ländern mit einer durchschnittlichen jährlichen Preissteigerungsrate von 6,3 Prozent den drittletzten Rang ein. Nur die Bundesrepublik Deutschland mit 6,1 Prozent und Belgien mit 5,8 Prozent liegen in der Statistik besser. Selbst die Schweiz mit 8,3 Prozent und die Niederlande mit 7,5 Prozent haben bedeutend höhere Raten. Ich bin mir dessen bewußt, daß viele Bürger damit nicht zufrieden sind und sich fragen, ob die Zukunft im Zeichen von mehr Unsicherheit stehen wird. Wer sich jedoch umschaut in der Welt, wird feststellen: Die wirtschaftliche und die soziale Lage in unserem Land ist eine der besten, und sie ist nicht so, wie es die große Oppositionspartei in der Tagespolitik hinstellen will. (Beifall bei der SPÖ.)

Als nächstes möchte ich auch die Zahlen des OECD-Institutes vom März 1974 bringen. Hier rangiert Österreich unter 15 Industriestaaten an der vorletzten, an der 14. Stelle: Japan 24 Prozent, Finnland 17,4, Italien 14,3, Dänemark 14,1, Großbritannien 13,5, Frankreich 12,2, Schweden 10,8, Kanada 10,4, USA 10,2, Schweiz 9,7, Belgien 9,5, Niederlande 9,3, Norwegen 9 und Österreich 9, nur die Bundesrepublik Deutschland liegt mit 7,2 Prozent besser als Österreich. Unter 15 Industriestaaten ist Österreich an der 14. Stelle!

Auffallend ist aber auch hier — das muß man feststellen —, daß gerade die großen Industriestaaten fast durchwegs überdurchschnittliche Preissteigerungen zu verzeichnen haben. In Europa trifft dies insbesondere auf Italien, Großbritannien und auf Frankreich zu.

Meine Fraktion findet es bedauerlich, daß unsachliche Behauptungen für Wirtschaftspolitik gehalten werden. So einfach sollte man es sich als Opposition ja doch nicht machen. Sie haben uns in den letzten Jahren immer wieder nur zwei Wege aufgezeigt, nämlich auf der einen Seite Lizitation, auf der anderen Seite ein krankhaftes Nein!

Wir müssen statt dessen von den Tatsachen sprechen und uns mit ihnen auseinandersetzen, ob das nun einfach ist oder nicht.

Meine Damen und Herren! Diese Bundesregierung weiß um ihre Verantwortung gegenüber allen Gruppen unseres Landes. Wir kennen aber auch genau den Zusammenhang zwischen Kosten, Preisen und Beschäftigung. Nur: Die vielschichtigen Ursachen für Preissteigerungen dürfen nicht verdreht werden, denn Verdrehung ist es, wenn zwar einerseits die Einflüsse der Einführpreise auf unser Preisniveau anerkannt werden, andererseits aber der Staat zum Verantwortlichen gemacht wird. Das sind in den meisten Fällen dieselben, die bei Alltagsreden nach staatlichen Subventionen oder anderen Entlastungen beziehungsweise Vorteilen rufen.

Ich darf hier vielleicht auch noch eine Stelle aus einer Zeitung von heute bringen:

„Und die Politiker mischen natürlich eifrig mit. Niederösterreichs Landeshauptmann Maurer, auch sonst nicht eben ein Freund ausgewogener Worte, sprach am Samstag bei einer Wahlversammlung im Marchfeld von einer drohenden ‚wirtschaftlichen Katastrophe‘. Schuldig natürlich die Bundesregierung, die statt Wirtschaftspolitik Gefälligkeitspolitik betreibe.“ (Abg. Dr. Fleischmann: *Das kann auch nur der Maurer!*)

Ich kann der Österreichischen Volkspartei nur empfehlen, sich wirklich manches aus diesem heutigen Wirtschaftsartikel zu Herzen zu nehmen. (Abg. Dr. Prader: Ich würde ersuchen, die Ausführungen Staribachers zu lesen, als er Oppositionssprecher war und erklärt hat, die Regierung habe es in der Hand, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten! Aber heute sind alle anderen daran schuld, nur die Regierung nicht!)

Kollege Prader! Was hat die Regierung bei diesen Preiserhöhungen in der Hand? (Abg. Dr. Prader: Fragen Sie doch den Dr. Staribacher!) Ich frage jetzt Sie, ich kann den Staribacher nicht fragen. Sie haben ja jetzt den Zwischenruf gemacht! Sie müssen jetzt sagen, was Sie sich vorstellen! (Abg. Dr. Prader: Sie haben durch Ihren Wirtschaftssprecher damals erklärt, die Regierung habe es in der Hand, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten! Wenn das damals gestimmt hat, dann muß es auch jetzt stimmen!)

Es zeigt sich nur eines: Dieselben Herren würden praktisch den Staat zu einer uferlosen Ausgabensteigerung zwingen! Bei dieser Politik hat diese Bundesregierung, aber auch meine Fraktion nie mitgetan und wird es auch in Zukunft nicht tun.

Der Erfolg unserer Politik zeigt sich:

Unser Land verzeichnet seit vier Jahren einen extrem starken Konjunkturaufschwung mit sehr hohen realen Wachstumsraten.

10544

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Robert Weisz

Wir haben einen Höchststand an Beschäftigten erreicht.

Diese positive Wirtschaftsentwicklung findet ihren Niederschlag in der Einkommensentwicklung.

Die inzwischen erreichte Wohlstandssteigerung ist ein klarer Erfolg unserer Politik, und dieser Erfolg kann sich sehen lassen (*Beifall bei der SPÖ*), denn die wichtigste Voraussetzung für unsere Politik war und ist die Erhaltung und Steigerung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Daher kann man es nur bedauern, daß es Kräfte gibt, die bereit sind, eine Inflationspsychose anzuheizen. Dazu möchte ich sagen: Die Bundesregierung ist getragen vom Vertrauen der stärksten Fraktion im Hohen Haus!

Sie hat in den vergangenen vier Jahren durch Leistungen für alle Österreicherinnen und Österreicher ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Daß eine Erfüllung all dieser Forderungen der Österreichischen Volkspartei eine Erhöhung des Budgetdefizits um Milliarden Schilling zur Folge hätte und daß diese Erhöhung des Budgetdefizits einen weiteren gigantischen Preisauftrieb bewirken würde, kann von niemandem bestritten werden.

Sollte es die Österreichische Volkspartei, um der Regierung zu schaden, auf Defiziterhöhungen und damit verbundene Preissteigerungen abgesehen haben? Die Österreichische Volkspartei hat seinerzeit die Aufwertung des Schillings abgelehnt. Dr. Schleinzer hat sich im Parlament in der Sitzung vom 4. Juli 1973 mit allem Nachdruck dagegen ausgesprochen. Die Schillingaufwertung hat aber eine preisstabilisierende Wirkung im Ausmaß von 1,5 Prozent gehabt.

Wäre man der Österreichischen Volkspartei gefolgt und hätte man auf die Schillingaufwertung verzichtet, wäre die Preissteigerungsrate in Österreich noch um 1,5 Prozent höher, als sie tatsächlich ist.

Die Österreichische Volkspartei ist also nach dem Plakat keine „Antwort auf höhere Preise“, sondern höchstens ein Verursacher höherer Preise. Tatsache ist, daß die Österreichische Volkspartei Forderungen im Gesamtausmaß von rund 20 Milliarden Schilling an den Staatshaushalt stellt.

Diese setzen sich zusammen aus der Steuersenkung der Lohn- und Einkommensteuer, Mehrwertsteuer, Müttergehalt, einem Lebenskapitalbetrag, zusätzlichen Anträgen zum Budget 1974 und der Reform der Lohn- und Einkommensteuer.

Meine Damen und Herren! Während Sie in den letzten Jahren eine rigorose Forderungspolitik betrieben und ohne Rücksicht jede Leistung grenzenlos kritisierten, wird der Herr Bundesminister für Finanzen mit der Steuersenkung zum 1. Jänner 1975 mit mehr als 30 Milliarden Schilling die österreichische Bevölkerung entlastet haben.

Hohes Haus! Wirtschaftspolitik — ich glaube, da stimmen Sie mit mir überein — ist heute zugleich immer Gesellschaftspolitik. Für meine Fraktion heißt dies: Wirtschaft ist nicht das Privileg einer Seite, und Gesellschaftspolitik ist nicht das Privileg der anderen Seite, denn immer drängender werden die Fragen, die von uns allen gemeinsame Antworten verlangen.

Die wirtschaftlichen Maßnahmen dürfen, wie wir alle wissen, nicht von den sozialen Maßnahmen getrennt werden. Wir haben daher in den letzten Jahren eine konsequente Politik der sozialen Sicherheit verfolgt.

Ich bin der festen Überzeugung, daß diese Politik im gleichen Maße auch zum Ansehen unseres Landes beitrug.

Die Festigung und Entwicklung unserer Volkswirtschaft, ihre Auswirkung auf die Erhöhung des Wohlstandes unseres Volkes, die Beziehungen zu unseren Handelspartnern haben unser Land zu einem Element der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität in der Welt gemacht. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Präsident Dr. Maleta: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zeillinger (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Der Sprecher der Regierungsfraktion, Abgeordneter Weisz, hat eben gesagt, daß es sich die Opposition nicht so leicht machen dürfe. Darf ich aus diesem Grunde meinem Debattenbeitrag zu diesen beiden Berichten einige Feststellungen vorausschicken, und zwar deshalb, weil auch die Regierungsfraktion in letzter Zeit so gerne die Öffentlichkeit informiert und sich darauf verläßt, daß die Opposition dazu schweigt und die Öffentlichkeit nicht informiert.

Herr Kollege Weisz! Die Opposition macht es sich nicht so leicht wie die Regierung in den beiden Berichten. Auch sollte man es bei einiger Fairneß der Opposition nicht so schwer machen. Meine Damen und Herren der Regierungsfraktion! Wir müssen uns im klaren darüber sein, daß die Regierung und der Bundeskanzler in den letzten Jahren ihren Stil entscheidend geändert haben. Wir haben das heute erst wieder bei der Debatte über die Fristsetzung erlebt, bei der Sie, die Sie sich

Zeillinger

sonst immer zu einer freien Demokratie bekennen, genauso wie seinerzeit die Volkspartei zum Ausdruck gebracht haben, daß Sie nicht mehr weiterverhandeln wollen. Sie wollen mit Ihrer Mehrheit von zwei Mandaten alles durchsetzen, obwohl Sie noch vor wenigen Tagen mit beiden Oppositionsparteien am Verhandlungstisch gesessen sind und Ihre Absicht sehr wohl verschwiegen haben. Das ist unfair, und ich muß Ihnen sagen, man muß sich überlegen, ob man mit einer Partei, die die bisherigen Spielregeln der Demokratie verlassen hat, unter den alten Spielregeln weiterverhandeln kann. Das sage ich Ihnen als einer, der immer zum offenen Gespräch mit den Sozialisten bereit ist. Aber die Stiländerung, die Sie jetzt vielleicht aus Nervosität durchgeführt haben, ist bedenklich und rüttelt an den Türen unseres Parlaments.

Zur gleichen Zeit kommt die Regierung, die jetzt eine Frist gesetzt haben will, zur Opposition und ersucht sie, etwa in der Frage des Mietenrechts, doch in Parteienverhandlungen mit ihr einzutreten. Wir riskieren damit wieder, daß Sie, wenn wir mit Ihnen verhandeln, plötzlich hier im Parlament einen Fristsetzungsantrag stellen.

Sie wollen einfach nicht mehr verhandeln! Sie haben Angst, im nächsten Jahr Ihre Mehrheit zu verlieren und wollen soviel als möglich marxistisches und sozialistisches Gedankengut mit Ihrer Mehrheit von zwei Mandaten im Parlament verwirklichen. Das ist die Stiländerung!

Zu dieser Stiländerung gehört auch die Tatsache, daß die Regierung im Parlament eine Erklärung zur wirtschaftlichen Lage abgegeben hat, eine Erklärung, die immerhin 468 Seiten umfaßt und die die Regierung gleich im Anschluß an diese Erklärung debattieren wollte. Die Debatte wurde auf unseren Vorschlag hin einvernehmlich um 24 Stunden verschoben; wir haben also 24 Stunden Zeit gehabt, um die 468 Seiten zu lesen.

Dazu muß ich sagen, verehrter Herr Bundeskanzler, daß ich erst gestern daraufgekommen bin, daß zur Stiländerung viele andere Kleinigkeiten gehören. Ich habe nie gewußt, warum Sie es uns verwehren, hier im Hause zu arbeiten, warum Sie uns die Arbeitsbedingungen verschlechtern, warum Sie uns etwa den Schlüssel weggenommen haben, damit wir hier nicht arbeiten können, zum Beispiel, wenn wir bis 6 oder 7 Uhr abends die Sitzung haben, müssen wir nach Beendigung der Sitzung fortgehen und können erst am nächsten Tag in der Früh darüber debattieren. Das ist Ihr Parlamentarismus! Das ist Ihre Stiländerung! Das ist kein Zufall, das hängt alles zusammen.

Meine Damen und Herren! Sie haben die Arbeitsbedingungen für uns Abgeordnete in diesem Hause entscheidend verschlechtert!

Aber trotzdem, Herr Bundeskanzler, werden wir in die Debatte über die 468 Seiten eintraten, weil nämlich eine oberflächliche Durchsicht dieser Berichte gezeigt hat, daß sie auf 468 Seiten vortäuschen, als ob in Österreich alles heil wäre. Da sind wir erst daraufgekommen, daß Sie gar keinen Bericht gegeben haben! Sie haben im Grunde genommen eine Arbeitsunterlage für sozialistische Funktionäre ausgearbeitet, mit der Sie bei der niederösterreichischen Wahl Mundpropaganda machen können.

Aber in einem Bericht, Herr Bundeskanzler, muß Licht und Schatten vertreten sein. Darf ich fragen: Wo sind die Schattenseiten, die bei einem objektiven Bericht, einer Regierungserklärung, sind? Wir müßten diesen Bericht um 900 Seiten ergänzen, denn die Schattenseiten sind in den letzten Jahren viel umfangreicher geworden.

Ich möchte für die Damen und Herren des Hauses und auch für die Öffentlichkeit nur einige von den vielen Punkten, die der Herr Bundeskanzler und auch der Herr Finanzminister angeschnitten haben, herausgreifen — einige Punkte, die Sie verschwiegen haben — als Gedächtnishilfe für die Regierung und zugleich auch im Stile der Regierung, die ja sagt: Aufklärung und Information für die Öffentlichkeit, aber nicht nur Aufklärung und Information vom sozialistischen Standpunkt her, sondern vom Standpunkt der Gesamtinteressen des gesamten Volkes! Dazu ist sehr viel zu sagen.

Herr Bundeskanzler! Sie haben wochenlang Zeit gehabt, um an den 468 Seiten zu arbeiten und hatten Beamte zur Verfügung, die wahrscheinlich um 8 Uhr abends noch arbeiten durften, weil ihnen nicht der Haustorschlüssel weggenommen wurde. Wir haben trotzdem gestern schon allein durch das Zuhören Fehler entdeckt. Entschuldigen Sie, aber ich muß dazu etwas sagen: Ich glaube, es gibt keine Regierung auf der Welt und keinen Kanzler, der dem Parlament einen Bericht vorlegt, der vor Fehlern strotzt. Durch das Zuhören — dabei haben wir gar nicht mitlesen können! — hätten wir Ihnen schon sagen können, daß sich etwa auf Seite 6, beim Erdöl, ein grundlegender Rechenfehler befindet. Nebenbei erwähnt, wäre es für Sie besser gewesen, wenn Sie richtig gerechnet hätten! Herr Bundeskanzler! Entschuldigen Sie, aber das darf einfach nicht passieren! Von uns verlangen Sie, daß wir von gestern auf heute all die Fehler finden! Ich kann Ihnen sagen, wir haben ungefähr ein Dutzend solcher Fehler in Ihrer Rede ge-

10546

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Zeillinger

fund. Verlassen Sie sich darauf, daß die Berichte niemand liest, oder glauben Sie, daß, wenn die Öffentlichkeit das hört, sie sagt: Das wird schon stimmen!?

Sie führen — um ein anderes Beispiel zu nennen — etwa den Bundesbeitrag für Pensionisten an und sagen: Schaut, wie wir den erhöht haben! Zuerst rechnen Sie drei Jahre, dann vier Jahre zusammen. Sie stellen den drei Jahren die vier Jahre gegenüber. Daß Sie in vier Jahren mehr Bundesbeitrag für die Pensionisten leisten, das ist doch wohl klar. In Wahrheit hat Kreisky gestern gesagt: Die Regierung Kreisky ist gut, weil sie den Pensionisten in vier Jahren mehr zahlt als vorher in drei Jahren. (Heiterkeit bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal sagen: Wir waren auf Grund der Behinderung der Arbeitsweise, die die Regierungsfraktion uns vorgibt, nicht in der Lage, uns genaue Ziffern zu beschaffen. Ich habe Bedenken, ob die angeführten Ziffern überhaupt richtig sind. Aber darf ich nur ein kleines Beispiel sagen: Wenn wir die 24 Milliarden, die Sie anführen, die in drei Jahren gegeben worden sind, auf vier Jahre ausdehnen, kommen wir auf 32 Milliarden. Wenn ich jetzt die 30prozentige Teuerung berücksichtige — und es sind nun einmal in diesen vier Jahren 30 Prozent Teuerung eingetreten —, dann komme ich auf 42 Milliarden. Sehen Sie, Herr Vizekanzler, Sie lachen ... (Abg. Ing. Häuser, den „WIFO-Bericht vorweisend: Weil die 30 Prozent falsch sind!) Aber wissen Sie, was die Wahrheit ist? — Sehen Sie, meine Damen und Herren, sogar Vizekanzler erliegen der Propaganda des Kanzlers. (Heiterkeit bei ÖVP und FPÖ.) Herr Vizekanzler, Sie glauben das, was der Kreisky gesagt hat. Das ist ja die Tragödie in Österreich. (Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)

Ich werde Ihnen die Wahrheit sagen: Sie haben genauso geschrien bei 6,2 Prozent, und daran werde ich jetzt anknüpfen, Herr Vizekanzler. Ich werde Sie erinnern, was Sie bei einer Preissteigerung von 6,2 Prozent damals gerufen haben. Aber die Tragik ist, Sie sitzen in der Regierung und glauben das, was gestern der Kreisky gesagt hat. Das ist doch einmalig. Ich werde es Ihnen auch an Hand internationaler Ziffern belegen, wie Sie gewirtschaftet haben.

Aber um zurückzukommen: Wenn ich jetzt die Teuerung berücksichtige — und entschuldigen Sie den Dreh, daß ich drei Jahre mit vier Jahren vergleiche —; wissen Sie, was sich herausstellt? Daß Sie den Pensionisten nämlich nicht mehr gegeben haben, sondern daß sie dasselbe bekommen. Sie finden das lächerlich. Herr Vizekanzler, ich finde die Tat-

sache, daß Sie mit falschen Ziffern arbeiten, daß Sie versuchen, ein Parlament zu täuschen, indem Sie zwei Ziffern gegenüberstellen, von denen sich dann herausstellt, das sind einmal vier Jahre und einmal drei Jahre, nicht zum Lachen. Ja, meine Damen und Herren, wer von den Pensionisten hat das etwa gestern im Fernsehen — die Stelle ist übertragen worden — im Moment erfaßt? Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich habe selbst ein paar Stunden gebraucht, alle diese Rechenfehler, Ungenauigkeiten und — entschuldigen Sie — diese Täuschungen zu durchschauen. Denn wenn Sie drei Jahre mit vier Jahren vergleichen und sagen: Wir Sozialisten sind stolz, daß wir in vier Jahren mehr gegeben haben als die anderen in drei Jahren!, dann ist das eine bewußte Täuschung. (Beifall bei der FPÖ.)

Für das alles haben Sie vier Monate gebraucht, um diese Täuschungen und falschen Ziffern herzustellen. Daß Sie, Herr Finanzminister, auf den Rechenfehler nicht daraufgekommen sind! Da haben wir alle beim Zuhören geschrien, daß das falsch ist. (Zuruf des Bundesministers Dr. Androsch.) Nein, Herr Finanzminister, das ist falsch gerechnet, und Sie sind bis zur Stunde nicht aufgestanden und haben gesagt: Hier und hier und hier sind Fehler!, sondern Sie verteidigen diese Fehler von der Regierungsbank aus noch. Mit falschen Ziffern kann man eben nicht openieren. Es ist notwendig, daß einmal die Wahrheit gesagt wird, dazu sind wir jetzt einmal angetreten, und ich möchte der Regierung diese Gedächtnissstütze geben.

Ich möchte ein paar Sachen sagen, die die Regierung vergessen hat zu erwähnen.

Der Herr Bundeskanzler hat also auf Seite 7 von den Preissteigerungen gesprochen. Ich wäre sonst gar nicht daran erinnert worden, die Preissteigererdebatte noch einmal fortzusetzen, aber wenn der Bundeskanzler selber von den Preissteigerungen spricht, dann fällt mir eine Sitzung ein. Auch der Herr Vizekanzler Häuser hat mich erinnert; er hat sich damals durch laute Zwischenrufe betätigt.

Es ist jetzt zweieinhalb Jahre her, da hatten wir hier im Hause eine ähnliche Debatte. Da haben Sie, Herr Finanzminister, hier im Parlament mit Ihrer Regierung unter Beihilfe der Gewerkschaftsvertreter in der Regierung eine Fülle von preistreibenden Maßnahmen beantragt. Das war wenige Wochen nachdem die Sozialisten die absolute Macht in Österreich übernommen haben. Und damals habe ich hier erstens zu den Regierungsmitgliedern gesagt: Meine Herren Preistreiber!, und zweitens die Behauptung aufgestellt, daß mit den Maßnahmen, die Sie hier beantragt hatten,

Zeillinger

die Preissteigerungsrate innerhalb weniger Monate auf 6,2 Prozent — das klingt ja heute wie ein Märchen — hinaufgetrieben wird.

Herr Vizekanzler, damals ist ein Wirbel losgegangen. Soll ich Ihnen aus dem Protokoll einige Worte vorlesen, die mir Sie und Ihre Regierungs- und Abgeordnetenkollegen zugezogen haben? Weil ich gesagt habe, Sie treiben die Verteuerung der Lebenshaltungskosten auf 6,2 Prozent hinauf, haben Sie gerufen: „Sie Oberdemagogel!“ — Ich war der Oberdemagoge, weil ich gesagt habe, 6,2 Prozent! Ich würde nie wagen, Herr Vizekanzler, zu Ihnen Demagoge zu sagen. Aber ich war der Oberdemagoge bei 6,2 Prozent. Was sind Sie dann heute bei 9,7 Prozent?! Was schlagen Sie vor, was darf ich Sie dann nennen?

Es sagte mir ein anderer Kollege, ein Nachbar von Ihnen, als ich gesagt habe, auf 6,2 Prozent werden Sie es hinauftrieben: „Das ist ja unerhört, was Sie sich erlauben!“ Sehen Sie, meine Damen und Herren, die Sozialisten sagen zu mir, es ist unerhört, daß ich mir erlaube festzustellen, daß sie vor zwei Jahren die Preise auf 6,2 Prozent hinaufgetrieben haben. Aber Sie haben sich erlaubt, die Preise mittlerweile auf 9,7 Prozent hinaufzutreiben. „Schämen Sie sich, Sie Kasperl“, hat mich ein Kollege genannt. Er hat keinen Ordnungsruf bekommen, aber das ist ja Wunsch. Ich würde nie sagen, daß er ein Kasperl ist, denn er ist der Faszination der Regierung erlegen. Er hat damals das geglaubt, was von der Regierungsbank gesagt wurde. Das war ja die Tragödie. Der Vizekanzler glaubt es heute noch immer. Das ist es ja: Er sitzt in der Regierung und glaubt, daß Sie keine Preistreiber sind.

Meine Damen und Herren! Sie sind die Preistreiber — 6,2 Prozent klingt heute wie ein Märchen —, aber darf ich einmal auf das Problem, weil es die Regierung angeschnitten hat, weil Sie von den Preissteigerungen und Preistreibern gesprochen haben, ein bißchen zurückblenden. Darf ich die Sozialisten erinnern an unsere gemeinsame Kampfzeit gegen die ÖVP-Alleinregierung. Wir haben Schulter an Schulter mitsammen gekämpft; darf ich das den jüngeren Kollegen sagen, der Häuser und die älteren Kollegen wissen es ohnedies.

Auch die ÖVP-Regierung hat die Öffentlichkeit und Österreich bitter enttäuscht, denn sie hat die Preise auch hinaufgetrieben. Sie haben damals die Preise hinaufgetrieben bis fast auf 4 Prozent. Da brach der Sturm los. Sie wissen, ich habe immer betont, ich bin so wie die Gewerkschafter der Meinung, die Preispolitik einer Regierung wird dann verantwortungslos, wenn die Preissteigerungen

die Sparzinssätze übersteigen, wenn derjenige, der sein Geld auf die Bank einlegt, von Monat zu Monat ärmer wird, weil die Regierung die Preise mehr hinauftriebt, als die Banken Zinsen zahlen.

Damals war der Häuser noch der gleichen Meinung wie die Freiheitlichen. Wir haben, meine Damen und Herren, gemeinsam die Volkspartei bekämpft, weil sie bis 4 Prozent die Preise hinaufgetrieben hat. Das Ergebnis wissen Sie. Das Volk war unserer Ansicht. Die Regierung Klaus hat im Jahre 1970 die größte Niederlage aller Zeiten, die größte Niederlage, die je eine konservative Partei erlebt hat, erleiden müssen. Sie ist in die zweite Rolle gerutscht, die Sozialisten sind die Stärksten geworden.

Aber kaum haben die Sozialisten dann die Mehrheit bekommen — die absolute Mehrheit —, sind sie mit den Preissteigerungen über 5 Prozent gegangen.

Darf ich Ihnen ein paar Ziffern sagen: Im Jahre 1971 waren Sie eine Minderheitsregierung, Herr Bundeskanzler, Herr Vizekanzler Häuser und andere: Sie können auch besser regieren, nur dürfen Sie keine Mehrheit haben. Solange Sie abhängig waren, zu allen Gesetzen entweder die Zustimmung der ÖVP oder der Freiheitlichen brauchten, da haben Sie die Preise bei vier Prozent halten müssen. Erstens, weil Sie vorher die ÖVP bekämpft haben, und zweitens, weil Sie gewußt haben, wenn Sie die Preise über 5 Prozent hinauftrieben, entzieht man Ihnen die Mehrheit und Sie sind gestürzt.

Damals konnten Sie es, und das beweist, daß Sie heute nicht mehr wollen. Sie haben in dem Moment, in dem Sie die absolute Mehrheit bekommen haben — 1972 —, die Preise auf 5,3 Prozent angehoben. Und als ich meine Rede gehalten habe und gesagt habe, Sie sind die Preistreiber, wo der Herr Vizekanzler und seine Parteifreunde gesagt haben, das ist Demagogie, meine Damen und Herren, auf den Monat genau — Herr Vizekanzler, das haben Sie vergessen, aus Ihrer Gewerkschaftszeitung vorzulesen, weil Sie daran schuld sind —, haben Sie als oberster Gewerkschaftsboß der Regierung zugestimmt, daß sich die Preise genau um 6,2 Prozent erhöht haben. Auf Zehntel hat es gestimmt, was wir Freiheitlichen gesagt haben. Nur haben Sie gesagt, das ist Demagogie. Genau 6,2 Prozent! Jetzt wären Sie froh, wenn Sie sie hätten.

Sie haben im selben Jahr die Preise hinaufgetrieben auf 7,6 Prozent. Ich kann mich erinnern, die Journalisten haben den Herrn Bundeskanzler gefragt: Herr Bundeskanzler,

10548

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Zeillinger

jetzt sind die 6,2 Prozent da, wo Sie gesagt haben, das ist Demagogie, als die Freiheitlichen das behauptet haben.

Da hat der Bundeskanzler gesagt: Das ist bedauerlich, aber das sind noch immer nicht 7 Prozent. Ja, ja, aber Sie haben im Dezember schon 7,6 Prozent gehabt. Der Herr Vizekanzler Häuser hat im Namen der Gewerkschaft immer in der Regierung zugestimmt. Das möchte ich nur feststellen, weil Sie jetzt eine Gewerkschaftszeitung gehoben haben. (Abg. Ing. Häuser: Das ist eine Gewerkschaftszeitung?)

Im Jahre 1973, Herr Vizekanzler, bei absoluter sozialistischer Mehrheit, sind mit Zustimmung der sozialistischen Gewerkschafter die Preise von 6,5 auf 8,1 Prozent angehoben worden.

Meine Damen und Herren! Das war die größte gelenkte Preissteigerungsrate, die wir in der Geschichte des Staates jemals hatten. 8,1 Prozent! Damals war die Erklärung des Herrn Vizekanzlers: Das ist auch bedauerlich, das aber sind noch immer nicht 10 Prozent!

Und nun haben wir das Jahr 1974. Im Jänner war Vizekanzler Häuser für die Anhebung der Teuerung auf 8,1 Prozent. Im Februar haben Sie in der Regierung gestimmt für eine Anhebung der Teuerung auf 8,4 Prozent. Im März ... (Abg. Ing. Häuser: Wie stimmt man denn in der Regierung für eine Preissteigerung?!) Herr Vizekanzler! Sie machen die Politik. Darf ich Ihnen etwas sagen, bevor Sie sich weiter blamieren mit einem Zwischenruf wie „Oberdemagoge“. Ich werde es Ihnen gleich sagen. Ich bringe Ihnen heute Beweise, so wie vor zwei Jahren, daß diese Regierung bereits jetzt wieder neue Gesetze beantragt. Ich werde Ihnen wieder sagen, für wieviel Prozent Sie zustimmen. Sie können es in der Regierung beeinspruchen. Aber Sie haben zu allem ja gesagt. (Abg. Dr. Kohlmaier: Sie haben der Mehrwertsteuer zugestimmt!) Herr Kollege! Ich bin gerne bereit, dann auch darüber eine Debatte zu führen. Aber darf ich Ihnen, Herr Kollege Kohlmaier, sagen, warum Sie gegen die Mehrwertsteuer sind: weil die Mehrwertsteuer die Voraussetzung für die Annäherung Österreichs an Europa ist. (Abg. Dr. Kohlmaier: Wir sind gegen den Satz!) Wenn Sie gewollt hätten, hätte es die ÖVP-Regierung mit einem anderen und, wie Sie glauben, besseren Satz machen können. (Beifall bei der FPÖ.)

Sie, meine Herren von der Volkspartei, haben die Mehrwertsteuer nicht eingeführt, weil Sie nicht nach Europa wollten. Ich bin gerne bereit, Ihnen in einer anderen Rede die Namen namhafter ÖVP-Politiker zu zitieren

und was diese hier im Laufe der letzten 20 Jahre über die EWG gesagt haben, anlässlich der EFTA-Debatte von Tončić über Klaus bis zu der gesamten ÖVP-Führung. Sie wollten nicht in dieses Europa der EWG hinein. Herr Kollege, wenn Sie es gewollt hätten: Sie haben 1966 bis 1970 die Macht gehabt! (Abg. Peter: Gustav! Das ist eine Taktik! Du setzt dich mit den Roten auseinander, und der schwarze Generalsekretär attackiert dich!) Von 1966 bis 1970, Herr Kollege, hätten Sie die Einladung der Freiheitlichen annehmen können. Wir wären gerne mit Ihnen nach Europa gegangen. Sie haben unsere Einladung damals nicht angenommen.

Ja, sehen Sie, Herr Kollege Kohlmaier, die alte Koalition lebt noch. Sie haben hier nur Schützenhilfe geleistet, damit der Vizekanzler mittlerweile die Flucht ergreifen und den Saal verlassen kann. (Heiterkeit.) Ich werde mich aber trotzdem weiter beschäftigen. Vielleicht geht er jetzt nachschauen, ob er wirklich ein Votorecht in der Regierung hat. Ich kann es ihm ruhig sagen. Klären wir ihn auf! Er kann in der Regierung natürlich jedes Gesetz durch seinen Einspruch verhindern. Er hat nicht verhindert, daß wir im März bei einer Teuerungsrate von 9 Prozent waren und daß wir im April die Teuerungsrate 9,7 Prozent erreicht haben. Kommentar des Herrn Bundeskanzlers: Wir haben mit Mühe die 10 Prozent verhindert!

Herr Bundeskanzler! Sie wären ein richtiger Bundeskanzler für ein südamerikanisches Land. Dort haben sie 20 bis 25 Prozent. Die würden sich freuen über 10 Prozent. Aber wir haben die Regierung Klaus gestürzt wegen 4 Prozent. Daher müssen Sie sich auch harte Worte gefallen lassen, wenn Sie die Lebenshaltungskosten um 9,7 Prozent verteuern. Das ist eben der „Erfolg“ Ihrer Regierungspolitik.

Sie haben sich ja auch damals dagegen gewehrt, daß wir die 6,2 Prozent prophezeit haben: Niemals, solange Sozialisten in dieser Regierung sitzen, wird der kleine Mann so ausgebeutet werden! Ich darf Ihnen Ihre alten Worte in Erinnerung rufen. — 6,2 Prozent werden nie kommen — sagen Sie es dem Häuser, das war damals sein Standpunkt —, solange Sozialisten in der Regierung sind!

Die Sozialisten sind immer noch in der Regierung, und wir sind bei 9,7 Prozent. Herr Bundeskanzler! Ich sage es ja nur deswegen, weil Sie das alles gestern im Wirtschaftsbericht vergessen haben zu sagen. Das haben Sie alles nicht gesagt. Daher, glaube ich, war es notwendig, Sie noch einmal daran zu erinnern.

Zeillinger

Sie haben die Regierung übernommen bei einer Steigerungsrate, bei einer Verteuerung der Lebenshaltungskosten von unter 4 Prozent. Die haben Sie einigermaßen gehalten, und so konnten Sie mit einer Minderheit regieren. Sie haben aber in dem Moment, wo Sie die sozialistische Mehrheit einsetzen konnten — Ihre zwei Mandate zuviel; das muß der Österreicher heute bitter bezahlen —, in demselben Augenblick begonnen, systematisch das Leben in Österreich zu verteuern. Denn importiert sind Preissteigerungen auch schon unter Klaus worden. Das hat der Klaus auch schon gemacht. Das haben wir schon damals gehört. Nur haben damals die Sozialisten und wir Freiheitlichen das gemeinsam abgelehnt.

Wissen Sie, Herr Kanzler, ich habe es ja leichter. Ich kann ja das, was ich seinerzeit der ÖVP vorgehalten habe, heute auch den Sozialisten vorhalten. Sie aber werden ungern erinnert, was Sie seinerzeit als Sozialisten in der Opposition gesagt haben. Denn da haben Sie nämlich mit Recht gesagt, daß eine Regierung weggehört, wenn die Teuerungsrate die Spareinlagenzinsen übersteigt.

Herr Bundeskanzler! Es liegt jetzt an Ihnen, die Konsequenzen zu ziehen. Wenn Sie nicht zurücktreten wollen — wie ich annehme, denn Sie haben davon nichts gesagt in Ihrem Bericht (*Heiterkeit*) —, dann senken Sie wieder die Teuerungsrate der Lebenshaltungskosten. Aber Sie tun das Gegenteil. Sie gehen einen Schritt weiter und bahnen die nächste, noch größere Teuerung an.

Aber ich möchte zuerst einmal, Herr Bundeskanzler, kurz etwas dazwischenschieben. Da ist die Frage aufgetaucht: Wer verteuert das Leben? Ich habe das aus der Rede des Kollegen Weisz. Wer verteuert das Leben? Und da haben Sie in Ihrer Rede, auf Seite 10, glaube ich, wenn ich mich richtig erinnere, einen Schuldigen gefunden, und nachdem das heute hier nochmals angeklungen ist, müßte man einige Worte dazu sagen.

„Wir glauben aber, daß im Bereich der Handelsspannen in einer Weise kalkuliert wird, die durch die Tätigkeit des Zwischenhandels nicht gerechtfertigt ist.“

Da hat sich natürlich schon wieder jeder kleine Greißler und Gewerbetreibende schuldig und angegriffen gefühlt.

Herr Bundeskanzler! Das ist ein Irrtum! Nicht der Greißler ist schuld, weil er mit den Preisen hinaufgehen muß, sondern Sie sind schuld, weil Sie die Einstandspreise — ich bin kein Kaufmann, möchte ich gleich sagen; ich bin Freiberufler — verteuern. Man soll aber nicht immer den Falschen die Schuld geben. Sie sind schuld, weil Sie die Einstandspreise

verteuern, und da möchte ich — vielleicht können Sie es dem Herrn Vizekanzler ausspielen, weil er offenbar diese Ziffern nicht kennt — ein sehr offenes Wort reden zur Frage: Wer verteuert das Leben?

Es ist ein Artikel — ich kann es ruhig sagen — in der „Kronen-Zeitung“ erschienen, wo Bezug genommen wird auf diesbezügliche Untersuchungen. Diese Statistiken — wir sind ihnen nachgegangen — sind äußerst interessant. Sie, Herr Bundeskanzler, geben der Privatwirtschaft, dem Handel die Schuld. Wenn Sie die Statistik anschauen: Wissen Sie, um wieviel die Preise der Waren des freien Marktes gestiegen sind, Herr Bundeskanzler? Um 4,5 Prozent! Und wissen Sie, um wieviel in der gleichen Zeit die Preise, die amtlich geregelten Preise, gestiegen sind? Um 21,7 Prozent! Das ist die Wahrheit, Herr Bundeskanzler! Die Preise, die Sie festsetzen und beeinflussen, sind um 21,7 Prozent gestiegen, und die Preise des freien Marktes um 4,5 Prozent. Das ergibt in der Gesamtheit eine Verteuerung des Lebens um 9,7 Prozent. Denn 49 Prozent aller Leistungen und Waren, die wir in Anspruch nehmen, sind entweder staatlich gelenkte Preise oder staatlich festgesetzte Preise.

Herr Bundeskanzler, und jetzt wollen Sie noch mehr preisregeln. Sie wollen noch mehr Waren herausnehmen aus der Gruppe jener, die nur um 4,5 Prozent gestiegen sind und wollen sie hineingeben in jene Gruppe, die um 21,7 Prozent gestiegen sind. Das haben Sie beantragt in diesen Tagen, meine Damen und Herren. Sie haben vergessen, das in Ihrem Bericht zu sagen.

Herr Bundeskanzler! Warum haben Sie in Ihrem Bericht nur von der Teuerungsrate gesprochen und nicht gesagt, daß die Waren des freien Marktes in den letzten Jahren um 4,5 Prozent gestiegen sind? Warum haben Sie nicht gesagt, daß die amtlich geregelten Waren um 21,7 Prozent gestiegen sind? (Bundesminister Dr. Androsch: Stimmt nicht!) Das stimmt! Und wenn es nicht stimmt, dann hätten Sie die Statistik widerrufen! Wenn Sie sagen, die Statistik haben Sie nicht gekannt, dann sagen Sie es Ihren Beamten! Der Artikel ist drei Wochen alt. Diese Statistik ist veröffentlicht worden, und Sie haben dazu geschwiegen. Unzählige Zeitungen haben sie zitiert. Wenn Sie wollen, machen wir eine Debatte darüber.

Wissen Sie, warum wir heute darüber debattieren müssen? Es ist ja in den Berichten vom Herrn Kanzler und vom Herrn Finanzminister kein Wort geredet worden, daß die amtlich geregelten Preise wesentlich stärker gestiegen sind als die der freien Marktwirt-

10550

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Zeillinger

schaft. Darum sind wir Freiheitlichen für die freie Marktwirtschaft. Ich sage Ihnen das ganz offen. Denn die freie Marktwirtschaft bleibt billig, und da, wo Sie Ihre Hand im Spiel haben, werden die Preise hinaufgetrieben.

Das schreibt dieser Mann. Das ist kein Freiheitlicher. Das ist eine Zeitung, die keiner Partei nahesteht. — „Der Staat, der so laut nach neuen Preisgesetzen ruft, steht selbst an der Spitze der Preiserhöhungen.“ — Bitte, das habe nicht ich gesagt, das sagt die Zeitung, die „Kronen-Zeitung“, die, glaube ich, der Gewerkschaft gar nicht so fernsteht; hie und da liest man auch ein paar freundliche Worte darüber. Dort steht: „Der Staat, der so laut nach neuen Preisgesetzen ruft, steht selbst an der Spitze der Preiserhöhungen.“

Bei den sonstigen Verbrauchsgütern betrug in der Wirtschaft die Preiserhöhung durchschnittlich 4,5 Prozent. Bei jenen Verbrauchsgütern, die den amtlichen Preisregelungen unterliegen, wurde eine Preisexplosion verzeichnet. Die Teuerungsrate lag dabei sogar bei 21,7 Prozent.

Der Staat hat bei der Preisbildung versagt. Der Staat kann nicht versagen. Versagen kann nur die Regierung und die Mehrheit. Die Opposition hat diesen Weg ohnehin nicht gewollt. Die Opposition wollte jenen Weg gehen, den Sie in der Minderheitsregierung gegangen sind. Jetzt gehen Sie den sozialistischen Weg. Danach müßten also die zahlen, die sozialistisch gewählt haben. Aber leider müssen es auch die anderen zahlen. Ich hätte gar nichts dagegen, wenn jene, die sozialistisch gewählt haben, jetzt 9,7 Prozent bezahlen müßten und die, die nicht sozialistisch gewählt haben, bräuchten nur 3 Prozent zu zahlen. Dann würde ich kein Wort darüber verlieren. (*Allgemeine Heiterkeit.*) Aber daß wir deshalb bezahlen müssen, weil Sie um ein paar tausend Stimmen und um zwei Mandate zuviel haben, das ist der Grund, warum wir die Öffentlichkeit aufklären wollen.

Der Staat — bitte das sage nicht ich, das sagt eine wirklich unabhängige Zeitung — hat bei der Preisbildung versagt. Die Flucht in den Preisstopp ist der beste Beweis für diese Hilflosigkeit.

Meine Damen und Herren! Nun kommen Sie mit dem Begehr — und die Sozialisten werden sicher zustimmen, davon bin ich vollkommen überzeugt —, noch weitere Waren aus der Gruppe, in der sie nur um 4½ Prozent teurer geworden sind, in die Gruppe der amtlich preisgeregelten Waren hineinzunehmen, die um 21,7 Prozent teurer geworden sind. Und dann werden Sie wieder schreien: Der Greiß-

ler ist teurer geworden! Nein, nicht der Greißler ist teurer geworden. Aber der Häuser hat es sofort geglaubt. Der Häuser ist von seiner Regierungstätigkeit bereits so fasziniert, daß er das alles glaubt. Aber dem müßte man einmal sagen, daß das am freien Markt alles viel billiger ist.

Meine Damen und Herren! Ich werde Ihnen in weiteren Ausführungen sagen — vielleicht haben Sie den Postenlauf noch gar nicht gelesen —, was alles der Finanzminister in den nächsten Wochen noch verteuern will. Sie werden die 10-Prozent-Grenze, wenn Sie nicht wieder zur Politik der Minderheitsregierung zurückkehren, in Kürze übersteigen; aber nicht etwa durch das Ausland.

Darf ich jetzt ein kleines Paket — man kann in den wenigen Stunden nicht alles zusammensuchen, denn man wird um 7 Uhr aus dem Hause hinausgeschmissen — dessen heraus suchen, was Sie alles beantragen, was Sie alles beabsichtigen.

Zuerst einmal noch kurz einiges zu dem, was Sie schon getan haben. Sie haben — um ein Beispiel zu nennen, das möchte ich gleich dazusagen, ich komme dann noch auf die Araber zu sprechen, aber ich möchte jetzt ein paar Beispiele bringen und Sie, Herr Kanzler, fragen: Wieso sind da die Araber schuld? — Die Post- und Bahntarife um 20 Prozent verteuert. Wieso ist da der Araber schuld, welcher Scheich ist daran schuld? Herr Bundeskanzler! Ich habe das Gefühl, es sitzen ein paar Araber in der Regierung, sonst wäre das nicht möglich! (*Allgemeine Heiterkeit.*) Sie haben Post und Bahn um 20 Prozent verteuert, und jetzt glaubt der Häuser, wenn die mit der Bahn transportierten Waren nur um 4,5 Prozent teurer werden, daß der Greißler, der Kaufmann daran schuld ist. Nein, es ist vielmehr ein Wunder, daß er nur um 4,5 Prozent teurer geworden ist, denn Sie haben ja die Bahn, mit der der Pullover geliefert wird, um 20 Prozent verteuert. Und dann sagt der Kaufmann: Trotz der Regierung gehe ich nur um 4,5 Prozent hinauf. Meine Damen und Herren! Das ist der Unterschied zwischen sozialistischer Planwirtschaft und freier Marktwirtschaft!

Sie haben die Bahn-Gütertarife um 8 Prozent verteuert. Sie haben die Zigarettenpreise bereits um 15 Prozent verteuert. Sie haben 10 Prozent Getränkesteuern auf das Bier gelegt, Sie planen, die Telephongebühr um 18 Prozent zu verteuern. Glauben Sie, daß dann die Ware billiger wird, wenn die Telephongebühr und andere Belastungen, die darauf liegen, rundherum an allen Ecken teurer werden?

Zeillinger

Sie haben — um ein anderes Beispiel zu bringen — den Strompreis erhöht. Der Strom ist nach sozialistischer Ansicht anscheinend ein Luxusgegenstand. Das kann sich der Mautner Markhof leisten, aber der kleine Mann hat es ja wirklich nicht notwendig, daß er das Licht aufdreht, er soll die Kerze nehmen. Die Kerze unterliegt der freien Marktwirtschaft. Der Preis für Kerzen ist, das kann ich gleich dazusagen, nur um 6 Prozent gestiegen. Der Preis für das elektrische Licht wurde im Jahre 1972 um 14 Prozent erhöht. — Das war aber dem Herrn Minister noch zuwenig. — Er wurde im Jahre 1973 um 6½ Prozent erhöht. Das hat sich noch nicht genügend ausgewirkt, um auf die zehnprozentige Versteuerung zu kommen. Er brauchte aber eine zehnprozentige Versteuerung, damit er mehr Steuereinnahmen hat, damit er mehr ausgeben kann. Sie haben daher im Jahre 1974 den Preis um 12,7 Prozent erhöht, meine Damen und Herren! Sie können aber nicht sagen, daß der Greißler an der Erhöhung des Strompreises schuld ist, denn das sind die amtlich geregelten Preise, das sind Preise, die Sie bestimmen.

Sie haben den Preis um über 33 Prozent erhöht. Jetzt ist der Herr Vizekanzler leider draußen. Er hat mir die 30 Prozent nicht geglaubt. Aber die Erhöhung um 33 Prozent, die bezahlt der Pensionist, das zahlt der kleine Mann!

Ich darf Ihnen gleich sagen: Der Sekt ist wesentlich weniger teurer geworden, wenn Sie es wissen wollen. Ich kann auch die Sekt-preise anführen. Der Sekt gehört zur freien Marktwirtschaft, der ist nicht so viel teurer geworden. Aber das elektrische Licht haben Sie um 33 Prozent hinaufgetrieben. Herr Kanzler, das haben Sie alles in Ihrem Bericht vergessen, das haben Sie beantragt, das sind die von Ihnen festgesetzten Preise!

Darf ich noch etwas erwähnen. Man hat den Leuten seinerzeit gesagt: Steigt um auf den Nachtstrom! Den Nachtstrom hat man billig angeboten. Heizt mit Nachtstrom! Es gab Leute, die haben sich daraufhin entweder auf Nachtstrom oder Heizöl umgestellt. Ich gehöre zu den Opfern des Heizöls. Andere sind Opfer des Nachtstroms. Herr Bundeskanzler! Das waren keine Reichen, das sind arme, kleine Leute, die mit Nachtstrom heizen. Wissen Sie, was Sie mit dem Nachtstrom gemacht haben? Um 50 Prozent haben Sie ihn verteuert, nachdem die Umstellungswelle beendet war. Das muß heute der Pensionist, der kleine Mann bezahlen. Seitdem Sie regieren, kostet der Nachtstrom um 50 Prozent mehr.

Ich möchte nur noch einige kleine Besonderheiten erwähnen. Am 16. Oktober 1972 hat

die Regierung am Tag des Brotes den Brot-preis hinaufgesetzt. Es war genau am Tag des Brotes, am 16. Oktober 1972. Sie haben ja den Brot-preis, wie wir wissen, mehrmals hinaufgesetzt. Im Jahre 1973 haben Sie beim gleichen Anlaß den Semmelpreis um 14 Prozent hinaufgesetzt. (Abg. Peter: *Die Regierung denkt sicher etwas dabei!*)

Herr Bundeskanzler! Ich will nicht so lange reden, aber das sind alles Preiserhöhungen, die Sie als Regierung gebilligt haben. Die Getränkesteuer, die Biersteuer, das Fahren, alles wird teurer! Was Sie in den letzten drei Jahren gemacht haben, hat bewirkt, daß die Lebenshaltungskosten, seit Sie regieren, um 30 Prozent gestiegen sind. Aber das alles steht nicht in dem Bericht, es steht weder etwas über diese Schattenseiten, noch steht etwas darüber drinnen, was Sie machen wollen. Man muß sich mühevoll zusammensuchen, was Sie machen wollen.

So erfahren wir — das ist ja schon in der Zeitung gestanden —, daß Sie beabsichtigen, mit dem Telefon in nächster Zeit teurer zu werden. Das haben Sie vergessen, das ist in dem Bericht nicht drinnen. Das verstehe ich aber. Wenn man nur vier Monate Zeit hat, dann kann man nicht so genau arbeiten wie Abgeordnete, die das in 24 Stunden machen müssen. Sie wenden mit dem Zigarettenpreis hinaufgehen.

Wissen Sie, was Sie vergessen haben — das ist sehr tragisch, Herr Bundeskanzler: Sie haben vergessen, in dem Bericht zu sagen, daß Sie über das neue Gebührengesetz sehr, sehr großen Einfluß auf die Preise und die Wirtschaft nehmen wollen. Ich will jetzt gar nicht diese Streitfrage lösen. Es gibt Fachleute, die behaupten, das neue Gebührengesetz werde den kleinen Mann zugunsten der Regierung 13 Milliarden kosten. Der Finanzminister sagt, das sei neutral, das werde gar nicht mehr kosten. Wenn ich ganz offen bin: ich glaube, die Wahrheit wird in der Mitte liegen. Das läßt sich aber auch nicht festlegen, weil Sie das im Moment auch gar nicht übersehen können.

Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister! Hier habe ich jemanden, Herrn Dibold von der „Kronen-Zeitung“, der Ihnen sonst sehr stark die Stange hält. Er schreibt zu Ihrer Absicht, eine noch unbekannte Zahl von Milliarden dem kleinen Mann wegzu nehmen und in die Regierungskasse zu bringen: „Dennoch erhebt sich die Frage, ob Gebühren in einem modernen Industriestaat, ob Stempelmarken schleckende und klebende Staatsbürger heute unentbehrlich sind. Der Beamtenentwurf ist vom Geist jener Bürokraten geprägt, die in der Kfz-Steuerkarte ein

10552

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Zeillinger

willkommenes Instrument sehen, den Bürger zu kontrollieren und zu bestrafen, sollte er einmal vergessen haben, nicht prompt zum Monatsbeginn die Stempelmarke zu kaufen, zu kleben und zu entwerten.“ — Ich habe das nicht gesagt, das hat der Dibold gesagt, der sicher sonst sehr objektiv beurteilt. Aber ich schließe mich vollkommen dem Urteil dieses unabhängigen Journalisten in diesem Falle an.

Nun kommt dieses Gebührengesetz, das dem kleinen Mann eine noch unbekannte Milliardenzahl wegnimmt. Das bezahlt ja der kleine Mann, dem tut es weh. Das wird dann verteuern, da sind Sie dann auf 12 Prozent droben.

Nun kommt die Bundesverwaltungsabgabenordnung. Das hat der Herr Bundeskanzler alles vergessen. Haben Sie da schon einmal nachgeschaut? Seitenweise wird alles teurer, kann ich Ihnen sagen; die Ausstellung des Passes um 40 Prozent! Dann wundert sich der Herr Vizekanzler, wenn ich sage, alles wird durchwegs um 30 Prozent teurer. Hannes Androsch will die Paßanträge um 40 Prozent verteuern. Das Heiraten soll um $33\frac{1}{3}$ Prozent verteuert werden. Das ist Familienpolitik! Um $33\frac{1}{3}$ Prozent wird es verteuert.

Etwas wird billiger, meine Damen und Herren! Wissen Sie, was billiger wird? — Die Namensänderung! Die Namensänderung wird von 2500 S auf 1500 S im nächsten Jahr verbilligt werden. Ich habe den leisen Verdacht, daß da ein Plan dahintersteckt. Vielleicht will nach der nächsten Wahl der eine oder der andere da oben seinen Namen ändern! (Heiterkeit und Beifall bei FPÖ und ÖVP.) Möglicherweise ist das der Grund.

Ansonsten wird alles zwischen 30 und 40 Prozent teurer. Es erfolgt eine Kettenreaktion. Der Finanzminister erhöht die Gebühren von 7,50 S auf 20 S, das heißt um 166,7 Prozent. Bitte ohne Gewähr! Ich habe nur wenige Stunden Zeit gehabt. Sie haben ja vier Monate gerechnet. Das heißt, Sie wollen die Gebühren um 166,7 Prozent erhöhen. Der Häuser wird sicher damit einverstanden sein, denn er ist ja mit allem einverstanden. Das trifft den kleinen Mann, das trifft nicht die Reichen. Dem Reichen ist es Wurscht, der zahlt auch die 20 S mit der linken Hand oder mit der rechten Hand, wenn Sie wollen. Aber die kleinen Leute sind es, die jetzt nach dem Androsch-Gebührengesetz um 166,7 Prozent mehr bezahlen müssen.

Die Namensänderung ist — das muß ich noch einmal sagen — das einzige, was im nächsten Jahr billiger wird. Alles andere wird teurer. Kennen Sie die Begründung dazu? Die Begründung für diese Verteuerungswelle lautet:

„Es würde Befremden auslösen, wenn zum Beispiel die anlässlich der Ausstellung von Personenstandsurkunden einzuhebende Gebühr von derzeit 7,50 S auf 20 S erhöht würde ..., während die Verwaltungsabgabe hiefür in der Höhe von 6 S unverändert bliebe.“

Herr Finanzminister! Glauben Sie wirklich, daß der von Ihnen so oft zitierte kleine Mann „mit Befremden“ feststellen würde, daß Sie nicht teurer werden? (Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP.)

Ich halte das für eine Provokation des Österreichers: „Es würde Befremden auslösen, wenn ... die anlässlich der Ausstellung von Personenstandsurkunden einzuhebende Gebühr von 7,50 S auf 20 S erhöht würde ... während die Verwaltungsabgabe hiefür in der Höhe von 6 S unverändert bliebe.“

Grund genug für Sie, auch zu erhöhen und mit zu erhöhen!

Das alles haben Sie aber vergessen in Ihrem Bericht. Es ist ja nur ein halber Bericht. Vielleicht werden Sie sich heute am Nachmittag zu Wort melden und die zweite Hälfte des Berichtes vorlesen. Sie müßten all das bringen, was Sie über die Verteuerung nicht gesagt haben.

Nun komme ich zu der großen vom gegenwärtigen Regierungschef erfundenen Ausrede: Ja die ganze Welt ist schuld, nur Österreich nicht, das sind durchwegs importierte Preissteigerungen, für die wir nichts können. Herr Bundeskanzler! Diese Ausrede zieht in dem einen oder anderen Fall. 99 Prozent Ihrer Preissteigerungen sind aber hausbacken!

Ich darf Sie konkret fragen — Sie haben sicher jetzt Zeit —: Wo ist der Scheich oder der Ausländer, der die Erhöhungen bei den Bundesverwaltungsabgaben verlangt hat? Wer ist der Scheich in der Regierung? (Heiterkeit.) Welch ein fremder Staat ist daran schuld?

Sie ziehen Milliarden aus der Tasche des kleinen Mannes und sagen dann: Die Araber sind schuld. So billig, Herr Bundeskanzler, kann man es sich wirklich nicht machen.

Beim Bezin gab es einen Zeitpunkt, wo diese Ausrede gestimmt hat. Die Araber haben eines Tages entdeckt, daß man die Waffe Erdöl einsetzen kann. Das hat sicher Rückwirkungen gehabt.

Entschuldigen Sie, Herr Bundeskanzler, wenn ich sage: Ohne die Araber haben Sie den Preis im Jahre 1972 um 20 Groschen, im Jahre 1973 um 15 Groschen und im Jahre 1973 noch einmal, und zwar um 40 Groschen, erhöht. Da hatten die Araber noch nicht um einen Groschen mehr verlangt.

Zeillinger

Mit den Arabern zusammen haben Sie dann den Preis allerdings um 66 bis 70 Prozent erhöht.

Jetzt komme ich zum zweiten Teil, zum Ofenheizöl. Ich habe gesagt: Ich bin ein Opfer. Ich habe nämlich auf Heizöl umgestellt, und zwar damals, als der Preis 1,70 S betrug, wobei Sie ruhig sagen können: Der Zeillinger kann's zahlen! — Stimmt. Aber das haben auch viele kleine Pensionisten und andere kleine Leute getan. Bei 1,70 S haben wir umgestellt, über Empfehlung, über allgemeine Empfehlung! Und jetzt zahlen wir über 3 S. Der genaue Preis hängt von der Zustellgebühr ab. 3 S zahlt man, wenn man es selbst nach Hause bringt. Das Ofenheizöl ist also um 76,5 Prozent teurer geworden!

Der zuständige Minister ist ja nicht herinnen. Dann wird er wieder behaupten, ich sei ein Demagog, weil ich sage: Die Regierung ist ein Preistreiber, sie treibt die Preise hinauf.

Sie haben den Heizölpreis um 76 Prozent erhöht, und nun können Sie sagen: Das muß so sein! — Nein, das muß nicht so sein.

Ich bringe ungern Beispiele aus dem Ausland, zum Unterschied von Ihnen, Herr Kanzler! Ich reise gern ins Ausland, aber ich möchte im Parlament österreichische Politik machen.

Aber nachdem Sie gestern sehr viel vom Ausland geredet hatten, bin ich nach Hause gegangen und habe ein Telephon-Gespräch mit einem Freund in Deutschland geführt. Wissen Sie, was ich da erfuhr? Dort ist man billiger geworden! Ja das haben Sie zu sagen vergessen. Sie haben zwar gestern Deutschland zitiert ... (Zwischenruf des Bundeskanzlers Dr. Kreisky.) Nein, nein, Herr Bundeskanzler, ich habe es nicht gewußt, denn ich bin kein Fachmann. Es ist ein Telephon-Gespräch von 10 Minuten gewesen, und es hat sich herausgestellt: Sie haben hier wieder entweder etwas verschwiegen, oder Sie wissen es nicht. Das kann Ihnen doch passieren, Sie sind ja auch nur Politiker genauso wie ich. Aber einer Ihrer Beamten müßte doch all das wissen, was Sie nicht gesagt haben. (Bundesminister Dr. Androsch: Was kostet es jetzt in Deutschland?) Bitte, wenn Sie es wollen, sage ich Ihnen die genauen Preise. Ich lese Ihnen vor:

„Bei der Bezinzerzeugung fallen automatisch gewisse Mengen an Schweröl (Heizöl) an. Durch die große Einlagerung bei diesen Ölen — anläßlich der Bezinckrise (Hamsterkäufe) — ergaben sich in der Bundesrepublik Deutschland nunmehr Absatzschwierigkeiten, die zu Preisreduzierungen führten.“ (Bundesminister Dr. Androsch: Wann, wieviel?)

Fragen Sie Ihren zuständigen Beamten, er soll es Ihnen sagen. Ich behaupte: In der Bundesrepublik gab es Preisreduzierungen. Ich darf laut sagen, daß von hinten die Frage kam: „Was kostet es?“ Herr Finanzminister, wenn Sie das nicht wissen, dann geben Sie keine Regierungserklärung ab. (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Es ist Zeit, daß Sie sich orientieren, oder ich werfe Ihnen jetzt nach diesem Zwischenruf vor: Sie verschweigen bewußt verschiedene Dinge, Sie wissen viel mehr, aber Sie verschweigen es und reden sich auf die Araber und auf das Ausland aus.

So, und weil Sie das getan haben, werde ich Ihnen jetzt noch einige Zahlen bringen; diese werden Ihnen vielleicht noch unangenehmer sein.

Ich wollte all das gar nicht bringen, aber Sie animieren mich jetzt dazu, und ich werde es daher gerne vorbringen. Wenn Sie sich auf das Ausland ausreden, dann erlauben Sie mir, daß ich Ihnen auch aus europäischer Sicht etwas sage. Ich bringe eine Statistik. Wir sind Westeuropäer, nehme ich an, ja? — Der Bevölkerungsanteil Österreichs an der Bevölkerung Westeuropas beträgt 2,23 Prozent. Ich muß Ihnen das alles sagen, denn Ihre Zwischenrufe von hinten beweisen mir, daß Sie anscheinend all das nicht wissen, denn sonst würden Sie nicht immer fragen: Wo steht das? Wer sagt das? Wieviel ist das? Anscheinend wissen das die Beamten und sagen es Ihnen nicht. 2,23 Prozent! Fragen Sie Ihre Beamten! Diese können genauso wie ich im Büchel nachschauen, dort steht es. Sie haben vier Monate Zeit gehabt, ich nur 12 Stunden.

Wissen Sie, wie groß der Anteil des Volkeinkommens durch diese Regierung geworden ist? Er beträgt nur mehr 1,74 Prozent!

Von allen Westeuropäern sind wir Österreicher sozusagen 2,23 Prozent. Aber der Anteil am Gesamtvolkseinkommen ist unter Ihrer Regierung auf 1,74 Prozent abgesunken. Das behaupte ich auf Grund einer Statistik des Europarates, und Sie können das nachlesen. Als Sie die Regierung übernommen haben, waren es 1,9.

Das durchschnittliche Volkseinkommen in Europa ist in der Statistik mit 100 ausgewiesen. Ich kann Ihnen sagen, wo das steht: in der Statistik des Europarates. Deutschland, unser Nachbarland, hat ein Volkseinkommen von 167. Also Westeuropa hat durchschnittlich 100, Deutschland hat 167, die Schweiz 144, Österreich ... Was hat (zu Bundesminister Doktor Androsch gewendet) Österreich? — 78,4!

Das ist der Vergleich mit dem Ausland: Deutschland 167 ... (Leise Bemerkung des

10554

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Zeillinger

Bundesministers Dr. Androsch) Nicht mich immer leise von hinten fragen! Ihnen kann das genügen.

Entweder haben Sie das gewußt, dann haben Sie es verschwiegen. Für den Fall, daß Sie es nicht gewußt haben, muß ich sagen: Hier ist ja keine Unterrichtsstunde, um Sie jetzt zu informieren. (Beifall und Heiterkeit bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Schauen Sie sich die Zahlen beim Europarat an! Das durchschnittliche Volkseinkommen in Europa: 100 Prozent, Deutschland hat 167 Prozent, liegt also darüber, die Schweiz hat 144 Prozent, liegt etwas tiefer, wir wirtschaften herunter und sind auf 78,4 Prozent abgesunken.

Das sind amtliche Ziffern. Verschwiegen haben Sie sie, denn Sie haben sie ohnedies gewußt. Ich hätte es ja nicht gesagt, wenn Sie hinten nicht immer so gemurmelt hätten, als ob ich der Teppate wäre. Das alles habe ich in zwölf Stunden festgestellt, während Sie in vier Monaten all das angeblich nicht konstatiert haben.

Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen, wenn Sie wollen, heute noch viele Ziffern bringen.

Ergebnis: Jetzt regieren Sie allein, Sie haben Sparsamkeit versprochen. Was haben Sie an Sparsamkeit gebracht? Nichts!

Ich könnte Ihnen jetzt stundenlang die Ausgabenwirtschaft vor Augen führen, die wir, Sie, die Sozialisten, und wir Freiheitlichen, gemeinsam bei der ÖVP bekämpft haben. Daran können Sie von der Volkspartei sich noch genau erinnern. Wir haben geklagt, und Sie haben auch „eingeschliffen“ in der Minderheitsregierung. Denn da waren Sie jede Woche vor die Frage gestellt: Weiterregieren, sparsam regieren, die Preise herunterhalten, sonst folgt der Sturz! Da haben Sie es gekonnt. Kaum haben wir eine sozialistische Mehrheit gehabt, sind die Preise hinaufgegangen und wird das Geld mit vollen Händen hinausgeschmissen.

Herr Bundeskanzler! Die Leute sagen immer: Die Regierung lebt über ihre Verhältnisse. Ich möchte das korrigieren: Diese Regierung lebt bereits über unsere Verhältnisse. Wir können uns all das nicht mehr leisten, meine Damen und Herren, denn die Preissteigerungen sind ein Teil Ihrer Regierungspolitik. Sie müssen die Telephongebühren verteuern. Sie müssen mit den Zigarettenpreisen hinaufgehen. Sie müssen die Eisenbahn verteuern, damit Sie mehr Einnahmen haben. Sie müssen die Preise hinauftrieben, damit Sie mehr Geld ausgeben können, damit Sie mehr Steuern hereinbekommen.

Denn die andere Politik — sie mag unpopulär sein, aber darüber haben Sie ja gestern geschwiegen — hieße eben sparen. Dann könnte man eben auch die Preise niedrig halten. Das ist der Scheideweg.

Ich habe den Mut gehabt — ich bin damals viel angefeindet worden —, zu einer Minderheitsregierung, die sparsam gewirtschaftet hat, die bei 4 Prozent die Preissteigerungen gehalten hat, ein Ja zu sagen. Daher nehme ich mir heute das Recht heraus, zu sagen: Seitdem die Sozialisten die Mehrheit haben, seitdem sie allein regieren, machen sie eine Politik gegen den kleinen Mann, machen sie eine Politik, die nur darauf abzielt, daß die Regierung viele Milliarden mehr bekommt. Das zeigt Ihnen jedes Budget.

Das sind die Gründe, Herr Bundeskanzler! Da hat es gar nichts genutzt, daß Sie uns zwingen, auf 468 Seiten innerhalb von zwölf Stunden Antwort zu geben. Geben Sie uns vier Monate Zeit, und wir werden Ihnen noch weiteres Zahlenmaterial vorlegen. (Abg. Doktor Tull: Demagogie!)

Herr Kollege Tull! Bei 6,2 Prozent hat man mir gesagt: „Oberdemagoge“! Suchen Sie sich jenes Wort aus, das ich Ihnen jetzt bei 9,7 Prozent sagen könnte. Denn die 9,7 Prozent sind hausgebacken von der Regierung Kreisky beziehungsweise von Hannes Androsch. Nicht ausreden auf das Ausland! (Zwischenruf des Abg. Mühlbacher.) Was, Herr Kollege? Herr Kollege! Diese Regierung hat schon bewiesen, daß sie besser regieren kann.

Wissen Sie, was das Tragische bei all dem ist? Daß Sie als sozialistischer Abgeordneter das glauben, was gestern die Regierung hier gesagt hat. Wir Freiheitlichen glauben es nicht. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Tull. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Tull (SPO): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Alle Jahre wieder zumindest einmal absolviert der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, Herr Professor Dr. Koren, mit umflorster Stimme von dieser Stelle aus eine professorale Fleißaufgabe, indem er entsprechende Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung abgibt und den Österreicherinnen und Österreichern krampfhaft einzureden versucht, wie schlecht es ihnen ginge und daß eine katastrophale Talfahrt begonnen hätte. Jedes Jahr mindestens einmal gibt er, an der Klagemauer stehend, eine Prognose ab, die sich bereits wenige Monate später als völlig unrichtig erweist, weil er einfach mit falschen Zahlen hier argumentiert, weil er einfach nichts anderes als seine politischen Wunschträume vorzutragen hat.

Dr. Tull

Herr Professor Dr. Koren! Wir sind nicht nur optimistisch. Es erfüllt uns mit aufrichtiger Genugtuung, und man kann wahrlich auch nicht sagen, daß der Herr Bundeskanzler und der Herr Bundesminister für Finanzen in ihrem gestrigen Bericht — 468 Seiten waren es, wie wir vorhin vernommen haben — eine heile Welt vorgetäuscht hätten. Das, was hier an Fakten vorgetragen worden ist, ist doch das Leben, mit dem wir ständig konfrontiert werden. Das ist doch das, wovon sich jeder immer wieder überzeugen kann. Ein steigendes Wirtschaftswachstum: Wir haben gehört, $5\frac{1}{2}\%$, während in den OECD-Staaten in den letzten vier Jahren nur ein solches von $4\frac{1}{2}\%$ registriert werden konnte. Die Lohn- und Gehaltssumme ist im Jahre 1973 um $16,7\%$ gestiegen; ein Jahr vorher waren es $13,8\%$. Ja geht es dann den Leuten in Österreich schlechter, wenn sie mehr verdienen? Die Nettomasseneinkommen sind um $15,7\%$ angestiegen gegenüber $12,7\%$ im Vorjahr.

Was haben Sie denn nicht alles im vergangenen Jahr hier vorausgesagt, welche Schwierigkeiten es im österreichischen Export geben würde. Und siehe da, wir haben vernommen, daß der Export im vergangenen Jahr trotz Ihres Krankjammers und Ihrer Unkenrufe um $13,6\%$ angestiegen ist. (Abg. Dr. Kohlmaier: Kennen Sie die Handelsbilanz!) Ja können wir nicht mit Freude feststellen, daß die Spareinlagen auf Grund des großen Vertrauens aller Schichten des österreichischen Volkes in die Stabilität unseres Schillings, in die Kaufkraft unseres Schillings sich immerhin um $17,1\%$ erhöht haben und daß die Investitionen um $2,5\%$ angestiegen sind!

Eines werden Sie von uns nicht erwarten dürfen. Wir werden Ihnen nicht folgen können bei der Verwirklichung jenes Ihrer Ziels, jenes Traumes, der da lautet: die Gewinne sind zu privatisieren und die Risiken zu verstaatlichen. (Abg. Dr. Kohlmaier: Baurig! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Es ist nicht ganz einfach, hier einen so imposanten Bericht, wie ihn die Bundesregierung vorgelegt hat, sachlich, nüchtern und objektiv zu diskutieren, wie es die nunmehr abgewickelte Show bewiesen hat, die ja im Grunde genommen wirklich, das muß ich unumwunden zugeben, kabarettreif gewesen ist, sich aber auch durch einen besonderen Dilettantismus, was die Zahlen betrifft, ausgezeichnet hat. Wenn eine solche Show aufgeführt wird, schüttelt man einfach Zahlen aus den Ärmeln, behauptet etwas, ohne konkret den Beweis anzutreten, ohne sich auf seriöse, wissenschaftlich erarbeitete Unterlagen zu beziehen, und betreibt da-

mit frisch, fromm, fröhlich, frei ein politisches Hexeneinmaleins.

Was alles hat hier der Herr Zeillinger behauptet? Er hat beispielsweise behauptet, daß die Lebenshaltungskosten in der Zeit von 1970 bis 1973 um 30% gestiegen seien (Abg. Zeillinger: Bis 1974!) — gut! —, sich bis jetzt um 30% erhöht haben. In Wirklichkeit macht es 25% aus.

Die Renten, haben Sie behauptet, Herr Kollege Zeillinger, wären in Rückstand geraten, weil sie wesentlich weniger im Verhältnis gestiegen seien. Wie sieht es in Wirklichkeit aus, Herr Kollege Zeillinger? Bleiben wir bei den Fakten! Das kann Ihnen ein jeder Pensionist bestätigen, und darum sind die Pensionisten dieser Regierung, dem sozialen Verständnis und der sozialen Haltung dieser Regierung so dankbar (Zwischenrufe bei der ÖVP: Oho!), weil sie eben für das Los dieser Menschen sehr viel Verständnis hat und immer wieder entsprechende Taten setzt. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Ofenböck: Wann ist die nächste Wahl?)

Herr Kollege Zeillinger! Die Durchschnittspension im Jahre 1970 betrug 2000 S, 1974 — das können Sie nicht wegdiskutieren, Herr Kollege Ofenböck, das sind Fakten, die Sie genauso zur Kenntnis nehmen müssen, wie sie auch die Pensionisten dankbar zur Kenntnis nehmen (Abg. Ofenböck: Reden wir am 9. Juni weiter!) — sind die Pensionen auf 2769 S angestiegen. Am 1. Juli 1974 haben wir eine weitere Erhöhung von 3% , das sind dann 2852 S oder, Herr Kollege Zeillinger, nicht 30% , sondern immerhin $42,5\%$. Das heißt, daß die Pensionen mehr gestiegen sind, als die Preise in dieser Zeit gewachsen sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie haben weiter behauptet, Herr Kollege Zeillinger, daß der Index der preisgeregelten Waren mehr gestiegen sei als der der nicht preisgeregelten. Herr Kollege Zeillinger, ich beziehe mich hier nicht auf eine Zeitung, sondern auf den Ausweis der Österreichischen Nationalbank für das Jahr 1973. Ich glaube, Sie werden am Wahrheitsgehalt dieser Broschüre wohl keinen Zweifel hegeln. Hier heißt es ausdrücklich, daß der Index der preisgeregelten Waren um $5,4\%$ und der nicht preisgeregelten Waren, also die Preise, die die Wirtschaft und nicht die Regierung macht, für die daher nicht die Regierung verantwortlich gemacht werden kann, um immerhin $7,8\%$ gestiegen ist.

Oder, Herr Kollege Zeillinger: Sie haben sich über die Behauptung des Herrn Bundeskanzlers in seinem gestrigen Gesetz mokiert. (Zwischenrufe bei der FPÖ.) Wir werden das

Dr. Tull

Gebührengesetz dann behandeln, wenn es plenumsreif ist, und dann werden wir uns mit Ihren Argumenten auseinandersetzen. Heute reden wir über den Bericht über die wirtschaftliche Lage Österreichs, jenen Bericht, den Sie reklamiert haben und den die sozialistische Regierung eingeführt hat. Denn früher, in der Alleinregierung Klaus, hat es solche Berichte nicht gegeben. Man konnte daher auch nicht so offen und so objektiv die wirtschaftliche Problematik Österreichs diskutieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Zeillinger! Sie haben hier wieder einmal alles so aus dem Ärmel geschüttelt. Sie glauben, das wird nicht nachgeprüft, was Sie behaupten. Ihre Ausführungen sind lustig, zweifelsohne, sie wirken vielleicht auch für den einen oder den anderen recht gut. Aber wenn man kratzt, nur ein wenig kratzt, dann stellt sich schon heraus, wieviel Schall und Rauch dabei ist, Herr Kollege Zeillinger. Das muß auch einmal offen ausgesprochen werden. (Zwischenruf des Abg. Zeillinger.)

Sie haben beispielsweise, Herr Kollege Zeillinger, behauptet — ich zitiere aus der Rede des Herrn Bundeskanzlers —, der Herr Bundeskanzler habe bezüglich der Pensionen gesagt, daß der Bundesbeitrag von 1966 auf 1969 um 24,4 Milliarden Schilling gestiegen sei. Das macht immerhin 6 Milliarden pro Jahr aus. Und von 1970 bis 1974 pro Jahr auf das Jahr umgerechnet — auf das Jahr umgerechnet, das ist nämlich das entscheidende; da können Sie jetzt nicht ein Hexeneinmaleins so durchführen, wie Sie es haben wollen, wie es Ihrer politischen Vorstellung entspricht —, von 1970 bis 1974, also in der Zeit der sozialistischen Alleinregierung (Zwischenrufe) — jawohl — um 46 Milliarden! Das macht im Jahr 9200 Millionen Schilling, also um 3 Milliarden Schilling mehr aus. (Zwischenrufe bei der FPO. — Abg. Meltter: Wem haben Sie das Geld aus der Tasche gezogen?) Das ist die soziale Haltung dieser Bundesregierung. (Beifall bei der SPÖ.) Das beweist, wie viel Verständnis diese Bundesregierung für die Anliegen der Pensionisten und Rentner hat. (Zwischenrufe bei der FPO.) Das ist mit ein Teil des Kampfes gegen die Armut in diesem Lande, den wir weiter erfolgreich forzusetzen beabsichtigen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Zeillinger: Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher!)

Die Debatte ist auch deswegen nicht immer ganz leicht zu führen, vor allem was die Österreichische Volkspartei betrifft, weil die Österreichische Volkspartei in drei Bünden und mit zwei Zungen redet. Ich werde das beweisen.

Der Generalsekretär Dr. Mussil hat in einem Fernsehinterview erklärt: Steuerreform, Steuersenkung: 5 Milliarden das Maximum, mehr darf es nicht sein. — Der ÖAAB lizitisiert frisch weiter: Das ist doch zuwenig, kommt doch gar nicht in Frage. Noch mehr und noch mehr. Oder der Herr Dr. Schleinzer, den ich jetzt vor mir sitzen sehe. Sie werden mir nicht ungehalten sein, Herr Dr. Schleinzer, wenn ich mich jetzt im Zusammenhang mit verschiedenen Ausführungen, die Sie in der letzten Zeit gemacht haben, an folgendes erinnere: Da hat einmal ein Journalist so treffend charakterisiert: Nostalgie ist, wenn ich Dr. Schleinzer sehe und an Julius Raab denke. (Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.)

Herr Dr. Schleinzer! Sie haben großspurig Tarifstopp verlangt, die Fernsprechgebühren dürfen nicht erhöht werden. Einige Reihen weiter oben sitzt Ihr Generalsekretär Doktor Mussil. Was hat der vor einigen Tagen gesagt: Die Fernsprechgebühren müssen erhöht werden, weil es hier um die Arbeitsplätze Tausender Menschen der Schwachstromindustrie geht, die wir zu sichern haben, weil diese Industrien nicht in der Lage sind, etwas zu exportieren.

Meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Wer kennt sich da jetzt wirklich noch aus? Weiß bei Ihnen die Linke, was die Rechte tut, oder ist es wirklich so, daß Sie nach wie vor drei Bünde, neun Landesorganisationen, fünf sonstige Chefs und zwei Firmen noch haben? (Abg. Dr. Mussi: Aber Gott sei Dank keinen Tull!) Ich weiß es nicht. Sie müssen sich da endlich einmal einigen.

Oder: Es wird soviel von Sparsamkeit gesprochen. Gestern hat der Bundeskanzler Doktor Kreisky hier eröffnet, daß das UNO-City-Projekt reduziert werden soll. Herr Doktor Schleinzer ist sofort auf die Palme gestiegen und war tief beleidigt. Offenbar deswegen, weil er Sie vorher nicht gefragt hat, weil er keine Parteiengespräche darüber geführt hat.

Aber damit Sie sehen, daß das, was ich gesagt habe, das mit den zwei Zungen, richtig ist, Herr Dr. Schleinzer, will ich Ihnen das an einem Beispiel aus Oberösterreich aufzeigen.

Vor den letzten Personalvertretungswahlen der Gemeindebediensteten hat ein Gemeinderat und der Chef der Personalvertretung, der ÖAAB-Mann Litzelbauer, verlangt, die Gemeindebediensteten müßten unter allen Umständen 1000 S außertourlich bekommen. Wobei man in diesem Zusammenhang auch die Frage stellen muß: Gilt das seinerzeitige Abkommen für alle oder nicht? Und da stellt sich eben die Gretchenfrage: Erwartet man

Dr. Tull

Stabilisierung nur von der Bundesregierung oder aber sind auch die Länder endlich einmal bereit, entsprechende Maßnahmen zu setzen und Sparsamkeit zu üben? Er hat das versprochen. (Ruf: *Haben Sie mit den Grazer Herren gesprochen?*) Da müssen Sie nicht mit mir reden, sondern da müssen Sie mit den anderen reden. Derzeit haben wir den Götz als Bürgermeister in Graz. Dort ist kein Sozialist Bürgermeister.

Und siehe da, nun verlangt man natürlich die Einlösung dieses Versprechens. Wenn Sie das nur versprochen haben, um Stimmen zu fangen, ist das doch etwas zu einfach. Wenn man etwas verspricht, soll man es auch halten. Ansonsten verletzt man ein Gebot (Abg. *O f e n b ö c k: An diesem Gebot scheitert die sozialistische Regierung!*), ein Gebot Gottes, nämlich daß man nicht die Wahrheit gesprochen hat, Herr Bundesparteiobmann Doktor Schleinzer.

Nun soll das eingelöst werden, und Possart, der Landesobmann des ÖAAB, seines Zeichens Landeshauptmann-Stellvertreter, marschiert nun; im Marschgepäck die Forderung seiner treuen Männer: Die 1000 S müssen her! — Das macht 25 Millionen aus, denn die Landesbediensteten schließen sich an. Und die Fürsorgeunterstützungsbezieher werden sich auch anschließen, Herr Bundesparteiobmann Doktor Schleinzer. Das macht jetzt 25 Millionen Schilling aus. Nun wird er zurückgepfiffen. Nun wird er zurückgepfiffen von Ihrem Landesparteisekretär Ratzenböck, der Finanzreferent ist und der plötzlich nicht weiß, wo er das Geld hernehmen soll.

Sehen Sie, das ist der Januskopf Ihrer Partei. Da frage ich mich wirklich: Kann man einer solchen Partei vertrauen (Abg. *K r a f t: Die Wahlergebnisse anschauen, dann werden Sie sehen, wem man vertrauen kann!*), bei der man nicht weiß, was richtig ist: Das, was Dr. Schleinzer bezüglich der Telefongebühren sagt, oder das, was Generalsekretär Dr. Mussil erklärt hat. Was ist richtig: Das, was Litzelbauer vor einer Wahl verspricht, oder das, was nachher ein Ratzenböck tun muß, um ihn wiederum an die Kandare zu legen. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Offenbar erkennend, daß die Österreichische Volkspartei mit ihrem wirtschaftspolitischem Latein am Ende ist, bemüht sich nunmehr die Österreichische Volkspartei, bemühen sich deren Spitzfunktionäre, die Diskussion in wüste Tiraden umzufunktionieren, die Dinge einfach auf den Kopf zu stellen und bewußt Verwirrung zu stiften in der Annahme, irgend etwas wird schon hängenbleiben, die Leute werden es glauben, und damit haben wir wieder einmal

die Regierung, den Kreisky und den Androsch verteufelt, damit sind wir vielleicht wieder — und das ist der große Trugschluß — einen Schritt näher zu unserem Ziel, daß wir wieder stärker werden, daß wir unter Umständen diese Regierung wieder ablösen können. (Ruf bei der ÖVP: *Sicher!*)

Geben Sie sich keinen falschen Hoffnungen hin. Auf diesen Tag müssen Sie lange warten. Sie werden noch sehr, sehr lange warten, davon bin ich überzeugt, weil die Österreicherinnen und Österreicher nunmehr auf Grund unserer Aufklärung wissen werden, was diese Regierung geleistet hat. Sie werden Ihnen am Wahltag als Zahltag die richtige Antwort erteilen. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Herr Generalsekretär Kohlmaier entpuppt sich in der letzten Zeit als Meister in diesem Metier, wobei ich ihm eines guthalten möchte ... (Abg. Dr. *M u s s i l: Diese Rangstellung ist dem Herrn Bundeskanzler vorbehalten!*) Ab und zu genehmigt er auch anderen, die gleiche Haltung einzunehmen. So ein Diktator ist er nicht, wie Sie es immer vermuten. (Beifall bei der SPÖ.) Er ist uns gegenüber sehr, sehr freundschaftlich. Jedenfalls tut er sich mit uns wesentlich leichter als Sie mit Ihren Mandataren, die nie wissen: Ist jetzt der Kohlmaier im Kommen — oder ist er im Gehen? Soll der oder jener auf den Schild gehoben werden?

Meine Damen und Herren! Ich glaube, man kann dem Generalsekretär Dr. Kohlmaier eines guthalten. Ich habe nämlich manchmal den Eindruck, daß er es eigentlich gar nicht böse meint, wenn er die Dinge einfach auf den Kopf stellt und Behauptungen aufstellt, die einfach nicht stimmen, sondern eine Folge mangelnder Sachkenntnis sind.

Er versucht sich in der letzten Zeit geradezu universell zu geben. Daher tanzt Herr Doktor Kohlmaier fast immer auf jedem Jahrmarkt der Eitelkeit. Ich glaube zum Schrecken des Herrn Klubobmannes Dr. Koren bemüht er sich nunmehr in letzter Zeit auch, sich auf wirtschafts- und finanzpolitischen Gebieten zu exponieren, wobei er dabei einen außerordentlich schwierigen Balanceakt auszuführen hat, ist er doch nicht entsprechend versiert und verfügt er doch nicht über die notwendigen Einblicke und über die notwendigen Kenntnisse. Im Endeffekt entpuppt sich daher das, was er in letzter Zeit behauptet und was ich nun noch an einigen konkreten Beispielen aufzeigen werde — er ist ja im Grunde genommen Ihr Hauptsprecher, zumindest in letzter Zeit betätigt er sich neben Herrn Bundesparteiobmann Dr. Schleinzer als Hauptsprecher —, immer mehr als ausgesprochen dilettantisch. Auch er ist eigentlich nichts

10558

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dr. Tull

anderes als ein falscher Prophet. Auch er begibt sich auf 'das so glatte Gebiet (Abg. *Minkowitsch: Was heißt: „Auch er?“*) — neben Koren, meine ich — der verschiedenen Prognosen.

So hat Dr. Kohlmaier laut ÖVP-Pressedienst einen großen Vortrag gehalten; ich zitiere jetzt nur mehr den ÖVP-Pressedienst. (Abg. *Openböck: Das ist ein gutes Zeichen für Sie!*) Was jetzt kommt, wird für Sie weniger angenehm werden, wenn ich Ihnen nämlich dann die Tatsachen gegenüberstelle und aufzeige, wie sehr er wieder einmal ins Fettäpfchen getreten ist. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Er hat also einen Vortrag gehalten: „Das Versagen der sozialistischen Regierung — Zur Analyse der politischen Situation“, und er führte wörtlich aus:

„Ich will Sie nicht noch einmal mit jener sattsam bekannten Liste der Luftballons langweilen“ — und so weiter, und so weiter —, die diese Regierung steigen läßt.

Nun frage ich Sie, meine Damen und Herren: Bezeichnen Sie als „Luftballon“ die 15.000 S Heiratsbeihilfe? Bezeichnen Sie als „Seifenblase“ die Schülerfreifahrten und die kostenlosen Schulbücher? Ist das, glauben Sie, in der Bevölkerung spurlos vorbeigegangen, daß die Geburtenbeihilfen erhöht worden sind? Glauben Sie das wirklich? (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Offenbar spekuliert der Herr Dr. Kohlmaier mit der Vergeßlichkeit der Menschen.

Er behauptet dann: „Regierungsversagen auf allen Linien!“

Meine Damen und Herren! Wir können doch nachweisen, daß diese Regierung rund 70% ihres Programms verwirklicht hat, und das ist ja überall sichtbar. Das sehen doch die Menschen! Das können Sie doch nicht einfach wegdiskutieren, nicht einfach vom Tisch wegwischen! (Ruf bei der ÖVP: Wer sagt, daß das Programm ...?)

Ihr Herr Dr. Kohlmaier hat zum Beispiel (Ruf bei der ÖVP: Volksbelustigungen!) bei einer anderen Gelegenheit heuer in einem Pressedienst erklärt: „ÖVP warnt vor einer Aushungerung der Bauern — Einkommensgerechtigkeit für Landwirtschaft —. Wir warnen die Regierung davor, gegenüber den Bauern aus durchsichtigen politischen Gründen eine Aushungerungspolitik zu betreiben.“

Meine Damen und Herren! Das Institut für Wirtschaftsforschung hat festgestellt, daß die Netto-Wertschöpfung der Landwirtschaft im Jahre 1973 um 14% auf zusammen 21,6 Mil-

liarden Schilling gestiegen ist, daß das Einkommen der Landwirtschaft — das stellen nicht wir fest, das ist kein Eigenlob, das möchte ich ausdrücklich festhalten, sondern das ist die Aussage des Instituts —, daß das Einkommen der Bauern stärker gestiegen ist als das aller anderen Wirtschaftsgruppen.

Und wollen Sie schon wieder vergessen machen, was alles diese Regierung in den letzten Wochen den Bauern durch ihre Maßnahmen an Einkommensverbesserungen gebracht hat: diese 610 Millionen Schilling? (Abg. *Minkowitsch: Er hat keine Ahnung!*)

Herr Dr. Schleinzer! Sie waren doch auch einmal Landwirtschaftsminister. Erinnern Sie sich: In Ihrer Zeit ist der Milchpreis für die Konsumenten um 1,20 S angehoben worden. Ich frage Sie heute: Kommen Sie heraus und sagen Sie den Bauern, wieviel die Bauern davon bekommen haben: nichts! Keinen einzigen Groschen haben sie bekommen! (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Das war Ihre Agrarpolitik, Herr Dr. Schleinzer und meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! (Zustimmung bei der SPÖ.)

Herr Dr. Schleinzer! In Ihrer Zeit ist die Erhöhung des Milchkrisengroschens durchgeführt worden. Die erste am 1. Jänner 1968. Ich rufe sie Ihnen in Erinnerung, falls Sie das vielleicht vergessen haben sollten; vielleicht vergessen Sie mehr als Bundeskanzler Dr. Kreisky, von dem ich weiß, daß er ein ausgezeichnetes Gedächtnis hat. Aber offenbar haben Sie es vergessen. Daher will ich es Ihnen jetzt sagen:

Am 1. Jänner 1968 erfolgte diese Erhöhung von 2 Groschen auf 5 Groschen, am 1. April 1968 von 5 Groschen auf 19 Groschen, während in der SPÖ-Regierungszeit der Milchpreis dreimal um rund 30 Prozent angehoben worden ist! (Neuerlicher Zwischenruf bei der ÖVP.) Das sind Fakten, die man nicht einfach weglassen, nicht einfach wegschwärmen kann. Das wissen die Menschen. (Rufe bei der ÖVP: 90% ...! Tull, aufpassen!)

Meine Damen und Herren! Kohlmaier behauptet: „Regierung nützt Opferbereitschaft“ der Bevölkerung „aus“, und hier heißt es: „Obwohl sich die Lohnsteuerbelastung seit 1970 bald verdoppelt hat, lehnt der Finanzminister eine wirksame Milderung der Lohn- und Einkommensteuerprogression ab. Obwohl der Finanzminister im Reservefonds über 5 Milliarden Schilling angesammelt hat, verweigert die SPÖ-Regierung die längst fällige Erhöhung der Familienbeihilfen. Große Bevölkerungsgruppen, wie etwa die Landwirtschaft und die Kleingewerbetreibenden, werden von

Dr. Tull

dieser Regierung systematisch benachteiligt und in ihrer Existenz gefährdet."

Meine Damen und Herren! Erinnern Sie sich, in welchen zeitlichen Abständen Sie — Dr. Koren und sein Vorgänger — die Steuerreformen durchgeführt haben:

Von der ersten bis zur zweiten, und zwar ab 1955, verstrichen 36 Monate, von der zweiten zur dritten 54 Monate, dann 66 Monate, und am 1. Jänner 1969 haben Sie eine Steuererhöhung im Ausmaß von 10 Prozent beschlossen!

Und die sozialistische Regierung? — Vom Jänner 1971 bis Juli 1972 (*Zwischenruf des Abg. Minkowitsch*) 18 Monate, Jänner 1973 24 Monate. Im Jänner 1974 wurde das KFZ-Pauschale erhöht, steuerfreie Sonderzahlungen wurden von 5000 S auf 8500 S erhöht. Durch die Steuersenkungen, welche die sozialistische Regierung durchgeführt hat, sind Milliardenbeträge an Einnahmenentfall zu verzeichnen gewesen; es war heute bereits einmal davon die Rede. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP*) Und dann haben Sie den Mut zu behaupten, daß diese Regierung auf dem Gebiet der Steuergerechtigkeit, der Steuererleichterungen nichts macht!

Meine Damen und Herren! Ich glaube, so geht es nicht.

Wenn ich Kohlmaier als den Sprecher der Österreichischen Volkspartei vor Augen habe — und ich weiß, daß er ja heute wieder neben Schleinzer eine sehr maßgebende Position in der Österreichischen Volkspartei zu haben scheint —, so muß ich sagen, daß der Wahrheitsgehalt seiner Ausführungen und Behauptungen sehr erschüttert ist. (*Ruf bei der ÖVP: Um vieles besser als von Tull!*)

Eines möchte ich in diesem Zusammenhang sagen: Ich glaube, Churchill hatte doch recht, als er sagte: Die Menschen stolpern gelegentlich über die Wahrheit, aber sie richten sich danach auf und gehen weiter, als sei nichts geschehen. (*Abg. Graf: Das sollten Sie sich merken!*)

Aber es gibt doch Leute, die offenbar Doktor Kohlmaier und die Österreichische Volkspartei durchschaut haben, wenn ich kann es mir anders nicht erklären, wenn in einer Zeitung, und zwar in der „Kleinen Zeitung“, ein Journalist richtig feststellt: „Gäbe es schon das ‚goldene Fettnäpfchen‘ als Journalistenpreis für jene Politiker, die dauernd ausnutzen — Kohlmaier hätte diesen Preis im Abonnement.“ — Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Nun frage ich eines: Kann man einer solchen Partei wirklich glauben? Kann man einer solchen Partei vertrauen, die immer wieder so

doppelzüngig handelt beziehungsweise redet (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier*), deren Glaubwürdigkeit so zu erschüttern ist? (*Ruf bei der ÖVP: Sie brauchen sich darüber nicht den Kopf zu zerbrechen!*) Ja, Herr Doktor Kohlmaier, ich verstehe schon, wenn Niederl und seine Freunde versucht haben, Sie abzulösen, denn nach den Erfahrungen, die man mit Ihnen macht, glaube ich schon, daß es sicherlich da und dort Leute gibt, die sich ihre Gedanken machen und zur Erkenntnis kommen, daß eben nicht alles Gold ist, was glänzt, und daß der Glanz nur allzu schnell verblaßt und daß da und dort nichts anderes als Talmi verbleibt. (*Zwischenruf bei der ÖVP*)

Meine Damen und Herren! Ich sehe, daß Kollege Zeillinger jetzt leider nicht da ist — es tut mir sehr leid —, aber ich bin überzeugt davon, daß sich auch der Herr Kollege Dr. Mussil sicherlich noch sehr ausführlich mit den Preisproblemen auseinandersetzen wird, wobei ich keinesfalls die Absicht habe, nunmehr ausführlich dazu Stellung zu nehmen, denn es wird Gelegenheit sein, sich mit diesen Problemen zu beschäftigen. Aber über eines muß man sich schon im klaren sein:

Meine Damen und Herren! Sie sollten nicht vergessen — vor allem Sie nicht von der Österreichischen Volkspartei —, wenn Doktor Mussil oder Präsident Sallinger in den nächsten Minuten hierherkommen und ein Klägerlied anstimmen, daß es ausgerechnet sie gewesen sind, die im vergangenen Jahr 850 Anträge auf Preiserhöhungen in der Paritätischen Kommission gestellt haben. (*Ruf bei der ÖVP: Fürchterlich!*) Ich leite davon nichts Böses ab, aber ich glaube, man soll die Kirche im Dorf belassen und man soll daher die Fakten sehen, wie sie sind. (*Zwischenruf des Abg. Minkowitsch*.)

Wenn daher die Österreichische Volkspartei glaubt, ein Plakat mit dem Text: Die beste Antwort auf die steigenden Preise ist eine starke ÖVP, herausbringen zu sollen (*Ruf bei der ÖVP: Natürlich!*), dann können wir darauf nur eine einzige Antwort geben, und die lautet: Eine stärkere ÖVP würde noch mehr Preiswillkür und noch höhere Profite bedeuten! (*Zustimmung bei der SPÖ*)

Sie haben heute hier behauptet, meine Damen und Herren, daß die Preise ... (*Zwischenruf des Abg. Kraft*) Auf Ihr Urteil kommt es wirklich nicht an, Herr Kollege Kraft! Sie können sich darauf verlassen, daß Ihr Urteil für mich nicht entscheidend ist. Es wäre für mich geradezu schlecht, glaube ich, würde ich mich nach Ihren Ausführungen, nach Ihren Ansichten und nach Ihrem Niveau halten.

10560

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dr. Tull

Meine Damen und Herren, noch eine klare und eindeutige Feststellung. Es ist heute hier Ihrseits schon festgestellt worden, daß die Steuerbelastung — Zeillinger hat das vor allem ins Treffen geführt — entscheidend dafür sei, daß die Preise im Österreich steigen, daß wir eine hausgemachte Inflation hätten. Nun möchte ich dazu eines sagen: Im internationalen Vergleich liegt Österreich hinsichtlich der Steuerbelastung im Mittelfeld — im Mittelfeld, Herr Kollege Fachleutner.

Und eines möchte ich Ihnen sagen: In den letzten Jahren, und zwar, seit es eine sozialistische Bundesregierung gibt, ist die Steuerquote — ohne Sozialversicherungsbeiträge — des Bruttonationalproduktes gesunken. Sie lachen, Herr Kollege Kern, Sie lachen. Das kann ich mir vorstellen, weil Sie davon keine Ahnung haben. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Das kann ich mir sehr gut vorstellen. Denn eines steht fest: Diese Zahlen sind nicht, so wie die Zahlen des Herrn Doktor Koren, die er heute hier gebracht hat, nach der Richter-Skala bemessen oder aus dem ägyptischen Traumbuch entnommen, das sind Zahlen aus statistisch einwandfreien Unterlagen.

So möchte ich Ihnen eines sagen: Die Steuerquote, die 1972 noch 23,2% betrug, ist im Jahre 1973 auf 21,2% gesunken. Auch ein Erfolg der sozialistischen Bundesregierung Kreisky.

Nun, meine Damen und Herren, wie könnte es denn anders sein, als daß sich der Herr Bundesminister für Finanzen a. D. und heutige Klubobmann Dr. Koren mit der Entwicklung der Finanzschuld beschäftigt und hier wiederum in seiner bewährten Schwarzmalereimethode eine Weltuntergangsstimmung zeichnet, wie katastrophal die Entwicklung der Finanzschuld in Österreich sei, seit es eine Regierung Kreisky gibt.

Wir wollen uns das einmal in Ruhe anschauen. Im Jahre 1967 betrug die Finanzschuld 34,5 Milliarden; sie stieg gegenüber dem Vorjahr, gegenüber dem Jahre 1966, um 18,1%. Im Jahre 1968 stieg sie um 15,2%, 1969 um 9,4% und 1970 — und jetzt hören Sie her — um 8%, 1971 ist ein Minus von 0,5% zu verzeichnen, 1972 6,4%, 1973 5,5% und 1974 um 7%. Das Entscheidende — das ist doch das Entscheidende, meine Damen und Herren, und gerade Sie sollten das wissen, Herr Dr. Neuner —, das Entscheidende ist das Verhältnis der Finanzschuld zum Bruttonationalprodukt. Und wie sah es mit dem Bruttonationalprodukt aus? In Ihrer Zeit, von 1966 bis 1969 (*Zwischenrufe bei der ÖVP*) — das wollen Sie nicht hören, das glaube ich

Ihnen schon, weil Ihnen das der Herr Doktor Koren verschwiegen hat, deswegen wollen Sie es nicht hören; Herr Dr. Koren bedient sich eben nur jener Unterlagen, die Ihnen dienlich sind, die in Ihrer Propaganda entsprechend eingebaut und verwendet werden können —, stieg das Bruttonationalprodukt folgendermaßen: 1967 um 5,8%, 1968 um 6,9%, 1969 um 9,5%. 1970 stieg das Bruttonationalprodukt um 12,3%, 1971 um 11,7%, 1972 um 14,6%, 1973 um 15,8%, und 1974 wird es voraussichtlich um 12,7% steigen.

Nunmehr das Entscheidende, worauf es kommt: die Verhältniszahlen, Herr Doktor Neuner. Wie schauen diese aus? 1966 10,9% Finanzschuld im Vergleich zum Bruttonationalprodukt, 1967 12,12%, 1968 13,2%, 1969 13,1%. Das war die schwarze Zeit, die schlechte Zeit für Österreich. Jetzt wird es besser, weil wir eine sozialistische Regierung haben ab dem Jahre 1970. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ja, Sie lachen, meine Damen und Herren, aber die Zahlen sprechen doch eine eindeutige Sprache. 1970 12,6%, schon weniger, das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, ob Sie wollen oder nicht, weniger als in Ihrer Zeit! 1971 11,3%, 1972 10,5%, 1973 9,5% und 1974 9%. Sehen Sie: Das ist die erfolgreiche Finanzpolitik unseres derzeitigen Bundesministers für Finanzen Dr. Hannes Androsch! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wir scheuen keine offene Konfrontation. Wir stellen uns jederzeit der Diskussion. Ruhigen Gewissens, wie wir uns auch im kommenden Jahr ruhigen Gewissens der Bevölkerung dieses Landes zur Wahl stellen können, in der Überzeugung, daß wir sie nicht enttäuscht haben, daß wir das, was wir versprochen haben, auch eingehalten haben, so wie es Sozialisten immer getan haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Schleinzer. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer (*ÖVP*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der jetzige Diskussionsbeitrag war eine organische Ergänzung zu den gestrigen Regierungsberichten.

Der Herr Abgeordnete Tull hat das Bedürfnis gehabt, hier zu erklären, die Volkspartei sei offenbar mit ihrem wirtschaftspolitischen Latein am Ende. (*Abg. Dr. Tull: Das jedenfalls!*) Herr Abgeordneter Tull! Die Bevölkerung wird sich darüber ihr eigenes Urteil bilden. Dazu hatte sie in der Vergangenheit schon Gelegenheit. Heute steht am Prüfstand die Wirtschaftspolitik dieser Regierung und sonst gar nichts, und daß Sie sich in diesem

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Zusammenhang mit besonderem Bedürfnis mit der ÖVP beschäftigen, ist Ihre Nostalgie. (*Beifall bei der ÖVP.*)

In einem gebe ich Ihnen recht: Es wäre nicht gerecht, wollte man behaupten, der Bundeskanzler habe gestern versucht, gewissermaßen eine heile Welt darzustellen. Da pflichte ich Ihnen durchaus bei. Er hat in seinen Ausführungen dargestellt, wie unerfreulich die internationale Situation ist, und hat etwa ein Drittel seines Berichtes dieser Frage gewidmet. Er hat uns die Instabilität der Welt von Nordirland bis zur Bundesrepublik Deutschland dargelegt, aber er hat auch gemeint, daß sich diese Unsicherheit gewissermaßen an den Grenzen Österreichs in Spiralnebel auflöse.

Hier, meine Damen und Herren, möchte ich folgendes sagen: Es hätte nicht einer außenpolitischen Vorlesung des Bundeskanzlers bedurft, um uns allen die Probleme dieser Welt darzulegen. Wir alle sind in einem Prozeß der täglichen Konfrontation mit den Geschehnissen in unserer Welt, mit Not, Terror und Krisen, verbunden. Und Europa ist heute zweifellos weit davon entfernt, ein Kontinent der Stabilität zu sein. Die Unsicherheit, die in alten und erfahrenen Demokratien ebenso anzutreffen ist wie in jenen Ländern, die sich ihre demokratischen Rechte erst erkämpfen mußten, hat freilich tiefere Ursachen.

Zum ersten müssen wir festhalten, daß sich nach wie vor harte Grenzen quer durch Europa ziehen, und an der nördlichen Grenze Österreichs wird auf Sportflugzeuge geschossen. Das wollen wir nicht vergessen.

Die vielfachen Bemühungen um eine Entspannung in Europa wurden in einer Stimmung der Euphorie angekündigt, und nun macht sich zunehmend Enttäuschung bemerkbar, weil die Ergebnisse hinter den Erwartungen so deutlich zurückbleiben. Die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Zusammenhang spricht ja für sich.

Die Krise demokratischer Institutionen sowie die Vertrauenskrise von Millionen gegenüber ihren Staaten wurde durch die Politik verstärkt, die von sozialistischen Regierungen in Europa betrieben wurde. Da ist gar kein Zweifel.

Die augenblickliche wirtschaftliche Unsicherheit hat ihre Ursachen auch in einer geradezu fahrlässigen Gleichgültigkeit gegenüber der Stabilität, der Sparsamkeit und der Glaubwürdigkeit in der Politik.

Man hat zuviel versprochen und konnte es nicht halten. Man soll sich nicht wundern, wenn eine Politik der nichterfüllten Ankündi-

gungen und der gebrochenen Versprechungen Mißtrauen und latente Unsicherheit hervorruft.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir mitten in den Problemen, um die es heute auch in Österreich geht. Wir brauchen sicher keinen Geographieunterricht, um zu wissen, daß wir keine Insel sind. Die selbsterzeugte Unsicherheit, von der heute schon einmal in anderem Zusammenhang beim ORF die Rede war, die ja ein Merkmal sozialistischer Politik an und für sich ist, trifft heute auch für unser Land, und zwar in einem ganz besonders hohen Maße, zu.

Österreich ist, Herr Bundeskanzler, unter Ihrer Regierung in eine Phase der Unsicherheit geschlittert, wie wir das in den 20 Jahren vorher in Österreich nicht gekannt haben. Diese Regierung ist mit einer Flut von Versprechungen, Zusagen und Ankündigungen angetreten. Sie hat weite Kreise der österreichischen Bevölkerung enttäuscht. Ihre Handlungen zeigen zunehmend das Gesicht einer dogmatischen, ideologisch verkrampften Politik. Ich darf in diesem Zusammenhang nur an die Fristenlösung, die Bodenbeschaffung oder das Krankenanstaltengesetz erinnern.

Wir haben Unsicherheit in vielen anderen Bereichen: Wir haben Unsicherheit zum Beispiel in der Verteidigungspolitik. Diese Frage wurde von Ihnen überhaupt nicht angeschnitten. Sie haben erwähnt, daß es in vorangegangenen Regierungen nie einen Budgetanteil für die Landesverteidigung gegeben hat, der unter 4,13 Prozent lag — der höchste Prozentsatz war 5,12 —, und daß Sie in allen Jahren Ihrer Regierung nicht über 3,17 Prozent hinausgekommen sind, daß wir 1964 zwischen dem Personalaufwand und dem Sachaufwand noch ein Verhältnis von 1 : 2,1 gehabt haben, während 1974 dieses Verhältnis 3,1 : 2,7 war, das heißt also, daß es sich in der Tendenz völlig umgekehrt hat.

Man braucht keine große Phantasie, um zu wissen, was hier für die materielle Ausrüstung des Bundesheeres zum Beispiel noch zur Verfügung bleibt. Sie sind daher auch in die These von der guten Außenpolitik geflüchtet, die das wesentliche Element der Sicherheitspolitik eines Staates wäre, und haben sich damit eine These angeeignet, die Sie dankenswerterweise seinerzeit als Verteidigungsminister nicht akzeptiert haben.

Das ist die Situation in der Verteidigungspolitik, das ist die Situation, was die äußere Sicherheit unseres Landes betrifft.

10562

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Herr Bundeskanzler! Ich kann es mir nicht versagen — weil Sie diese selbsterzeugte Unsicherheit beim ORF mit einer Fristsetzung heute begleitet haben, sogar noch motiviert aus dem Bedürfnis, die Bevölkerung will nun wissen, was endlich geschieht —, auch auf eine Situation zurückzukommen, die uns vor geraumer Zeit hier schon beschäftigte. Man brachte auch einen Fristsetzungsantrag ein, und zwar einen solchen von acht Tagen, wo man die Begutachtung für eine Regierungsvorlage nicht abwartete, sondern das gleiche als Initiativgesetz eingebracht hat, die Einsetzung eines Unterausschusses verweigerte und das Ortstafelgesetz hier im Parlament durchgepeitscht hat. Wir haben Sie gewarnt vor der Bedenklichkeit dieses Vorgehens, aber die sozialistische Mehrheit hat anscheinend — wie die heutige Fristsetzung zeigt — nicht viel hinzugelernt.

Wir stehen heute vor der Situation, daß wir auf der einen Seite ein Gesetz nicht anwenden, aber es auf der anderen Seite auch nicht aufheben. Ein — wie ich glaube — höchst bedenklicher Zustand! Es wäre hoch an der Zeit, diese Verunsicherung aus der Welt zu schaffen. Wir sind bereit, in Gespräche einzutreten, auch über den Zwischenbericht, den die Studienkommission erarbeitet hat. Sie werden aber begreifen, daß wir von einer Regierung, die es damals so eilig hatte, einen Fristsetzungsantrag von acht Tagen zu stellen, erwarten dürfen, daß sie diesen Zwischenbericht der Studienkommission, mit einem Arbeitspapier ergänzt, aus dem die Schlußfolgerungen und die Absichten der Regierung erkennbar werden, vorlegt.

Oder, Herr Bundeskanzler: Wie war es in der ganzen Situation der momentanen Verknappungserscheinung und der ganzen Problematik der Energiekrise? Sie sind damals in eine Art Pickerlpolitik geflüchtet, mit allen Begleitumständen, die wir kennen. Es hat damals intensive Gespräche um das ganze Problem der Bevorratung, um die Sicherung der lebensnotwendigen Rohstoffe, um die Medikamente und so weiter gegeben. Jetzt, wo sich die Dinge anscheinend als eine preispolitische Anpassungssituation entwickelt haben, ist von einer konstruktiven und zielsestrebigen Behandlung dieser Dinge nicht mehr die Rede. Ich glaube, wir sollten auch die Frage des Bevorratungsgesetzes in diesem Zusammenhang nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Ich möchte auch an die ganze Verunsicherung erinnern, die wir in den sonstigen Medien haben. Ich möchte nicht die psychologische Kalt-Warm-Wasser-Behandlung in diesem Zusammenhang erwähnen, die sich

immer wieder findet. Aber ich halte es für bedenklich, daß man zum Beispiel seit zwei Jahren der Presse, den Zeitungen gewissermaßen die Presseförderung als eine Fata Morgana vor Augen stellt, ohne das Problem wirklich anzupacken und zu lösen, vielleicht sogar in der Hoffnung, daß die Aufrechterhaltung des Versprechens ein Beitrag zu einem gewissen Wohlverhalten der Medien der Regierung gegenüber sein könnte. Entweder ist die Regierung innerhalb von zwei Jahren in der Lage, das, was sie angekündigt hat, auch durchzuführen, oder sie hat es mit der Ankündigung nicht ganz so ernst genommen.

Aber das Höchstmaß an Unsicherheit hat diese Bundesregierung im Bereich der Wirtschaftspolitik erzeugt. Sie selbst, Herr Bundeskanzler, haben 1970 erklärt, daß mehr als 3 Prozent Teuerung „einfach nicht tragbar“ sind. Sie können heute auch durch eine Flut von Ziffern nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß Ihre Regierung die Verantwortung gerade für jene Maßnahmen trägt, die uns in eine Inflation von fast 10 Prozent hineingesteuert haben.

In Ihrem Bericht, Herr Bundeskanzler, möchten Sie den Österreichern eine gewisse Einschläferungstherapie verordnen. Aber ich glaube, unsere Pflicht bleibt es, allen Österreichern klar zu sagen, welche Versäumnisse diese Bundesregierung begangen hat, was die Inflation für die Bevölkerung unseres Landes bedeutet und was getan werden muß, um sie zu bewältigen.

Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftspolitik dieser Regierung ist durch eine Reihe folgenschwerer Fehler gekennzeichnet.

Erstens durch eine Budgetpolitik der hohen, ja höchsten Defizite. Wir halten heute beim höchsten Defizit seit 1945. Die Budgets der letzten Jahre waren kein Beitrag zur Stabilitätspolitik. Sie haben die Inflation angeheizt.

Zweitens durch eine Politik des steigenden Steuerdrucks. Der Lohnsteuerdruck auf die Arbeitnehmer hat sich seit 1970 verdoppelt. Wir sind einem solchen Steuerdruck in der ganzen Zweiten Republik noch niemals ausgesetzt gewesen.

Drittens die Mehrwertsteuer, die zum falschen Zeitpunkt und in der falschen Höhe eingeführt wurde. Sie ist eine echte Mehrsteuer geworden, sie erweist sich als ein inflationärer Faktor ersten Ranges. Übersehen Sie nicht die Auswirkungen beim Fremdenverkehr, übersehen Sie nicht die Auswirkungen bei der Landwirtschaft mit einer ungeheuren Belastung der gesamten Betriebsmittelkosten, aber übersehen Sie auch nicht die

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

ganzen Auswirkungen bei den Kommunal tarifen, die ja zweifellos durch die Mehrwertsteuer ganz empfindlich belastet worden sind.

Viertens: Öffentliche Tarife heizen die Inflation weiter an. Ich muß offen gestehen und sagen: In einer Zeit, wo es jedem um Stabilität zu tun sein muß, ist die Gebührengesetz novelle, die eine zusätzliche Milliarden belastung bringen würde, geradezu eine Provokation. (Beifall bei der ÖVP.) Dabei sind die Einnahmen des Finanzministers aus den Gebühren im März 1974 gegenüber dem März des Vorjahres netto um über 100 Prozent gestiegen, wie das Institut für Wirtschaftsforschung nachgewiesen hat.

Außerdem steht uns eine Telephon gebührenerhöhung ins Haus, die meines Erachtens zum falschen Zeitpunkt und in einer gerade in der jetzigen Lage unvertretbaren Höhe kommt.

Dazu möchte ich auch Herrn Tull etwas sagen, der diese Frage angesprochen hat. Es ist für einen Funktionär der Bundeskammer durchaus legitim, hier ein Brancheninteresse zu vertreten. Ich verstehe, daß es Unternehmungen gibt, die ein berechtigtes und begreifliches Interesse am verstärkten und weiteren Ausbau des ganzen Telephonnetzes haben. Das ist gar keine Frage. Das ist ein legitimes Brancheninteresse.

Wir als Österreichische Volkspartei haben nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten unseren Standpunkt zu vertreten. Es ist die Frage, ob solche Investitionen ausschließlich aus Gewinnen erfolgen, wie das in der Privatwirtschaft kaum möglich ist, und inwieweit hier nicht auch Kreditfinanzierungen, wenn erforderlich, eine Rolle spielen. Solche Tariferhöhungen zum falschen Zeitpunkt zu verhindern, das ist unser Standpunkt, dazu bekenne ich mich, und dabei bleiben wir auch. (Beifall bei der ÖVP.)

Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren — ich habe gar nicht das Bedürfnis, das jetzt polemisch zu sagen —, wird von dieser Regierung nicht gespart. Man könnte manchmal sogar das Gefühl haben, daß das Sprichwort nicht fehl am Platz ist, das lautet: Um's Geld der anderen ist uns nichts zu teuer!

Ich möchte hier in diesem Zusammenhang ein Wort zur UNO-City sagen. Was die UNO-City betrifft, kennen Sie die Kontroverse, die wir bisher in dieser Frage geführt haben. Man hat mich als kleinkariert bezeichnet, von Ihnen wurde ich zum Kirchturmpolitiker gestempelt, dem offensichtlich die größere Perspektive

fehlt. Diesen Vorwurf von Ihrer Seite nehme ich durchaus und gerne zur Kenntnis. Sie haben dramatisch im vergangenen Sommer am Wörthersee Beschlüsse gefaßt, wo es heißt: Die große Lösung wird gebaut. Dabei bleibt es und damit basta! (Abg. Dr. Fiedler: In der Sonnenschaukel!)

Meine Damen und Herren! Wenn ich die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers richtig sehe, scheint hier offenbar ein Umdenken im Gange zu sein. Ich vermag es noch nicht auszuloten, und ich kann noch nicht sagen, inwieweit die hier vorgelegten Überlegungen einer Einsparung in Richtung auf jenes, mir zum Vorwurf gemachte kleinkarierte Denken hinzielen. Ich kann es nicht hinreichend beurteilen.

Ich freue mich, daß hier, wenn auch spät, Einsicht Platz greift. Es wäre gut gewesen, wenn es viel früher geschehen wäre. Es ist sicherlich noch früh genug für das Konferenzzentrum. Ich kann schon nicht mehr beurteilen, ob es auch für die Amtsgebäude reicht, ob also die Stockwerke gekappt und in geringerem Umfang gebaut werden sollen. Denn so, wie sie ausgelegt sind, sind sie ja für 4600 Leute bestimmt. Hier kann von einer völkerrechtlich verbindlichen Zusage aus der Zeit der Regierung Klaus überhaupt keine Rede sein. Aber wir werden in einem anderen Zusammenhang noch Gelegenheit haben, uns über diese Dinge auseinanderzusetzen. Ich kann allerdings nicht beurteilen, ob selbst die in späterer Erkenntnis ergriffene Sparpolitik an den Baukosten von 50.000 S pro Quadratmeter tatsächlich noch sehr viel ändert, ob hier noch viel Einsparungen gemacht werden können. Sicherlich können keine Einsparungen mehr an den annähernd 600 Millionen Planungs- und Beratungshonoraren, die dieses Projekt insgesamt erfordert hat, getroffen werden. (Abg. Dr. Kohlmaier: Schrumpfbaupreis!)

Wenn ich die Dinge richtig sehe — ich habe sie mehr aus den Zeitungen, weniger aus dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers entnommen —, soll dieses so reduzierte Objekt 6,2 Milliarden Schilling ohne Einrichtungen kosten. Seinerzeit wurde das Staber-Projekt mit 1,75 Milliarden favorisiert, die Baukostensumme im IAKW-Gesetz mit 3,5 Milliarden Schilling limitiert. Wir haben diesem Vorschlag damals zugestimmt. Ich frage mich nur gelegentlich, inwieweit sich die gegenwärtigen Bauaufträge noch im Rahmen dieses Limits halten. Es würde uns natürlich einigermaßen interessieren, wenn die Regierung tatsächlich die Absicht haben sollte, mit einer Novelle zum IAKW-Gesetz in dieses Haus zu kommen.

10564

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Was hier geschehen ist, ist nicht der Ausdruck einer sparsamen Politik. Aber ich würde dennoch alles begrüßen, was selbst in dieser Phase noch zu einer vernünftigen Umkehr führen könnte.

Oder, meine Damen und Herren, was die Repräsentationskosten betrifft. Der Herr Bundeskanzler hat sich verpflichtet gefühlt, in seinem Bericht vor allem auf die Repräsentationskosten zu sprechen zu kommen. Ich bin weit davon entfernt, kleinlich zu sein. Aber es klingt mir einfach noch zu intensiv im Ohr, wie wir seinerzeit wegen der Repräsentationskosten der Regierung behandelt wurden und wie alle Eide geschworen wurden, um wieviel weniger an Repräsentationskosten man brauchen werde. Wenn ich mir die Situation anschau, dann ist es immerhin so, daß sie um 74 Prozent gestiegen sind. Das steht überhaupt in keinem Verhältnis zur Zunahme der sogenannten internationalen Verpflichtungen dieser Regierung. Diese hat es bei vorangegangenen Regierungen auch gegeben.

Ganz ähnlich verhält es sich doch auch mit der verschwenderischen Durchführung des an und für sich guten Gedankens der Schulbuchaktion. Wenn Sie mir schon nicht glauben, dann würde ich Sie bitten: Reden Sie doch selbst mit den Familien! Diese haben noch einen gesunden Sinn für Sparsamkeit. Diese haben noch das Bedürfnis, ihren Kindern zwar mehr zu bieten, als sie früher einmal selber gehabt haben, aber sie dennoch zu einer vernünftigen Sparsamkeit anzuhalten. Hier aber werden sie von der ersten Volksschulkasse an zur Wegwerfmentalität und zur Verschwendug erzogen. Ich sage Ihnen: Das wollen unsere Familien nicht! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich will mich auch nicht mit der ganzen Bauring-Geschichte hier auseinandersetzen. Es ist heute nicht der Ort und auch nicht die Zeit dafür. Es ist auch noch nicht völlig zu klären, wie viele Millionen Defizit im arabischen Wüstensand tatsächlich noch verborgen sind. Aber ich nehme an, da wird auch noch Licht in das Dunkel kommen.

Ich sage das hier deshalb, meine Damen und Herren, weil es uns nicht gleichgültig sein kann, in welcher Weise heute mit den Steuergeldern unserer Bevölkerung Politik gemacht wird.

Wenn hier von der Regierungsbank aus zumindest versucht wird, den Eindruck zu erwecken, die Inflation in Österreich sei importiert, dann kann das begreiflicherweise nicht unwidersprochen bleiben. Wenn ich den Professor Horst Knapp zitiere, dann muß ich sagen, übe ich ohnehin schon ein Höchstmaß an Loyalität gegenüber dieser Regierung. Das

werden Sie mir sicherlich zubilligen. Aber selbst Herr Professor Knapp kommt zu der Feststellung, daß zu annähernd zwei Dritteln diese Inflation durch hausgemachte Faktoren verschuldet wurde, für die die sozialistische Regierung durch ihre Wirtschaftspolitik die alleinige Verantwortung trägt.

Schließlich ist bei unseren wichtigsten Handelspartnern, vor allem der Bundesrepublik, die Inflationsrate heute nicht höher, sondern geringer als in Österreich. Wenn man weiß, was für eine Rolle die Handelsbeziehungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik spielen, dann kann man zumindest nicht sagen, daß von dort eine zusätzlich importierte Inflation kommt. Man müßte eher sagen, es wird relative Stabilität importiert, zumal sie ja in ihrem dortigen Preisniveau und in ihrer Preisentwicklung hinter uns zurückgeblieben ist.

Die Regierung wird es sich nicht so einfach machen können, die Schuld für die Entwicklung, die wir heute haben und bei der viele Österreicher unter die Räder der Geld- und Sparentwertung zu kommen drohen, einfach auf andere abzuschieben. Sie dürfen sich daher auch nicht wundern, wenn immer größere Teile unserer Bevölkerung die einzige Chance für eine Trendumkehr der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik in einer Änderung der politischen Landschaft Österreichs sehen.

Meine Damen und Herren! Hören Sie doch hinein in die Betriebe, dann wissen Sie, wie Ihre Politik die Bevölkerung trifft und warum Sie so beurteilt werden. Nehmen Sie das Beispiel eines alleinverdienenden Angestellten mit zwei Kindern, der zu Beginn des Jahres 1973 8000 S verdiente und seither eine Gehaltserhöhung von 12 Prozent erhalten hat. Wissen Sie, wieviel ihm mittlerweile die Inflation wegfißt und wieviel davon der Herr Finanzminister durch die unsoziale und, ich muß sagen, leistungsfeindliche Steuerrichtung nimmt? So viel, daß einem solchen Arbeitnehmer ein Jahr später ganze 9,30 S an echtem Kaufkraftzuwachs übrig bleiben.

Meine Damen und Herren! Hören Sie, was heute junge Leute sagen, die eine Wohnung brauchen. Die SPÖ versprach 1970, jährlich — und zwar zusätzlich jährlich — um 5000 Wohnungen mehr zu bauen. Ich erinnere mich noch sehr genau der damaligen Gespräche. Und mir ist schon klar, Herr Bundeskanzler, warum Sie in Ihrem Bericht über den Wohnbau den Mantel des Schweigens gebreitet haben: weil nämlich bei vorsichtiger Schätzung im Jahre 1974 um 25.000 Wohnungen weniger gebaut werden, als Sie seinerzeit versprochen haben. Denn nach Ihrem Versprechen müßten

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

wir schon bei 70.000 Wohnungen liegen. Ich fürchte, es werden im Jahre 1974 nicht mehr als 45.000 werden.

Aber das ist nicht alles. Nehmen Sie ein junges Paar, das sich im Jahre 1972 eine Eigentumswohnung gekauft hat. Damals mußte es als Baukostenbeitrag zum Beispiel 100.000 S entrichten. Heute ist die Wohnung fertig; heute müssen die jungen Leute 30 Prozent nachzahlen, das sind 30.000 S, die sie aber dringend für die Einrichtung brauchen würden.

Aber ebenso bedauerlich ist auch das Los der alten Menschen. Einem Durchschnittspensionisten, der am 1. Jänner des Vorjahres 3000 S brutto erhalten hat, verbleiben durch die Inflation und durch die Progression trotz Pensionsdynamik heute real um 83 S weniger als vor eineinhalb Jahren.

Die Familien in Österreich kostet der monatliche Einkauf im April 1974 im Durchschnitt um 1700 S mehr als im April 1970, im Monat des Amtsantrittes dieser Regierung. Um 1700 S, meine Damen und Herren! Sie werden doch begreifen, daß sich da mancher an Ihr Plakat mit der charmanten Hausfrau erinnert: „Sozialistisch wählen, damit das Einkaufen wieder Freude macht.“

Die Armut, die Sie, Herr Bundeskanzler, doch mit so blumigen Formulierungen bekämpfen wollten, ist immer noch Gast in Österreich, denn die Inflation ist dabei, den Ärmsten den Notgroschen stillschweigend zu enteignen ebenso wie den Beziehern von Ausgleichszulagen die Erhöhungsbeträge.

Herr Bundeskanzler! Sie haben gestern mit einer besonderen Betonung darauf hingewiesen, daß der Ausgleichszulagenrichtsatz von 1970 auf 1974 um 54,5 Prozent, also um 1333 S auf 2600 S, allerdings erst mit 1. Juli erhöht worden sei. Wenn man den Inflationsverlust in Rechnung stellt, dann bleibt in vier Jahren ein Zuwachs an echter Kaufkraftverbesserung von weniger als 100 S übrig, das sind in vier Jahren rund 7 Prozent statt Ihrer angeblichen 54,5 Prozent. So sieht die Realität der Zahlen aus, Herr Bundeskanzler, mit denen Sie in Ihrem Bericht sicherlich einigen Eindruck auf jene gemacht haben, die sich mit den Zahlen nicht auseinandersetzen. Aber ich glaube, daß die Bevölkerung heute schon weiß, daß es sich hier, wenn ich an Ihre Berichte denke, um Inflationszahlen handelt, ebenso wie Ihre Politik eine Inflationspolitik ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben in den letzten Wochen den Österreichern gesagt: „Die beste Antwort auf die Teuerung ist eine starke ÖVP.“ Davon sind wir nach wie vor überzeugt. Ich glaube, daß es auch die Bevölkerung in zunehmen-

dem Maße ist. Wir sehen uns bestätigt durch die Zustimmung, die wir heute in Ländern, Gemeinden und Betrieben finden, immer mehr Menschen bauen auf die Österreichische Volkspartei, daß sie unser Land wieder aus der Sackgasse dieser verfahrenen Wirtschaftspolitik herausführen wird.

Leider hat aber die Bundesregierung bisher in all diesen Fragen kaum auf uns gehört. (Abg. Dr. Tull: Leider? Gott sei Dank!) Sie hat sich vielfach hochmütig über unsere Vorschläge hinweggesetzt. Man hat sich hochmütig darüber geäußert und hat erklärt, daß die Vorschläge, die wir zur Stabilisierung gemacht hätten, 14 bis 15 Prozent Inflationsrate in Österreich bedeuten würden. Das glauben Sie doch wohl selber nicht! Wir haben vor einigen Wochen neuerlich Stabilisierungsvorschläge unterbreitet:

Erstens: Wir haben einen sofortigen Belastungsstopp bei den Abgaben, Tarifen und Gebühren vorgeschlagen. Diese Forderung richtet sich nicht nur an den Bund, sondern auch an die übrigen Gebietskörperschaften. Herr Finanzminister! Vor allem aber erwarten wir, daß Sie diese Gebührengesetz-Novelle, die ganz allgemein als Provokation in einer solchen Stabilisierungsphase empfunden werden muß, zurückziehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Zweitens: Wir treten für eine koordinierte und sparsame Budgetpolitik ein. Bund, Länder und Großgemeinden sollten verbindliche Gespräche über Koordinierungsmaßnahmen führen. Es hat das der Herr Finanzminister wiederholt angekündigt; es ist auch in seiner gestrigen Erklärung angeklungen. Nur, so glaube ich, sind wirkungsvolle Maßnahmen bisher unterblieben. Angesichts der überproportional steigenden Baupreise schlagen wir vor, daß die im öffentlichen Eigentum stehenden Sonderfinanzierungsgesellschaften sowie der Bund, die Länder und großen Gemeinden die Vergabe und Durchführung der Bauaufträge koordinieren sollen. Heute findet zumindest in manchen Gebieten zwischen den öffentlichen Bauherren geradezu ein Wettrennen um die Bauunternehmungen statt. Hier ist mehr Koordination erforderlich.

Drittens: Wir haben ferner eine 20prozentige Zollsenkung vorgeschlagen. Die vertraglich für den 1. Jänner 1975 vorgesehene Zollsenkungsetappe gegenüber den Staaten der Europäischen Gemeinschaft hätte demnach auf den 1. Juli 1974 vorgezogen werden sollen. Bedauerlicherweise hat die Regierung unseren Vorschlag nicht aufgegriffen. Sie hat sich vielmehr für eine Aufwertung des Schillings im Alleingang und durch die Hintertür — das muß ich hinzufügen — entschieden. Mit unserem Vorschlag hätten wir für mehr als die

10566

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Hälften der österreichischen Importe eine Verbilligung erhalten können, ohne daß, wie das bei der Aufwertung der Fall ist, die österreichischen Exporte und unser Fremdenverkehr neuerlich belastet werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Viertens: Herr Bundeskanzler! Wir schlagen noch einmal vor, eine Milderung der Steuerprogression auf die Mitte dieses Jahres vorzuziehen. Sie alle wissen, wie stark der Druck auf der Lohnseite ist. Je rascher die Progressionsmilderung verwirklicht wird, desto früher könnten die Gewerkschaften diese in ihrer Lohnpolitik berücksichtigen, denn die Lohn-Preis-Spirale sollte nicht unnötigerweise weiter angezogen werden. Wie ich überhaupt sagen muß, daß die Steuerprogression in zweifacher Hinsicht inflationistisch wirkt: Einmal, weil die gewaltigen Mehreinnahmen, die die Steuerprogression dem Finanzminister bringt, für eine zusätzliche Ausgabenexplosion verwendet werden. Zum zweiten, weil die Progressionswirkung begreiflicherweise dazu führt, in Lohnverhandlungen einen realen Nettolohnerhöhungssatz anzustreben und dadurch die notwendigen nominalen Lohn erhöhungen so hinaufzuschrauben, daß dies zwangsläufig kosteninflationistisch wirken muß.

Es tut mir leid, daß sich gerade in dieser Frage der Steuerpolitik der Herr Finanzminister ein bißchen wie Hamlet benommen hat: zu spät und mit halbem Herzen! Infolgedessen sind die jeweiligen echten Wirkungen als Beitrag für eine Stabilisierungspolitik ausgeblichen.

Fünftens: Noch ein Wort zur Preiskontrolle. In unserer Wirtschaftsordnung ist nach wie vor der Wettbewerb der sicherste und wirkungsvollste Garant, die Preise unter Kontrolle zu halten. Die ÖVP ist über alle Maßnahmen gesprächsbereit, die den echten Wettbewerb fördern oder Wettbewerbshemmnisse beseitigen und dort, wo kein Wettbewerb vorhanden ist, in die Preisgestaltung eingreifen.

Der Konsumentenrat der Volkspartei hat hier zielführende Vorschläge erarbeitet, die auf der Basis des Preisregelungsgesetzes Möglichkeiten eröffnen. Wir sind der Überzeugung, daß zumindest gemessen an einem funktionierenden Wettbewerb durch eine Preisreglementierung kaum ein über die politische Optik hinausgehender Beitrag zur Inflationsbekämpfung geleistet werden kann.

Sechstens: Wir schlagen vor, daß zwischen Bund, Ländern und Großgemeinden im allgemeinen die Tarifpolitik abgestimmt und koordiniert werden soll. Ich glaube, es muß

verhindert werden, daß stoßweise und kumulierte Tariferhöhungen immer wieder einen Inflationsschub erzeugen.

Siebentens: Zur Entspannung des Arbeitsmarktes schlagen wir vor, eine weitgehende Aufhebung der Ruhensbestimmungen durchzuführen. Dem gleichen Ziel soll und kann auch ein Teilzeitbeschäftigungsgesetz dienen. Die Teilzeitbeschäftigung würde dem Wunsch vor allem vieler Frauen entgegenkommen, eine Beschäftigung neben ihren sonstigen familiären Verpflichtungen anzunehmen. Die Ruhensbestimmungen wurden von Ihnen seinerzeit abgelehnt, das Teilzeitbeschäftigungsgesetz bis heute im Parlament noch nicht behandelt.

Die Bundesregierung hat es leider in den letzten Wochen mehrfach für nötig befunden, Antiinflationsmaßnahmen mit Fragen der Arbeitsplatzsicherung in Konkurrenz zu setzen. Sie ging dabei von einer absolut unzulässigen Vergrößerung aus. Tatsächlich ist es nämlich so, daß Dauerarbeitsplätze gerade durch die Teuerung gefährdet sind und auf längere Sicht nur durch Stabilität gesichert werden können. Ich glaube, die Formel: Was ist euch lieber: 7 Prozent Teuerung oder 7 Prozent Arbeitslosigkeit?, ist keine Alternative.

Die Österreichische Volkspartei hat es bis 1970 zuwege gebracht, Stabilität mit Vollbeschäftigung zu vereinen. Ich darf hier deutlich feststellen: Für uns steht die Arbeitsplatzsicherung im Vordergrund aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen. (Beifall bei der ÖVP.) Das war bisher so, das wird auch in Hinkunft so sein. Aber ich möchte nicht verschweigen, daß wir mit Sorge sehen, daß die Wirtschaftspolitik dieser Regierung die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe vor allem im Export und auch zunehmend im Fremdenverkehr belastet. Darin liegt in Wahrheit die Gefährdung der Arbeitsplätze, nicht aber bei den Vorschlägen der Österreichischen Volkspartei. (Beifall bei der ÖVP.)

Schließlich stehen wir auf dem Standpunkt, daß vor allem jene Bevölkerungsgruppen, die von den Folgen der Geldentwertung am meisten betroffen werden, mit entsprechenden Maßnahmen davor geschützt werden müssen. Das sind vor allem die Familien, die Pensionisten, die kleinen Sparer und auch die Bauern. Dazu soll aus den vorhandenen Überschüssen des Familienlastenausgleichs eine wirksame Anhebung der Familienbeihilfe erfolgen. Ich glaube, daß die Stunde gekommen ist, die Frage der Dynamisierung in einer sinnvollen Form hier echt zu prüfen. (Beifall bei der ÖVP.)

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Weiters sollen die Bezüge der sozial schwätesten Pensionisten und der landwirtschaftlichen Zuschußrentner verbessert werden. Verbesserungen der Sparförderung sollen über die Erhöhung des Eckzinsfußes hinaus den Anreiz zum Sparen wieder verstärken und sich auch positiv auf die betriebsbezogene Vermögensbildung für Arbeitnehmer auswirken. Die Agrarpolitik soll die Inflationsbelastungen bei den Bauern mildern.

Aber gerade für alle diese Bevölkerungsgruppen gilt, daß ein echter Schutz vor der Inflation nur durch eine wirksame Stabilisierungspolitik erreicht werden kann, die an der Wurzel und nicht an den Symptomen ansetzen muß.

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei tritt ja nicht erst heute mit Vorschlägen zur Teuerungsbekämpfung an die österreichische Öffentlichkeit. Wir haben die Bundesregierung nicht nur aufgefordert, ihre Wirtschaftspolitik zu revidieren, sondern wir haben seit 1970 laufend konkrete Vorschläge gemacht. Eine Realisierung unserer Vorschläge aus den Jahren 1970 bis 1973 hätte eine rechtzeitige Bremsung der Inflation bewirkt — ich bin davon überzeugt —, und wir hätten uns die heute fast 10prozentige Teuerungsrate ersparen können.

Ich erinnere an unsere Vorschläge, Einsparungen und Ausgabenumschichtungen im Budget im Rahmen unseres Stabilisierungsprogrammes vorzunehmen, das wir bereits am 18. Juni 1971 vorgelegt haben. Ich erinnere an unsere damaligen Vorschläge zur Förderung der Spartätigkeit und für den Abbau der Handelsschranken, um nur einiges zu nennen.

Aber schon damals hat die Bundesregierung unsere Vorschläge unbeachtet gelassen. Ich habe leider nicht die Überzeugung, daß die heutige Bundesregierung ihren Stil, der in letzter Zeit besonders deutlich zutage tritt, noch ändern wird. Ich glaube aber, daß es einer Änderung dieses Stiles bedürfen wird, wenn wir mit den Problemen, vor denen wir stehen, fertig werden wollen.

Ich glaube, wir müssen auch wieder den Mut haben, einfach zu sagen, daß man von der Zukunft nicht alles haben oder erwarten kann, daß man Prioritäten echt setzen muß, daß man nicht heute verteilen kann, was erst morgen erarbeitet wird. Das führt unweigerlich in die Inflation. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, wir müssen auch den Mut haben zu sagen, daß es ohne die Leistung in unserer Wirtschaft und in der Gesellschaft nicht geht; daß eine Politik, vor allem eine Steuerpolitik, die den Leistungswillen nicht fördert, sondern

bestrafst, falsch ist; und daß eine solche Politik letzten Endes darauf hinausläuft, daß eine Situation entstehen könnte, daß man ohne den wirklichen Leistungswillen in der Gesellschaft auch die Armut dort, wo sie wirklich besteht, nicht mehr in der Praxis, sondern nur noch auf dem Papier bekämpfen könnte.

Und schließlich drittens wird es auch notwendig sein, ein Wort wieder mehr zu Ehren kommen zu lassen, das in den letzten Jahren aus dem öffentlichen Sprachgebrauch weithin verschwunden ist, nämlich das Wort von der Sparsamkeit. Ich meine dabei nicht nur die Sparsamkeit in der Verwendung der knapper werdenden Rohstoffe, sondern auch die Sparsamkeit im Umgang mit den Steuermitteln unserer Bevölkerung. (Beifall bei der ÖVP.)

Zusammenfassend und zum Schluß kann ich nur sagen: Da ich eine solche Stiländerung von dieser Regierung nicht mehr erwarte, fürchte ich auch, daß die Probleme von dieser Regierung nicht mehr gelöst werden können.

Es ist vielleicht die Stunde gekommen, heute ein Wort zu wiederholen, das der seinerzeitige Oppositionsführer Dr. Kreisky von diesem Pult aus gesprochen hat: Es ist die Stunde gekommen, die Regierung an ihre Sterblichkeit zu erinnern. (Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ich nehme diese Mahnung des Herrn Bundesparteiobmannes der ÖVP — wie alles, was er sagt — zur Kenntnis. Ich habe auch das zustimmende Nicken des Herrn Wiener ÖVP-Obmannes festgestellt. Er selber hat allerdings in der Vergangenheit keinen sehr erfolgreichen Beitrag zu diesem von Ihnen gewünschten Ziel geleistet. Bei der letzten Wiener Landtagswahl ist es eben nicht ganz in diesem Sinne gegangen. (Abg. Doktor Bauer: Warten Sie auf die Zukunft, Herr Bundeskanzler! — Abg. A. Schlageter: Aber Sie sind blaß geworden!) Ja, wie Sie es haben wollen. Ich möchte nur noch etwas nachholen.

Es ist vorhin vom Abgeordneten Zeillinger vom Bruttonationalprodukt gesprochen worden. Ich weiß nicht, auf welche Statistik er sich stützt. (Abg. Dr. Mussi: Auf die richtige! — Heiterkeit.) So voreilig, Herr Dr. Mussi! Ich stütze mich auf die soeben durchgegebenen Zahlen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes.

Darnach hat das Bruttonationalprodukt pro Kopf in Österreich 1970 50.000 S betragen. Wir lagen damals unter 13 Staaten an zehnter Stelle. Wir lagen 1973 unter 13 Staaten mit 73.000 S an achter Stelle. — Das zur Steuer der Wahrheit.

10568

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Was nun die Feststellungen des Herrn Bundesparteiobmannes, des Herrn Abgeordneten Dr. Schleinzer, bezüglich der Telefongebühren betrifft, so wird es ja noch Gelegenheit geben, darüber ausführlich zu reden. Ich für meinen Teil stimme ausnahmsweise dem Herrn Generalsekretär Dr. Mussil in seinen Betrachtungen bei. Denn in der Tat: Käme es nicht zu Gebührenerhöhungen, so würde das für Tausende Arbeiter und Angestellte in der Schwachstromindustrie zu einer Gefährdung der Arbeitsplätze führen. Das ist die Tatsache, und das wissen die Arbeiter und Angestellten der Schwachstromindustrie, aber auch die Unternehmer selber am besten.

Was nun die UNO-City betrifft, so wird noch häufig Gelegenheit sein, auch darüber zu reden. Ich muß allerdings das Hohe Haus darauf aufmerksam machen, daß diese ganze UNO-City eine Erfindung der ÖVP-Regierung war, die diese kostspielige Lösung seinerzeit den Vereinten Nationen angeboten hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Es stand damals zur Diskussion die Unterbringung in einfachen Bürogebäuden im Inneren der Stadt. Man hat aber damals diese großzügige Lösung vorgeschlagen, hat es unterlassen, sie zu limitieren, und mußte sich daher dann gefallen lassen, daß seitens der Vertragspartner Forderungen gestellt werden, die erst Bundesminister Dr. Kirchschläger wesentlich reduzieren konnte. (Beifall bei der SPÖ.)

Was die Kosten betrifft, so ist dazu zu sagen, daß sie ohne Zweifel deshalb höher geworden sind, weil die ÖVP sich so lange Zeit gelassen hat mit der Verwirklichung ihrer eigenen Vorschläge. Das zu sagen halte ich für wichtig in diesem Zusammenhang.

Ich wiederhole ausdrücklich: Die ganze UNO-City ist eine Idee der Regierung Klaus, und wir sind nun völkerrechtlich verpflichtet, Vereinbarungen, die sie damals eingegangen ist, in vernünftigster Weise und in vernünftigstem Maße zu halten. (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)

Herr Dr. Schleinzer hat sich beklagt, daß wir die Vorschläge der ÖVP unbeachtet gelassen haben. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Sie wissen doch, daß das so furchtbar schlecht im Fernsehen wirkt, wenn Sie immer dreinschreien. Warum tun Sie es dann immer? (Abg. *Ofenböck: Um Ihnen zu helfen, Herr Bundeskanzler!*) Ich danke Ihnen vielmals. Ich bin für jede Hilfe dankbar, auch wenn sie von der Volkspartei kommt. (Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Wir haben die Vorschläge des Herrn Doktor Schleinzer deshalb unbeachtet lassen, weil bei der Durchrechnung alles dessen, was hier an

neuen Ausgaben vorgeschlagen wird, und alles dessen, was hier an Einnahmen gestrichen wird, ein Betrag von 19,2 Milliarden Schilling herauskommt, was den Stabilitätsbemühungen der Bundesregierung jedenfalls nicht entgegengekommen wäre. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. *Koren: Das ist doch ein Unsinn!* — Abg. Dipl.-Ing. Dr. *Schleinzer: Ein ausgesprochener Unsinn!*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Heinz Fischer. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Heinz Fischer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Einer der ersten Sätze in der Rede des Herrn Bundesparteiobmannes Dr. Schleinzer hat gelautet, daß am Prüfstand dieser Diskussion die Wirtschaftspolitik der Regierung steht und sonst gar nichts. Ich glaube, so leicht sollte man es sich nicht machen, wenn man immer von Waffengleichheit zwischen Regierung und Opposition spricht, wenn man immer davon spricht, daß Regierungspartei und Oppositionspartei zwei im Prinzip gleichberechtigte um die politische Vorherrschaft kämpfende Kräfte sind. Denn hinter dieser Feststellung, daß auf dem Prüfstand unserer politischen Diskussionen nur die Regierung stehe und sonst gar nichts, steht ja die Absicht, über die Wirtschaftspolitik und überhaupt über die Politik der Opposition möglichst nichts zu reden, sich in einen Bunker zurückzuziehen, aus dem heraus man die Regierungsbank unter Beschuß nimmt, der man womöglich noch die Gelegenheit zu substantiellen Antworten mit dem Hinweis auf ein angebliches Verbot sogenannter Polemik von der Regierungsbank, also die Möglichkeit zu einer echten Diskussion beschränkt und die Diskussion auf ein bloßes Vorbringen von Anklagen reduziert will, die eigenen Handlungen oder Fehlhandlungen, die eigenen Verhaltensweisen aber aus der Diskussion ausklammern will.

Ich verstehe, daß das Ihre Absicht ist, meine Damen und Herren von der ÖVP, aber wir spielen nicht mit. Wir glauben, daß eine politische Diskussion darin bestehen muß, daß Sie das feststellen, was Sie meinen, an uns kritisieren zu sollen, und wir das feststellen, was wir meinen, an Ihnen kritisieren zu müssen, und das ist gar nicht wenig.

Wenn in bezug auf die Regierung von Fahrlässigkeit gegenüber dem Grundsatz der Glaubwürdigkeit in der Politik gesprochen wird, so ist das gleichfalls ein Rezept, das Sie immer wieder anzuwenden versuchen. Aber wenn man sich die Glaubwürdigkeit der Politik der ÖVP ein bißchen näher ansieht, dann wird man draufkommen, mit welcher

Dr. Heinz Fischer

Absicht und aus welchen Gründen Sie Ihre eigene Politik aus der Diskussion möglichst ausklammern wollen.

So glaube ich, daß wir eine Diskussion über die Politik beider großen gesellschaftlichen Gruppen in diesem Lande führen sollen und führen müssen.

Die Grundlage dieser Diskussion wird doch zweifellos das Faktum bilden müssen — darüber kommen Sie nicht hinweg —, daß in einer Zeit, in der es in Europa große politische und ökonomische Schwierigkeiten gibt, in einer Zeit, in der die vier größten Länder Europas, wenn auch aus verschiedenen Gründen — Italien, Frankreich, Bundesrepublik, England —, mit großen Problemen zu ringen haben, in einer Zeit, in der vier weitere Länder Europas nur Minderheitsregierungen haben, daß in dieser Zeit Österreich eine unglaublich stabile Position hat. Die Situation in Österreich ist nicht die wie in anderen Ländern, daß eine schwierige wirtschaftliche Situation durch politische Labilität noch vergrößert wird, sondern ganz im Gegenteil, bei uns ist die Situation die, daß eine Regierung, die über die stabilste parlamentarische und politische Basis verfügt, die es heute in Europa gibt, daß eine solche Regierung die österreichische Bevölkerung von den Schwierigkeiten und Unsicherheiten in erfreulich hohem Ausmaß freihalten kann.

Tatsache ist, daß die Vollbeschäftigung in Österreich gesichert ist, Tatsache ist, daß das Wirtschaftswachstum in Österreich zufriedenstellend ist, und Tatsache ist auch — wir werden uns darüber noch unterhalten —, daß Österreich hinsichtlich der Preissteigerungen nach wie vor unter dem europäischen Durchschnitt liegt. Vor allem scheint mir entscheidend zu sein, daß die günstige wirtschaftliche Gesamtentwicklung es ermöglicht, die Preissteigerungen durch Lohnerhöhungen, Gehalts erhöhungen, Pensionserhöhungen, Beihilferhöhungen und verbesserte Sozialleistungen nicht nur zu kompensieren, sondern noch für ein Steigen des Lebensstandards der Bevölkerung zu sorgen. Das sind die Fakten.

Aber mit solchen Fakten kann natürlich eine konservative Oppositionspartei nicht viel anfangen. Die ÖVP — das ist das Gefühl, das uns immer wieder durch die Art Ihrer Diskussionsführung vermittelt wird — hat geradezu keine Freude mit solchen Fakten. Das Denken, um nicht zu sagen, das Wunschedenken der ÖVP geht doch in eine ganz andere Richtung. (Abg. Kraft: Das ist kein Grund zur Freude!)

Das Wunschedenken der ÖVP besagt, daß es den Österreichern angeblich immer schlechter geht, daß daran angeblich die Regierung

schuld sei und daß angeblich die ÖVP das alles viel besser machen würde. Ich frage mich: Was ist das für eine Partei, deren Wunschedenken sich immer zum Negativen und zum Schlechten hinwendet?

Meine Damen und Herren! In letzter Zeit wird in Ihren Diskussionsbeiträgen so oft Bezug genommen auf Landtagswahlergebnisse, und so oft werden Prophesien über künftige Nationalratswahlergebnisse ausgesprochen.

Meine Damen und Herren! Diejenigen von Ihnen, die zwischen 1966 und 1970 im Parlament waren, werden sich daran erinnern, wie oft damals ÖVP-Abgeordnete auf das künftige Wahlergebnis 1970 Bezug genommen haben, von dem Sie sich alles mögliche erwartet haben. Die Realität war eine bittere Enttäuschung für Sie. Ich würde Ihnen empfehlen, meine Damen und Herren, steigern Sie sich nicht wieder in eine Position hinein, aus der es dann 1975 neuerlich ein sehr unangenehmes und böses Erwachen für die ÖVP geben würde, denn die Österreicherinnen und Österreicher lassen sich nicht davon beeinflussen, daß Herr Dr. Schleinzer oder Herr Dr. Kohlmaier oder Sie, Kollege Staudinger, sagen: 1975 werden wir für unsere Politik ein besonderes Honorar in Form von Wählerstimmen bekommen, sondern die Österreicher und Österreicherinnen bewerten die Fakten, und die Fakten sprechen sehr gegen Sie, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Rede, die Dr. Schleinzer heute gehalten hat, ist eine Rede gewesen, die in weiten Teilen pessimistische Passagen enthalten hat. Ich habe mir in den letzten Tagen die drei Erklärungen zur Hand genommen, die Ihr Bundesparteiobmann jeweils zum Jahreswechsel 1971/1972, 1972/1973 und 1973/1974 abgegeben hat; denn man kann annehmen, daß, wenn ein Parteiobmann zum Jahreswechsel eine Erklärung abgibt, er sich das einigermaßen überlegt.

Meine Damen und Herren! Im ÖVP-Presse dienst zum Jahreswechsel 1971/72 sagt ein tiefumwölter Schleinzer über die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs folgendes:

„Das Wirtschaftswachstum der europäischen OECD-Länder dürfte 1972 nur bei 3 Prozent liegen, das der österreichischen Handelspartner nur bei 2,5 Prozent. Auf Grund dieser Ausgangslagen muß die offizielle“ — die Regierung ist gemeint — „Wachstumsprognose für Österreich von 4,25 Prozent mit Vorsicht aufgenommen werden.“

Das Ergebnis war, wie Sie wissen, nicht ein Wirtschaftswachstum von 4,25 Prozent, wie es Dr. Schleinzer mit Vorsicht angenommen

10570

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dr. Heinz Fischer

hat, sondern ein solches von 7,1 Prozent im Jahr 1972. Aber Sie werden vergeblich nach einer Äußerung des Herrn Dr. Schleinzer suchen, in der er wenigstens nachträglich mit Genugtuung auf diese positive Entwicklung hinweist; denn zu positiven Entwicklungen äußert sich ein Schleinzer nicht. Dazu fehlen ihm die Worte, der Mut oder beides. Er will immer nur Negatives feststellen.

Noch mit einer zweiten Frage hat sich Doktor Schleinzer zum Jahreswechsel 1972 beschäftigt. Auf die Frage: „Worin sehen Sie die größte Aufgabe Österreichs im Jahre 1972?“, hat er gesagt:

„In einer erfolgreichen Vertretung der österreichischen Interessen bei den Verhandlungen mit der EWG ...“ um dann fortzusetzen: „In der EWG-Frage hat sich der Zweckoptimismus der Regierung als Fehleinschätzung der Lage erwiesen.“

Acht Monate später waren die EWG-Verträge unter Dach und Fach, und als krasse Fehleinschätzung hat sich höchstens das erwiesen, was Herr Dr. Schleinzer prophezeit hat. Sie werden wieder vergeblich suchen, daß er den Mut gehabt hätte, seine negativen Prognosen und Ankündigungen in irgendeiner Weise zu korrigieren, denn ein Dr. Schleinzer äußert sich nicht, wenn in Österreich positive Entwicklungen zu verzeichnen sind. Er betätigt sich nur als Ankünder von Krisen und negativen Entwicklungen.

Zum Jahreswechsel 1972/1973 hat sich daselbe abgespielt, wieder gab es negative Ankündigungen von Dr. Schleinzer. Ich will Ihnen das ersparen und mich gleich dem jüngsten Jahreswechsel, den Sie ja sicher noch in Erinnerung haben, zuwenden. Da kann man nämlich auf Grund der Entwicklung mit einer ganzen Fülle von Schleinzerischen „Krisenhoffnungen“ aufwarten.

Am 29. November hat er gemeint, daß sich die an sich wenig günstige wirtschaftliche Entwicklung und die wenig günstigen Wirtschaftsaussichten für das kommende Jahr weiter verschlechtern werden:

„Die sozialistische Regierung verkennt den Ernst der Lage ganz offensichtlich. Noch immer versucht sie die Situation mit Meldungen von einer angeblich gesicherten Versorgung zu beschönigen; gleichzeitig werden eher verschämte Sparmaßnahmen in Gang gesetzt: Die Regierung wird endlich zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir in Österreich nicht auf einer Insel der Seligen leben.“

Natürlich leben wir in Österreich nicht auf einer Insel der Seligen. Wir betonen auch immer die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge, die ansonsten von der ÖVP immer

übersehen werden; aber zu prognostizieren, daß die Versorgung nur „angeblich“ gesichert sei, das blieb dem Herrn Dr. Schleinzer vorbehalten. Sie werden auch heute wieder vergeblich nach irgendeiner Äußerung gesucht haben, mit der er das richtiggestellt hätte und mit der er den Mut bewiesen hätte zu sagen, ich habe mich geirrt.

Und wenn Herr Dr. Schleinzer so empfindlich reagiert, wenn wir ihm Vorwürfe machen im Zusammenhang mit der Frage der Arbeitslosigkeit — die sicher nicht leichtfertig zum Spielball von irgendwelchen kurzfristigen politischen Überlegungen gemacht werden soll —, dann muß ich fragen: Wer hat denn begonnen, das Gespenst der Arbeitslosigkeit als erster konkret an die Wand zu malen?

Meine Damen und Herren! Schon wenige Monate nach seiner Wahl zum Parteiobmann hat der ÖVP-Obmann gesagt, daß die Politik der sozialistischen Regierung im Bereich der verstaatlichten Industrie „zu einer Gefahr für die Sicherheit der Arbeitsplätze“ zu werden droht. Dies sagte Bundesparteiobmann Schleinzer auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft verstaatlichter Industrie. Das heißt: die ÖVP betreibt nicht nur Ankündigungspolitik, sie betreibt Krisenkündigungspolitik und hat nicht den Mut, ihre falschen, falsifizierten und durch die tatsächliche Entwicklung glücklicherweise widerlegten negativen Prognosen in irgendeiner Weise zu korrigieren. Wenn Sie sich wundern, daß Sie unter diesen Umständen den Ruf einer Neinsager-Partei erhalten, dann ist das wohl ein relativ naives Wundern, denn entweder wissen die Leute, die so reden, nicht, wovon sie reden, oder sie reden wider besseres Wissen. Beides ist in gleicher Weise ein guter Grund, daß Sie weiter auf den Oppositionsbänken Platz nehmen.

Dr. Schleinzer hat einmal erklärt, die ÖVP will nicht über einen wirtschaftlichen Scherbenhaufen zur Macht kommen. Ich sage Ihnen, sie könnten nur über einen wirtschaftlichen Scherbenhaufen in Österreich zur Macht kommen. Und da es diesen Scherbenhaufen nicht geben wird, werden Sie überhaupt nicht zur Macht kommen, weder mit noch ohne Scherbenhaufen, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Und so ähnlich spielt sich ja auch die Diskussion auf dem Preissektor ab. Wenn ich die ÖVP-Zeitungen lese — nehmen Sie mir das nicht übel —, dann habe ich das Gefühl, man wartet geradezu darauf, bis man endlich die 10-Prozent-Grenze erreicht: Wann wird es endlich so weit sein, daß wir mit diesem Problem noch stärker politische Propaganda machen können?

Dr. Heinz Fischer

Aber ebenso konsequent, wie Sie darauf warten, verschweigen Sie, auf welche vielfältige Art die bedauerlichen Preiserhöhungen in Österreich durch Erhöhungen von Gehältern, Löhnen und Sozialleistungen et cetera kompensiert werden können, denn der Lebensstandard der Menschen steigt erfreulicherweise trotz Preissteigerungen, und die Zahlen, die hier vorgetragen wurden, beweisen das ja.

Meine Damen und Herren, wenn das Nationalprodukt in Österreich in den letzten vier Jahren um mehr als 26 Prozent real gewachsen ist, dann frage ich Sie: Wem kommt das zugute? Wenn Sie dem Finanzminister vorwerfen, daß im Staatshaushalt ein relativ hohes Defizit aufscheint, das heißt, wenn die Einnahmen- und Ausgabensummen des Staatshaushaltes beweisen, daß der Finanzminister nicht diese Gelder hortet, dann müssen Sie, wenn Sie einigermaßen glaubwürdig bleiben wollen, sich darüber einigen, welchen Gruppen der Bevölkerung das zugute kommt, wenn Sie schon leugnen wollen, daß es ein gleichmäßiges Zugutekommen für alle Gruppen ist.

In der ÖVP-Propaganda werden die Wohlhabenden in Österreich Opfer der Nivellierung, die Armen werden immer ärmer, die Bauern erhalten nicht ihren Anteil am Volkseinkommen, die Pensionisten sind die Hauptopfer der Preissteigerungen und den Arbeitern und Angestellten bleibt nichts von ihren Lohn erhöhungen übrig. Aber es fällt Ihnen nicht auf, daß es völlig unmöglich ist, daß der gesamte Kuchen immer größer wird — was ja niemand leugnen kann — und gleichzeitig die einzelnen Schnitten dieses Kuchens immer kleiner werden!

Mit einer solchen Nationalökonomie können Sie die Spalten des ÖVP-Pressedienstes füllen, aber Sie können doch niemanden davon überzeugen. Die Zahlen sprechen gegen Sie, die Fakten sprechen gegen Sie. Aber was sind Zahlen, was sind Fakten? Die ÖVP braucht Propaganda, meint sie, sie braucht Propaganda.

Meine Damen und Herren! Noch etwas. Ich glaube, keine Partei kann verlangen, daß man sie bloß nach ihren Versprechungen beurteilt. Aber selbst, wenn wir der ÖVP den Gefallen machen würden, sie nur nach ihren Versprechungen zu beurteilen, wäre ja das Ergebnis nicht sehr schmeichelhaft, denn wir wissen und es wurde ja schon in der Diskussion darauf hingewiesen, was die Versprechungen der ÖVP für den Fall ihrer Realisierung in bezug auf den Staatshaushalt, in bezug auf das Budgetdefizit, daher auch in bezug auf Preissteigerungen bewirken würden. Uns zeigt das — und das registrieren wir mit Genugtuung —, daß es sich bei der ÖVP um eine Partei handelt, die sehr genau weiß, daß sie

nicht in die Verlegenheit kommen wird, das einzösen zu müssen, was sie hier alles leichtfertig mit dem Füllhorn der Propaganda ausstreut. (Abg. Kraft: Wer hat versprochen?) Wir werden es Ihnen aber nicht so einfach machen, Sie nur an den Versprechungen zu messen, sondern, meine Damen und Herren, Sie werden es sich so wie jede andere Partei gefallen lassen müssen, daß man Ihre gegenwärtigen Versprechungen gemeinsam mit Ihren vergangenen Leistungen beurteilt. Denn Sie haben ja lang genug Gelegenheit gehabt, Leistungen zu erbringen.

Der Bundeskanzler hat gestern einen Rechenschaftsbericht vorgetragen und schriftlich ergänzende Unterlagen über die verschiedenen Bereiche der Regierungstätigkeit nach vier Jahren zur Verfügung gestellt. Die Österreichische Volkspartei hat nach vier Jahren auch einen Leistungsbericht vorgelegt — der Kollege Wiesinger schaut so skeptisch, er kennt das nicht, das ist nicht verwunderlich (Abg. Graßl: Vielleicht schaut er wegen Ihrer Rede so skeptisch!), aber im Ihrem Klubsekretariat oder im Archiv wird sicher noch erhalten sein, was die Österreichische Volkspartei damals vorgelegt hat, um allen interessierten Mitbürgern zu ermöglichen, sich ein objektives Urteil über die Verwirklichung des Regierungsprogramms der ÖVP zu bilden. (Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren! Das ist ein Bericht der damaligen Regierung Klaus — Koren — Schleimzer, also von Herren, von denen ja zumindest zwei heute noch in der Politik aktiv sind und die sogar heute hier am Rednerpult gestanden sind.

Wir werden einmal Gelegenheit haben, darauf noch ausführlicher zurückzukommen, um Ihnen nachzuweisen, zu welchen grotesken Blüten Ihre Politik des Messens mit zweierlei Maß führt, indem Sie 1970 offensichtliche Lücken in der Durchführung Ihres Regierungsprogramms mit Beifall und Lobreden zu überdecken versucht haben, während Sie 1974 ebenso offensichtlich verwirklichte Zielsetzungen des Regierungsprogramms in Grund und Boden zu verdammen versuchen und sich wundern, daß dann Ihre Glaubwürdigkeit dahinschmilzt wie der Schnee im Mai oder im Juni.

Im Jahre 1970 wurde von der ÖVP-Regierung dem Nationalrat berichtet — und wir haben ja hier darüber diskutiert —, daß dank der von der Bundesregierung ergriffenen struktur- und konjunkturpolitischen Maßnahmen die durchschnittliche Wachstumsrate des realen Nationalprodukts in den vier Jahren 1966 bis 1969 auf 4,4 Prozent gesteigert werden konnte. (Beifall bei der ÖVP.) — 4,4 Prozent reales Wachstum! Sie waren sehr stolz auf diese

10572

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dr. Heinz Fischer

4,4 Prozent, aber jetzt versuchen Sie, die Tatsache, daß wir von 1966 bis 1973 ein reales Wachstum von 6,6 Prozent haben, einfach herunterzuspielen mit der Frage: Was ist das schon? Was sind schon 6,6 Prozent Wachstum? Sie können das nicht ignorieren, meine Damen und Herren. 4,4 Prozent in 4 Jahren hier und 6,6 Prozent in vier Jahren auf der anderen Seite sind eine echte Vergleichsmöglichkeit, und dieser Vergleich geht glatt zu Ihren Ungunsten aus. Das ist die Realität. (Beifall bei der SPÖ.)

Noch etwas. Ich greife gleich das heißeste Eisen auf: die Stabilitätspolitik. Da hat uns die ÖVP damals wie folgt belehrt: „Da die Finanz- und Geldpolitik nicht allein die Kaufkraft sichern kann“ — damals haben Sie das nicht als Ausrede bezeichnet, sondern damals haben Sie es schriftlich in diesen Bericht hingeschrieben — „hat die Bundesregierung auch mit den Sozialpartnern zusammengearbeitet.“ Schön und gut. Als Ergebnis dieser Bemühung berichten Sie dann im Jahre 1970: „In einem internationalen Vergleich von 11 OECD-Ländern von 1965 bis 1969 haben nur zwei Länder, nämlich die Bundesrepublik Deutschland und Italien, einen noch geringeren Preisanstieg aufzuweisen als Österreich.“

Meine Damen und Herren! Diese Position halten wir nach wie vor im internationalen Vergleich. Aber während Ihnen am Ende Ihrer eigenen Regierungstätigkeit der internationale Vergleich auf dem Preissektor als etwas sehr Sinnvolles erschien ist, weil Sie damals mit beredten Worten dargelegt haben, daß man eben solche Probleme nur in einem internationalen Zusammenhang sehen kann — ich erinnere mich sogar an ein Plakat, wo Sie uns sogar Kenia und Afghanistan und alles mögliche als Vergleichsbasis angeboten haben —, während Sie also damals den internationalen Vergleich für eine sinnvolle Argumentation betrachtet haben, wollen Sie heute von einem solchen internationalen Vergleich nichts mehr wissen. Jetzt sagt jeder: Ja was interessieren die Hausfrau die internationalen Zusammenhänge? — Ich glaube schon, daß das eine Überlegung ist, die eine politische Partei ernst nehmen muß. Aber wenn der internationale Vergleich im Jahr 1970 richtig war — und wir können es schwarz auf weiß dokumentieren, daß Sie so argumentiert haben —, müssen Sie es im Jahr 1974 gelten lassen, wenn Sie nicht wiederum Ihrer Glaubwürdigkeit einen schweren Schlag versetzen wollen.

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung verkündet, daß die ÖVP die Verhandlungen über ein Abkommen mit der EWG zu Ende führen werde, um sicherzustellen, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung gegenüber den west-

lichen Industrieländern nicht zurückbleibt. Wenn man damals die Regierung gefragt hat, was sie in Erfüllung dieser Zusage, EWG-Verhandlungen abzuschließen, geleistet hat, wissen Sie, was Sie damals dem Parlament zugemutet haben? Sie haben gesagt: „Im Rahmen der EFTA fanden in regelmäßigen Abständen Ministerratstagungen statt“ — „no na“ hat heute jemand von Ihnen dazwischengerufen in einem anderen Zusammenhang —, „bei denen jeweils die laufenden Arbeiten der EFTA überprüft und das zufriedenstellende Funktionieren der Freihandelszone festgestellt werden konnte.“ Versprochen haben Sie den Abschluß der Verträge mit der EWG; als Erfüllung des Versprechens berichten Sie das zufriedenstellende Funktionieren der Freihandelszone; aber der jetzigen Bundesregierung, die den Vertrag zustande gebracht hat gegen die negativen Ankündigungen des Dr. Schleinzer, wollen Sie vorwerfen, daß sie ihr Regierungsprogramm nicht erfüllt hat!

Und das Beispiel mit der Mehrwertsteuer ist ja schon oft zitiert worden. Die Regierung Klaus hat in der Regierungserklärung dezidiert die Einführung der Mehrwertsteuer versprochen. Wie sah es mit der Erfüllung aus? Im Rechenschaftsbericht an den Nationalrat wird berichtet, daß die Voraarbeiten — vier Jahre später, nachdem man es versprochen hat — für ein österreichisches Mehrwertsteuersystem begonnen haben und trotz schwieriger Probleme intensiv fortgesetzt werden. Als Termin, sagen Klaus, Schleinzer und Koren, als Termin für die Einführung der Mehrwertsteuer in Österreich „käme in Anbetracht der Umstellungsarbeiten für Wirtschaft und Verwaltung“ der 1. Jänner 1972 in Betracht. Und vor einer halben Stunde sagt der Dr. Schleinzer: Die ÖVP hat die Mehrwertsteuer abgelehnt, weil der Steuersatz falsch und der Termin falsch war — jener Termin, den die ÖVP selbst angekündigt hat. Die Beispiele ließen sich wiederholen und neue hinzufügen, Gewerbeordnung et cetera, et cetera.

Meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen: Man kann sehr unterschiedliche Maßstäbe an die Tätigkeit einer Regierung anlegen, je nachdem, wie groß man den Einfluß von Faktoren bewertet, die von der Regierung nicht beeinflußt werden können. Aber was nicht geht, das ist, daß man sich diesen Maßstab zur Kritik an einer Regierung je nach Opportunität aussucht. Wenn man nämlich den Maßstab, den Sie an Ihre eigenen Regierungstätigkeit angelegt haben, an die jetzige Bundesregierung anlegt, dann müssen Sie ja zu dem Ergebnis kommen, daß diese Regierung die effizienteste Regierung ist, was die Verwirklichung des Regierungsprogramms betrifft. Wenn Sie aber den strengen Maßstab, den Sie heute von Ihren

Dr. Heinz Fischer

Oppositionsbänken aus an die Regierungstätigkeit anlegen, an die Arbeit der Herren Klaus, Schleinzer und Koren anlegen, dann kommen Sie unweigerlich zu dem Ergebnis einer ziemlichen Pleite, und das Urteil der österreichischen Bevölkerung war ja auch so.

Und noch etwas, und damit komme ich zum letzten Teil. Wer seine politische Haupttätigkeit darin erblickt, die Regierung mit allen Mitteln anzugreifen — und der Dr. Schleinzer hat ja gemeint, zur Diskussion steht nur die Regierung und nicht diejenigen, die die Regierung angreifen —, der muß sich gefallen lassen, daß man auch einen Blick auf seine eigene Glaubwürdigkeit wirft. Die Führung der ÖVP, die sich hier als Alternative zur Regierung etablieren will — der Versuch ist ziemlich schwierig, das gebe ich gerne zu —, ist nicht einmal seit drei Jahren im Amt. Und Doktor Schleinzer hat sich damals selbst den Maßstab ausgesucht, nach dem er beurteilt werden will. Er hat nach seiner Wahl zum Parteivorsitz gesagt: „Wir, die ÖVP, brauchen eine schlagkräftige Führung. Sie muß notwendige und klare Beschlüsse zeitgerecht bewirken, einheitliches Handeln der Partei sichern und für eine einheitliche und verständliche Sprache in der Öffentlichkeit sorgen.“

Wenn heute jemand behauptet, daß Schleinzer und Kohlmaier klare Beschlüsse zeitgerecht bewirken, wird er höchstens mildes Lächeln ernten. Denn noch allzu gut ist ja das Satyrspiel in Erinnerung im Zusammenhang mit der Ab löse oder Nichtablöse des ÖVP-Generalsekretärs, das, wie man liest, im Weinkeller des Landeshauptmannes Maurer begonnen hat, mit sphinxhaften Erklärungen des ÖVP-Obmannes, die an Undeutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen, fortgesetzt wurden und — wie soll ich sagen — mit einer verlängerten Bewährungsprobe auf Abruf geendet haben.

Auf dem gleichen ÖVP-Parteitag trat dann ein Mann ans Rednerpult, der unter einer schlagkräftigen Führung offensichtlich etwas anderes verstanden hat als Dr. Schleinzer. Er sagte unter dem donnernden Applaus des ÖVP-Parteitages, daß die geschlossene Einheit der ÖVP entscheidend für die Glaubwürdigkeit dieser Partei in der Zukunft sei. Wie wahr, können wir nur sagen, und die Glaubwürdigkeit ist auch dementsprechend.

„Wir müssen zusammenhalten wie Pech und Schwefel“, hat Dr. Withalm unter dem Beifall des ÖVP-Parteitages gerufen, und ich bin sicher, daß nicht nur Dr. Withalm, sondern auch andere sich unter „Zusammenhalten wie Pech und Schwefel“ etwas anderes vorgestellt haben, als es Dr. Schleinzer dann praktiziert hat. Pech war im Spiel, meine Damen und

Herren; ob Schwefel auch im Spiel war, weiß ich nicht. Aber vom „Zusammenhalten wie Pech und Schwefel“ war da keine Rede. (Beifall bei der SPÖ.)

Hohes Haus! Lassen Sie mich zusammenfassend feststellen: Jeder, der in diesem Land lebt, und erst recht jeder, der manchmal ins Ausland kommt, wird feststellen, daß Österreich trotz der Negativpropaganda der Volkspartei ein Land mit einer ruhigen und stetigen Aufwärtsentwicklung ist. Jeder, der die politische Szene in diesem Lande verfolgt, wird feststellen, mit welcher Energie die Regierung an der Verwirklichung ihrer Zielsetzungen in diesem Lande und im Interesse der Bevölkerung arbeitet. Jedermann, der die Taktik der Volkspartei beobachtet, Herr Generalsekretär, wird erkennen, daß diese Taktik doch nur darin besteht, Geleistetes zu bagatellisieren, bestehende Schwierigkeiten maßlos zu übertreiben und für die Zukunft Krisen und Dürstnis zu prophezeien, auch um den Preis, daß man regelmäßig widerlegt wird und jedesmal die Glaubwürdigkeit ein kleines oder gar nicht so kleines Stückchen zurückgeht.

Und daß Sie das in selbstkritischen Momenten bereits selbst voll Unbehagen zu registrieren beginnen, dafür habe ich wieder einen sehr unverdächtigen Zeugen, denn der ÖVP-Generalsekretär Kohlmaier hat ja am Parteitag der Volkspartei erklärt: „Es geht nicht an, daß wir, die Volkspartei, den pessimistischen Part übernehmen, warnen, mahnen, immer Böses voraussehen, während die Regierung mit stets ungebrochenem Optimismus von einem Jahr aufs andere“ — „justament“, hört man fast heraus, möchte er sagen — „vorausgesagte Krisen scheinbar mühe los meistert.“

Herr Dr. Kohlmaier! Ich stimme Ihnen vollinhaltlich zu bei Ihrer Einschätzung der Rolle der ÖVP, wobei Sie mir zustimmen müssen, daß sich an dieser Politik seit dem ÖVP-Parteitag überhaupt nichts geändert hat, daß Sie diese Politik unverändert fortsetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und so, Hohes Haus, wird es wohl dabei bleiben, daß die ÖVP weiterhin in regelmäßigen Abständen aus sehr durchsichtigen Grünen Schwarzmalerei betreibt, Fakten nicht zur Kenntnis nimmt, Zahlen nicht zur Kenntnis nimmt und die Regierung weiterhin ihre Arbeit leistet und die von der ÖVP vorausgesagten Krisen meistert.

Meine Damen und Herren! Wenn das weiterhin Ihre Politik ist, weil Ihnen nichts Besseres einfällt, dann sage ich Ihnen: Wir sind mit dieser Arbeitsteilung zwischen Regierung und Opposition zufrieden, weil sie Gewähr

10574

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dr. Heinz Fischer

ist, daß Sie weiter in Opposition bleiben, und weil sie Gewähr ist, daß der österreichischen Bevölkerung Sicherheit und Fortschritt weiter gesichert sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Doktor König gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter DDr. König (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat hier die Behauptung aufgestellt, die UNO-City wäre eine Erfindung der ÖVP gewesen. Herr Bundeskanzler, diese Ihre Behauptung deutet auf bewußte Gedächtnislücken hin. Es scheint, daß Sie sich dieser Ihrer Erfindung heute nicht mehr gern erinnern wollen, und ich darf als unverdächtigen Zeugen für diese meine Behauptung den Rechnungshofbericht hier vortragen, den Sie uns ja freundlicherweise übermittelt haben.

Der Rechnungshof stellt nämlich in seiner Ersuchensprüfung im Kapitel 1, wo er darut, wie es eigentlich zum österreichischen Angebot an die UNO gekommen ist, folgendes fest: „Am 4. Mai 1965 hat der Ministerrat auf Antrag des damaligen Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Bruno Kreisky die Einsetzung eines erweiterten Ministerkomitees zwecks Aktivierung der Möglichkeiten, internationalen Behörden Tagungen oder dem Sitz in Österreich zu ermöglichen, beschlossen. Dieses Komitee, idem der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau und der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten sowie die Landeshauptmänner von Wien und Niederösterreich angehörten, trat erstmals am 1. Feber 1966 zusammen und beschloß, ein Beamtenkomitee einzusetzen und Unterlagen über Konferenzanlagen und Unterbringungsmöglichkeiten für Konferenzteilnehmer aus anderen Ländern einzuholen.“

Das sind die Feststellungen des Rechnungshofes dazu, wer hier der Urheber der Idee war, internationalen Behörden in Österreich Konferenzzentrum und Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. (Abg. Liba: Sie verwechseln Äpfel mit Birnen!) Das stellt der Rechnungshof fest, und das können Sie nicht hinwegdiskutieren.

Und, Herr Bundeskanzler, Sie haben ein Zweites festgestellt. Sie haben wieder die Behauptung aufgestellt, die Regierung Klaus hätte unlimitierte Zusagen gemacht. Hier fällt es mir leicht, Herr Bundeskanzler, den Nachweis zu führen, daß auch diese Behauptung nicht stimmt. Sie selbst haben nämlich gestern, als Sie Ihren Wirtschaftsbericht hier vortrugen, erklärt, daß Sie sich aus Sparmaßnahmen auf jene Leistungen beschränken wollen, welche die Regierung Klaus in völkerrechtlich ver-

bindlicher Weise der UNO zugesagt hat, womit Sie, Herr Bundeskanzler bestätigt haben, daß die Regierung Dr. Klaus sehr wohl in völkerrechtlich verbindlicher Weise ihre Zusagen abgegrenzt hat.

Der Herr Dr. Fischer hat hier von Glaubwürdigkeit gesprochen. Ich frage, Herr Bundeskanzler: Wo bleibt bei solchen Erklärungen Ihre Glaubwürdigkeit? (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Hohes Haus! Ich bekenne mich mit Stolz dazu, daß ich zu jenen gehört habe, die vor vielen Jahren — und zwar unmittelbar nach Abschluß des Staatsvertrages, also vor über 19 Jahren — den Gedanken vertreten habe, daß es für Österreich, für das neutrale Österreich und Wien mit seiner exponierten Lage — die Zukunft Österreichs war damals jedenfalls einigermaßen ungewiß — von großer Bedeutung sein müßte, wenn internationale Organisationen in Österreich domiziliert werden könnten, ähnlich wie das in Genf der Fall war, was Europa betrifft. Ich habe diesen Standpunkt immer vertreten. Auch der damalige Außenminister Figl hat sich hier sehr intensiv eingesetzt. Und als erstes kam es zur Errichtung der Atombehörde in Wien.

Wir haben dann innerhalb der Regierung, der Koalitionsregierung, diesen Gedanken weitergeführt und gemeint, man müsse anderen Institutionen die gleichen Möglichkeiten bieten. Wenn man sich dazu nun bereit erklärt, muß man auch ihnen Angebote machen, die jedenfalls in Konkurrenz mit anderen Staaten akzeptabel sind.

Es ging damals — das sagte ich; die tatsächliche Berichtigung geht also daneben — um die Frage der Unterbringung in solchen Zentren, wie zum Beispiel die Atombehörde, die ihr Konferenzzentrum dort hat, wie es ein Konferenzzentrum in der Hofburg gab. Es gab damals zum Beispiel die Überlegung, ob man die Hofburg als solche für eine solche internationale Organisation zur Verfügung stellen könnte, was anfänglich auch geschehen ist. Aber die Idee, einen eigenen Stadtteil sozusagen zu reservieren, geht, wie Sie eindeutig feststellen können, auf die Regierung Klaus zurück. Hier liegt der Ministerratsantrag vom Februar 1967 vor; dort steht das drinnen: Schaffung eines UNO-Zentrums. — Herr Doktor König, Sie wissen es ohnehin, daher brauchen Sie gar nicht zuhören! Sie wissen es ja besser, Sie haben hier nur etwas anderes gesagt.

Bundeskanzler Dr. Kreisky

In dem Ministerratsantrag vom Februar 1967 — niemand kann bezweifeln, daß das die Zeit der Regierung Klaus war — heißt es: Schaffung eines UN-Zentrums. Und dort wird zum ersten Mal diese Abgrenzung in einem eigenen Bereich vorgenommen. Und der Botschafter Haymerle bestätigt das sogar noch, indem er der UNO am 15. Juni 1967 in seinen Erklärungen in der Gouverneursratsitzung sagte, daß die österreichische Bundesregierung die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten hatte: nämlich zu versuchen, der UNIDO ein Gebäude im Zentrum der Stadt anzubieten mit dem Ergebnis, daß die beiden Organisationen in getrennten Gebäuden untergebracht seien und für ihre Konferenzen das Kongreßzentrum Hofburg benützen — Sie sehen, daß sogar davon die Rede war, obwohl sich dieses bereits jetzt als inadäquat für diese Zwecke erwies —, oder aber ein UN-Zentrum an einer vom Stadtzentrum entfernten Stelle zu schaffen, wo es möglich sein würde, ein Gebäude für die IAEA und die UNIDO zu erreichen wie auch ein großes modernes Konferenzzentrum, wo erforderlichenfalls zusätzliche Gebäude für weitere internationale Organisationen gebaut werden könnten.

Die letztere Lösung gäbe Österreich die Möglichkeit, seine Rolle als neutraler Staat voll zu spielen und würde Wien in die Lage versetzen, seine Funktion als internationales Zentrum zu erfüllen.

Das ist die Tatsache, die leider für die Herren der ÖVP nicht berichtet werden kann, weil sie aktenkundig ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke.

Abgeordneter Dr. Broesigke (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Vergleich mit dem Ausland ist sicher notwendig und zweckmäßig, wer immer ihn anstellt; er darf aber nicht zu dem Zweck angestellt werden, um die Probleme des Inlandes zu bagatellisieren und zu verniedlichen.

Wir finden in der heutigen Debatte das begreifliche Bestreben, je nach Standpunkt des Redners, eine solche Verniedlichung vorzunehmen. Ich glaube, daß man sehr wohl Tabellen darüber vorlegen kann, wo Österreich im Bereich der internationalen Entwicklung liegt, daß man aber diese nicht zu dem Zweck vorlegen darf, um zu beweisen, daß ohnehin alles gut und wunderschön ist und daß die Bemühungen der Regierung als durchaus zufriedenstellend anzusehen sind.

Ebenso ist die Argumentation verlockend, daß der Lebensstandard ja nicht gesunken sei, daß hohen Preissteigerungen entsprechende oder darüber hinausgehende Steigerungen des

Einkommens gegenüberstehen. Es ist aber — sosehr die Meinungen der Volkswirtschaftler voneinander abweichen — doch eine gesicherte Tatsache, daß die Inflation eine Krankheit der Wirtschaft ist, etwa sogar dem Rauschgift vergleichbar, das längere Zeit hindurch vielleicht sogar als angenehm empfunden wird, während es doch seine zerstörenden Wirkungen ausübt.

Daher dürfen uns Vergleiche mit dem Ausland, daher dürfen uns Betrachtungen über die Steigerung des Einkommens nicht davon abhalten, dafür zu sorgen, daß die Inflation mit jenen Möglichkeiten, die im inländischen Bereich zur Verfügung stehen, bekämpft wird.

Hier hat auch der Bericht der Bundesregierung und im speziellen der Bericht des Finanzministeriums für sich in Anspruch genommen, daß das Erforderliche geschehe, und das Finanzministerium stellt sogar wörtlich folgende Behauptung auf:

„Eine der wesentlichsten Ursachen für diesen von der internationalen und nationalen Wirtschaftsforschung anerkannten Erfolg ist zweifellos die Tatsache, daß in den letzten Jahren in ganz besonderem Maße die Budgetpolitik in den Dienst der Stabilitätsbemühungen gestellt wurde.“

Das ist eine Erklärung, die in regelmäßigen Abständen in verschiedenen Varianten immer wiederkehrt, aber darum nicht an Wahrheitsgehalt gewinnt. Die Richtigkeit dieser Behauptung muß auf das entschiedenst bestritten werden, weil doch in den vergangenen Jahren jeweils der Staatshaushalt ein Defizit aufwies, das mit Stabilitätsbemühungen in keiner Weise in Einklang zu bringen war.

Wenn wir daher die Preisentwicklung dieser Jahre feststellen, so ist das nicht, wie auch immer wieder beschönigend gesagt wird — und das ist das dritte Beschönigungsmittel —, eine importierte Inflation, das ist zu einem wesentlichen Teil ja doch eine hausgemachte Inflation. Hausgemacht wurde sie wieder zum wesentlichen Teil von der öffentlichen Hand selbst; zugegeben, nicht nur vom Bund, sondern auch von anderen Gebietskörperschaften, von Ländern, von Gemeinden, die bei der Erstellung ihrer Haushalte genauso wenig wie der Bund auf die erforderlichen Stabilitätsbemühungen Rücksicht genommen haben.

Es ist also das, was in diesem Bericht des Finanzministeriums drinnensteht, schlicht und einfach unrichtig. Wir müssen feststellen, daß es die Regierung im Gegenteil in den vergangenen Jahren an den notwendigen Stabilitätsbemühungen hat fehlen lassen. Sie hat die Sache zu leicht genommen. Vielleicht hat sie

Dr. Broesigke

überhaupt erst im vergangenen Jahr, im Jahr 1973, so richtig erkannt, in welche Schwierigkeiten wir auf diesem Gebiet kommen.

Hand in Hand mit diesen fehlenden Stabilitätsbemühungen steht das, was ich die öffentliche Verschwendungen nennen möchte. Es wird immer wieder das Schlagwort von der öffentlichen Armut gebracht, aber in Wirklichkeit zeigt die praktische Politik, daß zumindest hier in Österreich von einer solchen öffentlichen Armut gar nicht gesprochen werden kann.

Ich erspare mir hier Beispiele zu bringen. In Wirklichkeit ist unser Problem das der öffentlichen Verschwendungen. Hiebei will ich gar nicht sagen, daß die Zwecke, für die diese Verschwendungen eingesetzt wird, in jedem Fall falsche sind. Es ist oft sehr gut gemeint, das sei ohneweiters zugegeben. Aber es fehlt die notwendige Überlegung, ob die öffentliche Hand sich das leisten kann, ob es dem Steuerzahler zuzumuten ist, etwas Derartiges zu finanzieren. Charakteristische Beispiele hiefür sind etwa die jetzt schon mehrfach angeführte UNO-City oder, in einem ganz anderen Bereich, das Wegwerfbuch, auf das man sich soviel zugute tut, das aber in Wirklichkeit ein charakteristisches Merkmal der Verschwendungen ist. Um das kommt man nicht herum.

Im Bereich der UNO-City haben wir gehört, daß es auf Grund der immer wiederkehrenden Vorstellungen und der immer stärker werdenenden Kritik doch gelungen ist, die Bundesregierung davon zu überzeugen, daß es notwendig ist, dieses Projekt zumindestens auf jenen Rahmen zu begrenzen, der durch die internationalen Verpflichtungen, die Österreich übernommen hat, vorgezeichnet ist. Wir würden hoffen, daß man auch auf anderen Gebieten langsam merkt, daß das Zeitalter der Verschwendungen zu Ende geht und daß es, wenn man nicht über die 10-Prozent-Marke hinauskommen will, nun endlich Zeit wäre, im Bereich der öffentlichen Hand mit dem Sparen und der Reduktion der Ausgaben zu beginnen. Es gäbe ein weites Feld für Sparmaßnahmen, nicht nur die, die in der Regierungserklärung aufgezählt sind.

Die Dreiteilung des Budgets, die für das heurige Jahr vorgenommen wird, in Grundbudget, Stabilisierungsquote und Konjunkturbelebungsbudget ist in diesem Lichte ja doch wohl schon insofern obsolet geworden, als wir doch hoffen, daß der Bund nicht daran denkt, nun die Stabilisierungsquote einzusetzen. Wir hoffen, daß auch die Länder — wenn sie schon nichts darüber hinaus tun — und die großen Gemeinden diesem Beispiel folgen.

Wenn wir auf die Liste der Länder zu sprechen kommen, so stellen wir fest, daß die

Bundesrepublik Deutschland eine wesentlich geringere Geldentwertungsquote aufweist als wir. Es ist dort der sozial-liberalen Koalition gelungen, durch entsprechende Maßnahmen tatsächlich einen wesentlich besseren Effekt zu erzielen, als es etwa in Österreich der Fall ist. Das ist allerdings nicht nur auf die verschiedene Struktur beider Länder zurückzuführen. Ich würde empfehlen, einmal die beiderseitigen Maßnahmen zu vergleichen, ob nicht doch ein Unterschied besteht. Daran anknüpfend wäre dann die Frage zu richten — und nur im Lichte dieser Frage hat die heutige Debatte eigentlich einen Sinn —: Was soll denn in der Zukunft geschehen?

Es geht jetzt nicht darum, ununterbrochen vorzurechnen, wieviel Prozent in der Regierung Klaus und wieviel Prozent bisher in der Regierung Kreisky und was die eine Partei geleistet und versprochen hat und die andere versprochen und geleistet hat, sondern es geht darum: Was soll in der augenblicklichen Lage geschehen, damit die 10-Prozent-Marke nicht überschritten wird? Das ist die Problemstellung. (Beifall bei der FPÖ.)

Nun hat die Bundesregierung hier einen ein- samen Entschluß gefaßt und einen ganz eigen- tümlichen Versuch gemacht, der offenbar als Beitrag zur Stabilisierung betrachtet wird. Man hat eine Aufwertung der österreichischen Währung vorgenommen oder, wenn dieses Wort nicht gerne gehört wird, man hat eine Manipulation mit der Parität des Schillings vorgenommen.

Man muß dazu doch einiges sagen. Es ist zweifellos das Wünschenswerteste, wenn die Paritäten der Währungen so gewählt sind, daß sie ungefähr der Kaufkraft in den betreffenden Ländern entsprechen. Insofern sind die beiden letzten Aufwertungen, die außerdem auf Ereignisse im Ausland zurückzuführen sind oder doch dadurch veranlaßt wurden, durchaus verständlich. Man kann aber nicht behaupten, daß jetzt die österreichische Währung noch unterbewertet war; sie war es höchstens gegenüber dem einen oder anderen Land, und ich möchte nun sehr bezweifeln, ob die Maßnahme (Abg. Meltér: *Die Regierung hat eine Erklärung abgegeben, tut aber nichts!*), die hier getroffen wurde, erreichen kann, daß die Parität bei den Ländern, wo sie nicht der Kaufkraft entsprochen hat, entsprechend angeglichen wird und bei allen anderen Ländern gleichbleibt beziehungsweise das so funktioniert, daß überall die Parität der Kaufkraft entspricht. Ich glaube, das ist eine Problematik, die so gar nicht zu lösen ist.

Wenn man also die Schlange, die da im Tunnel lebt, in ihrer Bewegungsfreiheit verbessern wollte, so war, wie ich glaube, das

Dr. Broesigke

Mittel, das man hier gefunden hat, nicht sehr geeignet und darüber hinaus höchst gefährlich. Denn wer garantiert, daß die vielleicht bessere Verbesserung bei den Importpreisen dann auch tatsächlich weitergegeben wird, und wer garantiert, daß aus dieser Maßnahme für Fremdenverkehr und Export kein Nachteil entsteht?

Ich möchte also diese Maßnahme der Bundesregierung als höchst zweifelhaft und problematisch ansehen und glaube, es wird sich in Kürze herausstellen, daß das nicht so zweckmäßig war, wie man es vielleicht heute darstellt.

Nun noch ein Wort zu einigen Steuerfragen. Ich muß dem Herrn Abgeordneten Dr. Schleiner insofern recht geben, als er gesagt hat, daß der Zeitpunkt der Einführung der Mehrwertsteuer falsch war. Aber er war deshalb falsch, weil sie viel zu spät eingeführt wurde! Sie hätte nämlich schon ein, zwei oder vielleicht drei Jahre früher eingeführt werden müssen, wie es sich die ÖVP-Regierung auch vorgenommen hatte.

Wenn wir uns die Entwicklung seit dem Einführungszeitpunkt, also seit 1. Jänner 1973, vor Augen halten, müssen wir feststellen, daß dieses Datum eigentlich überhaupt die letzte Möglichkeit gewesen ist, diese notwendige Umstellung bei der Umsatzsteuer durchzuführen. Denn wenn wir uns die seitherige Entwicklung auf dem Preissektor vor Augen halten, müssen wir doch sagen, zum 1. 1. 1974 oder zum 1. 1. 1975 ginge es nicht mehr. (Abg. Dr. Zittmayr: Bei dieser Wirtschaftspolitik ist das eh klar!) Ja, Herr Kollege Dr. Zittmayr, Sie hätten schon seinerzeit diese Umstellung durchführen müssen und können jetzt nicht Kritik daran üben, daß das dann gemacht worden ist, was Sie versäumt hatten. (Abg. Skritek: Die ÖVP hat keinen Mut gehabt! Untereinander nicht einig!)

Mit 1. Jänner 1968 wurde die Mehrwertsteuer in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt. Es ist also verständlich, daß man sich die Erfahrungen mit der Umstellung anschauen wollte. Dazu wäre das Jahr 1968 über Zeit gewesen, und tatsächlich gab es ja einen Experten des Finanzministeriums, der nur damit befaßt gewesen ist, sich das anzusehen und die entsprechenden Maßnahmen vorzubereiten.

Es wäre also möglich gewesen, zum 1. 1. 1970 die Umstellung vorzunehmen. (Abg. Dr. Zittmayr: Das war vor einer Wahl! — Heiterkeit bei FPÖ und SPÖ.) Herr Dr. Zittmayr, es ist nicht sachlich, wenn Sie sagen: „vor einer Wahl“. Ganz abgesehen davon, daß es ja noch die Möglichkeit gegeben

hätte ... (Abg. Dr. Kohlmaier zur SPÖ: Habt ihr es vor einer Wahl gemacht? — Abg. Meißl zur ÖVP: Eure Maßnahmen sind eben nur von wahlaktischen Gründen bestimmt!) Sie geben ja jetzt offen zu, daß es nur wahlaktische Gründe waren. (Abg. Dr. Zittmayr: Nein!) Sicher, denn Ihre Antwort war: Vor einer Wahl werden wir das nicht machen! Sie haben in der Debatte über die ganze Frage doch immer ... (Abg. Dr. Zittmayr: Sind nach eurem Dafürhalten die 16 Prozent Mehrwertsteuer richtig oder nicht?) Ob die 16 Prozent richtig sind? (Abg. Dr. Kohlmaier: Nur darum geht es!) Moment! Es ging um zwei Sachen:

Es ging um den Einführungszeitpunkt. Ich habe jetzt zum Einführungszeitpunkt etwas gesagt. Nach der beliebten Methode, Herr Kollege Dr. Zittmayr: Reden wir von etwas anderem!, fragen Sie jetzt: Ist der Steuersatz richtig? — Ich kann Ihnen auch dazu etwas sagen. Ob der Steuersatz richtig ist, wird man in verhältnismäßig kurzer Zeit durch einen Vergleich feststellen können. Für den Fall, daß sich herausstellt, daß hier eine Differenz besteht, brauche ich doch Ihnen nicht zu sagen, daß wir eine ganze Reihe von Wünschen auf dem Gebiet der Umsatzsteuer haben. Aber was man wahrscheinlich nicht machen wird können, das ist, etwa ein halbes oder 1 Prozent Differenz, wenn es der Fall wäre, für andere Sachen zu verteilen, und Sie kommen dann — ich wahrscheinlich auch — und sagen, im Interesse der Landwirtschaft müßten die Dungemittel den halben Steuersatz bekommen und dergleichen mehr. Also irgendwelche rechnerische Überlegungen muß man, wenn man vom Prozentsatz spricht, schon anstellen.

Vor allem muß man versuchen, einen Vergleich zwischen der alten und neuen Umsatzsteuer zu finden, was ja nicht in der Form geschehen kann, daß man die Rubrik Umsatzsteuer des Budgets in den beiden Jahren vergleicht, denn einen Rechenstempel und auch eine Beförderungssteuer gibt es ebenfalls. Also so einfach, daß man hier die Dinge einander gegenüberstellt, kann man es sich nicht machen.

Ich glaube also, es ist als positiv zu beurteilen, daß zum 1. 1. 1973 diese Umstellung auf dem Gebiet des Umsatzsteuersystems erfolgte.

Nun zur Einkommensteuer. Auf dem Gebiet der Einkommensteuer stellen wir fest, daß ein sichtliches Bestreben darauf gerichtet ist, nivellierende Maßnahmen zu setzen, die Progression zu verschärfen. Das war insbesondere die Umstellung von Steuerfreibeträgen auf Steuerabsetzbeträge, was sich natürlich progressionsverschärfend ausgewirkt hat. Wenn

10578

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dr. Broesigke

der Finanzminister bereit und entschlossen wäre, die Progression wirklich entscheidend zu mildern, so wäre dies zweifellos von untergeordneter Bedeutung. Nach dem aber, was bisher geschehen ist, und nach dem, was angeblich beabsichtigt ist, müssen wir wohl bezweifeln, ob das so ist.

Nun noch ein Wort zum Gebühren gesetz. Ich will momentan gar keine Schätzungen darüber anstellen, welche ziffernmäßigen Veränderungen sich durch das neue Gebühren gesetz ergeben würden, wenn es so Gesetz würde, wie es im Entwurf des Finanzministeriums enthalten ist.

Viel schwerwiegender als die Frage, wie viel Mehrerträge es gibt, ist die Behinderung der Rechtssicherheit durch dieses altertümliche System der Besteuerung. Denn eine Unzahl von Vereinbarungen wird nicht schriftlich gemacht, um Gebühren zu ersparen, eine Unzahl von Vereinbarungen wird — das weiß jeder Praktiker, weil ihm das immer wieder gezeigt wird — nur lückenhaft gemacht, oder manchmal stimmt auch gar nicht, was drinnen steht, wollen wir das auch sagen, nur wegen der Gebührenfrage.

Mit den Erträgen, Herr Bundesminister, die das Bundesministerium für Finanzen, die der Staat aus den Gebühren zieht, ist das Manko an Rechtssicherheit, das dadurch entsteht, viel zu teuer bezahlt.

Es ist bei den Gebühren ja ein Doppeltes: Auf der einen Seite sind die Eingabengebühren, wenn jemand vom Staat etwas will, wenn er einen Antrag stellt. Wenn man bei Gericht eine Eingabe macht, wird eine Gerichtsgebühr verlangt. Das ist, ich würde sagen, ohneweiters verständlich, obwohl ich daran erinnern darf, daß es eine Zeit gegeben hat, in der auch das nicht gebührenpflichtig gewesen ist.

Wovon ich spreche, was die Rechtssicherheit beeinträchtigt, das sind die Rechtsgebühren. Bei den Rechtsgebühren ist der Aufwand auch sehr beträchtlich, und ich möchte bezweifeln, ob nicht, wenn man eine volkswirtschaftliche Rechnung aufstellt, nämlich auf der einen Seite den Schaden, der durch das Gebührensystem an Rechtssicherheit und der gleichen entsteht, und den Aufwand, um die Gebühren festzustellen, und auf der anderen Seite den Nutzen, der sich daraus ergibt, der Schaden durch das Gebührensystem größer ist als der Nutzen, der dabei herauskommt. Das Bundesministerium für Finanzen sollte daher überlegen, ob es nicht reichlich an der Zeit ist, das Gebühren gesetz überhaupt zu streichen.

Es hat bekanntlich das Gebühren gesetz bis zum 1. Jänner 1939 in der alten Form gegeben, dann kam das deutsche Urkundensteuergesetz, das wurde dann aufgehoben, und dann hat es eine Zeit gegeben von 1943 bis 1946, in welcher keine Gebühren verlangt wurden. Vielleicht wäre heute doch langsam die Zeit gekommen, in der man zumindest die Rechtsgebühren, die Ihnen gar nicht soviel bringen, wie es den Anschein hat, aufheben könnte.

Das wäre ein Beitrag zur Verwaltungsreform. Das ist etwas, was ich in dem ganzen Bericht überhaupt nicht gefunden habe, aber vielleicht habe ich es überlesen, denn es waren ein bissel viel Seiten, die uns da über Nacht vorgelegt worden sind. Das wäre ein echter Beitrag zur Verwaltungsreform und würde für den österreichischen Staatsbürger eine wesentliche Erleichterung mit sich bringen.

Zum Abschluß möchte ich sagen, daß dieser Bericht der Bundesregierung zwar sehr lang und sehr umfangreich ist, daß er aber die wesentlichsten Fragen offenläßt, die Fragen nämlich, die darin bestehen: Wie soll es weitergehen, und was beabsichtigt nun die österreichische Bundesregierung zu tun? Will sie nach dem derzeitigen Muster weiterwursteln oder will sie vielleicht doch endgültig daran gehen, die Inflation zu bekämpfen? Diese Fragestellung ist nach dem Bericht noch durchaus offen. (Beifall bei der FPO.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Sallinger.

Abgeordneter Ing. Sallinger (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will mich bei dieser heutigen Debatte nicht mit einem fremden Parteitag beschäftigen und auch nicht damit, wie lange die eine oder andere Partei an der Regierung beziehungsweise in der Opposition sein wird. Ich glaube, das wird einzig und allein der Wähler entscheiden.

Ich habe heute dieser Diskussion sehr genau zugehört und sie auch verglichen mit den Diskussionen in den Jahren 1966 bis 1970. Die Standpunkte haben sich wesentlich geändert und verkehrt. Wir haben im Jahre 1970 die Mehrheit verloren, wir haben daraus etwas gelernt, und nun scheinen Sie daran zu sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die 177 Seiten umfassende Beilage zu den Erklärungen des Bundeskanzlers und des Finanzministers hat ungezählte Einzelheiten und auch Nebensächlichkeiten gebracht und enthält natürlich in einer Zeit wie der gegen-

Ing. Sallinger

wärtigen, die eine Konjunkturzeit genannt werden kann, auch positive Zahlen und Steigerungsraten in verschiedenen Bereichen.

Dieser Wirtschaftsbericht wird allerdings von einer Entwicklung überschattet, die alle anderen Probleme zweitrangig werden läßt. Von Monat zu Monat müssen wir steigende Teuerungsraten registrieren, ohne daß auch nur im geringsten eine Beruhigung auf dem Preis- und auf dem Kostensektor abzusehen ist. Ich will aber damit nicht sagen, daß in einer expandierenden Wirtschaft Löhne, Gehälter und Preise gleich bleiben müssen. Auch Tarife können steigen, aber nicht sprunghaft, sondern in verschiedenen Etappen.

Ich möchte aber sehr klar zum Ausdruck bringen, daß hier maßgehalten werden soll und daß eine gleiche Behandlung aller dieser Bereiche möglich sein muß. Ich will auch deutlich sagen, daß mit dem zurzeit praktizierten politischen Stil eine wirksame Stabilisierungspolitik nicht möglich ist. Es ist offenbar nicht aufzuhalten, daß von Jahr zu Jahr immer höhere Budgetsummen erstellt werden, es gelingt offensichtlich nicht, in der Hochkonjunktur die Bundesschulden der öffentlichen Hand abzubauen, und es scheint auch aussichtslos zu sein, eine Stabilitätspolitische Koordinierung der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden herbeizuführen. Auch in der Geldpolitik sieht es so aus, als müßten restriktive Maßnahmen zu spät kommen.

Der Herr Finanzminister hat in seinem Bericht erklärt, daß es die vordringlichste Aufgabe der Bundesregierung ist und bleibt, in ihrer Wirtschaftspolitik ein Zusammenarbeiten mit den Interessenvertretungen aufrechtzuhalten, und er sagte auch dazu, nur so könne ein günstiges Wirtschaftsklima gesichert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tatsächlich aber häufen sich die Alleingänge der Regierung in wesentlichen wirtschaftspolitischen Fragen, wie zuletzt bei der Schillingaufwertung oder — es wurde heute schon gesagt — Schillingmanipulierung. Hier sind besonders Fremdenverkehr und Export betroffen, wo mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen ist.

Herr Dr. Fischer hat sich heute auch damit befaßt, daß von der ÖVP-Seite aus die Arbeitslosen ins Spiel gebracht werden, um eine Stabilisierungspolitik zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich schon immer und besonders in den letzten Tagen dafür ausgesprochen, eine volle Beschäftigung unserer österreichischen Menschen zu haben, und ich habe auch den

Vorrang der österreichischen Arbeiter und Angestellten als eine Selbstverständlichkeit betrachtet. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe mich aber auch, meine Damen und Herren, gegen eine Überbeschäftigung gewandt, die ein permanent inflationäres Klima schafft. Obwohl unsere Wirtschaft gegenwärtig nur mit einer steigenden Anzahl von ausländischen Arbeitskräften aufrechterhalten werden kann, wird keine Gelegenheit versäumt, zu versichern, daß die Vollbeschäftigung Vorrang hat. Jeder, der die eindeutige Überbeschäftigung sachlich kritisiert, wird den Vorwurf einstecken müssen, daß er die Inflation durch eine Arbeitslosigkeit bekämpfen will.

Ich habe es schon öfters hier gesagt und sage es noch einmal sehr deutlich, daß die Arbeitsplätze in der Wirtschaft dem Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer genauso am Herzen liegen wie dem Präsidenten des Gewerkschaftsbundes oder der Regierung. (Beifall bei der ÖVP.)

Die grundlegenden Unterschiede zwischen einer Überhitzung des Arbeitsmarktes, zwischen Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit werden bei solchen Vorwürfen aber nicht erwähnt. Eine Vollbeschäftigungspolitik, die auf einer inflationären Nachfragevermehrung beruht, ist auf die Dauer gefährlich. Erst vor wenigen Tagen hat Professor Hayek in einem Vortrag an der Universität gesagt: „Je länger die Inflation andauert, desto größer ist der Anteil an Arbeitsplätzen, die nur durch das Anhalten der Inflation gesichert sind.“ Im Zuge der Inflation würde die Zahl jener Betriebe immer größer, die in ihrer Existenz gefährdet sind, weil sie sich nur auf Grund von inflationistischen Scheingewinnen aufrecht halten. Eine bewußte Überbeschäftigungspolitik der Regierung läßt vermuten, daß sie sich eine echte oder eine andere Arbeitsplatzsicherung nicht vorstellen kann. Anders ist die oft wiederholte Erklärung von Regierungsmitgliedern nicht zu deuten, die Inflation sei der Preis für die Vollbeschäftigung.

Eine gewisse Nachfragebeschränkung, ohne die die gegenwärtigen Stabilisierungsbestrebungen sicher nicht sehr wirkungsvoll sein würden, hätte zur Folge, daß da und dort einmal Arbeitsplätze bedroht werden könnten. Das aber fällt in die Überbeschäftigung; und es gibt auch die Möglichkeit, die Mittel des Arbeitsmarktförderungsgesetzes durch die Regierung einzusetzen, die ja zur Verfügung stehen und die schon 1974 mit 600 Millionen Schilling dotiert worden sind.

10580

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Ing. Sallinger

Wenn also die Regierung diese Arbeitsmarktförderungsmittel zur Absicherung von restriktiven Maßnahmen einsetzen würde, könnte sie auf die Überbeschäftigungspolitik verzichten. Ich glaube — das möchte ich auch sehr deutlich sagen —, hier sollte ein Gespräch im Rahmen der Stabilisierungspolitik zwischen der Regierung, zwischen den Parteien und auch den Sozialpartnern geführt werden.

Es ist heute schon von den Sozialpartnern gesprochen worden, und es ist auch der Mut angesprochen worden, ob nämlich eine Partei oder ob eine Person auch hier etwas Positives sagen kann. Ich glaube, das habe ich öfter schon getan. Im Rahmen der Sozialpartnerschaft haben wir das sehr oft getan. Ich glaube, das ist auch das Geheimnis des Erfolges dieser Partnerschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das größte Hindernis für eine echte Inflationsbekämpfung ist meiner Meinung nach in einer vollbeschäftigen Wirtschaft nicht in der Sicherung der Arbeitsplätze zu sehen, sondern im Hang zu einer Verteilungsdemokratie, die das politische Leben immer mehr bestimmt. Dauernd werden neue Versprechungen gemacht, hinter denen zum Teil kaum mehr edte Anliegen der Bevölkerung stehen. Ich bin nämlich der Meinung, Politik darf sich nicht darauf beschränken, Forderungen aufzustellen oder neue Wahlversprechen zu erfinden, sondern Politik hat sich meiner Meinung nach zu bemühen, bessere Problemlösungen anzubieten, um die Zukunft zu sichern.

Der Herr Finanzminister hat zwar wiederholt erklärt, wenn man mehr öffentliche Leistungen will, müsse auch der Staatsanteil und die Steuerleistung wachsen. Niemand hat aber, so glaube ich, in dieser Zeit den Wähler gefragt, ob er wirklich mehr vom Staat will. Ich glaube vielmehr, daß die Bevölkerung auf manche staatliche Leistung verzichten würde, wenn dafür weniger Steuer zu zahlen wäre. Daran ändern auch periodische Steuernsenkungen nichts, die nur das inflationsbedingte Ansteigen der Steuern mildern.

Der Finanzminister behauptet in seinem Bericht, daß gut gewirtschaftet worden sei, weil wir die Steuern senken könnten. Er müßte aber viel richtiger sagen: Weil die inflationsbedingte Steuerlast untragbar geworden ist, müssen wir die Steuern senken. Man kann natürlich nicht erwarten, daß der Wähler zu Vorschlägen, die ihm Vorteile auf Kosten der Allgemeinheit bringen, nein sagt. Ich glaube, die geheimen Verführer sind heute viel eher in der Politik als in der Wirtschaft zu suchen. (Zustimmung bei der ÖVP.) Das Wecken von

Begierlichkeiten, die zu großen Ausgaben führen, ist immer mehr zum Bestandteil einer politischen Taktik geworden.

Die Konsequenzen einer solchen Politik werden aber wesentlich zurückgehalten. So wird behauptet, nicht die zunehmende Ausgabenpolitik des Staates sei schuld an der Inflation, sondern die marktwirtschaftliche Ordnung, das marktwirtschaftliche System versage. Nicht die ständige Überforderung der Wirtschaft führe zu einem Preisauftrieb, sondern die Politik der Unternehmer sei daran schuld. Nicht die steigende Kostenbelastung wirke sich in den Preisen aus, sondern die Eingriffsmöglichkeiten der Regierung in die Preisbildung seien unzulänglich.

Meine Damen und Herren! Diese Erklärungen, diese Behauptungen und diese Ausreden sind deshalb nicht ungefährlich, weil sie die Tendenz gewisser politischer Gruppen zeigen, die die marktwirtschaftliche Ordnung für alle Mißstände verantwortlich machen. Sie gelten auch als Begründung für die Forderungen nach mehr Staat, nach mehr Dirigismus und nach mehr planwirtschaftlichen Eingriffen.

Die freie Marktwirtschaft muß von uns verteidigt werden, denn sie ist eine der wesentlichen Fundamente der Demokratie des Westens. Das heißt, Demokratie bedeutet nicht nur, daß die Bevölkerung ihre Regierung frei wählen kann, sondern Demokratie bedeutet auch Meinungsfreiheit, freie Arbeitsplatzwahl und freie Unternehmerentscheidungen.

Meine Damen und Herren! Die Überbetonung und die Überbewertung der amtlichen Preisregelung als Instrument der Inflationsbekämpfung ist für mich ein deutlicher Ausdruck dafür, daß man dem Funktionieren der marktwirtschaftlichen Ordnung mißtraut. Sicherlich sind preispolitische Eingriffe dort notwendig, wo der freie Wettbewerb mangelfhaft ist oder versagt. (Abg. Dr. Mussi: Herr Tull, setzen Sie sich!) Aber Preispolizei kann den Wettbewerb nicht ersetzen. (Abg. Doktor Tull: Wo sind wir denn? Wir sind in keiner Schule! So weit wird es noch kommen, wenn der Sallinger spricht, daß alle dasitzen!)

Wenn aber die laufenden Kostensteigerungen und die Übernachfrage die Ursachen für Preiserhöhungen sind, so wird eine wirkungsvolle Stabilisierungspolitik nur an diesen Wurzeln ansetzen können und nicht mit preispolitischen Maßnahmen gemacht werden. (Abg. Dr. Tull, auf Abg. Dr. Mussi hinweisend: Der muß in der Bundeswirtschaftskammer ein schönes Regiment führen!)

Meine Damen und Herren! Aus der Praxis kann ich Ihnen sagen, daß schon die bestehenden preispolitischen Eingriffe von der amt-

Ing. Sallinger

lichen Preisregelung bis zur freiwilligen Preiskontrolle unseren Unternehmungen große Schwierigkeiten machen. Gehen wir das vielleicht einmal der Reihe nach durch, wie sich das wirklich abspielt:

Schon im Preisuntermässchuss und auch im der Paritätischen Kommission werden die Unterlagen, welche die Firmen zur Verfügung stellen, sehr genau geprüft. Sowohl die Arbeiterkammer als auch der Gewerkschaftsbund haben junge, tüchtige Leute, die diese Unterlagen genau kontrollieren. Hier werden dann, auch wenn die Preise belegt sind, noch Prozentsätze abgerissen. Ich glaube, das ist schon das erste Preisstabilisierungsober, das die Firmen bringen.

Herr Dr. Tull hat heute gesagt, daß 850 Anträge auf Preiserhöhung eingebracht wurden. Ich weiß nicht, ob es 850 oder mehr oder weniger waren. Jedenfalls sind sie von den Leuten der Arbeiterkammer — ich habe es schon gesagt — und des Gewerkschaftsbundes genau geprüft worden, und wenn sie durchgegangen sind, dann ist es einstimmig gewesen.

Meine Damen und Herren! Noch etwas: Ich stehe selber von früh am Morgen bis spät am Abend im Betrieb und ich darf Ihnen als Praktiker sagen, daß diese theoretischen Vorstellungen, die man sich manches Mal macht, mit der Wirklichkeit in einem lebendigen Betrieb nicht zusammenpassen und nicht übereinstimmen.

Wir haben Kollektivvertragsverhandlungen, Rohstoffpreiserhöhungen, Tarife und Gebühren, wir haben innerbetriebliche Lohnerhöhungen, die gar nicht so klein sind, nur scheinen sie nicht auf und kommen nicht in die Öffentlichkeit. Ich könnte einige Preise heranziehen, die besonders öffentliche oder sagen wir politische Preise gewesen sind. Wir haben Jubiläumsgeschenke, freiwillige Zuwendungen, die gemacht werden. Das alles wird da oder dort einmal sehr freundlich vorgebracht, dann einmal unter einem gewissen Druck. Bezahlte muß aber alles werden und muß auf jeden Fall werden, und auch das, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht in die Preise, geht in die Kosten, und auch das müssen wir der Öffentlichkeit einmal sagen, damit nicht nur ohne nachzudenken immer der Wirtschaft die Schuld zugeschrieben wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Steigende Löhne, steigende Rohstoffpreise, steigende Energiekosten und die zunehmende Besteuerung — das möchte ich jetzt sagen; Sie werden es vielleicht nicht glauben — sind in manchen Preisen einfach nicht mehr unterzubringen, und es gibt viele Firmen, die unter

diesen Preisen auch verkaufen müssen. Die Erledigung, die manchmal sehr langsam geht, hat so manchen Betrieb in größere Schwierigkeiten gebracht.

Natürlich ist es möglich, zumindest kurzfristig, mit Hilfe noch schärferer Preisvorschriften Preiserhöhungen zu unterbinden. Man kann aber heute Gott sei Dank noch keinen Unternehmer dazu zwingen, daß er seine Ware mit einem dauernden Verlust bis zum Konkurs seines Unternehmens verkaufen muß.

Stabilisierungspolitik kann man auch nicht allein damit machen, daß man eine „Rute im Fenster“ hat oder da und dort Zensuren ausstellt. Es gibt nicht, wie ich meine, ausschließlich nur gute Tariferhöhungen und durchaus nur überhöhte Handelsspannen. Man sollte in der Stabilisierungsdiskussion weniger mit Lob und Tadel als vielmehr wieder mit wirtschaftlichen Begriffen und Begründungen operieren. Man sollte versuchen, wirklich objektiv festzustellen, worin die Ursachen dieser Preiserhöhung wirklich liegen.

Beim Einsatz preispolitischer Maßnahmen müßte es einen Unterschied ausmachen, ob Preise auf Grund der Kostensituation, auf Grund einer Nachfrageüberhitzung oder auf Grund einer Marktstellung des Unternehmens steigen. Auf jeden Fall aber müßte unumstritten bleiben, daß es in unserer Wirtschaftsordnung in erster Linie der Wettbewerb sein soll, der für die Preisbestimmung bestimmt ist. Nur dort, wo der Wettbewerb als Preisregulator versagt, sind preispolitische Maßnahmen am Platz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die kürzlich beschlossene Anhebung der Haben-Zinsen war sicherlich angesichts der hohen Inflationsrate ein Versuch, den Sparwillen zu heben oder vielleicht nicht noch mehr zu gefährden. Auf der anderen Seite wird allerdings die Wirtschaft durch die damit verbundenen Kreditkostenerhöhungen empfindlich getroffen. Vor allem für unsere kleinen und für unsere mittleren Betriebe, die ja schon die Kreditrestriktionen am härtesten zu spüren bekamen, bedeutet diese Maßnahme neuerlich eine schwere Belastung. Ich glaube, man sollte durch eine bessere Dotierung der gefährdeten Kredite einen gewissen Ausgleich für diese neuerliche Kostensteigerung schaffen.

Die Erhöhung der Kreditkosten wirkt sicherlich auf längere Sicht restriktiv. Was sich allerdings sofort inflationär ausweitet, ist die zusätzliche Kostenbelastung durch höhere Kreditzinsen. Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit, in welches Dilemma die Zinspolitik

10582

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Ing. Sallinger

kommt, wenn die Inflationsraten so hoch über dem Haben-Zins liegen, wie dies in Österreich der Fall war.

Hohes Haus! Wenn wir uns in den nächsten Tagen zusammensetzen und über die Stabilisierungsphase IV zu beraten haben, so werden, wie ich finde, diese Gespräche durch die der Regierung einseitig getroffenen Maßnahmen — insbesondere die Schilling-Aufwertung — belastet sein. Man kann auf der einen Seite nicht verlangen, daß die Opposition und die Sozialpartner in der Stabilisierungspolitik mitarbeiten und auch Verantwortung übernehmen, auf der anderen Seite aber einseitig, um nicht zu sagen eigenmächtig Maßnahmen treffen, von denen man genau weiß, daß sie von einem Teil der Verhandlungspartner mit guten Gründen abgelehnt werden.

Man hat den Sozialpartnern wiederholt vorgeworfen, daß sie Vereinbarungen treffen, die andere Gruppen belasten, obwohl, wie ich meine, in den Sozialpartnerverhandlungen immer Lösungen im Sinne des Gemeinwohles angestrebt wurden.

Wir stehen nun vor der Situation, daß die Regierung einseitige Maßnahmen trifft, welche die Zusammenarbeit in der Stabilisierungspolitik gefährden. Die Regierung wird sich in Hinkunft entscheiden müssen, welchen Weg sie gehen will: Will sie das Inflationsproblem im Alleingang — dann allerdings auch in alleiniger und ausschließlicher Verantwortung — in Angriff nehmen oder will sie die Zusammenarbeit aller maßgebenden Gruppen? Der zweite Weg scheint mir allein der gute Weg, der realistische Weg zu sein, wenn man nicht nur Alibi-Maßnahmen anstrebt, sondern echte Stabilisierungseffekte erzielen will. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort kommt Abgeordneter Erich Hofstetter.

Abgeordneter Erich Hofstetter (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Präsident Sallinger hat einige Probleme erörtert, unter anderem auch die steigenden Kosten. Ich habe nur vermißt, daß er auch die steigende Produktivität bei den Verhandlungen bei Kosten erhöhungen erwähnt hätte. Das ist eine der Ursachen, meine Damen und Herren (Abg. Dr. Mussi l: ... viel radikaler!), wenn die Frage der bestehenden Maßnahmen zur Diskussion steht, welche die Regierung angeblich haben soll, wie der Herr Bundesparteiobmann Schleinzer erklärte, die vollauf genügen, um undiszipliniertes Verhalten einzelner — und ich betone das! — zur Räson zu bringen. Das genügt eben nicht.

Deshalb begrüßen wir auch die Vorlage beziehungsweise den Gesetzesentwurf des Herrn Handelsministers. (Zwischenruf des Abg. Dr. Mussi l.)

Der Streit in der Paritätischen Unterkommission, der Preiskommission, liegt ja darin, daß einzelne Firmen nicht glauben, genau dieselben Verpflichtungen zu haben wie ein Großteil der Firmen, die ordnungsgemäß jene Unterlagen zur Verfügung stellen, die erforderlich sind, um einen Einblick zu erhalten. Das ist das eine.

Dann wurde von dauernden Versprechungen gesprochen, die von Politikern gemacht werden. Ich meine, der Ausdruck „dauernde Versprechungen“ kann ja nur die Österreichische Volkspartei angehen. Wir machen sie nicht.

Was die Regierung macht und was hier die Mehrheitspartei macht, ist nichts anderes als die Versprechungen, die im Regierungsprogramm vom Jahre 1970 festgelegt wurden, das heißt, die Realisierung und die Verwirklichung des Regierungsprogramms, durchzuführen. Aber wenn Versprechungen gemacht wurden, deren Erfüllung, wie wir heute hören, etwa 19,2 Milliarden Schilling ausmacht, dann muß man sich schon fragen, ob das die Politik ist. (Abg. Dr. K e i m e l: Legen Sie doch die Rechnung einmal her!)

Dr. Koren hat zur allgemeinen österreichischen Wirtschaftspolitik Aussagen gemacht. Ich glaube, wir alle sind uns darüber einig, daß der Wirtschaft eine ganz entscheidende Rolle auf vielen Gebieten zukommt. Eine florierende Wirtschaft ist die Basis für den sozialen Fortschritt. Eine moderne, konkurrenzfähige Wirtschaft macht den steigenden Lebensstandard möglich. Eine moderne, konkurrenzfähige Wirtschaft macht es dem einzelnen möglich, durch seine Leistung in dieser Wirtschaft den persönlichen Aufstieg zu sichern. Eine gute, solide Wirtschaft macht es möglich, sachlich zu verhandeln, ohne Hektik, ohne die scharfen Formulierungen und Aktio-nen, die stets nur von Krisenzeiten ausgelöst werden.

Deshalb haben wir als Gewerkschafter immer die Frage der Vollbeschäftigung als vorrangig für uns bezeichnet.

Meine Damen und Herren! Seit vier Jahren hat Österreich eine sozialistische Regierung. Seit diesem Zeitpunkt wird in Österreich positive Wirtschaftspolitik gemacht. Als diese Regierung ihr Amt angetreten hat, wurde von der Opposition immer wieder vorhergesagt, daß die sozialistische Politik scheitern werde

Erich Hofstetter

und daß dies besonders deutlich auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen werde.

Es ist daher nur recht und billig, wenn man diesen düsteren Prognosen der Opposition — das steht ihr zu — die tatsächliche Entwicklung gegenüberstellt. Österreich hat in den letzten ... (Abg. Dr. K e i m e l: *OECD-Bericht!*) Gerade Sie haben es notwendig! Der OECD-Bericht war immer positiv bezüglich der Entwicklung. (Abg. Dr. K e i m e l: *Die Warnungen zum Budget 1974 haben Sie nicht gelesen?*) Nicht zuletzt hat Österreich auch den goldenen Wirtschafts-Oscar bekommen. Das bekommt man nicht umsonst! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. K e i m e l: Die Wirtschaft von Österreich, nicht die Wirtschaftspolitik! — Abg. Dr. M u s s i l: Der disziplinierte Handel hat ihn bekommen!*)

Österreich hat in den letzten vier Jahren ein Wirtschaftswachstum erreicht, wie es seit der unmittelbaren Wiederaufbauzeit nach dem Zweiten Weltkrieg in keiner Periode erzielt worden ist. Wir haben eine ununterbrochene Hochkonjunktur — das müssen Sie zur Kenntnis nehmen —, und die Kapazitäten der österreichischen Wirtschaft sind voll ausgelastet. Mit dem steigenden Bruttonationalprodukt sind auch die Einkommen der österreichischen Bevölkerung entsprechend gestiegen, sodaß unser Land heute mit seinem Einkommensniveau und mit seinem Lebensstandard weit über jenem Stand liegt, den wir zum Zeitpunkt des Amtsantrittes der sozialistischen Regierung erreicht haben. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß Sie an den Zahlen zweifeln, und Sie bezweifeln jede Statistik. Aber ich kann es Ihnen nicht ersparen, ich muß doch Zahlen nennen. (Abg. Dr. K e i m e l: *Wir schauen uns die Arbeiterkammerstatistiken an!*) Die Beschäftigtenzahlen in den vier Jahren der ÖVP-Regierung und in den vier Jahren der SPÖ-Regierung ergeben folgendes Bild:

Im Jahre 1966 gab es 2,387.000 Beschäftigte, im Jahre 1967 waren es 2,360.000 Beschäftigte und im Jahre 1968 — bitte jetzt herhören! — waren es 2,339.000 Beschäftigte — das war der geringste Beschäftigtenstand (*Zwischenrufe bei der ÖVP*); das war während der ÖVP-Regierung —, im Jahre 1970 waren es 2,389.000 Beschäftigte, im Jahre 1971 gab es 2,455.000 Beschäftigte, im Jahre 1972 waren 2,513.000 Personen beschäftigt, und im Jahre 1973 gab es 2,608.000 Beschäftigte. (Abg. Dr. K e i m e l: *230.000 Fremdarbeiter und 130.000 Österreicher, die im Ausland arbeiten!*) Der Zuwachs an Beschäftigten ist nicht abzuleugnen!

Vergleichen wir nun das Wirtschaftswachstum in den vier Jahren während der Zeit der ÖVP, so ergeben sich 4,4 Prozent, während sich in den vier Jahren der SPÖ 6,6 Prozent ergeben.

Bezüglich der Preissituation wurde heute schon gesagt, daß wir an der untersten Stelle liegen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. M u s s i l*) Richtig, Herr Generalsekretär! Ich komme auch dazu. Diese Zahlen gelten aber nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zu der Entwicklung in anderen Ländern. Das Pro-Kopf-Einkommen in England, welches während dieser vier Jahre von einer konservativen Regierung — das darf man nicht vergessen — erreicht wurde, haben wir bereits deutlich überflügelt. Mit anderen Industriestaaten haben wir gleichgezogen, obwohl wir noch immer nicht das Einkommensniveau der am höchsten entwickelten Industriestaaten, nämlich Deutschland, Schweiz und Schweden, erreicht haben. Aber von einer Position als Schlußlicht der europäischen Industriestaaten haben wir uns ganz deutlich ins Mittelfeld vorgearbeitet.

Das ist aber keine Zufallsentwicklung. Das ist, glaube ich, das Entscheidende. Das ist das Ergebnis (Abg. Dr. M u s s i l: *Der Arbeit der ÖVP!*) der in unserem Lande eingeschlagenen Wirtschaftspolitik. Diese insgesamt so günstige Entwicklung im Vergleich mit dem Ausland kam nicht zuletzt deshalb zustande, weil wir eben den weltweiten Wirtschaftsrückschlag der Jahre 1970 bis 1972 von Österreich fernhalten konnten. Wenn Sie das nicht glauben, fragen Sie alle Wirtschaftsfachleute der übrigen Länder. Wenn diese Leute zu uns kommen, kommt es immer wieder zu Diskussionen: Wieso gibt es den hohen Prozentsatz an Beschäftigten? Wieso gibt es eine so geringe Inflationsrate gegenüber den anderen Ländern? Wieso gibt es den sozialen Frieden? — Das ist der Niederschlag der sozialistischen Politik der vergangenen vier Jahre, meine Damen und Herren. (Abg. Dr. K e i m e l: *Der Niederschlag schon!*)

Die Vollbeschäftigungspolitik ist Ziel der derzeitigen Bundesregierung gewesen und wird es auch bleiben. Es ist uns aber nicht nur gelungen, das österreichische Arbeitskräftepotential weitgehend auszuschöpfen und zu beschäftigen. Wir haben in den letzten Jahren eine immer größer werdende Zahl ausländischer Arbeitskräfte in Österreich beschäftigt. Trotz aller Wehklagen und Proteste der österreichischen Unternehmerorganisationen wird, glaube ich, jeder objektive Beobachter feststellen müssen, daß seitens des Gewerkschaftsbundes dieser Entwicklung keine unge-

10584

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Erich Hofstetter

rechtfertigten Hindernisse in den Weg gelegt wurden. (Abg. Dr. Mussi l: Aber jetzt!) Sie rufen immer nach mehr Arbeitskräften. Aber auf einmal wird von einer gewissen Überbeschäftigung gesprochen. Aber Sie schreien: Immer mehr Arbeitskräfte in die Wirtschaft hinein! (Abg. Dr. K e i m e l: Weil über 100.000 Österreicher im Ausland sind!) Warum gehen sie denn hinaus? (Abg. Dr. K e i m e l: Weil sie dort mehr verdienen!) Es besteht nämlich noch immer — ich habe darauf hingewiesen — ein gewisses Lohngefälle, vor allem gegenüber Deutschland.

Dennoch muß man sich darüber im klaren sein, daß die Beschäftigung einer immer größer werdenden Zahl von ausländischen Arbeitskräften sowohl wirtschaftliche als auch soziologische Probleme mit sich bringt. Die wirtschaftlichen Probleme liegen vor allem auf dem Gebiet der Schaffung der notwendigen Infrastruktureinrichtungen. Als Gewerkschafter und als Sozialisten können wir es aber weder billigen noch tolerieren — das nehmen Sie zur Kenntnis —, wenn gerade die ausländischen Arbeitskräfte Wohnungsverhältnissen ausgesetzt sind, für die sich jeder anständige Mensch schämen muß.

Den Unternehmern ist es zwar gelungen, immer mehr Arbeitskräfte anzuwerben, es ist ihnen aber nicht gelungen, die notwendigen Wohnräume für diese Arbeitskräfte zu schaffen. (Abg. Dr. Mussi l: Zum Großteil schon, Verehrtester!) Das wissen Sie, Herr Generalsekretär, besser. Ich billige Ihnen zu: Für die in der Industrie Beschäftigten — ja. Aber schauen Sie sich von den im Gewerbe und in kleinen Dienstleistungsbetrieben Beschäftigten (Abg. Dr. Mussi l: Das Gewerbe auch!) einmal die Unterkünfte an. Einmal hat der ORF das richtig aufgezeigt. Das geht zu Lasten von Ihnen, meine Herren. Darüber kommen Sie nicht hinweg. (Zustimmung bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP.)

Angesichts dieses Umstandes und der Tatsache, daß heute schon fast 10 Prozent der Arbeitskräfte Ausländer sind — in manchen Gebieten ist dieser Anteil noch wesentlich höher; meine Herren von Vorarlberg, Sie kennen das ja sehr gut —, haben wir rigorosere Maßnahmen im Hinblick auf das Fremdarbeiterkontingent, auch im Interesse der Ausländer selbst, aber auch im Interesse der Österreicher, verlangt. (Abg. Dr. K e i m e l: Das ist der sogenannte Wettbewerb!)

Ich will hier nicht allzusehr auf die Widersprüchlichkeit in der Argumentation zwischen verschiedenen ÖVP-Politikern eingehen; das sind wir im allgemeinen gewohnt, und das ist allmählich die Öffentlichkeit auch schon ge-

wohnt. Ich möchte aber immerhin doch festhalten: Ein Teil der ÖVP-Politiker sagt, daß die Hereinnahme zusätzlicher ausländischer Arbeitskräfte unbedingt notwendig sei, und fordert immer mehr, während ein anderer Teil die Zahl der bereits im Inland Tätigen wieder abbauen will.

Die Regierung — und das sei hier festgestellt — geht einen Mittelweg, weil sie ganz genau weiß, daß der Abbau der ausländischen Arbeitskräfte mit enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten verbunden wäre. Sogar in Ihrem Interesse. Wenn Sie aber den Abbau der Überbeschäftigung fordern, müssen Sie sich dessen bewußt sein — und Sie sind es auch —, daß das allein Arbeitslosigkeit bedeutet (Abg. Dr. Mussi l: Wer hat das gefordert? Niemand von uns!), und zwar Arbeitslosigkeit auch für österreichische Arbeitskräfte, die derzeit einen Arbeitsplatz haben.

Eine solche Politik, meine Herren, lehnen wir Sozialisten grundsätzlich ab — das wissen Sie —, weil uns hier die Medizin manchmal unangenehmer zu sein scheint als die Krankheit selbst, die man mit ihr bekämpfen will, nämlich den Preisauftrieb.

Aber ganz abgesehen von diesen grundsätzlichen Erwägungen ist es mehr als zweifelhaft, ob die unangenehme Medizin überhaupt wirkt. Das geben wahrscheinlich auch Sie zu. Die Erfahrungen, die Heath in England und Nixon in den USA mit ihrer Politik der Dämpfung des Preisauftriebs mit Arbeitslosigkeit gemacht haben, sind jedenfalls nicht ermunternd. In beiden Ländern kam es zu einer deutlichen Stagflation, also zu einer Arbeitslosigkeit kombiniert mit einem starken Preisauftrieb.

Diesbezüglich nützt auch die Erklärung des Herrn Bundesobmannes und all derjenigen, die sich so stark dafür aussprechen, daß sie für die Vollbeschäftigung sind, nichts. Dieses Experiment wollen wir nicht eingehen. Soll Arbeitslosigkeit als Ausdruck der Nachfrage-dämpfung den Preisauftrieb bekämpfen? In Zeiten einer immer stärker werdenden Vermarktung der Märkte funktioniert der marktwirtschaftliche Mechanismus in seiner ursprünglichen Form immer weniger.

In der Theorie müßten bei sinkender Nachfrage die Preise zurückgenommen werden. In der Praxis werden sie statt dessen erhöht. Sie werden erhöht, weil die Unternehmungen ihre Fixkosten nun auf weniger Einheiten verteilen und weil sie, zumindest in sehr vielen Branchen, genau wissen, daß die Konkurrenz ebenfalls keine Preissenkungen vornehmen wird. Das ist eines der Probleme.

Erich Hofstetter

Ein gutes Beispiel dafür ist doch, meine Damen und Herren, die Automobilindustrie. Angesichts der Hunderttausenden Autos, die in Deutschland unverkauft sind, müßte man eigentlich Preissenkungen vornehmen. Aber es ist nicht der Fall. Was ist geschehen? Die Preise werden ununterbrochen weiter erhöht. Wundert es dann jemand, wenn eine Nachfragedämpfung nicht zu einer Dämpfung des Preisauftriebes, sondern nur zur Stagflation führt?

Gerade angesichts dieser bitteren Erfahrungen mit der Nachfragepolitik sehen sich immer mehr Länder eben gezwungen, den Preisauftrieb auch mit direkten Eingriffen in den Markt, in den Preismechanismus zu bekämpfen. Sie stellen der Macht der Konzerne, ihre Preise unabhängig von der Wirtschaftslage festzusetzen, eben die Möglichkeiten des Staates entgegen. Obwohl auch mit dieser Politik nicht immer jene Erfolge erreicht werden, die man sich gewünscht hat — das wissen wir auch —, hat sie sich dennoch in der Praxis besser bewährt als die Politik der Stagflation.

Und so sehr ich verstehen kann, daß eine Oppositionspartei der Regierung Arbeitslosigkeit zur Bekämpfung des Preisauftriebes empfiehlt (*Abg. Dr. K e i m e l: Wann haben wir das empfohlen?*) — vielleicht nicht absichtlich —, weil ja schließlich die Opposition bei den nächsten Wahlen an die Macht kommen will, so sehr werden Sie verstehen müssen, daß die österreichische Regierung, die Sozialistische Partei, Ihnen diese Empfehlung nicht abnimmt. (*Abg. Dr. K e i m e l: Von uns werden Sie das nie hören, Herr Hofstetter! Ausch und Klenner sagen das, nicht die ÖVP!*) In der Endkonsequenz Ihrer Politik würde es dazu führen. Schließlich hat ja auch Herr Dr. Koren vom Preisauftrieb vom Ausland her gesprochen. Die Statistik des Zentralamtes ist doch etwas umstritten — das wissen Sie doch —, da es sich doch um eine Gewichtsstatistik handelt. Man stellt nunmehr Überlegungen an, um eine bessere Form zu finden.

Und nun noch einige Bemerkungen, meine Damen und Herren von der ÖVP. Es ist richtig: Herr Präsident Sallinger hat schon auf das Zusammenwirken der Wirtschaftspartner innerhalb der Paritätischen Kommission hingewiesen, innerhalb der Möglichkeiten, die die Wirtschaft, die Gewerkschaft und die Arbeiterkammer haben. Auch Sie haben manchmal diese Arbeit gelobt und sie bejaht. Aber sehr oft ist das Bekenntnis im nachhinein gekommen, und fast immer war es verbunden mit Erklärungen, die für die Zukunft eigentlich ein düsteres Bild — und das haben wir heute sehr deutlich gesehen —, ja eine Gefährdung der Demokratie gemalt haben.

Ich möchte hier nicht mißverstanden werden, und das haben sowohl der Herr Bundeskanzler als auch der Herr Finanzminister gesagt. Wir wissen, wir sind in einer sehr schwierigen Lage, in einer sehr schwierigen Situation. Die Verantwortung tragen wir alle dafür. Aber glauben Sie denn dann wirklich, daß es gut und vernünftig ist für die Menschen unseres Landes, wenn immer wieder, ununterbrochen Zeichen der künftigen Krise an die Wand gemalt werden? Zweckmäßiger ist es, und das kann ich von unserer Partei aus und als sozialistischer Gewerkschafter sagen, daß wir immer wieder die Menschen mit den wirtschaftlichen Zusammenhängen vertraut machen. Wie oft haben Sie aber von Wirtschaftskrisen gesprochen und den Rückgang an Beschäftigten, die Konjunkturflaute prophezeit. Und wie oft haben Sie bei einzelnen Maßnahmen der Regierung Katastrophenmeldungen lanciert: in der Landwirtschaft, bei den verschiedenen Aufwertungsmaßnahmen der Regierung, bei der Einführung der Mehrwertsteuer, bei den Beschränkungsmaßnahmen im Zuge der Energiekrise, im Fremdenverkehr, im Export! Sie wissen genausogut wie wir, daß noch nie so eine Exportsteigerung vorhanden war wie gerade in der letzten Zeit.

Wie oft haben Sie als Partei bei Maßnahmen der Wirtschaftspartner vom drohenden Zusammenbruch der Wirtschaft gesprochen? Ich erinnere nur an die Beratungen beim Arbeitszeitgesetz. Vielfach haben Sie sogar gemeint, nun sei endgültig das Ende der Demokratie in Sicht, etwa bei der Frage des Arbeitsverfassungsgesetzes. Sie haben vom jugoslawischen Weg gesprochen, vom Ende des freien Unternehmertums.

Ich glaube, das alles hat nicht gerade dazu beigetragen, daß sich der einzelne Arbeitnehmer, aber auch die übrige Bevölkerung in unserem Land sicher fühlt. Im Gegenteil: Vielmehr versuchen Sie, ein Gefühl — und das wird man nicht los — ununterbrochener Verunsicherung auszulösen, das letzten Endes auch — und das soll man sich überlegen — den sozialen Frieden in unserem Land gefährden könnte.

Wir alle aber können nur sehr froh sein von unserer Seite, daß Ihnen das nicht gelungen ist. Denn sonst hätte es geschehen können, daß Sie, wie der berühmte Zauberlehrling, eben die Geister, die Sie riefen, dann nicht mehr los werden. Denn dies wäre für die weitere Entwicklung in unserem Land sicherlich nicht von Vorteil.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialisten und wir Gewerkschafter bekennen uns zu einer modernen, demokratisch geführten Wirt-

10586

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Erich Hofstetter

schaft, zu einer Wirtschaft, die vom Fleiß, der Phantasie und den Kenntnissen mitverantwortlicher Arbeitnehmer und von der Initiative modern denkender Unternehmer getragen wird. Wir bekennen uns zur Mitbestimmung, wir bekennen uns zum sozialen Fortschritt. Wir haben in den letzten Jahren viele Gesetze geschaffen, die diesem Bekenntnis Rechnung tragen. Weitblickende Gesetze, die der Jugend eine gute Ausbildung im Geist der Chancengleichheit gewährleisten, Gesetze für eine moderne Berufsausbildung, Gesetze für humane Arbeitsplätze, Gesetze für die betriebliche Mitbestimmung.

Wir Sozialisten werden diesen Weg konsequent weitergehen; einen sicheren Weg, einen fortschrittlichen Weg. Kritisieren Sie ihn, das ist Ihre Aufgabe, aber stören Sie ihn nicht aus parteipolitischen Erwägungen. Denn in dieser großen Frage darf es nicht um Stimmenfang gehen, sondern es geht hier um Österreich. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Peter.

Abgeordneter Peter (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Debatte steht der 468 Seiten umfassende Bericht der Bundesregierung. Mir wäre es lieber gewesen, wir hätten mehr Zeit gehabt, uns auf eine seriöse Debatte vorzubereiten. Aber die Regierung soll nicht sagen, die Opposition, zumindest die freiheitliche Opposition, wäre nicht in der Lage, sich unverzüglich auf eine umfassende Debatte dieser Art einzustellen. Es mag sein, daß die Argumentation da und dort nicht völlig fundiert ist, aber sicher wird es uns freiheitlichen Abgeordneten gelingen, nicht am Grundsätzlichen dieser Diskussion vorbeizugehen.

Stil und Taktik der diesmaligen Erklärung der Bundesregierung weichen vom Üblichen ab. Wir haben eine 16 beziehungsweise 17 Seiten umfassende Erläuterung des Berichtes der Bundesregierung, der 177 Seiten umfaßt und der ergänzt ist durch zusätzliche Stellungnahmen der einzelnen Ressorts. Das ist an und für sich eine durchaus interessante Vorgangsweise, die wert gewesen wäre, darauf eingehend einzugehen. Das ist angesichts der zur Verfügung stehenden Vorbereitungszeit nicht möglich.

Die erläuternden Bemerkungen — gestatten Sie mir diesen Ausdruck — des Herrn Bundeskanzlers sind heute schon von verschiedenen Oppositionsrednern illustriert und charakterisiert worden. Ich möchte daher nicht mehr eingehend darauf Bezug nehmen, sondern sie nur zusammenfassend charakterisieren.

Einleitend bietet uns der Bundeskanzler in seinen erläuternden Bemerkungen die Zusammenstellung von Zeitungsausschnitten über die weltpolitische Lage, um sich dann der Rohstoffverteuerung zu widmen und darüber hinaus der Vollbeschäftigung, der Geschenk- und Verteilungspolitik wie dem Selbstlob der sozialistischen Alleinregierung den gebührenden Raum einzuräumen.

Aber ich glaube, daß der Vorwurf gerechtfertigt ist, daß trotz dieses Umfanges von 468 Seiten der Bericht der Bundesregierung einer entsprechenden Seriosität entbehrt. Er entbehrt der Seriosität dort, wo es des Farbebekennens bedurfthätte.

Sicher stellt dieser umfangreiche Bericht — vor allem, soweit er gestern mündlich erstattet wurde — ein nicht mehr so gekonntes, aber immerhin noch gekonntes sozialistisches Blabla dar, geht aber jenen offenen und entscheidenden Fragen aus dem Weg, die der neue Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, in seiner Regierungserklärung einer eingehenden Behandlung unterzogen hat.

Bundeskanzler Dr. Kreisky hat es bei diesem Bericht nicht mit dem Grundsatz gehalten, den Harold Wilson geprägt hat und der lautet: „Regieren besteht im Festsetzen von Prioritäten.“ Genau hier ist ein entscheidender Mangel der sozialistischen Alleinregierung registrierbar. Immer wieder müssen wir in der Präsidialkonferenz dem Klubobmann der sozialistischen Mehrheitsfraktion den Vorwurf machen, daß sich die derzeitige Bundesregierung nicht aufruft, Prioritäten zu setzen, und daß sie es unterläßt, zum Ausdruck zu bringen, welche Materien ihr so am Herzen liegen, daß sie raschestens bewältigt werden sollen, sehen wir von der heutigen Fristsetzung für den Verfassungsausschuß zum Rundfunkgesetz ab.

Ihr Kredo, Herr Bundeskanzler, besteht nach wie vor darin, dem Regieren das Verteilen entgegenzustellen, und statt Regieren setzen Sie das Verteilen eines Wohlstandes, den in harter Arbeit alle Bürger dieser Republik erarbeitet haben. Das ist die Möglichkeit, die Ihnen geboten wird durch die Arbeit aller Bürger dieses Landes.

Ich lasse dahingestellt, ob von einem breiten gemeinsamen Nenner her diese Verteilungspolitik gerecht ist, ich lasse offen, ob diese sozialistische Verteilungspolitik richtig ist, und ich lasse offen, inwieweit sie die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes einengt und schmälert.

Peter

Allmählich setzt diese sozialistische Verteilungspolitik allerdings den schwer erarbeiteten Wohlstand auf das Spiel. Sie setzt den gemeinsam erarbeiteten Wohlstand deswegen aufs Spiel, weil die Bundesregierung gestern in ihrem Bericht Realitäten aus dem Weg gegangen ist, die sich einfach nicht mehr wiediskutieren lassen.

Da ergibt sich, Herr Bundeskanzler, eine überaus interessante Konfrontationsmöglichkeit zwischen der von Ihnen gewählten Vorgangsweise und jener, der sich Bundeskanzler Helmut Schmidt bedient hat, als er seine Regierungserklärung im Deutschen Bundestag abgegeben hat. Sie gehen den offenen Problemen aus dem Weg, Sie sind nach wie vor nicht willens, die heißen Eisen anzupacken.

Das ist interessanterweise der andere Doktor Kreisky, der mir persönlich eigentlich fremde Dr. Kreisky. Denn in der Anfangsphase seiner Bundeskanzlerität hat Doktor Bruno Kreisky versucht, die heißen Eisen anzupacken und die offenen Probleme in Diskussion zu ziehen. Jetzt werden sie weggeschoben und durch gekonnte Ablenkungsmanöver zugedeckt, beziehungsweise es wird so getan, als gebe es derzeit diese offenen und ungelösten Probleme nicht.

Eine Gegenüberstellung der 17 Seiten der erläuternden Bemerkungen des Herrn Bundeskanzlers in seinem gestrigen Bericht mit der Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt ist überaus interessant. Schmidt geht konkret auf die heißen Eisen zu und setzt beinhalt die Grenzen, die eine sozial-liberale Regierung in der Bundesrepublik Deutschland glaubt derzeit nicht überschreiten zu können. Sie, Herr Bundeskanzler, sind nicht willens, der sozialistischen Alleinregierung die Grenzen zu ziehen, die allerorten in Österreich sich aufdrängen und die man nicht mehr übersehen kann.

Seit wann stecken Sie mit Ihrer Politik den Kopf in den Sand? Warum gehen Sie der Strukturpolitik, der Wirtschaftspolitik, der Agrarpolitik und der Vorsorgepolitik so konsequent aus dem Weg, wie Sie es in Ihrem gestrigen Bericht neuerdings taten?

Mit Ignorieren und Mißachten der Agrar- und Wirtschaftspolitik werden andererseits bewußte Maßnahmen in Richtung auf die sozialistische Gesellschaftspolitik gesetzt, die wir Freiheitlichen ablehnen müssen.

Auch wenn man nichts tut, Herr Bundeskanzler, kann das zu einer sehr konsequenter sozialistischen Gesellschaftspolitik führen, nämlich dann, wenn man sich weiter der offenen Probleme der Bauern, der Handelstreibenden und der Gewerbetreibenden von Seite

dieser sozialistischen Alleinregierung nicht annimmt. Wenn man weiter die ungelösten Probleme der Bauern und der mittelständischen Wirtschaft ignoriert, dann trägt man entscheidend dazu bei, daß die Zahl dieser Selbständigen weniger wird und sie genötigt sind, vom Status des Selbständigen in den des Unselbständigen überzuwechseln. Ich unterstelle Ihnen hier mit allem Nachdruck, daß das eine bewußte Politik ist, um so ein neues Reservoir für kommende sozialistische Wähler zu schaffen.

Es drängt sich allmählich die Frage auf, ob die Untätigkeit dieser sozialistischen Alleinregierung nicht eigentlich ein glasklares Konzept ist, das Überleben selbständiger Bevölkerungsgruppen in dieser Zweiten Republik Österreich bewußt durch diese sozialistische Alleinregierung in Frage zu stellen.

Was erleben wir bei unseren Betriebsbesuchen? Wir erleben, daß die radikalsten sozialistischen Betriebsräte in der Regel aus bäuerlichen Bereichen kommen, zum Beispiel in der VOEST aus dem Mühlviertel. Sie haben so lange im bäuerlichen Betrieb gearbeitet, so lange Opfer gebracht, so lange über die normale gesetzliche Arbeitszeit hinaus gearbeitet, bis sie reif waren, ihren Krempl hinzuwerfen, den Status des Selbständigen aufzugeben, unselbständig zu werden, was für die Sozialisten bis heute mit dem Vorteil verbunden war, neue sozialistische Wähler zu gewinnen.

Herr Bundeskanzler! Sicher wird Ihnen der Klubobmann der freiheitlichen Abgeordneten nicht den Vorwurf machen, daß Sie auf dem Gebiet der verstaatlichen Unternehmungen in den letzten vier Jahren nichts getan hätten. Auf diesem Sektor waren Sie initiativ. Wir haben Sie bei zwei entscheidenden Gesetzesmaterien unterstützt: bei der Stahlfusion und bei der Buntmetalllösung. Aber dieser Initiative im Bereich der verstaatlichten Unternehmungen steht die Untätigkeit der sozialistischen Alleinregierung im Bereich der mittelständischen Wirtschaft gegenüber.

Allerdings ist hier auch ein Vorwurf in Richtung auf die Österreichische Volkspartei anzubringen. Ich bitte vorerst, den Vorwurf anzuhören, bevor man ihn beurteilt und wertet.

Der ÖVP muß ich den Vorwurf machen, daß sie die Dinge im Bereich des Handels, des Gewerbes und des Bauernstandes so lange hat treiben lassen, bis in diesen Bereichen eine entsprechende Verzweiflung eingetreten ist und die Leute — weil ihnen nichts mehr anderes übrigblieb — abgewandert sind.

Peter

Ich glaube, zwei nachahmenswerte west-europäische Beispiele haben in Österreich bis zum heutigen Tag nicht gebührend Aufmerksamkeit gefunden. Auf der einen Seite waren es schon vor einem Jahrzehnt die Niederlande, die mit dem Goldschmied-Plan den erfolgreichen Versuch unternommen hatten, die Gewerbetreibenden, die Handelstreibenden, die aufgeben mußten, positiv zu stimulieren und zu sagen: Wenn ihr aufgibt, dann fördern wir das auch in materieller Hinsicht! Dabei ist ein gewisser Erfolg zu verzeichnen gewesen, was in der Endkonsequenz dazu geführt hat, daß der konservative Bereich nicht so entscheidende Verluste hinnehmen mußte, wie dies in Österreich der Fall war.

Das ist an und für sich nicht mein Problem als freiheitlicher Abgeordneter, aber eine Konsequenz, die zum Vorteil der Sozialisten bis heute zu Buche geschlagen hat. Andererseits war es in Luxemburg der bäuerliche Bereich, der dort von Regierungsseite ganz anders betreut wurde, als es in Österreich der Fall war.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges verzeichnete Luxemburg 25.000 landwirtschaftliche Betriebe, die inzwischen auf 5000 landwirtschaftliche Betriebe abgesunken sind. 3000 — so sagten uns die Kollegen, die vor einigen Wochen hier waren — können aber nur überleben. Nun geht man von Seite der Regierung her und gewährt auf der einen Seite Stilllegungsprämien für die weichenden Bauern. Auf der anderen Seite versetzt man die, die den Grund kaufen wollen, in die Lage, ihn zu erträglichen Preisen von den weichenden Bauern zu erwerben.

Die Frage an die Volkspartei lautet: Warum betreibt man nicht, vor allem im bäuerlichen Bereich, auch im Bereich des Kleingewerbes und des Kleinhandels, eine entscheidendere Aufklärung dahin gehend, daß man sagt: Du hast noch Chance zu überleben!, oder: Du hast sie nicht mehr! Wenn du weichst, dann helfen wir dir, in den anderen Berufsbereich, den des Unselbständigen, überzusteigen und überzuwechseln! Diese Aufgabe hat die Österreichische Volkspartei meiner Meinung nach unnotwenigerweise bis jetzt der sozialistischen Partei überlassen, und die hat den Vorteil gehabt. Das ist ein Problem, über das man meines Erachtens nachdenken mußte und das zumindest bis heute den nichtsozialistischen Parteien nicht zum Vorteil gereicht hat.

Ich spreche es ganz bewußt aus, daß ich hinter der Untätigkeit auf dem Gebiet der Struktur-, der Wirtschafts- und der Agrarpolitik ein konsequentes sozialistisches System sehe, um auf diese Art und Weise ohne

irgendwelchen Einsatz zu neuen, zusätzlichen Wählern zu kommen. Denn andere werden ja der Sozialistischen Partei verlorengehen. Die Kreisky-Wähler des Jahres 1970 und die Kreisky-Wähler des Jahres 1971 sind enttäuscht, weil die in Dr. Kreisky gesetzten Hoffnungen schlicht und einfach nicht erfüllt worden sind. Das ist eine Problematik, die wir Freiheitlichen uns besonders angelegen sein lassen. Die Lockspeise für die Bauern ist ja der Kreisky-Erklärung von gestern auf Seite 17 zu entnehmen, worin es unter anderem heißt:

„In dem dem Hause vorliegenden Budgetüberschreitungsgesetz sind zusätzliche Mittel für die Landwirtschaft in der Höhe von 599,8 Millionen Schilling vorgesehen. Ein Beweis mehr, wie sehr sich die Bundesregierung bemüht, im Rahmen des Möglichen der Bedeutung der Landwirtschaft für die gesamte Volkswirtschaft zu entsprechen.“

Herr Bundeskanzler! Das ist das nichtbewährte Gießkannenprinzip der ÖVP-Agrarpolitik, das Ihr Landwirtschaftsminister Doktor Weihl übernommen hat und das Sie weiter praktizieren. Bitte, sagen Sie mir: Was soll die österreichische Landwirtschaft bei dem exorbitanten Preisauftrieb mit den 599 Millionen Schilling anfangen, die ihr bis zum Augenblick noch nicht einmal zur Verfügung stehen?

Da ist jetzt die enttäuschte Hoffnung der österreichischen Landwirtschaft gegenüber der sozialistischen Regierung. Denn Sie haben zweifelsohne 1970 und 1971 auch bäuerliche Stimmen bekommen, die zur relativen Mehrheit 1970 und zur absoluten Mehrheit 1971 geführt haben.

Was hat inzwischen die sozialistische Alleinregierung auf dem Gebiet bäuerlicher Strukturpolitik getan? Nichts, Herr Bundeskanzler! Rein gar nichts! Aber gelegentlich, ja manchmal sehr oft, hört man aus Ihrem Munde, welche Bedeutung der Bauernstand in der modernen Industriegesellschaft einnehmen würde. Er wird mit dem Ehrentitel des Kultur- und Landschaftspflegers bedacht. Wir sind uns der Tatsache bewußt, wie sehr der Bauer durch seine Arbeit, durch das Offenhalten der Erholungslandschaft zu unserem Überleben und zu unserem Wohlergehen beiträgt.

Nach vier Jahren Alleinregierung, Herr Bundeskanzler, nach vier Jahren sozialistischer Alleinregierung gibt es weder eine Definition noch eine Statuierung der bäuerlichen Rechte in dieser Zweiten Republik Österreich.

Wann wird diese Bundesregierung hergehen und sagen: Wie ist die Funktion zu definieren und zu statuieren, die ein moderner

Peter

Bauernstand in einem modernen Industriestaat zu erfüllen hat?! Warum geschah das nicht von Seite der sozialistischen Alleinregierung? Hier wird in jenen ausgeleierten Pfaden weitergewurschtelt, welche die Österreichische Volkspartei 25 Jahre vorher beschnitten hat.

Der österreichische Bauer ist mit einem Übermaß an Pflichten ausgestattet. Der österreichische Bauer kennt seine Pflichten. Die 42-Stunden-Woche ist ihm fremd. Die 60- und 70-Stunden-Woche sind für ihn eine Realität. Warum hat dieser Staatsbürger, der Bauer, Herr Bundeskanzler, kein Anrecht darauf, daß wir unmißverständlich im Gesetz definieren, welche Rechte er neben seinen Pflichten hat? Vorbild dieser Art bietet die Schweizer Landwirtschaftsgesetzgebung in ausreichendem Maß.

Auch hier sind wir Freiheitlichen zu einer konstruktiven Mitarbeit bereit. Nicht zielführend erscheint uns aber das Ausschütten von wieder einigen Hundert Millionen, ohne die Strukturprobleme der Landwirtschaft in den Griff zu bekommen. Alle bisherigen Versuche des Landwirtschaftsministers, die Dinge neu zu ordnen, sind bis zur Stunde kläglich gescheitert.

Nun eine kleine Konfrontation, Herr Bundeskanzler, zwischen Ihrer gestrigen Erklärung und jener Leitlinie, die Helmut Schmidt als neuer Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland in seiner Regierungserklärung aufgezeigt hat.

Bundeskanzler Schmidt sagte: Die Bundesrepublik und ihre neue sozial-liberale Regierung wollen sich in Realismus und Nüchternheit auf das Wesentliche konzentrieren. Damit verbunden war eine unmißverständliche Absehung an die Geschenke- und Verteilungspolitik.

Wann, Herr Bundeskanzler, darf der österreichische Nationalrat eine diesbezügliche Erklärung aus Ihrem Munde erwarten? Warum, Herr Bundeskanzler, haben Sie gestern diese Erklärung nicht abgegeben?

Ich muß der sozialistischen Alleinregierung auch den Vorwurf machen, daß ihre sicherlich berechtigte Forderung nach der Vollbeschäftigung eines nicht ignorieren darf: die sich aus der Überbeschäftigung ergebenden Gefahren.

Ich glaube, wenn man das 50. Lebensjahr überschritten hat, dann brauchen wir einander in dieser Generation nicht zu überzeugen. Denn diese Generation kann sich unter dem Begriff der Arbeitslosigkeit und des Ausgesteuertseins noch etwas sehr Betrübliches, noch etwas sehr Leidvolles vorstellen. Daher verstehe ich die Terminologie nicht, die heute

Herr Abgeordneter Hofstetter in seiner Funktion als Leitender Sekretär des ÖGB verwendet hat.

Wenn man darauf verweist, daß auch mit der Vollbeschäftigung Probleme, schwerwiegende Probleme verbunden sind, so heißt das doch lange nicht, daß man einer Arbeitslosigkeit das Wort redet. Ich brauche mich mit dieser Ihrer Aussage deswegen nicht so eingehend zu befassen, weil Sie diese auch nicht an die Adresse der freiheitlichen Abgeordneten, sondern vor allem an die Österreichische Volkspartei gerichtet haben.

Aber ist nicht die Formulierung des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Schmidt sinnvoller, der sagte: Anzustreben ist die Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes und die schrittweise Erhöhung der Geldwertstabilität!, als wenn wir den Begriff der Vollbeschäftigung kritiklos zur heiligen Kuh erhöhen. Es kann ja auch Betriebe geben, die wohl die Vollbeschäftigung aufrechterhalten, aber in ihrer Struktur so krank sind, daß zum Teil Steuermittel notwendig sind, um diese Vollbeschäftigung noch zu gewährleisten. Ich glaube, auch das liegt genauso wenig im Interesse des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, wie es auch nicht im Interesse irgendeines anderen Abgeordneten liegen kann.

Jetzt komme ich zu dem Satz der Regierungserklärung Helmut Schmidts, der interessanterweise heute in der Rede des Klubobmannes der sozialistischen Fraktion Weisz angeklungen ist. Er lautet: „Zugleich soll mit gezielten Hilfen übermäßigen Beschäftigungsrisiken einzelner Regionen und Branchen entgegengewirkt werden.“

Meine Damen und Herren! Das ist ein sehr bedeutsamer Satz, den ich gerne namens der freiheitlichen Abgeordneten in seiner Richtigkeit anerkenne und übernehme. Aber gestatten Sie mir folgende Frage: Warum klingt dieser Satz, warum klingt dieser Gedanke in der Rede des sozialistischen Klubobmannes Weisz wohl an, warum aber wurde dieser Grundgedanke in die Erklärung der Bundesregierung nicht übernommen? Verstehen Sie daher meine berechtigten Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Absicht der Bundesregierung, hier angesichts der gegebenen Situation wirklich neue Wege zu beschreiten!

Herr Kollege Hofstetter! Es ist nicht richtig, vor gewissen Gefahren der Überbeschäftigung den Kopf in den Sand zu stecken. Ich will heute nicht so weit gehen, daß ich neuerdings Karl Ausch strapaziere, um Sie damit zu belasten; aber Sie wissen, was er geschrieben hat, und Sie wissen, was er meint. Ich glaube

10590

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22 Mai. 1974

Peter

auch, daß vieles richtig ist, aber ich pflichte dem Bundeskanzler bei, wenn er folgende Frage in einem Interview aufgeworfen hat: Welche Garantien haben wir, daß wir die Grenze von 3 Prozent Arbeitslosigkeit nicht überschreiten? Das Problem liegt auf der einen wie auch auf der anderen Seite.

Weiters vermisste ich in all den vier Jahren der sozialistischen Alleinregierung — was für die bundesdeutschen Sozialdemokraten nicht nur eine Selbstverständlichkeit ist, sondern was auch neuendings in der Regierungserklärung Helmut Schmidts expressis verbis zum Ausdruck gebracht wurde — nicht nur das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, sondern auch die Ansätze zum Praktizieren der sozialen Marktwirtschaft. Von der sozialistischen Alleinregierung haben wir bis heute noch nicht einmal ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft erfahren; gelegentlich klingt sogar noch in der Nach-Pittermann-Ara aus den sozialistischen Reihen die Verneulung der sozialen Marktwirtschaft an.

Die Kräfte des Wettbewerbs zu stärken, erachtet Helmut Schmidt als eines der entscheidenden Erfordernisse dieser Zeit. Wie will die sozialistische Alleinregierung die Kräfte des Wettbewerbs stärken? Auch auf diese Frage ist die Bundesregierung in der 468 Seiten umfassenden Beilage zur Regierungserklärung die Antwort schuldig geblieben. Es besteht der begründete Verdacht, daß Bundeskanzler Dr. Kreisky und Finanzminister Dr. Androsch nach wie vor die Kräfte des Wettbewerbs in unserem Lande ignorieren, indem Sie eben auf dem Gebiet der Finanzpolitik, der Wirtschaftspolitik und auf dem Gebiet der Agrarpolitik die Zügel schleifen lassen.

Nun komme ich zum vielleicht entscheidendsten Problem, das in der Regierungserklärung Schmidts folgendermaßen angeklungen ist: Er sagte, es müsse nun „Schluß mit den Utopien umfassender Gesellschaftsveränderungen“ gemacht werden. Frage: Wie hält es damit die sozialistische Alleinregierung? Die sozialistische Alleinregierung hat bisher mit aller Kraft, manchmal auch mit mehr oder weniger Gewalt versucht, diese gesellschaftspolitische Veränderung voranzutreiben.

Wir haben aus dem Mund des sozialdemokratischen Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland eine klare Absage an den utopischen Sozialismus erhalten; doch diese sozialistische Alleinregierung praktiziert Tag für Tag den utopischen Sozialismus.

Es wird die berechtigte Frage kommen: Wo praktiziert die sozialistische Alleinregierung den utopischen Sozialismus? Vor allem auf

dem Gebiet der Schul- und Bildungspolitik, wobei die Groteske zu registrieren ist, daß sich die sozialistische Seite bei der Praktizierung des utopischen Sozialismus weitestgehend der Unterstützung durch die Österreichische Volkspartei erfreuen kann, was auf dem Gebiet der Schul- und Bildungspolitik nach wie vor zu den Alltäglichkeiten gehört.

Eines der letzten Beispiele war das Schulunterrichtsgesetz, bei dem man in Mißachtung des Grundsatzes der Verfassung, daß wir Bürger mit gleichen Rechten und mit gleichen Pflichten seien, einerseits den Schülern, ohne ihre Pflichten klar zu definieren, Rechte zugesprochen hat, andererseits den Eltern und Lehrern aber Rechte vorenthält, die im Zeitalter der Transparenz eine Selbstverständlichkeit sein müßten.

Ja interessanterweise geht die Weichenstellung der Schulgesetzgebung 1962 bereits in eine Richtung, die diese sozialistische Auffassung begünstigt. In der Bundesrepublik ist es noch nicht so weit wie bei uns im Jahre 1962.

Wie nun die Situation der bevorstehenden Bildungsreform aussieht, die jetzt auch durch Sozialdemokraten eine Absage in der bisherigen Form erhalten hat, darf ich an Hand von zwei Zitaten unterstreichen. Zuerst heißt es einmal dazu:

„Wenn alle Bildungspläne, über die seit Jahr und Tag und in allen Tonlagen diskutiert wird, durchgeführt werden, dann werden wir nicht nur bald ein Volk von Abiturienten sein, mit denen niemand etwas anfangen kann, sondern wir werden dafür auch einen Preis zu zahlen haben, der selbst dann über unsere Verhältnisse ginge, wenn die Deutschen noch so fleißig und produktiv wären wie in den fünfziger Jahren.“

Die Bundesrepublik steht erst vor dieser Entwicklung. In Österreich ist diese Entwicklung 1962 eingeleitet worden und hat bereits zu schwerwiegenden Konsequenzen geführt. Die Matura ist heute nicht mehr einem Leistungsnachweis gleichzusetzen, sondern stellt ein Statussymbol dar. In kürzester Zeit wird die Allgemeinmaturanten-Schwemme noch größer sein, als sie uns heute bereits entgegentritt. Wir wissen nicht mehr, wo und wie wir die Allgemeinmaturanten unterbringen sollen, während uns im berufsbildenden Bereich nicht mehr genügend junge Menschen für die Ausbildung als Facharbeiter und Fachangestellte zur Verfügung stehen.

Die sozialistische Alleinregierung kann doch nicht den Ehrgeiz haben, es Olof Palme nachzumachen, der als Studentenführer die Sozial-

Peter

wissenschaften stark forciert hat, der als nachfolgender Unterrichtsminister zum Ausbau der Sozialwissenschaften in Schweden noch das Seine dazu beigetragen hat und der sich heute als schwedischer Premierminister in der unangenehmen Lage befindet, die mit hohen Steuergeldern ausgebildeten Sozialwissenschaftler nunmehr auf Kosten des schwedischen Steuerzahlers in die Wälder Schwedens zu schicken, um sie dort Bäume fällen zu lassen.

Eine Parallelität zeichnet sich in Österreich ab. Derzeit studieren 3300 junge Menschen Sozialwissenschaften in unserem Lande, während die Wirtschaft nach dem Stand von heute pro Jahr 40, höchstens aber 50 Absolventen dieses Wissenschaftszweiges braucht. Herr Bundesminister! In wenigen Jahren wird Österreich vor derselben Situation stehen, wird ein österreichischer Finanzminister in die Tasche greifen müssen, um hier das Argste hintanzuhalten.

Oder will die sozialistische Alleinregierung so weit gehen, als Palme bereits gehen mußte, und sagen: Mit einer gehobenen Ausbildung, mit einer akademischen Ausbildung ist nicht der Anspruch verbunden, eine gleichwertige berufliche Position zu erhalten! Ich glaube nicht, daß es einen einzigen sozialistischen Abgeordneten in diesem Haus gibt, der dieses Ziel anstrebt. Wenn aber nicht, dann, Herr Bundesminister, müssen die Weichen der österreichischen Bildungspolitik anders gestellt werden, als sie gestellt sind. Der Zug unserer Bildungspolitik fährt in die falsche Richtung!

Wir haben heute ein ausreichendes Maß an allgemeinbildenden höheren Schulen, für die allgemeine Maturantenschwemme ist gesorgt, wir haben aber noch kein entsprechendes Bildungsangebot für den mittleren und höheren berufsbildenden Bereich. Informieren wir uns in der Bundesrepublik, in der Schweiz, in den Beneluxstaaten, in den skandinavischen Staaten, dann wird uns immer wieder bestätigt, daß die Absolventen der höheren technischen Lehranstalten Österreichs dort als Fachingenieure höchstes Ansehen genießen und oft, meine Damen und Herren, die Position von Diplomingenieuren einnehmen, während bei uns Diplomingenieure die Position von Fachschulingenieuren einnehmen.

Aber wenn es dann so weit ist, daß eine höhere technische Lehranstalt fertig ist, wie in Linz, daß wir 100 Millionen Schilling endlich zusammengebracht und erfolgreich investiert haben, dann stellt man einen einzigen Schulfwart zur Verfügung, obwohl man 15 Dienstposten für diese große Schule bräuchte.

Das sind Strukturprobleme, heute der Bildungspolitik, morgen aber der Wirtschaftspolitik, und übermorgen sind es Fragen, die unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten in Frage stellen.

Das ist utopischer Sozialismus, der meines Erachtens ... (*Zwischenruf des Abg. E. Hofstetter*) Das ist utopisch, Herr Kollege, wenn Sie junge Menschen heranbilden, ohne ihnen nach Schluß der Ausbildung eine entsprechende berufliche Position anbieten zu können!

Herr Kollege Hofstetter! Ich war 13 Jahre alt, als österreichische Diplomingenieure in den freiwilligen Arbeitsdienst für 50 Groschen am Tag gegangen sind, um die Großglockner-Hochalpenstraße zu bauen. Genau das wollen Sie und wollen wir nicht; aber dann müssen wir die Weichen der Bildungspolitik anders stellen. (*Abg. E. Hofstetter: Schwarzweißmalerei!*) Ja, nur nicht schwarzweißmalen. Gegenfrage: Was muß noch geschehen, bis Sie bereit sind, zur Kenntnis zu nehmen, daß es sich im gegenständlichen Fall nicht um eine Schwarzweißmalerei handelt? Was führt denn dann zur Gesellschafts- und Staatsverdrossenheit der jungen Menschen? Warum begehrn sie denn dann auf? Weil ihre Einordnung ins Berufsleben mit soviel Schwierigkeiten und mit soviel Konsequenzen verbunden ist!

In einem hat mich die Regierungserklärung Helmut Schmidts sehr überrascht, wenn er sehr nachdrücklich herausstrich: „Wir setzen auf die Vernunft!“ Diesen Grundsatz praktizieren wir Freiheitlichen seit Jahren auch gegenüber einer sozialistischen Alleinregierung. Wir haben nie lizitiert. Wir haben Sie nie mit unerfüllbaren Forderungen behelligt. Wir haben immer ein gebührendes Maß an politischer Vernunft walten lassen.

Wann aber, Herr Bundeskanzler, setzt diese sozialistische österreichische Alleinregierung auf Vernunft? Diese sozialistische Alleinregierung war sehr groß und sehr nachhaltig im Lizitieren, im Hinauftreiben der Wünsche der Öffentlichkeit und tut sich heute so schwer, die Dinge in den Griff zu bekommen.

Aber, meine Damen und Herren, nicht die Regierungserklärung Helmut Schmidts war das Interessanteste. Das Interessanteste war wohl die 56 Seiten umfassende Lageanalyse, die er den Spitzenfunktionären der Sozialdemokratischen Partei vorgelegt hat. Es ist überraschend interessant, daß diese Lageanalyse der SPD der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde und daß man sich an Hand derselben orientieren kann, welche Vorstellungen nicht

10592

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Peter

nur der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, sondern darüber hinaus auch eine maßgebliche Persönlichkeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat. Ich zitiere daraus: „Wir dürfen den Staatsverbrauch gegenwärtig nicht ausweiten.“ Bekenennen Sie sich, Herr Bundesminister, zu diesem Grundsatz Helmut Schmidts und wenden Sie ihn im Budget 1975 praktizieren? Wenn ja, so werden wir freiheitlichen Abgeordneten Sie unterstützen. Weiter führt Helmut Schmidt aus:

„Wir dürfen nicht zulassen, daß der Finanzierungssaldo des Gesamtstaates überproportional ansteigt.“ — Bitte, sorgen Sie auch dafür, daß dieser Grundsatz Realität wird.

„Wir dürfen den Unternehmungen keine unnötigen Angste machen; denn ihre Investitionen setzen Vertrauen in ihre Zukunft voraus. Deshalb muß die unvermeidliche Irritation durch die Debatte über Mitbestimmung und Vermögensbeteiligung sobald wie gesetzgeberisch möglich beendet werden.

Wir dürfen den Arbeitnehmern keine unnötigen Angste machen; denn auch sie glauben nicht, daß Verstaatlichung von Banken und Industrie oder staatliche Zentralisierung aller Investitionsentscheidungen ihren Wohlstand heben werden, die meisten von ihnen befürchten das Gegenteil.“

Ich will damit zum Ausdruck bringen, daß hier eine sehr mäßigende Hand am Werk ist. Diese mäßigende Hand würde ich bei der derzeitigen sozialistischen Alleinregierung nicht nur gerne sehen, sondern ich möchte wünschen, daß diese mäßigende Hand sehr nachhaltig und sehr eindrucksvoll zum Tragen kommt.

Gestatten Sie mir noch einen Gedanken. Früher, zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung, als die Sozialistische Partei mit uns die Oppositionsaufgabe teilte, erarbeitete sie ihr neues nationalökonomisches Programm, das damals von den sozialistischen Abgeordneten sehr oft zitiert wurde. Von diesem nationalökonomischen Programm ist seit Jahren nicht mehr die Rede, und vieles, was auch der politische Gegner in diesem nationalökonomischen Programm akzeptieren kann, wird von der sozialistischen Alleinregierung nicht praktiziert.

Wir würden uns wünschen, daß gerade auf dem Gebiet der Strukturpolitik, der Agrarpolitik und der Wirtschaftspolitik konkrete gegenwartsorientierte und zukunftsbezogene Initiativen gesetzt werden.

Wir werden uns, Herr Bundesminister für Finanzen, nach den bisherigen Erfahrungswerten als freiheitliche Fraktion so verhalten, daß wir nie ein Nein aus Prinzip setzen, sondern daß wir zuerst prüfen werden, welchen Gehalt eine Initiative dieser sozialistischen Alleinregierung hat. Wenn dieser Inhalt mit freiheitlichen Zielsetzungen übereinstimmt, wenn er der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und seiner Wirtschaft dient, wäre es ein Unsinn, Initiativen dieser Art abzulehnen.

Aber wann setzt die Bundesregierung diese Initiativen? Wann tut sie für die mittelständische Wirtschaft so viel, wie sie in den zurückliegenden Jahren sehr wohl für die verstaatlichten Unternehmungen getan hat? Wann holt diese sozialistische Alleinregierung den österreichischen Bauern aus seinem sozialpolitischen Ghetto, aus seinem Paradiese heraus? Nach hundert Jahren Sozialdemokratie kann man sagen: Ihr Verdienst ist es, das Proletariat im ursprünglichen Sinn bewältigt und beseitigt zu haben. Das wird auch der politische Gegner immer mit Hochachtung feststellen.

Nicht nur von der sozialistischen Alleinregierung, sondern auch aus der Entwicklung der Zweiten Republik heraus droht die Gefahr, daß wir ein neues Proletariat schaffen, das Proletariat der Bauern, das Proletariat der Kleingewerbetreibenden, das Proletariat der kleinen Handelstreibenden. Der Herr Vizekanzler Häuser weiß ganz genau, daß das Durchschnittseinkommen des kleinen Bauern, des kleinen Gewerbetreibenden, des kleinen Handelstreibenden oft vielfach unter dem Durchschnittseinkommen des Arbeitnehmers liegt, obwohl das auch nicht zu hoch ist.

Aber nachdem Sie nun den Landwirtschaftsbereich als Sozialisten verantworten, dürfen wir doch mit Berechtigung fragen: Wann werden Sie dort endlich ansetzen, um diese Gefahren möglichst wirkungsvoll zu beseitigen, um diesen bedrängten Bürgern unseres Landes eine entscheidende Hilfe zuteil werden zu lassen? Mit dem Gießkannenprinzip geht es nicht, auch mit den heute angekündigten 599 Millionen geht es nicht. Geld allein macht es nicht, obendrein ist es zu wenig. Es geht auch um die gesellschaftliche Stellung dieser genannten Berufsstände. Die des Arbeitnehmers in der Industriegesellschaft ist heute dem früheren Mittelstand gleichzusetzen. Der Arbeiter ist kein Proletarier mehr, Gott sei Dank, er gehört dem Mittelstand an. Aber Sie können nicht behaupten, daß ein Großteil der Kleinbauern, der Kleingewerbetreibenden und der kleinen Handelstreibenden noch dem Mittelstand zuzuzählen wäre.

Peter

Hoffnung wurde von diesen Mitbürgern in die Regierung Kreisky gesetzt; bis heute ist die Hoffnung dieser Mitbürger von Kreisky enttäuscht worden. Aber nicht nur diese Mitbürger sind von der sozialistischen Alleinregierung enttäuscht worden, sondern auch jene, die den Grundsatz Dr. Kreiskys: Reformen für ein modernes Österreich, ernst genommen haben. Die sozialistische Alleinregierung ist leider vom Weg zielführender Reformen abgekommen. Aber vielleicht kann sie, auch wenn er ein Liberaler und kein Sozialdemokrat ist, Giscard d'Estaing überzeugen, wenn er meint: Reformen ohne Risiko! Dabei werden wir Freiheitlichen gerne bereit sein mitzuarbeiten. (Beifall bei der FPO.)

Präsident Dr. Maletta: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Heindl. Ich erteile es ihm. (Zwischenruf des Abg. Ing. Häuser. — Abg. Peter: Darf ich Ihnen bei Gelegenheit sagen, welche Schwierigkeiten im Mühlviertel bei dieser Regionalplanung sind! — Abg. Ing. Häuser: Ich war oben im Mühlviertel, schon vor einem Jahr! — Ruf bei der ÖVP: Das ist schon lange her!)

Abgeordneter Dr. Heindl (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Präsident Sallinger hat gesagt, er hat in der heutigen Diskussion sehr aufmerksam zugehört. Auch ich habe das getan. Wenn Herr Professor Knapp vor einiger Zeit geschrieben hat, Inflationszeiten sind Demagogiezeiten, so kann ich nur sagen, er hat recht. Denn was hier heute von einigen Rednern der Österreichischen Volkspartei schon gesagt worden ist, zeigt in die Richtung, daß sich die Österreichische Volkspartei und ihre Vertreter bemühen, diesem Satz von Professor Knapp ein Höchstmaß von Gültigkeit zu verschaffen.

Ich muß dazu sagen: Herr Präsident Sallinger hat in seinen Ausführungen vieles wieder gutgemacht. Es waren Argumente, mit denen man sich auseinandersetzen kann, es waren Argumente, die, wenn sie auch kritisch und hart sind, doch Basis zu einem Gespräch, zu einer Diskussion sind.

Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß die ÖVP in den letzten Monaten alles unternimmt — zurückgehend vielleicht schon seit zwei Jahren —, um nichts an dieser Regierung gutzuheißen, um alles, was getan wird, seit die Regierung Kreisky im Amt ist, als schlecht hinzustellen. Das ist uns bekannt, das haben wir bereits zur Kenntnis genommen. Aber gerade was in den letzten Monaten, seit Herbst des vorigen Jahres, ausgelöst durch die Situation am Energiesektor, hier festzustellen war, scheint kaum mehr überbietbar zu sein.

Wir wissen schon warum, denn es ist mittlerweile bekanntgeworden, und das haben ja alle Ergebnisse bei Wahlen im Ausland gezeigt: Es gibt in der Regel in der Inflationszeit immer nur einen politischen Sieger, das ist die Opposition. Aber die Spekulation, meine Damen und Herren, die Sie in den letzten Monaten gerade auf diesem Gebiet betreiben, nämlich daß Sie argumentieren und rechnen mit den verständlichen mangelnden Einsichten weiter Kreise in die komplexen wirtschaftlichen Zusammenhänge, das geht ein bißchen zu weit.

Wir Sozialisten haben zu diesen Ihren Äußerungen in den letzten Monaten oft und oft geschwiegen, und ich muß sagen, es war wahrscheinlich ein Fehler. Denn immer wieder wunderten wir in unseren Diskussionen mit Vertrauenspersonen, aber auch mit anderen Bürgern gefragt: Ja wieso sagen Sie das nicht, wieso äußern Sie sich nicht dazu?

Meine Damen und Herren, warum haben wir uns nicht geäußert? Weil wir Angst davor haben, die Bevölkerung in eine Psychose zu treiben. Wir haben im Herbst erlebt, wohin es führt, wenn man ständig von Krisen redet, wenn man davon redet, es gibt kein Benzin mehr, auch wenn es genug gibt, wenn man redet, es gibt kein Öl mehr, auch wenn es genug gibt, wenn man redet, es gibt keinen Zucker mehr, auch wenn es genug gibt. Die Bevölkerung wird ständig in eine Stimmung getrieben, deren Konsequenz dann für viele furchtbar ist. Ich bin überzeugt, in den letzten Wochen des Jahres 1973 haben viele Hausfrauen, viele ältere Frauen, die wenig Geld haben, das letzte Geld hergegeben, nur weil sie wirklich geglaubt haben, es stimmt, es gibt keinen Zucker mehr, es gibt kein Mehl mehr. Es ist genug da, und es wird wahrscheinlich so manches vorderen.

Wir haben also in den letzten Monaten, wie ich schon gesagt habe, eine Steigerung dieser Entwicklung erlebt. Meine Damen und Herren! Was wir vermutet haben, wurde uns vor einigen Tagen mit Gewißheit bestätigt. Mir ist eine Broschüre, eine Anleitung an Vertrauenspersonen der Österreichischen Volkspartei in die Hände gekommen. Da steht ganz deutlich drinnen: Die nächste Zeit ab jetzt ist schon Wahlkampfzeit. Das dürfte sicherlich nicht auf die Zeit bis zum niederösterreichischen Wahlkampf bezogen sein, nicht auf die Präsidentenwahl bezogen sein, sondern wir haben das verstanden: Das dürfte darauf bezogen sein, was uns in den nächsten Monaten bevorsteht. (Abg. Dr. Kohlmaier: Was ist das für eine Broschüre?) Eine Broschüre an die Vertrauensleute. Ich habe sie nicht hier, ich kann sie

10594

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dr. Heindl

Ihnen aber zeigen, ich werde sie Ihnen gerne zur Verfügung stellen, Herr Generalsekretär. (Abg. Dr. Kohlmaier: Ich bitte darum!)

Das Miesmachen mag für Sie kurzfristig politisch interessant sein. Ich weiß gar nicht, ob es auf die Dauer so interessant sein wird, denn im vorigen Jahr haben wir gerade auf dem Sektor des Fremdenverkehrs erlebt, daß das für einen Teil der Wirtschaft, von dem Sie ja vorgeben, daß Sie ihn vertreten, zum Bummel geworden ist. Wir sind überzeugt, daß die enorme Kritik an den Preissteigerungen, die angeblich durch die Regierung Kreisky ausgelöst werden, so manchen präsumtiven Besucher abgehalten hat, nach Österreich zu kommen. Die Kritik wurde dann auch laut: die Wirtschaftspolitik und die sonstigen preispolitischen Maßnahmen seien Ursache für die Preisentwicklung am Fremdenverkehrssektor, und die Konsequenz: Wir hätten weniger Besucher gehabt. — Nun, so schlecht war das Jahr 1973 nicht, die Ziffern liegen ja vor. Von einem geringfügigen Rückgang am Ausländerfremdenverkehrssektor abgesehen, haben wir in der derzeitigen Situation relativ gutes Ergebnis erzielt. (Zwischenruf des Abg. Westreicher.)

Herr Kollege Westreicher, Sie selber haben gesagt: Der Winter wird eine Katastrophe. Ich kann mich erinnern, wie wir darüber gesprochen haben. Der Jänner, der Februar, der März, die Ziffern sind Ihnen bekannt, aber ich darf sie vielleicht doch noch sagen. (Abg. Westreicher: Der Winter war schon eine Katastrophe durch die Energiekrise!)

Herr Kollege Westreicher! Mit Steigerungen von 7, 9,5, 12 und 9,5 Prozent hat doch niemand gerechnet. Das ist, wenn Sie so wollen, ein Ergebnis und ein Erfolg der in der Wirtschaft Tätigen und ein „Mißerfolg“ der Regierung. Nennen Sie es, wie Sie wollen: Faktum ist, daß in der Fremdenverkehrswirtschaft das vorige Jahr kein Mißjahr war, wie Sie gesagt haben; und ebenso ein Faktum ist es, daß die ersten drei Monate trotz Kassandnarufen am laufenden Band Erfolgsmomate waren, wie sie noch nie da waren. Das sind Fakten. (Beifall bei der SPÖ. — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Westreicher.)

Herr Kollege Westreicher, ich darf Ihnen dazu sagen: Wenn Sie so weitermachen, wie es jetzt in den letzten Wochen begonnen hat, nämlich zu sagen: Die Regierung unternimmt schon wieder verschiedene Dinge, die der Fremdenverkehrswirtschaft schaden, die Preise müssen steigen!, dann werden Sie die günstige Atmosphäre, die derzeit noch herrscht, auch wieder ruinieren, und wir wer-

den dann eine Entwicklung haben, die niemand will, Sie genauso wenig wie wir. Das, bitte, sei zu diesem Thema gesagt.

Meine Damen und Herren! Es ist heute von unserem Klubobmann schon auf ein Inserat der Österreichischen Volkspartei hingewiesen worden. Ich hätte das Wort nicht verwendet, wenn es nicht vom Klubobmann der Österreichischen Volkspartei verwendet worden wäre. Es wurde das Wort Unverfrorenheit genannt. Ich sage dazu noch etwas: Es ist nicht nur unverfroren, solche Dinge in ein Inserat zu geben — ich werde mich mit Einzelheiten noch auseinandersetzen —, sondern es ist für mich die Demonstration der Heuchelei, wenn man weiß, was da tatsächlich dahintersteht. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich werde Ihnen Beispiele nennen. In diesem Inserat steht drinnen: Strompreissteigerungen. — Wissen Sie, woher die Anträge kommen? Die Anträge kommen von den einzelnen Landesgesellschaften. Wissen Sie, welche Landesgesellschaft an der Spitze steht? — Die TIWAG. Sie wissen, wo die TIWAG tätig ist. Sie wissen, wie hoch die Anträge der TIWAG bei der letzten Strompreiserhöhung waren: 25 Prozent Steigerung! Sie wissen, die genehmigten Beträge waren beträchtlich darunter. Wenn hier der Herr Dr. Schleinzer gesagt hat, die Regierung hätte gut getan, auf die ÖVP zu hören — na, danke schön! Dann hätten wir nicht eine 13- oder 14prozentige Strompreissteigerung, sondern eine 25prozentige gehabt.

Für mich, meine Damen und Herren von der ÖVP, hat sich im Zusammenhang mit diesem Inserat, im Zusammenhang mit der Kritik, eine Frage ergeben. Ich haben von den Rechnungshofuntersuchungen im Zusammenhang mit der TIWAG gehört. Ich frage mich wirklich, ob es Zufall ist, daß gerade die TIWAG ständig die höchsten Strompreisanträge stellt. Es wundert einen nicht, wenn man oberflächlich hinschaut und sich fragt, wozu sie Geld hingibt: für Bauten des Landesgerichtes ... (Zwischenruf des Abg. Westreicher.) Wir werden sehen. Dieses Thema ist ja noch nicht ausdiskutiert.

Was ich mich in dem Zusammenhang noch gefragt habe, Herr Kollege Westreicher: Ich habe mir die Aufsichtsratslisten angesehen. Es ist nicht nur der Herr Landeshauptmann Wallnöfer Präsident des Aufsichtsrates; es wundert mich, daß der Herr Dr. Lugger durch die Lande reist und Sorgen um die Bevölkerung wegen deren starker Belastung hat und gleichzeitig im Aufsichtsrat solchen Dingen zustimmt. Die Frage stelle nicht nur ich, sondern sicherlich so mancher andere auch.

Dr. Heindl

Das gilt aber nicht nur für den Strompreis. Das ist ja nicht der einzige. Unter anderem ist da noch etwas Schönes über den Apfelsaftpreis. Darf ich kurz erinnern, wie die Entwicklung am Apfelsaftsektor war?

1972 war eine Mißwirtschaft, also ein schlechtes Jahr am Apfelsektor. (Abg. *Brandstätter: Das hat mit Mißwirtschaft gar nichts zu tun!*) Ich habe mich versprochen. Verzeihung. (Abg. *Ofenböck: Eine Mißwirtschaft der Regierung wahrscheinlich!*) Die Regierung kann wahrscheinlich auch etwas dafür, wenn schlechtes Wetter ist und wenig Apfel wachsen!

1972 war ein schlechtes Apfeljahr. Natürliche Folge: Apfelpreisseigerung, Erhöhung des Apfelsaftpreises.

1973 war ein gutes Apfeljahr. Man müßte annehmen, daß dann natürlich die Apfelpreise sinken. Die Bauern, höre ich, haben zwar weniger bekommen, aber die Konsumenten haben nichts gespürt, denn es hat neuerlich Anträge auf Preiserhöhung für Apfelsaft gegeben.

Und, Herr Abgeordneter Brandstätter, wenn Sie lachen: Wir werden ja sehen und hören, wie Sie sich dazu äußern, wenn die volle Liberalisierung am Apfelsaftsektor verlangt wird. Wir werden ja sehen! (Abg. *Brandstätter: Das ist sehr klar, wie wir uns dazu äußern!*) Sie werden dagegen sein, nehme ich an. Aber bitte, dann muß man auch dazuschreiben, daß es hier keinen Wettbewerb gibt und daß diese Preise ja nicht die „Androsch-Gesellschaft“ macht.

Aber, meine Damen und Herren von der ÖVP, weil ich gerade Androsch lese. In Wirklichkeit ist auch das falsch. Wenn man schon jemand am Preissektor schuldig werden läßt, dann müßte es doch heißen: Staribacher. Das muß ich schon sagen. Aber Sie sind ja nicht so genau bei den Aussagen, die Sie in diesem Zusammenhang machen.

Eine weitere Sache. Sie schreiben da drinnen: Gemüse, Honig, Obst. Bitte, wo ist die Präsidentenkonferenz, die zustimmt, damit hier niedere Preise kommen? Wir hören nichts, wir sehen nichts. Immer nur Stille.

45 Prozent Teuerung bei Spielzeug. — Bitte, da habe ich mir selber die Mühe gemacht und habe einige Kataloge angeschaut. Das sind Preise, mit denen sich nicht die Regierung beschäftigt, das sind Preise, die im Handel üblich sind. Der Preis für einen Fahrtraktor für ein Kind ist vom vorigen Jahr auf heuer um 48 Prozent gestiegen; für einen Jeep aus Hartplastik um 41 Prozent; andere Spielzeuge um 30 und 35 Prozent. Und da schreiben Sie,

dafür ist Androsch oder Staribacher oder die Regierung verantwortlich? (Abg. *Dr. Kohlmaier: Die Politik!*) Herr Dr. Kohlmaier, das glaubt Ihnen ja nicht einmal mehr Ihr eigener Vertrauensmann, und Sie glauben, die österreichische Bevölkerung soll es Ihnen abnehmen! Nein, nein, nein! (Beifall bei der SPÖ. — Abg. *Dr. Kohlmaier: Haben Sie noch nie gehört, daß es eine Wirtschaftspolitik gibt?*) Zur Wirtschaftspolitik komme ich noch. Aber das ist ja das, was ich sage, eine Inflation Ihrer Aussagen! (Abg. *Dr. Kohlmaier: Sie leugnen ja die Möglichkeit einer Wirtschaftspolitik!*) Wir leugnen die Möglichkeit? Die Regierung macht Wirtschaftspolitik, aber Sie hindern sie ja nur. (Abg. *Dr. Kohlmaier: Sie machen keine, sonst wäre das nicht möglich!*)

Präsident Dr. Maleta (das Glockenzeichen gebend): Aber, aber, meine Herren! Ein bißchen Beruhigung!

Abgeordneter Dr. Heindl (fortsetzend): Aber, Herr Dr. Kohlmaier, so einfach kann man sich das nicht machen. (Abg. *Dr. Kohlmaier: Die Wirtschaftspolitik macht der Androsch! Sie haben doch gesagt: Die teuerste Regierung, die es je gab!*) Ich habe das nicht gesagt! Die österreichische Bevölkerung wird diese Frage beantwortet bekommen. Wir werden sehr intensiv reden, weil wir jetzt sehen, es hat keinen Sinn zurückzustehen, wenn Sie tragen die Dinge hinaus, wie sie nicht sind, und wir werden dazu Stellung nehmen und tun es auch schon.

Das zu diesen Dingen.

Herr Präsident Sallinger hat gesagt, das Beste, was es bei Preisen gibt, ist der Wettbewerb. Jawohl! In dieser Regierungserklärung ist gestanden — und die Regierung und auch das Parlament, muß ich dazusagen, haben auch entsprechend gehandelt —: Die beste Preispolitik ist natürlich ein funktionierender Wettbewerb. Nur in manchen Teilen funktioniert er eben nicht, meine Damen und Herren. Und jetzt zu sagen, daran sei die Sozialistische Partei schuld, wenn der Wettbewerb nicht funktioniert, das ist ein bißchen weit hengeholt. Das muß man schon sagen. (Abg. *Dr. Kohlmaier: Das sagen wir nicht!*) Es wird immer gesagt. Denn wenn es funktioniert, werden Sie sagen, es funktioniert die Wirtschaftspolitik nicht, und dann sagen Sie gleichzeitig, der Wettbewerb funktioniert. Man kann nicht einmal so und einmal so sagen!

Was ist geschehen? — Unter dieser Regierung ist das Kartellgesetz gemacht worden; unter einer sozialistischen Mehrheit. Auch die Gewerbeordnung. — Sie bringt Möglichkeiten

10596

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dr. Heindl

für einen echten Wettbewerb. Sie ist mit den Stimmen der ÖVP beschlossen worden, aber sie ist nicht unter der ÖVP beschlossen worden. Hätten wir schon Jahre die neue Gewerbeordnung, würde das ja schon viel besser funktionieren. Die neue Gewerbeordnung tritt ja erst mit 1. Jänner 1975 in Kraft.

Es wurden aber auch noch verschiedene andere flankierende Maßnahmen gesetzt. Ich erinnere nur an den Konsumentenbeirat, der geschaffen worden ist, der die Voraussetzung für eine Kooperation der verschiedenen am Wirtschaftsleben teilhabenden Gruppen ermöglicht hat. Nur in der Durchführung, meine Damen und Herren, da hapert's. (Zwischenruf des Abg. Dr. Mussi l.) Nein, Herr Dr. Mussi l., es wurden vom Konsumentenbeirat fünf Grundrechte — darf ich Sie erinnern —, fünf Grundrechte der Konsumenten erarbeitet. Da waren auch Ihre Vertreter dabei. Aber sehr, sehr selten merkt man, daß die Wirtschaft sich wirklich daran hält. Und das ist das Problem, warum es zu zuwenig Wettbewerb kommt.

Nun noch zum Preisgesetz. Es wird behauptet, die Regierung müßte dieses Preisgesetz haben. Sie lehnen es ab, Sie sagen, das ist nicht notwendig. Sie behaupten es ständig.

Wir merken ständig eines: daß dort, wo eine Verantwortung liegt, wie bei den Landeshauptleuten — und das ist ein Faktum, das ist kein Abwimmeln des Schwarzen Peters, sondern die Landeshauptleute sind für die Preisüberwachung zuständig; das ist eine Tatsache —, nicht eingegriffen wird. Warum funktioniert es dort nicht? Warum wird dort nicht eingegriffen? Herr Landeshauptmann Maurer denkt anscheinend nicht daran, hier aktiv zu werden.

Auch da kann ich Ihnen etwas sagen, wenn Sie schon eine Antwort auf Preisvergleiche haben wollen. Wenn man Wien mit Null annimmt, ergibt sich für Bregenz plus 9,6, Salzburg plus 7,5, Innsbruck 7,2. Das sind im Verhältnis zu Wien die Durchschnittspreise. Ich könnte noch fortsetzen. (Abg. Dr. K e i m e l: Die höchsten Industrielöhne von Österreich sind in Tirol!) Ja bitte, wir reden jetzt momentan über die Preise. In dem Zusammenhang läßt sich nicht wegdiskutieren, daß in diesen Städten das Preisniveau im wesentlichen über dem Wiener Niveau liegt, meine Damen und Herren. Und wenn sich die Regierung jetzt bemüht, im Zusammenhang mit einem neuen Preisregelungsgesetz hier neue Wege zu gehen, um noch mehr dieses Problem in den Griff zu bekommen, dann werden Sie nach dem, was ich gesagt habe, verstehen, warum wir sozialistischen Abge-

ordneten sehr glücklich sind, daß dieses Gesetz jetzt endlich eingebracht worden ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Fachleutner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Fachleutner** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gestern die Berichte des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers gehört, in denen sie über ihre Tätigkeit in den letzten Jahren berichteten, und man hätte annehmen können, daß sie auch Vergleiche dazu anstellen, in welcher Weise die SPÖ vor den Wahlen 1970 und 1971 an die Bevölkerung appellierte.

Ich darf Sie erinnern: Der Bundeskanzler hat damals an die österreichischen Frauen den Appell gerichtet: Wählt sozialistisch, damit das Einkaufen wieder Freude bereitet! — Der Bundeskanzler und auch die Sozialistische Partei haben vor diesen Wahlentscheidungen auch die „Schuldenpolitik“ der Regierung einer Kritik unterzogen.

Was uns in der Landwirtschaft derzeit am meisten betrifft, sind die Vermarktung, die Preispolitik und die Inflationspolitik. Wenn ich Sie erinnern darf: Als nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte im Jahr 1970 die Inflationsrate — die bis dahin von der ÖVP-Regierung zwischen 2½ und 3 Prozent im Jahr gehalten werden konnte — annähernd 5 Prozent erreichte, hat der heutige Nationalratspräsident und Gewerkschaftspräsident die Erklärung abgegeben: Die 5-Prozent-Grenze wird nicht überschritten werden, denn wir von der Gewerkschaft werden alles unternehmen, um das Ansteigen der Inflation zu verhindern!

Ich frage daher heute den Herrn Bundeskanzler, den Finanzminister, den Gewerkschaftspräsidenten: Wir haben nicht nur 5 Prozent Inflationsrate erreicht, sondern wir haben rund 10 Prozent Inflationsrate, die die österreichische Landwirtschaft schmerzlich trifft. Trotzdem versuchen Sie, gegenüber der Öffentlichkeit die Meinung zu vertreten, als ob Sie eine einmalige Wirtschafts- und Stabilitätspolitik „für alle Österreicher“ betrieben hätten.

Ich darf Sie erinnern: Unser Klubobmann hat im Juli 1971 an Sie die Frage gerichtet: Wo soll eine solche Entwicklung hinführen, wenn eine Regierung nicht bereit ist, zu dieser Inflationsentwicklung flankierende Maßnahmen zu unternehmen, damit man die Preisentwicklung in den Griff bekommt? — Sie haben diese Warnung in den Wind geschlagen,

Fachleutner

Sie haben das als lächerlich hingestellt, und heute stehen wir vor der Bilanz von 10 Prozent Inflationsrate in diesem Lande!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das auslösende Moment — das wurde von unseren Spitzenrednern hier bereits deponiert — war eine unsoziale Tarif- und Preispolitik, Steuerpolitik und die Einführung der Mehrwertsteuer zu einem ungünstigen Zeitpunkt; sie hätte später eingeführt werden sollen, und bei jenen Berufssparten, wo diese Steuer hart wirksam wird, hätte man vielleicht auf den halben Steuersatz herabgehen und jene flankierenden Maßnahmen setzen müssen, die damals Professor Koren gemeint hat, um so auch die Betriebe von dem überhöhten Steuendruck zu bewahren.

Meine sehr Verehrten! Wie hat sich das in der Landwirtschaft bei vielen Sparten ausgewirkt? Denken Sie an die Preiserhöhungen bei Kunstdünger, bei Treibstoff, bei Heizöl, bei Strom, am Bausektor, am Lohnsektor und bei Futtermitteln! Ich darf Ihnen einige Vergleiche bringen, Vom gleichen deshalb, damit auch Ihnen klar wird, welche großen Belastungen die österreichische Landwirtschaft beziehungsweise die Landwirtschaftsbetriebe heute in Österreich durch die Mehrwertsteuer, durch die Preiserhöhungen auf sich nehmen müssen.

Ich habe vor mir das Beispiel eines landwirtschaftlichen Betriebes mit 20 Hektar, der im Jahr 3000 Liter Dieseltreibstoff verbraucht. Die Kosten betragen für 1970 bei 3000 Liter mit 2,50 S 7500 S. Für 1974 ergibt sich bei 3000 Liter zu 5,30 S eine Belastung von 15.900 S. Das ist eine Erhöhung um 8400 S oder, in Prozenten ausgedrückt, von 112 Prozent!

Ein weiteres Beispiel: Wie wirkt sich die Handelsdüngerpreiserhöhung durch die Mehrwertsteuer aus? In einem landwirtschaftlichen Betrieb, 20 Hektar, waren bei einem Verbrauch von 700 Kilogramm Superphosphat, 400 Kilogramm Kali, 400 Kilogramm Nitramoncal 1970 die Kosten 31.720 S. Im Jahre 1974 sind es 51.000 S! Das ist eine Erhöhung von 19.280 S, oder im Durchschnitt um 61 Prozent.

Ein weiteres Beispiel soll zeigen, welche Belastungen der Maschinenkauf durch die enormen Preiserhöhungen für die österreichische Landwirtschaft mit sich bringt. Ein landwirtschaftlicher Traktor mit 50 PS kostete im Jahre 1970 rund 104.000 S, im Jahre 1974 kostet er 143.000 S — also eine Erhöhung um fast 39.000 S oder 37 Prozent.

Ein Mähdrescher, ein kleiner Mähdrescher oder mittlerer Mähdrescher, Schnittbreite 2,10 Meter, 1970: 188.000 S, 1974: 315.000 S;

Erhöhung 127.000 S, in Prozenten: 67. (Abg. Ing. Häuser: Braucht den auch der kleine Landwirt?) Ja, der braucht ihn auch, weil dadurch die Gemeinschaft oder jener, der ihn kauft, in die angenehme Lage versetzt werden kann, auch seinen Mähdresch durchführen zu können.

Ein weiteres Beispiel: Im Jahre 1970 hat ein österreichischer Bauer zum Einkauf eines Traktors mit 50 PS den Gegenwert von 44.000 Liter Milch oder 45.000 Kilogramm Weizen benötigt. 1974 war auch in diesem Fall eine 64prozentige Belastung eingetreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind nur einige Beispiele, die aufzeigen, welche enorme Belastung die österreichische Landwirtschaft auf Grund der Preiserhöhungen beziehungsweise durch die Inflationsrate hinnehmen mußte.

Wir wissen, daß beispielsweise der gesamte Kunstdüngereinkauf im Jahre 1973 mit 3 Milliarden Schilling beziffert wird. Die 3 Milliarden Schilling erbrachten dem Finanzminister an Mehrwertsteuer 480 Millionen Schilling. Ein Prozent Preiserhöhung bringt dem Finanzminister an Mehrwertsteuer 4,8 Millionen Schilling.

Der Treibstoffeinkauf betrug 1970 in der österreichischen Landwirtschaft 786 Millionen Schilling, 1974 wird er 1777 Millionen betragen, das ist eine Mehrbelastung von 991 Millionen Schilling, fast eine Milliarde Schilling in diesem Zeitraum von vier Jahren.

Wir wissen weiter, daß trotz der großen Belastungen gerade im vorigen Jahr anläßlich der Ölkrise Schwierigkeiten aufgetreten sind, weil man unsere Mahnungen, eine Bevorratung auch für Ernteeinsätze einzuführen, in der Vergangenheit nicht gehört hat. Es haben sich daraus Schwierigkeiten beim Anbau und bei der Rübenrente ergeben. Ich glaube daher, daß man nicht sagen kann, man hätte hier alles unternommen, um die aufgetretenen Schwierigkeiten zu bändigen oder außer Kraft zu setzen.

Ich darf Sie weiters erinnern: Am Bausektor ist eine rückläufige Tendenz in der Landwirtschaft feststellbar, die 25 Prozent im Jahre 1973 ausgemacht hat. Wenn man die Baukostensteigerung der letzten zwei Jahre hier anführen darf, dann sind in diesen beiden Jahren Baukostensteigerungen von 42 Prozent — soweit ich das von der Landwirtschaft aussehen kann — eingetreten. Das hat folgende Konsequenz: neuerliche Belastungen, neuerliche negative Bilanzen und hat weiters zur Konsequenz, daß damit auch der Einkauf ge-

10598

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Fachleutner

riger geworden ist, wodurch sich in der weiteren Folge eine Gefährdung der Arbeitsplätze ergibt.

Fragen Sie die Maschinenhändler in unserem Lande: Die österreichische Landwirtschaft hat im Wirtschaftsjahr 1973 um 5120 Millionen Schilling Maschinen eingekauft, was einen Rückgang von 22 Prozent bedeutet. Das heißt, daß die Landwirtschaft um mehr als eine Milliarde Schilling weniger Einkäufe tätigen konnte. Das ist keine Schwarzmalerei, sondern das sind Tatsachen. Und wenn Sie vielleicht sagen, daß eine Sättigung vorhanden sei, dann stimmt das nicht ganz, weil viele Arbeitsmaschinen bereits überaltert sind. Die schwache Kaufkraft, die schwache Leistungskraft der Landwirtschaft auf der Einnahmenseite ermöglicht es ihr eben nicht, so wie in den letzten Jahren als Einkäufer von Maschinen aufzutreten.

Aber auch hinsichtlich der Steuern hat diese Regierung eine bauernfeindliche Politik betrieben. Ein Antrag auf den halben Steuersatz bei der Mehrwertsteuer wurde von Ihnen abgelehnt. Ein zweiter ÖVP-Antrag, pauschaler Vorsteuerabzug bei pauschalisierten Landwirten von 6 auf 8 Prozent bei der Mehrwertsteuer, wurde abgelehnt. Die Ablehnung dieser beiden Anträge, meine sehr geehrten Damen und Herren, kostet die österreichische Landwirtschaft 870 Millionen Schilling im Jahr.

Was die Lage in der Viehwirtschaft betrifft — auch das wurde von einigen Rednern hier bereits sehr eingehend geschildert, ich glaube auch von Parteiobermann Peter —, so erinnern wir uns noch an die unglückselige Maul- und Klauenseuche, an jene Schwierigkeiten, die wir damals hatten. Aber nicht nur direkt wegen der Maul- und Klauenseuche, sondern betroffen waren überhaupt die Viehexporte. Man hat damals nämlich verabsäumt, Italien zu unterrichten, daß wir nur im Burgenland und in Niederösterreich die Klauenseuche hatten. Es ist zu einer Gesamtausfuhrsperrre gekommen, und die Überhänge, die da waren, konnten auf Grund dieser Sperrre, wegen dieser Nichtaufklärung nicht exportiert werden. Wir konnten im letzten Wirtschaftsjahr um 46.000 Stück Rinder weniger exportieren. Über 40.000 Stück — ich glaube, Herr Minister, die Berichte stimmen — lagern in den Kühlhäusern in Österreich. Dieser Überhang bewirkt, daß auch das Preisgefüge stark rückläufig ist. (Abg. Dr. Weih: 16.000!) Er wirkt sich preisdrückend und einkommensverschlechternd für die österreichische Landwirtschaft aus.

Meine sehr Verehrten! Wenn man das sieht, dann kann man nicht an das Rednerpult treten und gerade bei dieser Viehwirtschaftslage den Eindruck erwecken wollen, als ob alles in bester Ordnung wäre.

Als eine Lockerung eintrat, wäre es möglich gewesen, durch rasche Exporte marktentlastend zu wirken. Es ist Ihnen damals anscheinend nicht gelungen, Herr Minister, jene Stützungsmittel, Exportstützungen vom Finanzminister zu bekommen, um marktentlastende Maßnahmen zu setzen. Erst in der weiteren Folge konnten Sie erhöhte Mittel zur Verfügung stellen. Da war es bereits zu spät.

Jetzt bemühen wir uns sehr, sehen aber, daß die Italiener nicht mehr bereit sind, jene Kontingente und jene Stückzahlen zu übernehmen, weil sie selbst in großen Schwierigkeiten sind. Aber Sie haben die Chance nicht genutzt, als die Möglichkeit bestand, rasch entscheidende Exporte zu tätigen. Dieses Schuldkonto nimmt dieser Regierung niemand ab! (Beifall bei der ÖVP.) Diese Verluste, die die Landwirtschaft im Jahre 1973 bis zur Stunde erlebt hat, Herr Bundesminister, haben eine Größenordnung von 1 Milliarde Schilling. Mit 1 Milliarde Schilling ist die österreichische Viehwirtschaft belastet auf Grund der Untätigkeit dieser Regierung!

Ich darf Ihnen weiters folgendes sagen: Die Regierung hat sich ein neues Wunder in der Marktentlastung einfallen lassen. Sie sagt: Wenn es schon nicht gelingt, jetzt, weil wir es versäumt haben, Exporte nach Italien durchzuführen, dann geben wir billiges Rindfleisch in Österreich ab. Sie haben von den Stützungsmitteln 100 Millionen Schilling abgezweigt und haben eine großangelegte Aktion in Österreich gestartet. (Abg. Dr. Weih: 20 Millionen!) 20, bitte. 100 war die Aussage. Dann sind es 20, bitte, 20 Millionen.

Nun komme ich konkret auf das Problem: Was haben Sie wesentlich damit erreicht, Herr Bundesminister? Das war doch keine marktentlastende Maßnahme. Ich habe grundsätzlich nichts gegen die Verbilligungsaktion, aber marktentlastende Maßnahme war es keine, weil das Fleisch im Lande blieb, und wir müssen jetzt feststellen, daß die Schweineproduktion in der weiteren Folge einer Erschwerung unterliegt.

Herr Bundesminister! Da können Sie doch nicht sagen, man hätte in dieser Angelegenheit das Größtmögliche gemacht. Wenn es möglich war, vermehrte Mittel beim Bauerngipfel mit der Bundesregierung — ich glaube, auch mit Ihnen —, zu erreichen, dann war es doch nicht so, daß Sie oder der Herr Bundeskanzler oder der Herr Finanzminister uns mit offenen

Fachleutner

Armen in der schwierigen Situation geholfen hätten. Denn bei einem ersten Gespräch schickte der Herr Bundeskanzler die Bauernbundführung nach Hause, indem er sagte: Kommt überhaupt nicht in Frage, darüber zu reden! — Erst als sich rund 600.000 Bauern in einer Unterschriftenaktion an die Regierung gewandt haben, um die Schwierigkeit zu deponieren, waren Sie bereit, mit uns zu reden. Das ist die Tatsache! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Weihns zur ÖVP gewendet: Wir haben ja nur 426.000! Wo er die anderen hernimmt, weiß ich nicht!) Daher glaube ich, die Mittel, die erreicht wurden, mußten schwer erkämpft werden.

Eine weitere Schwierigkeit, Herr Bundesminister, liegt darin, daß Sie seit 1. Jänner 1974 die Exportzuschüsse über die Landwirtschaftskammern direkt an die Bauern auszuzahlen wollen. Bis jetzt konnte die Auszahlung nicht vorgenommen werden, weil keine Ermächtigung vorliegt.

Ich darf weiters erinnern, daß die Exporteure sehr klagen, daß sie — das ist nicht zum Lachen, Herr Bundesminister, das ist sehr traurig (Abg. Dr. Weihns: Was Sie da sagen, da kann man nur lachen!) — nur 20 Prozent der Zuschüsse vom Jahre 1973 bekommen haben und daß ihnen bis zur Stunde der Rest fehlt. (Abg. Dr. Weihns: Das ist absolut falsch, was Sie hier sagen!) Bitte prüfen Sie das nach, die Exporteure beklagen sich in dieser Richtung.

Ich glaube, daß es wesentlich besser wäre, die Auszahlungen, so wie es vor dem 1. Jänner 1974 gewesen ist, direkt durchzuführen. Denn die Bauern wollen sofort den gesamten Erlös bekommen und die Beträge nicht nur in Etappen zum verdienten Erlös, den sie beim Verkauf einnehmen.

Eine weitere Frage: Ist es richtig, daß in Zukunft Lizenzen, die ausgestellt werden, innerhalb von 10 Tagen eingelöst werden müssen, ansonsten die Gefahr besteht, daß die Depotgebühr verfällt? Das wäre eine zusätzliche schwere Belastung.

Weiters wenden sich durch die abermalige Aufwertung — der Herr Bundesminister für Finanzen hat zwar gemeint, es werden keine wesentlichen Schwierigkeiten eintreten — in der Exportwirtschaft, sprich Viehwirtschaft, Schwierigkeiten ergeben.

Wir hören auch, daß wir beim Käseexport nach Amerika die größten Schwierigkeiten haben. Der Käse ist fast nicht mehr hinzubringen. (Abg. Dr. Weihns: Das ist falsch! 6500 Tonnen wurden exportiert! — Abg. Dr. Kohlmaier: Sie meinen 6½ Kilo!) Wir

hören, daß es beim Käseexport auf Grund der Aufwertung des Schillings und der Abwertung des Dollars große Schwierigkeiten gibt. Ich bin schon neugierig, wie Sie diese Probleme in der weiteren Folge lösen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hat sich die Regierung auch darüber Gedanken gemacht? Sie sagen, es ist alles falsch. Sie sind ja auch zuständig für die Ostliberalisierung, die am 1. Jänner 1975 ... (Zwischenruf des Abg. Dr. Weihns.) Innerhalb der Regierung sind sie mitschuldig, Herr Bundesminister! Sie sind in der Regierung und haben gesetzlich die österreichische Land- und Forstwirtschaft zu vertreten.

Sie wissen, daß wir in der Ostliberalisierung große Schwierigkeiten bei Obst und Gemüse haben. Hier besteht nicht nur eine Gefahr für die Betriebe selbst, sondern in den Gärtnereibetrieben sind auch die Arbeitsplätze schwer gefährdet. Ich frage Sie: Welche Gegenmaßnahmen werden Sie unternehmen, um die Belastungen, die diese Betriebe treffen werden, aus der Welt zu schaffen?

Für die Milchproduktion — wir wissen alle, daß diese hauptsächlich in den Grünlandgebieten anfällt, bei den Bergbauernbetrieben — haben wir vor nahezu eineinhalb Jahren bereits die Forderung aufgestellt, im Hinblick auf die Inflations- und Preisentwicklung eine weitere Nachziehung des Milchpreises zu erreichen. Es war keine „gmahte Wiesn“, daß die Regierung unseren Gedanken, unseren Vorstellungen gerecht wird. Auch hier hat der Herr Bundeskanzler unsere Bauernvertreter bei den ersten Besprechungen nach Hause geschickt, und erst auf Grund entscheidender Vorstellungen, mit Hilfe der Unterschriftenaktion ist es gelungen, den Bundeskanzler und die zuständigen Leute zu bewegen, über den Milchpreis echt zu reden.

Die 30-Groschen-Erhöhung ergibt im Gesamten eine Erhöhung von 1140 Millionen Schilling. Ich möchte dazu auch eine Aufklärung geben, damit nicht der Eindruck entsteht, diese 1140 Millionen Schilling bekämen die österreichischen Bauern. (Abg. Mondl: Und beim Schleinzer habt ihr überhaupt nichts gekriegt! Da haben Sie den Mund gehalten!) Da hat es ja keine Inflationsrate gegeben, Herr Kollegel. Jetzt gibt es ja eine dreifache Preiserhöhung zum Unterschied von früher.

Nach einer Aufstellung der Bauern ergeben 30 Groschen Milchpreiserhöhung 600 Millionen Schilling. Die Molkereiarbeiter bekommen 190 Millionen Schilling, der Sachkostenaufwand beträgt 110 Millionen Schilling, der Transportkostenausgleich 40 Millionen Schil-

10600

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Fachleutner

ling, Handelsspannen und Steuern 200 Millionen Schilling. Das ergibt eine Summe von 1140 Millionen Schilling.

7000 Molkereiarbeiter bekommen 190 Millionen Schilling. Wir bekennen uns dazu, wir freuen uns darüber. Wir wissen, daß bei der derzeitigen Produktion 27.000 Melker notwendig sind, um die anfallende Milch melken zu können. Wenn diese Melker angeglichen worden wären, dann wären neuerlich — wenn ich die Kalkulation der Molkereiarbeiter ins Kalkül ziehe — 653 Millionen Schilling notwendig gewesen. Dies ist leider nicht der Fall.

Nun einige Worte zur Schweineproduktion im Jahre 1973 — Herr Bundesminister, Sie werden gleich wieder sagen, das stimmt nicht. Hier wurde in der Größenordnung von 400.000 importiert. Die Verteuerung der Eiweißfuttermittel hat auch eine Verteuerung der Produktion mit sich gebracht. Die Produktionsverteuerung durch die Eiweißfuttermittelverteuerung, die fast 300 Prozent ausgemacht hat, beträgt pro Stück 400 S. Daher wäre es notwendig, eine Bevorratung bei Eiweiß anzustreben. Bis zur Stunde ist auch in diesem Fall nichts geschehen. Wir waren damals angewiesen, von Ostdeutschland Schweine zu importieren. Von anderen Ländern war es nicht möglich.

Wenn der Fall eintreten sollte, daß wir wieder weniger produzieren, auf Importe angewiesen sind und vom Ausland keine Schweine bekommen, dann werden nur deshalb, weil wir nicht Vorsorge getroffen haben, in der Schweineproduktion eine Rentabilität zu erreichen, nicht nur die Bauern schwerstens geschädigt werden, sondern auch unsere braven Österreicher nicht ausreichend ernährt werden können.

Was die Getreideproduktion betrifft, ist es den Bauern gelungen, im Jahr 1973 eine gute Roggen- und Weizenernte einzubringen; qualitativ ist sie sehr gut. In diesem Zweig ist eine Weltverknappung eingetreten, und die Preise sind stark angestiegen. Ich darf Sie heute erinnern, daß der Weltmarktpreis für Durum bei 8 S liegt. Ich darf Sie weiters daran erinnern, daß der Preis für Qualitätsweizen bei 5,90 S und der Roggenpreis bei 4 S liegt.

Was bedeutet das? — Daß wir froh sein müßten, eine tüchtige Landwirtschaft zu besitzen, die die heimische Produktion nicht nur produktionsmäßig, sondern auch qualitativ so sehr gesteigert hat, daß das Volk ausreichend und — zum Unterschied zu den Weltmarktpreisen — billig versorgt werden kann.

Im Zusammenhang mit der Kartoffelwirtschaft, Herr Bundesminister, muß ich Ihnen sagen, daß der Kartoffelmarkt schlecht behan-

delt wurde. Als die Produktion anlief, wurden die Lizenzen nicht rechtzeitig ausgegeben. Zehntausende Kilogramm Kartoffel, Speise- und Industriekartoffel, sind zugrunde gegangen. Dadurch ist der österreichischen Landwirtschaft ein schwerer Schaden erwachsen. Die Regierung hat (Zwischenrufe.) Ja in späterer Folge, Herr Bundesminister! Aber zur Ernte selbst haben Sie nichts unternommen, weil der Einspruch eines Blaha und Hrdlicka genügte, daß Sie nicht entscheidend in Erscheinung getreten sind. (Beifall bei der ÖVP.)

In der Zuckerrübenproduktion war es so, daß eine gute Ernte eingebracht werden konnte. Die erhöhte Produktion der Plus-Plus-Rübe hat Österreich gut versorgt. Die Weltproduktion beträgt heute 81 Millionen Tonnen. Um die Bevölkerung ausreichend mit Zucker zu versorgen, wären über 100 Millionen Tonnen notwendig, das bedeutet, daß die Möglichkeit bestünde, die Mehrproduktion der heimischen Zuckerrübenbauern entsprechend zu forcieren, den Hackfruchtbau zu forcieren und auch hier eine moderne Wirtschaftsführung herbeizuführen.

Der Weltmarktpreis für Zucker, Herr Bundesminister, liegt zwischen 11 und 12 S. Der österreichische Zucker wird im Durchschnitt mit 6,50 S bezahlt, das heißt, daß unsere Konsumenten im Vergleich zum Weltmarktzuckerpreis günstig versorgt werden. Das heißt weiters, daß auch die Preisanträge, die gestellt wurden, ob bei Getreide, ob bei Zucker, rechtzeitig erfüllt werden sollten, um auch diese beiden Produktionssparten aufrecht erhalten und in weiterer Folge die Bevölkerung unabhängig, rechtzeitig und ausreichend versorgen zu können.

Eine weitere Sparte ist der österreichische Weinbau. Die Ernte betrug 1973 rund 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Hektoliter. Der Konsum ist steigend. Aber nicht deshalb, weil wir eine sozialistische Regierung haben, sondern das ist eine allgemeine Entwicklung, die sich breitgemacht hat. Nicht auf Grund Ihrer Initiative! Der Konsum ist also gestiegen, er liegt derzeit pro Kopf zwischen 42 bis 44 Liter.

Es war aber unverantwortlich, daß man heuer im Frühjahr über 200.000 Hektoliter importierte, um einen Preisdruck herbeizuführen. Herr Bundesminister! Schauen Sie sich die Notstandsgesetze an, für die Sie dauernd eine Aussage machen. Die Preise für Faßwein sind um fast 1 bis 1 $\frac{1}{2}$ S gefallen.

Es ist auch sehr unsozial, daß der Finanzminister mit keinem Wort über die Steuereinnahmen, die ihm der Weinbau erbringt, eine Aussage gemacht hat. Vom Preis, vom

Fachleutner

Erlös werden den Produzenten 40 Prozent in Form von Steuern durch den Finanzminister weggenommen, meine sehr Verehrten! Das ist doch die größte Belastung, die wir in Europa auf dem Weinbausektor kennen. Es gibt kein Land in Europa, das eine so starke steuerliche Belastung auf diesem Gebiet aufzuweisen hat.

Andererseits wissen wir, daß 180.000 Menschen vom Weinbau leben. Daher wäre es recht und billig, wenn diese Regierung, die immer wieder erklärt, für jeden Berufsstand entscheidende Maßnahmen zu setzen, für die Sicherung dieser Betriebe etwas leisten würde.

Wir müssen feststellen, daß Sie nicht nur der landwirtschaftlichen Produktion schweren Schaden zugefügt haben, sondern Sie haben auch die Bodenbeschaffung, ohne sich mit uns in der Endphase zu einigen, mit brutaler Mehrheit durchgesetzt. Auch damit haben Sie den Landwirten schweren Schaden zugefügt.

Es ist unrichtig, zu sagen, diese Maßnahmen wären nötig gewesen, weil man den Grundpreiserhöhungen entgegentreten wollte. Ich hoffe, Herr Bundesminister, daß die Statistik stimmt: Die Grundpreiserhöhungen machen, an den Baupreisen gemessen, nur 3 bis 6 Prozent an Belastung aus. Es war daher unverantwortlich, daß Sie trotz unserer Bedenken, durch Ihre Beschußfassung nicht nur die Landwirtschaft schädigten, sondern auch eine Eigentumspolitik, oder besser gesagt Gesellschaftspolitik, nach Ihren Auffassungen betrieben haben.

Sie sprechen von Erfolgen in der Wirtschaftsgemeinschaft, die Sie erreicht haben. Sie wissen ganz genau, daß die Landwirtschaft überhaupt nicht in den EG vertreten ist. Sie wissen aber auch ganz genau, daß wir keine langfristige Agrarmarktordnung besitzen, daß die Abschöpfungs- und Erstattungsregelung lückenhaft ist, viele Produkte nicht erfaßt und die Finanzierung von den Bauern weitgehend selbst bezahlt wird. Das trifft zu beim Milchkriseengroschen, das trifft zu bei Zucker durch die Plus-Plus-Rübe. Die Regierung hat auch in dieser Frage große Töne von sich gegeben, in Wirklichkeit ist aber bei diesen beiden Dingen bis zur Stunde nichts Entscheidendes geschehen.

Ich habe schon gesagt, daß uns die Schilling-aufwertung abermals schweren Schaden zugefügt hat. Ich darf Sie weiters daran erinnern, daß Sie durch Ihre Maßnahmen Ihr Verständnis gegenüber unseren Vertretern dokumentieren. Dazu kommt, daß Sie den Mut haben, in den Betrieben durch Ihre Betriebsräte eine unverantwortliche Hetze gegenüber dem Berufsstand der Bauern zu ent-

wickeln. Wenn Sie dies nicht glauben sollten, dann erlaube ich mir, Ihnen dieses Flugblatt zu zeigen, auf welches Sie schreiben: „Die Preistreiber sind unter uns!“

Eine weitere Frage: Halten Sie es für richtig, daß die Arbeiterkammer in einer ihrer Aussendungen eine bodenlose Hetze gegen die Bauern betreibt? Halten Sie es für richtig, daß Sie im Zusammenhang mit unseren berechtigten Wünschen bei den Preiselanträgen in Ihrer „Agrarzeitung“ die Formulierung „ohne Rücksicht auf den inneren Frieden“ bringen?

Warum sage ich das, Herr Bundeskanzler? Weil ich das als eine ernste Situation betrachte. Ich frage Sie, ich frage die Gewerkschafter: Wo hat jemals in den letzten 20 Jahren ein bäuerlicher Vertreter dann, wenn es um berechtigte Wünsche der Arbeitnehmer ging, eine so unverantwortliche Hetze betrieben? Hier erscheinen mir der innere Frieden und die Demokratie gefährdet, weil es meiner Auffassung nach unverantwortlich ist, keine entsprechende Aufklärung darüber zu geben, warum die Bauernschaft Preiselanträge stellt: um die ihr erwachsenen Preisbelastungen annehmbar wettzumachen.

Das ist die Situation, vor der die Bauernschaft steht und in der Sie uns aber in entscheidenden Fragen nicht verstehen wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bilanz, die Sie, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister, uns gestern gegeben haben, ist eine Negativbilanz. Es ist heute schon angeklungen: Es nützt nichts, Herr Bundeskanzler, wenn Sie ein Drittel Ihrer Ausführungen den Golan-Höhen oder Irland gewidmet haben. (Bundeskanzler Dr. K r e i s k y: Wieder falsch gerechnet!) Vielleicht wäre es nicht schlecht gewesen, wenn Sie auch die deutsche Situation geschildert hätten. Brandt ist, Herr Bundeskanzler, nicht an seinen persönlichen Verhältnissen oder durch den Politoffizier gescheitert, sondern Brandt ist an einer unvernünftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik gescheitert, meine sehr Verehrten!

Ich glaube, Sie bewegen sich mit Ihrer Regierung in der gleichen Richtung. Ich darf Ihnen daher als Bauer folgendes sagen: Ich habe das Gefühl, auch in dieser Regierung beginnt es bereits zu „brandtln“. (Beifall bei der ÖVP.)

Da die Sozialisten immer fragen: Welche Alternativen haben Sie zur Agrarpolitik?, darf ich Ihnen das „Grazer Programm“ überreichen. Vielleicht zeigen Sie es auch Ihrem Kollegen Finanzminister, damit er mehr Gefühl für die österreichische Landwirtschaft bekommt. (Der

10602

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Fachleutner

Redner überreicht dem Bundeskanzler das „Grazer Programm“. — Bundeskanzler Doktor Kreisky: Als kleine Gegenleistung für die 600 Millionen im Überschreitungsgesetz! — Heiterkeit.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Pfeifer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Pfeifer (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn man seit 1970 als Regierungsabgeordneter und Bauer tätig ist, dann hat man eines voraus: Man braucht sich auf seine Reden nicht mehr vorzubereiten, wenn vorher ein Bauernbündler den Standpunkt der Oppositionspartei von der bäuerlichen Seite darlegt, denn es sind seit 1970 die gleichen Gejammerreden, die gehalten werden. Es sind seit 1970 im wesentlichen auch unwahre Behauptungen, die aufgestellt werden.

Wenn man feststellt, meine Damen und Herren von der großen Oppositionspartei, daß man mit den Gesprächen mit dem Herrn Bundeskanzler nicht ganz einverstanden ist, dann habe ich dafür Verständnis. Aber folgendes muß doch klargestellt sein: Seit 1970 können Sie als Interessenvertreter und als Bauernbund mit dem Regierungschef reden. Vorher konnten Sie das nicht, weil Klaus davon-gelaufen und Schleinzer in die Schweiz gefahren ist. Das muß man doch auch sehen. (Beifall bei der SPO.)

Wenn da ein Vertreter der großen Oppositionspartei ans Pult tritt und nur darüber lamentiert, welche gigantischen Belastungen die Regierung der Bauernschaft auferlegt hat, dann hat er wohlweislich absichtlich verschwiegen, wieviel an Mehreinnahmen die Bauern durch die Agrarpolitik der Bundesregierung bekommen.

Wo ist denn der Weinbauer Fachleutner? Warum sagt er denn nicht, daß 500 Millionen Schilling im gesamten Weinbau mehr eingenommen wurden? (Zustimmung bei der SPO.) Warum sagt er denn nicht, daß bei einem Preisniveau von 4 bis 5 S während der ÖVP-Alleinregierung in den Jahren 1966 bis 1970 ein Herr Koren noch zusätzlich Steuern eingeführt hat (Abg. Dr. Mussil: Wer hat das verlängert?) und daß man heute bei einem Preisniveau von 8 S und darüber liegt? Seine Ausführungen sind Halbwahrheiten, demagogische Halbwahrheiten! Das muß man hier festhalten. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Gehen Sie mit mir hinaus!)

Herr Kollege! Ich bin zu jeder Diskussion mit Ihnen bereit, wenn Sie zu den klaren Fakten, die eben vorliegen, Stellung nehmen. Das tun Sie nicht. Sie arbeiten mit unrichtigen

Zahlen. Die Behauptungen, die Sie vorbringen, sind nicht wahr. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Mussil: Ausgerechnet Ihre sind wahr, glauben Sie! Die sind aus der Luft gegriffen!)

Meine Damen und Herren! Ich hätte auch von einem Oppositionsabgeordneten, der zugleich niederösterreichischer Abgeordneter ist, erwartet, daß er zumindest so objektiv ist wie der Landeshauptmann von Niederösterreich. Denn als die Bundesregierung bei den Gesprächen mit den Ländern erstmals, als eine Bundesregierung der Zweiten Republik dem Land Niederösterreich für das Grenzland mehr als 1 Milliarde Schilling aus Bundesmitteln zur Verfügung gestellt hat, da hat sich ein Mauner bedankt. Ein Fachleutner und ein Bauernbund finden es nicht einmal der Mühe wert, einen Satz oder ein Wort darüber zu sagen. (Lebhafte Zustimmung bei der SPO. — Abg. Dr. Mussil: Wer hat dem Grenzland die Steuerbegünstigung weggenommen, Herr Pfeifer? Wer war das?)

Herr Kollege Mussil! Denken Sie an das Waldviertel. Wenn die Bauern dort etwas wollen, gehen sie nicht zum Mussil, sondern zum Pfeifer, weil sie wissen, daß sie da etwas erreichen. So ist die Situation! (Beifall bei der SPO.)

Meine Damen und Herren! Man kann jetzt die Dinge nennen, wie man will: Seitdem es in diesem Staat eine sozialdemokratische Regierung gibt (Abg. Dr. Mussil: Geht es abwärts, Herr Collega!), seither geht es den Bauern in Österreich besser. (Beifall bei der SPO. — Abg. Kern: Ihnen geht es besser!)

Ich weiß schon, daß das die ÖVP nicht gerne hört, aber nehmen Sie zur Kenntnis: Wenn Sie Mut haben, meine Herren vom Bauernbund, dann kommen Sie doch heraus und nennen Sie eine Produzentenpreiserhöhung in der Zeit zwischen 1966 und 1970. Es wird nicht möglich sein, weil es keine gegeben hat! Sie haben die Weizenpreise reduziert. (Abg. Kern: Gerste und Roggen!) Nehmen Sie zur Kenntnis: Mit dieser Politik, mit der Politik der Halbwahrheiten, werden Sie nicht weiterkommen! Sie kommen hierher und reden von den Preiserhöhungen, sprechen aber nicht von dem, was die Bundesregierung den Bauern seit Jahren mehr gegeben und abgegolten hat. (Beifall bei der SPO. — Zwischenruf der Abg. Helga Wieser. — Abg. Dr. Mussil: Ein Tropfen auf den heißen Stein!)

Herr Dr. Mussil! Ob Sie diese Aktivitäten einen Tropfen auf den heißen Stein nennen oder nicht: Feststeht, daß wir auch im ländlichen Raum längst wissen, daß die freie Schulfahrt nicht ein Tropfen auf einen heißen Stein ist, daß es sehr wohl für viele Bauern,

Pfeifer

für viele bäuerliche Haushalte auch in dieser Frage eine echte Entlastung gibt, ob Sie es wollen oder nicht.

Man könnte Dutzen Dinge und Reformen anführen. (Abg. Dr. Mussil: Nennen Sie uns Dutzen!) Reden wir über die Heiratsbeihilfe, Herr Kollege Dr. Mussil. Das hören Sie auch nicht gerne. Oder über das Schulbuch, das ist auch alles nichts. (Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)

Herr Dr. Mussil! Sie hätten ja alle Möglichkeiten gehabt, 25 Jahre hindurch in dieser Republik, in diesem Land, eine andere Politik zu machen! (Rufe bei der ÖVP: Verschwendungsucht, Wegwerfmentalität der Regierung!) Haben Sie noch nie darüber nachgedacht, warum Sie 1970 die Wahl verloren haben? Das muß doch einen Grund gehabt haben! (Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.) Reden wir 1975 darüber, Herr Kollege Doktor Mussil!

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich sage schon, daß die sozialistische Politik im Rahmen des Möglichen — auch zum Unterschied von der ÖVP-Agrarpolitik — die bäuerlichen Produzenten nicht im Stiche läßt und alles tut, um eine echte Produzentenpreiserhöhung bei vielen Produkten durchzuführen. (Abg. Helga Wieser: Schön gesagt!)

Damit will ich schon schließen, denn ich weiß, daß jeder, der heute kurz redet, auf alle Fälle, von allen Kolleginnen und Kollegen, die sehr rasch wegkommen wollen, gerade nicht am negativsten beurteilt werden wird. Wir haben ja noch — davon bin ich überzeugt — bei den kommenden Auseinandersetzungen alle Möglichkeiten, uns über diese Probleme, im besonderen über die Agrarpolitik in Diskussionen zu ergehen und unsere Meinungen hier darzulegen.

Ich möchte nur eines sagen: Wir werden unser Regierungsprogramm auf Punkt und Beistrich genau erfüllen. Dabei wird es auch Fortschritt für die Bauern im vermehrten Maße geben! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maletz: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Mock. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat sich in seinem Bericht an den Nationalrat mit einer, soweit das eben möglich ist, Grobdarstellung der politischen Situation im europäisch-atlantischen Raum und im Nahen Osten auseinandergesetzt und traf auf Seite 4 eine durchaus bemerkenswerte Feststellung. Er beschreibt hier die innere Auseinandersetzung und Selbstzerfleischung

in Irland und spricht dann folgenden Satz aus: „Da offenbar hier politische Autorität wenig vermag, wird man sich darum bemühen müssen, jene moralische Kraft in noch stärkerem Maße zu mobilisieren, die hier allein und letzten Endes Macht über die Menschen gewinnen kann.“

Ich teile Ihre Auffassung, Herr Bundeskanzler, vollumfänglich. Ich glaube einfach, daß bei der notwendigen Behandlung tagesaktueller oder auch jahresaktueller Probleme für mich zumindest überhaupt kein Zweifel besteht, daß eine ganze Reihe großer Fragen, die auch auf uns Österreicher in unserem kleinen Land zukommen, nur dann bewältigt werden können, wenn wir zu einer gewissen moralischen Wideraufbrüfung finden. Ich stelle das auch unter dem Risiko fest, daß es heute ja schick ist, vielleicht so etwas mit dem Wort „moralisieren“ abzuqualifizieren.

Ich glaube einfach, daß das Bekenntnis und auch die Praxis der Grundsätze der Toleranz, des Respekts vor der menschlichen Persönlichkeit, der Anerkennung ihrer Einzigartigkeit, der Notwendigkeit der Übernahme von Verantwortung, des Einsatzes für den anderen, von Solidarität uns neue Impulse geben muß für unsere innere Entwicklung, aber auch Impulse geben muß für die Auseinandersetzung mit den Ideologien der Intoleranz, der Unfreiheit, der Mißachtung der Menschenwürde.

Der materielle Fortschritt ist eben zuwenig für den echten Fortschritt der Menschheit. So verstehe ich auch diese Aussage. Es ist eigentlich für die Demokratien des Westens beschämend, daß dieser Appell nach moralischen Maximen gerade von jenen am klarsten ausgesprochen wird, nämlich von einem Solzhenizyn, von einem Wladimir Maximow, die aus der Kälte der Intoleranz und der Unfreiheit kommen.

Ich möchte, Herr Bundeskanzler, mit einer anschließenden, wie ich vielleicht sagen möchte, konstruktiv-kritischen Analyse diese Identität der Ansicht in keiner Weise überdecken oder mindern und möchte folgendes vorausschicken zu Ihrer außenpolitischen Tour d'horizon: Ich halte das Gespräch zwischen Staaten und Regierungen, ganz gleich welcher ideologischen Provenienz, für unbedingt notwendig im Sinne und mit dem Ziel einer realistischen, praktischen Entspannungspolitik. Hier gilt es, das gesamte Potential einer staatlichen Regierung einzusetzen. Das ist uns alles selbstverständlich. Ich halte darüber hinaus die Toleranz vor anderen Ideologien auch für einen Grundsatz, der uns, glaube ich, gemeinsam ist.

10604

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dr. Mock

Aber ich frage mich nun doch, Herr Bundeskanzler, wie es zu verstehen ist, daß Sie, der Sie immer wieder Erklärungen abgeben, die eine sehr klare Distanzierung vom Kommunismus bedeuten sollen, politische Zusammenarbeit mit Persönlichkeiten praktizieren und pflegen, die diese Distanzierung ablehnen, ja die die organisierte Kooperation praktizieren.

Ich darf an den Besuch des französischen Sozialisteführers Mitterrand erinnern, der doch im Frühjahr 1972, wenn ich mich richtig erinnere, ein gemeinsames politisches Programm mit dem Kommunistenführer Georges Marchais ausgearbeitet hat und sich gebunden hat.

Ich darf an Ihre Aussage anlässlich Ihres Besuches in den arabischen Staaten erinnern, wo Sie von einer engen Kooperation der Sozialistischen Partei mit der sozialistischen Einheitspartei Ägyptens gesprochen haben.

Ich darf Sie daran erinnern, daß selbst politische Persönlichkeiten wie Jean Jaques Servan-Schreiber — und die werden gelegentlich als liberal-links oder links-demokratisch eingestuft — dieses Ihr Verhalten sehr scharf kritisiert haben. Er hat damals gesagt — das war an Ihre Adresse gerichtet —: „Sie lassen es an Haltung“ — das ist eine sehr harte Aussage!; ich zitiere, Herr Bundeskanzler — „und an Moral fehlen, wenn Sie diese Konfusion“ zwischen demokratischem Sozialismus und Kommunismus „unterstützen“.

So könnte man diese Zitate fortsetzen.

Sie selbst haben anlässlich der Konferenz der Sozialistischen Internationale hier in Wien festgestellt, daß das keine Identifikation bedeute. Herr Bundeskanzler! Was immer es bedeutet: Sie schaffen damit den Eindruck eines gewissen ideologischen Opportunismus.

Ich behaupte nicht einmal, daß Sie das in irgendeiner Weise absichtlich machen, aber ein Regierungschef einer demokratischen Republik muß nicht nur, was Sie immer wieder tun, ganz klar jede Kollusion mit autoritären politischen Bewegungen ablehnen, sondern er muß darüber hinaus auch so agieren, daß jedes Mißverständnis von vornherein ausgeschlossen ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Bundeskanzler! Es heißt in Ihrem Programm: „Zwischen Sozialismus und Diktatur gibt es keine Gemeinschaft.“

Ich nehme dieses Bekenntnis des politischen Gegners ernst, denn es haben genug Sozialisten für dieses Bekenntnis mit mehr als mit Worten gelitten. Umso bedauerlicher ist es, wenn Sie sich in einer etwas opportunisti-

schen Art immer wieder mit Politikern assoziieren, die den Verdacht aufkommen lassen, daß Sie in der Praxis, wenn es tagesspolitisch taktisch nützlich ist, sehr wohl auch Verständnis für diese politischen Kräfte haben. Das wollte ich sehr in den Vordergrund stellen.

Herr Bundeskanzler! Wir wollen eine Außenpolitik, die ohne jeden Zweifel und ohne jeden Schatten Außenpolitik eines immerwährend neutralen Staates und eines freien Staates des Westens ist. Wir wollen einen Regierungschef, der sich in allen seinen Handlungen — und die Funktionen des Parteivorsitzenden der SPÖ und des Bundeskanzlers sind nun einmal in der Öffentlichkeit nicht voll zu trennen — auch als Parteivorsitzender gemäß diesen Normen in jeder Hinsicht aufführt und nicht den geringsten Schatten auf seiner klaren Position gegenüber linksautoritären oder rechtsautoritären Strömungen aufkommen läßt.

Herr Bundeskanzler! Jede historische Epoche hat ihre Opportunismen. Das wissen Sie auf Grund Ihres Lebensalters vielleicht besser als ich. Einmal wurden nach rechts Fehler gemacht und das andere Mal nach links. Wir würden es sehr begrüßen, wenn in Hinkunft solche politischen Entscheidungen, Handlungen und Vorgangsweisen ausgeschlossen würden, die den österreichischen Bundeskanzler in einem falschen politischen Licht erscheinen lassen.

Meine Damen und Herren! Nun zu einigen Bemerkungen, die heute hier gefallen sind. Es wird zwar immer der Wunsch geäußert, daß man in einen Dialog eintritt, aber es ist gelegentlich nicht möglich, weil die betreffenden Kollegen nicht herinnen sind. Ich werde mich ganz kurz halten.

Kollege Zeillinger hat gemeint, die ÖVP habe ohnehin dauernd den Weg zur EWG verhindert. Ich bin überzeugt: der Kollege Zeillinger hat das als taktische Aussage gewertet, denn es gehört dazu, daß er, nachdem er sehr heftig die Politik der Bundesregierung ganz nach links hinüber kritisiert hat, auch eine in die Mitte hinein geben muß. Das ist nun einmal die Taktik. (Zustimmung bei der ÖVP.) Aber leider eben nur Taktik. Glaublich ist das nicht ganz besonders. (Ruf bei der ÖVP: Niedermüller!)

Wenn ich daran erinnere, daß der heutige Herr Außenminister lange Zeit und oft mit beachtlichen Argumenten vor einer überhasteten Vorgangsweise in Richtung EWG gewarnt hat und trotzdem bei jedem Budgetkapital Äußeres die Unterstützung der freiheit-

Dr. Modk

lichen Fraktion bekommen hat, so kann man diese Feststellung wohl nicht sehr ernst nehmen. Da man dem Kapitel Äußeres sogar die Zustimmung gegeben hat, obwohl der Herr Abgeordnete Scrinzi erklärt hat, was sich in Kärrnten und an Belastung für unsere außenpolitischen Beziehungen entwickelt hat, sei ein außenpolitischer Skandal, ist es kein Wunder, daß man auch in der EWG-Frage anders vorgeht. Aber das nur ganz kurz als Antwort dazu.

Der Herr Abgeordnete Heindl hat sich — das ist natürlich seine Verpflichtung — sehr redlich bemüht, die Bundesregierung zu verteidigen. Man hat ja ein gewisses Verständnis und ein Mitgefühl für die sozialistischen Kollegen, weil sie sich dabei natürlich sehr schwer tun. (Zwischenruf.) Das ist ganz natürlich. Wenn eine ÖVP-Regierung eine solche Politik machen würde, würde man sich selbst auch sehr schwer tun. Das ist völlig klar.

Es hieß, wir treiben die Bevölkerung in eine Psychose. Herr Abgeordneter Heindl: Die Behandlung der Inflation und die Kritik an der Inflation in der Öffentlichkeit ist ein Instrument in der Innenpolitik, um die Inflationpolitik zurückzudrängen und abzuschwächen. Das muß ich Ihnen leider sagen. — Sie schütteln den Kopf. Ich wiederhole nur eine Feststellung (Zwischenruf), die schon vor einigen Jahren getroffen wurde, nur eben von der sozialistischen Arbeiterkammerfraktion im Jahre 1970. Das ist das Pech! (Beifall bei der ÖVP.) Da darf man vorher nicht den Kopf schütteln.

Ich teile die Auffassung der sozialistischen Kammerräte vom Jahre 1970; das war halt nur gegenüber der ÖVP-Regierung. (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Was die Bevölkerung in Sorge hineintreibt, das ist die Politik Ihrer Regierung, das sind 60 Milliarden Staatsverschuldung, das sind 9,7 Prozent Inflation, das ist das Versprechen jedes Jahr: Wir stabilisieren ohnehin dauernd!, wie es der Herr Finanzminister immer wieder verkündet.

Aber jedes Jahr wird die Inflation größer (Zwischenruf): 4,4 Prozent im Jahre 1970, 4,7 Prozent 1971, 6,3 Prozent 1972, 7,6 Prozent 1973. Das sind die Marksteine sozialistischer Wirtschaftspolitik! Das beunruhigt die Menschen, und daher reagieren sie so bei verschiedenen Wahlen. (Bundesminister Doktor Androsch: Wien!) Darüber werden Sie sich zumindest intern noch Gedanken machen müssen.

Der Herr Finanzminister hat beliebt, mir von der Regierungsbank aus „Wien“ zuzu-

rufen. Das wird Ihnen lang als Trost dienen müssen, kann ich Ihnen versichern, wenn Sie sonst nichts anderes mehr zu zitieren haben. Aber wenn Sie sich damit beruhigen, kann es uns nur recht sein. Wir werden jedenfalls den oberösterreichischen, Salzburger, Tiroler Weg und den Weg mancher Betriebsratswahlen weitengehen. Darauf können Sie sich verlassen. (Zwischenruf bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Es wurden heute notwendigerweise immer wieder die Inflationsauswirkungen schon im Detail behandelt, ihre Bedeutung für die ärmeren Bevölkerungsschichten, ihre Bedeutung für die Wirtschaft. (Ruf des Abg. Dr. Tull.) Ich möchte mich daher mit einigen grundsätzlichen Auswirkungen, mit gesellschaftspolitischen Folgerungen befassen. — Herr Abgeordneter Tull! Ich weiß schon: aus Ihrer „Froschperspektive“ sieht das etwas anders aus. Ich muß das Wort heute wiederholen, wenn Sie „O je“ sagen. (Beifall bei der ÖVP.) Aber Gott sei Dank haben wir freie Redemöglichkeit, auch wenn Ihnen das nicht angenehm ist. (Abg. Skritek: Ein bisschen weniger Überheblichkeit! Das ist präpotent!)

Erstens möchte ich darauf verweisen, daß die Inflation (Abg. Skritek: Da ist nicht wenig Prätention in Ihren Worten! Überlegen Sie sich auch ein bissel, was Sie sagen!) einmal sozial desintegrerend ist. Sie schafft neue Spannungen. (Ruf des Abg. Wille.) Jawohl, Herr Abgeordneter Wille: nicht zusammen, sondern auseinander geht es leider! Jeder jagt jeden. Es werden neue soziale Gräben wieder aufgerissen.

Aber sie ist nicht nur sozial desintegrerend zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen, wo doch die Inflation bei dem einzelnen den Eindruck schafft: Kaum hat er eine Einkommenserhöhung, ist sie schon wieder durch die inflationäre Entwicklung, durch die Steuerbewegung weg. Und er setzt schon wieder zur nächsten Runde im Einkommenskampf an. So jagt jeder jeden in immer kürzeren Zeiträumen, in immer engagierterer Weise. Das ist genau der Weg, Herr Bundeskanzler — Ihre Anwesenheit war ja nur sehr kurz, glaube ich —, den Deutschland gegangen ist und den auch wir in Österreich gehen.

Die Inflation wirkt sozial desintegrerend auch zwischen den Generationen. Eine neue Art des Alterskonfliktes, meine Damen und Herren! Bekanntlich haben die älteren Menschen relativ mehr Barvermögen, weil sie für die Jahre des Alters sparen, sie werden daher härter getroffen als die jüngeren Menschen. Auch hier ein besonders grundsätzlicher

10606

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dr. Mock

Aspekt: Die Inflation bringt wegen ihres sozial desintegrierenden Effekts natürlich auch die Sozialpartnerschaft unter eine immer größere Belastung. Wie ich einmal hier gesagt habe: Nicht die Diskussion über die Sozialpartnerschaft, Herr Präsident Benya, sondern die Inflation belastet diese Einrichtung, zu der jeder verantwortliche Österreicher grundsätzlich nur positiv stehen kann. Wenn diese Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik beibehalten wird, wird mit oder ohne Weiterentwicklung die Sozialpartnerschaft in Brüche gehen.

Desintegrierend wirkt die Inflation auch im Hinblick auf unser besonderes Anliegen der weiteren Eigentumsbildung, vor allem in Arbeitnehmerhand. Denn der, der spart, um sich mehr Eigentum anschaffen zu können, wird viel stärker getroffen auf Grund des Geldwertverfalls als jener, der bereits Sachwerte besitzt. Also auch hier eine desintegrierende Funktion.

Wenn ich von der desintegrierenden Funktion spreche, so gilt es dies, meine Damen und Herren, auch am Beispiel Europas zu zeigen. Die Auswirkungen der sozialistischen Wirtschaftspolitik in den verschiedenen europäischen Ländern waren sicherlich ein Brems- element im Integrationsprozeß. Seitdem in den europäischen Staaten überwiegend sozialistische Regierungschefs an die Verantwortung gekommen sind und eine sozialistische Wirtschaftspolitik praktiziert haben, kam es zu jenen wirtschaftlichen und sozialen Ergebnissen, die den Integrationsimpuls abgeschwächt und sogar rückgängig gemacht haben. (Abg. Czernetz: *Die stärkste Bremse war de Gaulle, vergessen Sie das nicht!*) Herr Abgeordneter Czernetz! Ich werde Ihnen etwas sagen: Ich kann mich auch ausführlicher damit beschäftigen. Es gibt meiner Auffassung nach drei Elemente ... (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Herr Abgeordneter! Bedanken Sie sich beim Abgeordneten Czernetz. Er hat ein Anrecht auf meine Stellungnahme. Ich nehme seinen Zwischenruf nicht mit einer Handbewegung abwertend zur Kenntnis.

Es gibt drei Momente, von denen ich glaube, daß sie auf den Integrationsprozeß entscheidend bremsend und teilweise sozusagen regressiv gewirkt haben: Ein gewisses Wiedererstarken des Nationalismus, auch von dieser Seite her, die Sie genannt haben. (Abg. Czernetz: *Nicht auch, sondern zuerst!*) Von mir aus zuerst, aber es gab das auch in anderen Ländern. Weiter: Die Auswirkungen der sozialistischen Wirtschaftspolitik und auch des ideologischen Opportunismus eines Brandt

gegenüber dem Kommunismus und den Ost- staaten. (Beifall bei der ÖVP.) Diese drei Momente haben bremsend gewirkt.

Herr Abgeordneter Czernetz, erinnern Sie sich an die Einschränkungen (Abg. Czernetz: *Der ganze Westen, die ganze EWG, die ganze NATO haben die Entspannungspolitik Brandts unterstützt!*) des Kapitalmarktes vor zwei Jahren, an die Einschränkungen vorübergehender Natur im Agrarmarkt, an die neuerlichen Einschränkungen im Handelsverkehr, vor allem in Italien und Dänemark. Und warum? Weil die Währungen durcheinandergekommen sind, weil das alles eben auch Ergebnisse der sozialistischen Wirtschaftspolitik sind. Und Brandt, Herr Abgeordneter Czernetz, ist nicht an Guillaume gescheitert, sondern Brandt ist am Sozialismus gescheitert, an den Mißerfolgen. Das muß doch einmal offen gesagt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Abgeordneter Czernetz! Soll ich Ihnen vielleicht von Ihrem früheren Parteifreund Schiller die Statements und Erklärungen vorlesen? Warum hat denn Bundeskanzler Schmidt versucht, seine Politik zu ändern? Brandt ist gescheitert an seiner Wirtschaftspolitik, er ist gescheitert an seiner Bildungspolitik, er ist gescheitert am Sozialismus, weil der Sozialismus kein Maß kennt. Er behauptet ja, alles ist machbar, und dann kann er nicht einmal das Notwendige machen. Das hat sich auch in der Bundesrepublik gezeigt. (Beifall bei der ÖVP.)

Abschließend, meine Damen und Herren: Vor kurzem konnte man in der Zeitung lesen, daß Ministerpräsident Palme erklärt habe, in Schweden komme die Inflation ja auch von außen, von Deutschland, von England, von Italien, von Belgien. Und vor kurzem hat der holländische Ministerpräsident den Uyl die gleiche Erklärung abgegeben, die Inflation in seinem Land komme von Deutschland, von England, von Schweden. Wenn Brandt das gleiche erklärt hat und wenn der Herr Bundeskanzler immer wieder erklärt, die Inflation bei uns komme von Deutschland, von Schweden, von Holland, von England, dann ist das wirklich eine sozialistische Inflations-Ges. m. b. H., muß ich sagen. Irgendwo muß es ja anfangen. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte mich hier nicht noch weiter verstreichen, meine Damen und Herren! Ein weiterer grundsätzlicher Aspekt, Herr Abgeordneter Weisz (Abg. Weisz: *Machen Sie ruhig weiter!*): Inflation ist planungsfeindlich. Wo bleiben die großen Versprechungen des sozialistischen Wirtschaftsprogramms auf langfristige Planung? Jetzt hat man wieder die

Dr. Mock

größten Schwierigkeiten, nachdem man nach längerer Zeit zumindest eine Budgetvorausschau wieder im Beirat probiert. Wir werden sehen, was das engt.

Inflation fördert natürlich auch den Zugriff des Staates in jeder Hinsicht, die Verstaatlichung und Vergesellschaftung. Denn zuerst betreibt man Inflation, dann kommt es zur Spekulation mit Sachwerten, zum Beispiel mit Grund und Boden, und dann verlangt man besondere Enteignungsmöglichkeiten und schreit: Haltet den Dieb! Ausgelöst wird die Spekulationsmöglichkeit in einem entscheidenden Ausmaß vor allem auch durch sozialistische Wirtschaftspolitik. (Beifall bei der ÖVP.)

Noch eine kurze Bemerkung zur Feststellung des Herrn Bundeskanzlers, man müsse ja die Vollbeschäftigung halten, und man werde nie stabilisieren um den Preis der Vollbeschäftigung oder des wirtschaftlichen Wachstums.

Im Jahre 1969 gab es Preissteigerungen von 3,1 Prozent, eine Wachstumsrate von 6,1 Prozent. 1973 gibt es Preissteigerungen in der Höhe von 7,6 Prozent und ein Wachstum des Bruttonationalprodukts von 5,5 Prozent. Das ist ein glatter zahlenmäßiger Widerspruch zu den Aussagen des Herrn Bundeskanzlers.

Und übrigens: Wer hat denn von der notwendigen Arbeitslosigkeit gesprochen? Wer hat denn Ziffern genannt? Die Sozialisten Klenner und Ausch haben sie genannt. Das muß auch einmal hier im Parlament festgehalten werden (Beifall bei der ÖVP), während kein einziger entscheidender Politiker der Volkspartei nicht verlangt hat, daß man Stabilisierung und Vollbeschäftigung im gleichen Ausmaß verwirklicht.

Was nun die Preisregelung anbelangt, darf ich Sie daran erinnern, meine Damen und Herren: Im Jahre 1971 hat die Volkspartei einer Novellierung des § 3 a des Preisregelungsgesetzes zugestimmt. Wir haben 1972 gemeinsam ein Preisbestimmungsgesetz beschlossen. Wir haben 1973 gemeinsam eine Novellierung des Preisbestimmungsgesetzes beschlossen. Sie haben ja das Instrument erhalten! Wo blieb denn der Einsatz dieser Instrumente? Wo blieben denn die Auswirkungen der Instrumente? Herr Abgeordneter Benya, da gibt es kein Kopfschütteln! Wo blieb denn das, Herr Abgeordneter Hofstetter? Stimmt das, was ich gesagt habe oder nicht? (Rufe bei der SPÖ: Nein!) Wir haben das gemeinsam beschlossen! Sie haben das Instrument erhalten, arbeiten Sie damit, machen Sie Politik damit! (Beifall bei der ÖVP.)

Noch ein letzter Punkt, meine Damen und Herren:

Es wäre für den Herrn Bundeskanzler besser, wenn er in letzter Zeit nicht immer so viele Dinge zugleich machen würde, er würde sich dann manche Enttäuschung ersparen. Aber das ist nicht meine Sorge, sondern eher die Sorge des Herrn Bundeskanzlers.

Der Herr Bundeskanzler beliebte in einem Bereich, in dem diese Regierung ja auch die „bestvorbereitete“ war, nämlich im Bereich der Verwaltungsreform, in dem heute erschienenen Nachrichtenmagazin „profil“ festzustellen:

„Wenn man für die Lehrer Verwaltungsstellen einsparen könnte, wäre ich sehr dankbar. Aber jedes neue Gesetz, das das Parlament beschließt, bringt der Verwaltung neue Aufgaben. Ich wäre auch sehr dankbar, wenn zum Beispiel die vom OAAB beherrschte Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes mir konstruktive Vorschläge machen würde, wie ich Verwaltungsstellen einsparen könnte. Ich wäre den Herren für diesen Akt der Mitbestimmung, sie wollen ja sonst immer mitreden, außerordentlich dankbar.“ Der Herr Bundeskanzler ist also wirklich außerordentlich dankbar.

Ich darf ihn erstens daran erinnern: Hier hat er in einem Bericht, den er dem Nationalrat übersandt hat, eine ganze Reihe von Vorschlägen, die bis heute nicht verwirklicht sind. Der Herr Bundeskanzler hat am 22. April 1971 dem Nationalrat mitgeteilt, daß diese Reformmaßnahmen der Regierung Klaus „ beachtliche Hinweise“ enthalten, „die bei den Vorstellungen, die die im Amt befindliche Bundesregierung über das Sachgebiet hat, berücksichtigt werden sollen“.

Bis heute habe ich davon nichts bemerkt.

„Die Bundesregierung wird ihre eigenen Vorstellungen zu diesem Thema zum Gegenstand eines besonderen Berichtes machen.“

Bis heute habe ich nichts davon bemerkt. Schall und Rauch so wie bei der Stabilisierungspolitik und in vielen anderen Bereichen, meine Damen und Herren.

Wenn der Herr Bundeskanzler wissen will, wie man trotz Erhöhung der Lehrerdienstposten Geld einspart, so braucht er sich nur die Seiten 11, 10 und 8 des Berichtes vom Dezember 1970 aufzuschlagen. Dort ist die Senkung der Bundesdienstposten in jedem Jahr genau angeführt — beginnend mit 1967 — von über 278.000 auf etwa 277.000 und auf rund 273.000, und zwar bei gleichzeitiger Anhebung der Lehrerdienstposten um 1300. Aber es ist das alte Prinzip des Herrn Bundes-

10608

Nationalrat XIII. GP — 108. Sitzung — 22. Mai 1974

Dr. Mock

kanzlers: Es ist ja alles so kompliziert, die Öffentlichkeit versteht das nicht; wenn ich nur eine Behauptung in die Öffentlichkeit stelle — ich werde schon Leichtgläubige finden.

Ich werde auch dem Herrn Bundeskanzler gerne eine Broschüre zur Verfügung stellen, die wir anlässlich des Bundestages des Arbeiter- und Angestelltenbundes am 5. April mit dem Titel „Verwaltungsreform in Österreich“ herausgegeben haben. Da seinen 1400 Experten anscheinend nichts mehr einfällt, sonst hätte er uns ja nicht gefragt, stellen wir ihm diese Unterlage sehr gerne zur Verfügung. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich wäre Ihnen, Herr Bundesminister, dankbar, wenn Sie dem Herrn Bundeskanzler das zukommen lassen würden. (Der Redner überreicht dem auf der Regierungsbank sitzenden Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihl die vorhin erwähnte Broschüre. — Zwischenruf des Abg. Blecha.) Die Verwaltungsreformkommission ... (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Blecha.) Ich weiß schon, Herr Abgeordneter Blecha, oft besteht nur mehr die Möglichkeit, sich hier herinnen lächerlich zu machen. (Demonstrativer Beifall bei der SPÖ.) Andere Argumente haben Sie nicht mehr zur Verfügung. — Aber uns geht es um die Interessen des Steuerzahlers und des Staates und um eine moderne Politik! (Zustimmung bei der ÖVP.) Aber einen gewissen Galgenhumor gestehe ich Ihnen ja ohneweiters noch zu.

Es gibt nun noch eine ganze Reihe von anderen Beispielen, meine Damen und Herren. Vor kurzem hat der Herr Bundeskanzler einen neuen Staatssekretär angekündigt. (Auf den Platz des Bundeskanzlers auf der Regierungsbank wird ein Aktenkonvolut gelegt. — Rufe bei der ÖVP: Er kommt! — Rufe bei der SPÖ: Nicht der Staatssekretär, sondern er selbst kommt! — Bundeskanzler Dr. Kreisky betritt den Saal und nimmt auf der Regierungsbank Platz. — Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihl überreicht dem Bundeskanzler die ihm vom Redner übergebene Broschüre.) Ich freue mich außerordentlich über Ihr Erscheinen. (Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ich komme mich bedanken!) Herr Bundeskanzler! Ich habe mir erlaubt, so wie der Kollege Fachleutner, auch eine Broschüre, und zwar betreffend die Verwaltungsreform, zu überreichen. (Bundeskanzler Dr. Kreisky, dem Redner die Handschüttelnd: Ich danke vielmals!) Das im Sinne einer kooperativ-konstruktiven Haltung.

Herr Bundeskanzler! Auf dem Gebiet der Verwaltungsreform haben Sie eine neue

Überraschung — jetzt ist es keine Überraschung mehr — parat mit einem neuen Staatssekretär, diesmal für Raumordnung und Bergbauern-Fragen. — Bezuglich der drei Staatssekretäre: Je länger einer im Amt ist, desto ruhiger wird es um ihn, vor allem was den Staatssekretär Dr. Veselsky betrifft. Aber kosten tun sie immer das gleiche, ob sie etwas machen oder nicht, ob es um sie ruhig oder nicht ruhig wird. Sie kosten im Jahr immerhin rund 4,400.000 S. (Bundeskanzler Doktor Kreisky: Wie beim Klaus!) Herr Bundeskanzler! Nicht wie beim Klaus! Sie haben sich schon einigemale anerkenmenswerterweise entschuldigt für Ihre seinerzeitige Kritik. Geben Sie doch das Geld, das der neue Staatssekretär kosten wird, für Strukturmaßnahmen für die Bergbauern aus. Machen Sie Politik für die Bergbauern (Bundeskanzler Doktor Kreisky: 300 Millionen Schilling mehr!) und nicht neue politische Funktionäre! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Die Dinge werden nämlich, meine Damen und Herren, grotesk: Vor kurzem konnte man lesen, daß offensichtlich im Zuge der rasanten Bundesheer-Reform — rasant nach unten hin nämlich — ein Koordinationsbüro, eine Koordinierungsabteilung im Bundeskanzleramt eingerichtet wurde. Diese Koordinierungsabteilung umfaßt drei Untergliederungen, und zwar für zivile Landesverteidigung, für geistige Landesverteidigung und für wirtschaftliche Landesverteidigung. Aber gleichzeitig besteht neben dieser neuen Koordinierungsabteilung und den Untergliederungen eine Abteilung 25 für zivile Landesverteidigung im Bundesministerium für Inneres, eine Abteilung 9 für geistige Landesverteidigung im Bundesministerium für Unterricht und Kunst und in der Sektion III eine Abteilung für wirtschaftliche Landesverteidigung im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie.

Aber jetzt wurde eine neue Koordinierungsabteilung geschaffen! Bisher — so hat man uns mitgeteilt — hat die Abteilung Wehrpolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung koordiniert. Diese Abteilung blieb bestehen. Aber man hat eine neue Abteilung im Bundeskanzleramt geschaffen! Ein Apparat, eine Kommission, eine Koordinierungsgruppe mehr. Auch damit, Herr Bundeskanzler, werden Sie Ihre Politik nicht mehr netten!

Daß das Ganze geleitet wird von einem Beamten, der bis vor drei Jahren Marktamtskommissär der Gemeinde Wien war, gibt all dem eine groteske Note. (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)

Dr. Mock

Herr Bundeskanzler! Ich möchte hier nur ganz kurz feststellen: Auch im Bereich der Verwaltungsreform hat Ihre Politik eindeutig Schiffbruch erlitten! Sie haben uns am 22. April 1971 einen weiteren Bericht über die Ergebnisse der Verwaltungsreformmaßnahmen zugesagt. Bis heute ist dieser Bericht hier im Haus nicht eingetroffen. Sie haben bis heute noch nicht zu einer Beschußfassung über ein Verwaltungsakademiegesetz Ihren Beitrag geleistet. Was Sie gemacht haben sind neue Ministerien, neue Staatssekretäre, neue Koordinierungsgruppen, 8500 Dienstposten. Das ist Ihre Verwaltungsreform! Ich bin überzeugt: Sie werden, wenn Sie nicht überraschenderweise unsere Anregungen benützen wollen, auch bei den Wahlen auf diese Politik die gebührende Antwort erhalten! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ich werde mir vorbehalten, dem Herrn Abgeordneten Doktor Mock auf die außenpolitischen und ideologischen Fragen, die er an mich gerichtet hat, bei einer geeigneteren Gelegenheit zu antworten. Er kann sicher sein, daß er in der Zwischenzeit entsprechendes Material zur Vorbereitung von mir übersendet bekommt, damit er für diese Diskussion besser gerüstet ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Was nun die Koordinationsabteilung für Landesverteidigung betrifft, so möchte ich dem Herrn Dr. Mock mitteilen, daß der Landesverteidigungsrat, dem auch Vertreter seiner Partei angehören, jedenfalls gegen die Einrichtung dieser Stelle, die durch das Ministeriengesetz vorgeschrieben wird, und

gegen die Art der Arbeit, wie sie dort geleistet wird, keinen Einwand erhoben hat. Ich bitte ihn, sich diesbezüglich an den Herrn Minister außer Dienst Dr. Prader zu wenden, und zwar auch was die Qualifikation des Leiters betrifft, der sich auch in Kreisen der ÖVP allgemeiner Wertschätzung erfreut. Im übrigen werden dort nur Leute beschäftigt, die schon bisher im Staatsdienst tätig gewesen sind und mit ähnlichen Fragen befaßt waren. — Das dazu.

Was die Verwaltungsakademie betrifft, wissen Sie ja, daß der Gesetzentwurf ausgesendet wurde, in meinem Haus im Lichte der Begutachtung überarbeitet wird, und Sie sehr bald Gelegenheit haben werden, dazu Stellung nehmen zu können.

Was die Verstärkung und Vergrößerung meiner Bibliothek betrifft, die heute in so generöser Weise einerseits vom Bauernbund, andererseits vom Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund in sparsamerer Weise erfolgt ist — aber Sie haben wahrscheinlich nicht so viel Geld wie der Bauernbund, der eine reiche Organisation ist —, so danke ich bestens dafür. Sie können sicher sein, daß ich das bei Gelegenheit studieren werde. Ich muß allerdings sagen, daß Papier außerordentlich geduldig ist, auch in der Zeit hoher Papierpreise. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Probst: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung, die für Mittwoch, den 26. Juni 1974 in Aussicht genommen ist, wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 19 Uhr 25 Minuten